FACIT 33

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

10. Jahrgang
Preis 2,50 DM

Zur Entwicklung der Studentenbewegung

- Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf“
- Beiträge zur Geschichte der Studentenbewegung
- Studentenbewegung an den Fachhochschulen
- Internationale Kampfbedingungen der Studentenbewegung
- Konrad Lorenz
- Rezensionen

FACIT 33

Februar 1974

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Inhalt:

Editorial 1

Jürgen Büscher/ Karlheinz Heinemann
Studentenbewegung im Klassenkampf – Zur Vorbereitung der Konferenz 3

Gerhard Bauß
Studentenbewegung in der BRD . 11

Norbert Steinborn
Die Avantgarde des Faschismus. Zur politischen Rolle der Studenten in der Weimarer Republik 21

Hans-J. Lüddeke
Die Rolle der Münchener Studenten in der Revolution 1848/49 . . 36

Cordt Schnibben
Das Ende einer Sackgasse in der Studentenbewegung – Zum „Programm" des „KBW" 45

Heiner Blasenbrei
Studentenbewegung und Kampfbedingungen an den Hochschulen . . 55

Steffen Lehndorff
Die internationalen Kampfbedingungen der Studentenbewegung . 83

Wolfgang Adamczak
Konrad Lorenz oder die Entwicklung der Ethologie von der Wissenschaft zur Utopie 105

Rezensionen
Max Reimann: Entscheidungen, 1945–1956 (Gerd Fisch) 115

Ludwig Elm: Hochschule und Neofaschismus (H. J. Lüddeke) . . . 117

Karlheinz Heinemann: Arbeit und Technik in der Erziehung (W. Rügemer) 118

Diskussion
Rolf-D. Tamm zu Paul Schäfers Aufsatz in FACIT 31 121

Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Hartmut Schulze, Christoph Strawe verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Klaus Naumann, Christiane Reymann

Gestaltung: Jürgen Meyer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co. GmbH., Neuss

Editorial

Unsere Zeitschrift FACIT, die nun schon im zehnten Jahr erscheint, war immer schon mehr als nur Beobachter der Studentenbewegung. Als Sprachrohr der Marxisten im SDS hat es selbst Anteil an der Entwicklung dieser Studentenbewegung zu einem kontinulierlichen anerkannten Bestandteil der heutigen demokratischen Bewegung in der BRD.

In diesem Heft stellen wir einige Beiträge vor, die zur Diskussion um die Geschichte der Studentenbewegung anregen und beitragen.

Mit den in diesem Heft gesammelten Beiträgen zur Entwicklung der Studentenbewegung wollen wir auf die theoretische Konferenz des MSB SPARTAKUS zur „Studentenbewegung im Klassenkampf" hinführen. Der Spartakus als wesentliche Kraft in der gegenwärtigen Studentenbewegung ist nicht zu verstehen ohne die Geschichte, die Erfahrungen, Erfolge und Fehler der Studentenbewegung. Gerade den Studenten, die neu an die Hochschulen kommen, erscheint oft die „politische Landschaft" an den Hochschulen wohlgeordnet, scheint alles klar. Wer aber den praktischen Entwicklungsprozeß nicht sieht, der schließlich dazu geführt hat, daß sich der größte Teil der Studentenbewegung heute bewußt als Teilnehmer am nationalen und internationalen Klassenkampf begreift und seine Rolle darin immer wieder neu bestimmt, dem wird bald die Fähigkeit abgehen, neue Probleme als solche zu erkennen und offen, von einer festen Position aus zu diskutieren.

Der Aufsatz von Büscher und Heinemann versucht deshalb, die Probleme, die vor der Studentenbewegung stehen, die auf der theoretischen Konferenz diskutiert werden müssen, wenigstens ausschnittweise aus den Erfahrungen der Studentenbewegung zu entwickeln. Der Beitrag von Gerhard Bauß beleuchtet die historische Kontinuität, aber auch die großen Veränderungen, die Bewußtsein und Verhalten der Studenten in unserer Zeit durchmachen. Er verweist zugleich auf die Notwendigkeit, offenen Fragen, etwa zur Rolle der Organisation, die auch in diesem Artikel nicht umfassend beantwortet werden, zu klären.

Die staatsmonopolistische Formierung der Hochschulen geht mit einer kontinuierlichen Angleichung der Studienbedingungen und Berufsperspektiven von Hoch- und Fachhochschulstudenten einher.

Hinkt die Entwicklung der Studentenbewegung an den Fachhochschulen der allgemeinen Entwicklung hinterher? Heute gilt es mehr denn je, mit diesem Vorurteil aufzuräumen. Der Artikel von Heiner Blasenbrei zeigt die Entwicklungsbedingungen der Bewegung an den Fachhochschulen umfassend auf, er macht auch auf die Momente aufmerksam, die die politischen Bewegung an den Fachhochschulen den Universitäten traditionell voraus hat. In manchem – so zum Beispiel in der Reglementierung und Verschulung des Studiums – finden wir heute schon an den Fachhochschulen Bedingungen vor, wie sie für die formierte Hochschule insgesamt typisch sein dürften. Dennoch gilt es Schluß zu machen mit der weit verbreiteten Vorstellung, die Studentenbewegung an den Fachhochschulen wäre von den politischen Inhalten und der Taktik etwas anderes als an den Universitäten. Dies leistet der Artikel von Heiner Blasenbrei.

Der marxistischen und demokratischen Studentenbewegung fehlt bisher ein Bewußtsein von den fortschrittlichen Traditionen der Studentenschaft. Zur Bestimmung der eigenen Rolle ist es jedoch unabdingbar, die politischen Faktoren zu untersuchen, die die Rolle der Studenten in der Geschichte prägten, ebenso gilt es, die Studenten als wichtigen politischen Faktor im Klassenkampf in der Geschichte zu sehen. Der Artikel von Lüddeke über die Rolle der Studenten in der Revolution 1848 ist Teil einer Broschüre, die der MSB Spartakus in München anläßlich des 500-jährigen Bestehens der Ludwig-Maximilian-Universität veröffentlichte. In dieser Broschüre wird exemplarisch die historische Kontinuität von Fortschritt und Reaktion an der Hochschule als Frage des Klassenkampfes dargelegt.

Die Studenten in der BRD galten lange Zeit als eine der am besten in das System eingepaßten Bevölkerungsgruppen, als deren aktive Träger. Wenn die „Entnazifizierungs"-Pläne der gesamten Antihitler-Koalition ursprünglich eine Säuberung der Hochschulen von faschistischen Lehrern und Lehrinhalten vorsahen, wenn schließlich auch die USA, nachdem sie von einer tatsächlichen Beseitigung der materiellen und geistigen Wurzeln des deutschen Faschismus längst Abstand genommen hatten, immer noch für die Hochschulen „Umerziehungsmaßnahmen" im Sinne der in den anderen imperialistischen Ländern üblichen

bürgerlichen Herrschaftsformen vorsahen, so deshalb, weil die deutschen Hochschulen tatsächlich eine Brutstätte faschistischer Ideologie waren. Die Rolle, die Studenten dabei spielten, beleuchtet der Aufsatz von N. Steinborn. In seinem Aufsatz wird die Entwicklung und die Rolle der fortschrittlichen Studentengruppen, etwa der „roten Studentengruppen" nicht dargestellt – ein noch offenes wichtiges Gebiet der Geschichte der Studentenbewegung.

Ebenso wichtig wie die Überwindung des historisch beschränkten Horizonts der Studentenbewegung ist die richtige Einordnung in die nationale und internationale Entwicklung. Das wird ein Thema unserer Konferenz sein.

Dabei geht es nicht nur darum, in einer Bilanz die internationale Entwicklung auf dem Konto der gesamten antiimperialistischen Bewegung, deren Teil die Studentenbewegung ist, zu verbuchen. Wenn wir die ungeheuren Veränderungen auf der internationalen Szenerie in den letzten fünf Jahren analysieren, wie es Steffen Lehndorff tut, so können wir dabei auch meßbare Auswirkungen auf die Studentenbewegung in der Bundesrepublik feststellen. Auch für die Studentenbewegung entstehen neue Aufgaben, insbesondere ergeben sich bessere Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit, wie sie auch die kommunistischen Parteien verstärkt anstreben. Der Aufsatz von Steffen Lehndorff ist daher ein wichtiger Bestandteil unserer Vorbereitung auf die Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf".

Deutsche Volkszeitung

**ein demokratisches Wochenblatt –
unentbehrlich
für den kritischen Zeitgenossen**

Probeexemplare
unverbindlich und kostenlos durch

MONITOR-VERLAG GmbH
Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 5707

Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei

Jürgen Büscher/Karlheinz Heinemann

Studentenbewegung im Klassenkampf

Zur Vorbereitung der Konferenz

Die Studentenbewegung, wie sie heute existiert, die Theorie und Praxis des MSB Spartakus ist das Ergebnis einer politischen Entwicklung, in deren Verlauf eine ganze Reihe von grundlegenden Problemen der Strategie des studentischen Kampfes gelöst werden konnten. Grundsatzerklärung und Studentenaktionsprogramm konnten nur formuliert werden, weil die Kampferfahrungen der demokratischen Studentenbewegung erarbeitet wurden. Da die Studentengeneration, die die antiautoritäre Revolte an den Hochschulen bewußt miterlebte, die Universitäten inzwischen verlassen hat, ist es ganz natürlich, daß gefundene Lösungen entweder als selbstverständlich hingenommen werden oder, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, auch wieder in Frage gestellt werden. Bewußtsein für die Kontinuität der Studentenbewegung zu schaffen ist von beträchtlicher Bedeutung, um die Bewegung selbst zu stabilisieren, ihre Ambivalenz zu überwinden und um sich auf die Fragen konzentrieren zu können, die heute anstehen.

Deshalb wird der MSB Spartakus die Konferenz „Studentenbewegung im Klassenkampf" durchführen.

Das zentrale Problem bei der Formulierung der Strategie der Studentenbewegung ist das Verhältnis zur Arbeiterklasse bzw. zur Arbeiterbewegung. Die Hinwendung zur Arbeiterklasse, die Orientierung auf den Marxismus war nicht etwa das Produkt eines modischen Trends, eine intellektuelle Spielerei, sondern das Ergebnis mehrjähriger politischer Kampferfahrung. Im Verlauf des studentischen Kampfes selbst wuchs die Erkenntnis, daß ohne die Führung dieses Kampfes „an der Seite der Arbeiterklasse", ohne die Aneignung des Marxismus kein erfolgreicher Kampf möglich ist.

Obwohl die antiautoritäre Bewegung, indem sie mit großer Sensibilität auf kapitalistische Fehlentwicklungen reagierte, eine initiierende Rolle in der Entwicklung des demokratischen Kampfes gespielt hat, konnte sie nur eine Übergangs- oder Zwischenstation sein, denn natürlich konnte auch in den Köpfen der „Führer" dieser Bewegung nicht gelöst werden, was objektiv unlösbar war: Den fortschrittlichen Studenten ohne die Orientierung auf die Arbeiterklasse einen Weg zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu weisen, anzugeben, wie ohne das Bündnis mit den Millionen Werktätigen eine Veränderung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse möglich gemacht werden sollte. Solange der Platz der Studentenbewegung im antiimperialistischen Kampf sowohl national als auch international nicht definiert wurde, nicht angegeben werden konnte, welche Etappe dieses Kampfes erreicht worden ist, welches die Forderungen sind, die dem gegebenen Kräfteverhältnis entsprechen, blieb nichts weiter als die Flucht in Aktionen und die Formulierung von Lösungen, die immer sektiererischer wurden, weil sie in keiner Beziehung zur Wirklichkeit des Klassenkampfes mehr standen. Das war Ergebnis dessen, daß die Studentenbewegung als eine Umwälzung im Bewußtsein begriffen wurde, die wenig mit der konkreten Lage der Studenten zu tun hat. Der Kampf um konkrete Interessen der Studenten schien ihren „Führern" ebenso verdächtig wie der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter. Erst wenn man sich diese Misere der antiautoritären Bewegung vor Augen führt, wird

deutlich, welch große Bedeutung die Losung des ersten Bundeskongresses des Spartakus hatte: Kampf der Studenten an der Seite der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Die Propagierung des studentischen Massenkampfes im Bündnis mit der Arbeiterklasse, die Losung „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden", die Formulierung der Aufgabe, das Bündnis konkret, in jeder Aktion herzustellen, ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf der Studenten.

Die Gruppen, die diese Orientierung ablehnen, ja sogar bekämpfen, demonstrieren damit, daß sie nicht in der Lage sind, die notwendigen Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Studentenbewegung zu ziehen; ja, ihre Konzeptionen müssen letztlich ebenso perspektivlos bleiben, wie die der antiautoritären. So beweisen gerade die Maoisten mit ihrer Ablehnung des studentischen Interessenkampfes, daß sie die bürgerlichen Momente der antiautoritären Bewegung am Leben erhalten wollen.

Es muß zu den Aufgaben der theoretischen Konferenz des MSB Spartakus gehören, aufzuzeigen, daß das wichtigste Ergebnis der antiautoritären Studentenbewegung das Entstehen einer marxistischen Strömung an den Hochschulen gewesen ist, daß mit der Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im antimonopolistischen Kampf ganz bestimmte Schlußfolgerungen verbunden sind, daß die richtigen Konsequenzen aus den Erfahrungen der Studentenbewegung im Studentenaktionsprogramm formuliert werden: Jede Aktion ist nur dann sinnvoll und wird uns im Kampf voranbringen, wenn sie dazu beiträgt, Verständnis für die Forderungen der Studenten in der arbeitenden Bevölkerung zu wecken. Ohne diese Konsequenz bleibt die Anerkennung der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse formal und ohne Relevanz für die politische Praxis.

Es soll dabei gar nicht verschwiegen werden, daß die Charakterisierung der Interessenlage der Studenten, die Beschreibung ihrer Klassenlage ein wichtiges Problem ist, das auch die Konferenz beschäftigen sollte, daß allerdings diejenigen, die mit ihrer Konzeption des „Herausbrechens der studentischen Intelligenz aus dem bürgerlichen Lager" gegen den studentischen Massenkampf an der Seite der Arbeiterklasse polemisieren an die Stelle der Vernachlässigung der revolutionären Potenz der Arbeiterklasse und die Propagierung der besonderen Rolle der Intelligenz, wie das bei den Antiautoritären üblich war, die bloße Negation dieser Vorstellungen setzen. Dabei reproduzieren sie die gleichen Fehler, indem sie diesmal die Möglichkeiten, Studenten in den demokratischen Kampf einzubeziehen, unterschätzen. Hier wären nicht nur die Veränderungen, die durch die Formierung des Ausbildungssektors hervorgerufen wurden, zu untersuchen, wie sich die Rolle der Wissenschaft verändert hat, sondern hervorzuheben, daß die Gleichsetzung von Interessen der Studenten mit ihren Ausbildungsinteressen ein falsches, ökonomistisches und damit unpolitisches Herangehen kennzeichnet. Formierung von Wissenschaft und Ausbildung heißt eben nicht nur Veränderung der Qualifikation und der Berufsperspektive, sondern, daß Studenten als Studenten in viel stärkerem Maße als in der Vergangenheit die Auswirkungen der reaktionären Politik des Monopolkapitals zu spüren bekommen. Innenpolitische Maßnahmen wie der Abbau demokratischer Rechte, ökonomische Maßnahmen, wie Preissteigerungen und Lohndrückerei, die sogenannte Stabilitätspolitik, alles betrifft

heute Studenten unmittelbar. Zu beachten ist dabei auch, daß sich die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft verändert hat (mehr Arbeiterkinder), ohne daß dies mit der Brechung des Bildungsprivilegs verbunden ist.
In diesem Zusammenhang wäre der besondere Stellenwert des Sozialkampfs für die Stabilisierung der Studentenbewegung herauszuarbeiten, indem das materielle Interesse am antimonopolistischen Kampf durch die BAFöG-Kampagne hervorgehoben wird. Die enge Verbundenheit des studentischen Kampfes mit den aktuellen Aktionen der Arbeiter können daran verdeutlicht werden. Der Sozialkampf kann der Überwindung kleinbürgerlicher Vorbehalte gegenüber dem „Kampf um den Pfennig" dienen, die für die antiautoritäre Zeit kennzeichnend waren und die sich heute, in veränderter Form, in der prinzipiellen Kritik am Sozialkampf äußern. Die ganze Kleinbürgerlichkeit des „KSV", das Unverständnis für die besondere Problematik der Studentenbewegung zeigt sich in seiner Ablehnung des Sozialkampfes. Zu untersuchen wäre weiterhin, wie die Formierung der Hochschule und der damit verbundene Konkurrenzdruck und Anpassungszwang ein verändertes politisches Herangehen zur Initiierung von Massenkämpfen erforderlich macht. Die Hochschulen waren zu Beginn der Studentenbewegung noch eine „schwache Stelle" im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus: Die alte Ordinarienuniversität provozierte den studentischen Protest und ermöglichte gleichzeitig dessen Entfaltung, so daß die Theorien, die auf die Bedeutung der Organisiertheit hinwiesen, lange Zeit ignoriert werden konnten. Heute verlangt jede Kampagne eine durchdachte und organisierte Vorbereitung, verlangt in einem viel höheren Maße als vorher die politische Überzeugungsarbeit.
Wer heute immer noch die Spontanität anbetet, wiederholt nicht nur die alten Fehler der Antiautoritären, sondern verursacht ein weit größeres Debakel, da die Politik der bloßen Appelle heute — im Gegensatz zu 1967/68 — überhaupt kein Echo mehr findet, dafür aber zur Entpolitisierung beiträgt. Zu diesen neuen Momenten, die im Hochschulkampf unbedingt beachtet werden müssen, gehört die Notwendigkeit der Klärung der Fragen nach Sinn und Erfolgsaussichten studentischen Handelns. Die diesbezüglichen Erfahrungen sollten auf der Konferenz diskutiert werden. Die totale Ratlosigkeit links- und rechtsopportunistischer Gruppen wäre aufzuzeigen, die auf das objektiv vorhandene Problem, nämlich, daß die Studentenbewegung an der Seite einer immer noch relativ schwach entwickelten Arbeiterbewegung kämpft, keine Antwort wissen, als den Kampf auf reine Abwehrforderungen zu beschränken und die Resignation damit direkt herauszufordern, da bei ihnen die Strategie des studentischen Kampfes zu einem bloßen Reagieren auf die verschiedensten Maßnahmen der Bourgeoisie verkommt.
In der Entwicklung der Studentenbewegung ging es nicht nur um das Verhältnis zur Arbeiterklasse, sondern ebenso um die Klärung des Verhältnisses zur Arbeiterbewegung.
Der Studentenbewegung wurde der Zugang zur Arbeiterbewegung durch die Friedhofsruhe erschwert, die auf dem Gebiet des Klassenkampfes in der BRD zu herrschen schien. Hinzu kam, daß es keine kommunistische Partei gab, die ihre Politik und Theorie legal vertreten konnte. Diese Zeit führte zu einer „hohen Blüte" der Theorien über die Integration der Arbeiterklasse, über den Verlust ihrer revolutionären Rolle. Die Marxisten haben sich schon damals erbittert gegen diese Theorien, die von der antiautoritären Studentenbewegung aufgenommen wurden,

gewehrt. Innerhalb nur weniger Jahre wurde der Bankrott derartiger Theorien offenbar. Das Leben selbst, d. h. die Zunahme der Aktionen der Arbeiter in den Betrieben, die Entwicklung ihrer Kampfbereitschaft waren Symptome dafür, daß es unmöglich ist, die Arbeiterklasse in das staatsmonopolistische System zu integrieren. Daß der Klassenkampf keine Erfindung der Marxisten ist, sondern objektive Wirklichkeit, wurde offenbar.

Es gibt viele Studenten, die diese Erkenntnis noch mitvollziehen, aber bezweifeln, daß in der Arbeiterklasse die Bereitschaft entstehen kann, den Kampf um die Staatsmacht und für den Sozialismus zu führen. Das ist eine der Ursachen für ihre Orientierung auf die SPD. Es ist notwendig, solchen Studenten klar zu machen, daß die Theorien Marcuses noch vor wenigen Jahren ebenso unerschütterlich erschienen wie heute die Anschauungen, die das reformistische Bewußtsein für unveränderbar halten.

Es zeigt sich, daß mit der Anerkennung der Tatsache, daß es eine Arbeiterklasse gibt, noch keineswegs das Verständnis für den Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung verbunden ist.

Es wäre auf der Konferenz genau zu untersuchen, welches Bild sich Studenten von der Arbeiterklasse machen, welches Verständnis sie von „Arbeiterbewegung" haben. Auch innerhalb der politischen Gruppierungen ist zu beobachten, daß das Verhältnis zur Sozialdemokratie ein entscheidendes Problem geblieben ist. Für die antiautoritäre Bewegung war die Gleichsetzung von Führung und Mitgliedschaft der SPD typisch, wie sie in dem Slogan „Wer hat uns verraten — Sozialdemokraten!" zum Ausdruck kam. Die Marxisten im SDS gingen schon damals davon aus, daß innerhalb der SPD gegensätzliche Klasseninteressen wirksam werden, daß die objektiven Interessen der Masse der Mitglieder dieser Partei sie in einen Gegensatz zur Führung bringen und daß dieser objektive Gegensatz auch politisch manifest werden würde. Die Differenzierungen innerhalb der SPD, die inzwischen eingetreten sind, beweisen die Richtigkeit dieser Auffassung.

Die Analyse und Charakterisierung der gegenwärtigen Politik der sozialdemokratischen Führung gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Konferenz. Die eigentlichen Ursachen der „Krise der Sozialdemokratie" müßten aufgezeigt werden. Es wäre mit Hilfe einer Analyse der gegenwärtigen krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus nachzuweisen, wie der Spielraum für eine integrationistische Politik der Zugeständnisse immer enger wird und damit auch letztlich die Konflikte innerhalb der SPD zunehmen werden. Es wäre weiterhin zu diskutieren, ob der zu beobachtende Bodengewinn rechter Kräfte an den Hochschulen ein Resultat der Enttäuschung über die Politik der SPD ist.

Ähnliche Positionen wie die Antiautoritären in bezug auf die Sozialdemokratie vertreten auch die Maoisten. Die alten Fehler, das alte Sektierertum, wird neu reproduziert. Es wäre zu diskutieren, ob nicht angesichts der Aktualität dieser Frage dem Thema „Sozialdemokratie" zu wenig Bedeutung zugemessen wird. Ohne Zweifel steht der Spartakus vor der Aufgabe, zu verhindern, daß die Rechtskräfte innerhalb und außerhalb der Hochschule mit ihrer sozialen und politischen Demagogie unzufriedenes sozialdemokratisches Potential an sich binden.

Ebenso falsch wie die Charakterisierung der SPD als homogene bürgerliche Partei ist es, in der SPD die Partei des Sozialismus zu sehen. Wenn Jungsozialisten glauben, durch die Arbeit in dieser Partei, durch Veränderung der Mehrheiten

könne man die SPD zu einer solchen Partei machen, dann übersehen sie, daß in dieser Partei nicht die demokratisch gefaßten Beschlüsse über die Politik entscheiden. Die Führung dieser Partei ist Bestandteil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Ihre Politik orientiert sich an den Interessen des Monopolkapitals. Es wäre naiv zu glauben, daß „Kleinarbeit in der Partei" daran etwas ändern könnte. Das Verhältnis zur Sozialdemokratie muß vielmehr von dem Versuch bestimmt sein, Sozialdemokraten in den antimonopolistischen Kampf einzubeziehen.

Die Politik der Aktionseinheit hat die Forderungen zur Grundlage, die den Interessen der Arbeiterklasse und damit auch den Interessen der Mehrheit der Mitglieder der SPD entsprechen. Die Aktionseinheit ist die Voraussetzung für einen Massenkampf in den Betrieben, und gleichzeitig werden durch diese Politik die Differenzierungsprozesse innerhalb dieser Partei verstärkt. Unser Ziel ist dabei nicht die Spaltung dieser Partei, nicht die Marxisten, sondern die prokapitalistische Politik der SPD-Führung ist die Ursache für die „Krise der SPD". Auf der Konferenz sollte die Entwicklung der sozialistischen Partei in Frankreich, die gerade, weil sie mit den Kommunisten gemeinsam ein Programm verabschiedet hat, das sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert, an Einfluß gewonnen hat, dem Debakel der dänischen Sozialdemokratie gegenübergestellt werden. Die Diskussion dieser Fragen ist auch erforderlich, um Argumenten entgegenzuarbeiten, die auf der Auffassung beruhen, daß eine andere Politik der SPD vom Wähler nicht honoriert würde.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entfaltung der Politik der Aktionseinheit ist die Stärkung der Positionen der kommunistischen Partei. Nicht nur die Entwicklung in Frankreich beweist das, sondern ebenso der Verlauf des Klassenkampfes in der Bundesrepublik.

Ebenso umstritten wie die Stellung zur SPD ist und bleibt die Haltung zu den Gewerkschaften. Antiautoritäre wie Maoisten sehen in den Gewerkschaften vor allem Instrumente des Betrugs an den Arbeitern. Alle Ansätze eines gemeinsamen Vorgehens von demokratischer Studentenbewegung und Gewerkschaften werden geleugnet. Diese Ansätze sind aber vorhanden. Es wäre zu untersuchen, inwieweit die Thesen des DGB zur Hochschulreform Ausdruck der Tatsache sind, daß die Relevanz der Fragen von Bildung und Wissenschaft für die Gewerkschaften erkannt wird. Die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, ihre Bereitschaft, sich auf diesem Gebiet zu engagieren, müßten auf der Konferenz diskutiert werden.

Es wäre weiterhin zu untersuchen, zu welchen Widersprüchen der Versuch der SPD-Führung führt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Gewerkschaftsführung zu veranlassen, die Politik der Abwälzung aller Lasten auf die arbeitende Bevölkerung zu dulden, ja sogar zu unterstützen. Es wäre klarzustellen, daß auch in dieser Situation nicht die Politik einer „innergewerkschaftlichen Opposition" betrieben werden darf, sondern daß diejenigen, die innerhalb der Gewerkschaften für eine Orientierung an Arbeiterinteressen kämpfen, keine Opposition darstellen, sondern dies als konsequente Gewerkschafter tun im Interesse der Stärkung der Gewerkschaften. Es entspricht dem Interesse der Arbeiterklasse, starke einheitliche Gewerkschaften zu haben. Ebenso wie der Versuch, sie an die Politik der Regierung zu binden, schwächt es die Gewerkschaften, wenn man sie, wie neo-

reformistische Kräfte vor allem bei den Jusos zum Parteiersatz machen will. Die Gewerkschaften vereinigen als breiteste Klassenorganisation verschiedene politische Strömungen auf der Grundlage ihrer Klasseninteressen, deren Gemeinsamkeit in den Kämpfen selbst immer mehr erkannt wird.
Die Arbeiter brauchen die Einheitsgewerkschaft heute mehr denn je: Ihnen steht ein immer stärker monopolistisch organisierter Gegner gegenüber. Heute, da durch die Verflechtung von Staats- und Monopolmacht die Arbeits- und Lebensbedingungen zunehmend durch die staatliche Politik reguliert werden, werden ökonomische Forderungen immer mehr zu politischen.
Die Kommunisten treten für die Erhaltung der Funktion der Gewerkschaften als unabhängige Klassenorganisation ein. Es muß verdeutlicht werden, welch große Bedeutung dies gegenwärtig auch für die Studentenbewegung hat, da einerseits die Masse der Arbeiter SPD wählt, andererseits aber das Ausmaß der Kämpfe um die unmittelbaren Interessen ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern erheblich zunimmt.
Wenn es um materielle Erfolge und um das Erkennen der Klassenfronten, die Entwicklung des Klassenbewußtseins geht, wie etwa in den Sommerstreiks 1973, haben Kommunisten, hat die DKP ihre entscheidende Rolle bewiesen. Viele Forderungen der Arbeiter, aber auch der Studenten, für die die große Masse kämpft, werden von ihr vertreten. Dennoch gibt es viele Faktoren, die den Zugang zu dieser Partei erschweren, auch wenn man viele ihrer Forderungen teilt.
Die ganz prinzipiellen Vorbehalte, die schon die „antiautoritären" Studenten gegenüber der marxistischen Klassenorganisation äußerten, setzen sich heute noch kontinuierlich fort: Es bleibt einer Reihe fortschrittlicher Studenten uneinsichtig, daß es auf der Basis gemeinsamer Klasseninteressen mit einer wissenschaftlichen Weltanschauung möglich und auch notwendig ist, einheitlich und politisch effektiv zu handeln. Die Studenten lehnen eine umfassende politische Organisation als gegen das Handeln aus freier Einsicht gerichtet, prinzipiell ab. Sie sehen sich als Marionetten an den Fäden der Partei und suchen immer noch nach dem dritten Weg, der schon für die antiautoritäre Studentenbewegung zur Sackgasse wurde.
Wie mit diesen traditionellen Argumenten werden wir uns mit der Behauptung auseinandersetzen müssen, eine Organisierung in der DKP sei zwecklos, weil sie keine quantitative Bedeutung habe und keine Chance, zur Massenpartei zu werden. Viele, die so argumentieren, landen schließlich in der SPD. Die Bedeutung der DKP für die gesamte Arbeiterbewegung ergibt sich aber aus der Formulierung und Vertretung einer Politik, die sich nur an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert. Die Politik der DKP erweist sich nicht nur in vielen Einzelfällen als richtig — bei der Mobilisierung für die Ratifizierung der Verträge, in ihrer initiativen Rolle bei den Kämpfen um Teuerungszulagen etc., ihre Forderungen werden in den einzelnen Aktionen von Sozialdemokraten und Nichtorganisierten geteilt. Aber auch von vielen Studenten wird die Politik der Partei, zumindest in vielen Einzelforderungen, als richtig erkannt, wenn das aber der Fall ist, worüber wir auf der Konferenz diskutieren müssen, dann werden bei der Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen auch notwendig die Positionen dieser Partei gestärkt werden.
Auch hier zeigt sich die Kontinuität in den Fehlern in der Studentenbewegung:

Genauso wie die früher gängige Meinung, die Arbeiterklasse sei völlig integriert, sich inzwischen als falsch und schädlich erwiesen hat, so wird es auch mit der heute vertretenen Anschauung gehen, daß die kommunistische Partei in unserem Lande keine Chancen habe.
Für die Entwicklung der Studentenbewegung zur antiimperialistischen Kraft ist das positive Verhältnis zur nationalen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung entscheidend.
Gerade die Erfahrung der jüngsten Zeit beweist, daß das Bekenntnis zum Bündnis mit der Arbeiterklasse abstrakt und inkonsequent bleibt, wenn es nicht verbunden ist mit der Klärung des Verhältnisses zu der Organisation, die die historische Mission der Arbeiterklasse in der BRD verkörpert, der DKP. Deshalb können Rechtsopportunisten, etwa bei den Jusos, den studentischen Kämpfen ebenso keine Orientierung geben, wie die Maoisten mit ihrer Beschwörung des Bündnisses die Studenten in die Isolierung führen.
Bei den antiautoritären Studenten verband sich die Begeisterung über den nationalen Befreiungskampf vor allem der indochinesischen Völker mit der Unfähigkeit, die Rolle des Sozialismus im antiimperialistischen Kampf zu erkennen. Folglich war es ihnen unmöglich, den Klassenkampf im eigenen Land richtig in den internationalen antiimperialistischen Kampf einzuordnen und daraus ihre Aufgaben in unserem Lande abzuleiten. Das aber ist nach wie vor die Voraussetzung, um aktuelle strategische Probleme lösen zu können. Weil man z. B. den Zusammenhang von Politik der friedlichen Koexistenz und bewaffnetem Befreiungskampf nicht erkannte — und das konnte man nicht, solange die Studenten die Rolle der sozialistischen Staaten im antiimperialistischen Kampf nicht begriffen — blieb dem antiimperialistischen Engagement der Studenten nur die abstrakte Solidarisierung mit den Guerillakämpfern oder gar die Übernahme ihrer Methoden für den Klassenkampf in der BRD.
Die marxistische Studentenorganisation hat die Studentenbewegung der BRD in den internationalen antiimperialistischen Kampf eingeordnet, indem sie das Verhältnis zu den sozialistischen Staaten, insbesondere der Sowjetunion, positiv bestimmt hat, so können die Studenten heute in der antiimperialistischen Solidarität mit den Völkern Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und des Nahen Ostens, den Völkern unter faschistischer Knechtschaft, verbunden mit dem Kampf um Sicherheit und Abrüstung in Europa einen positiven initiativen Beitrag zum antiimperialistischen Kampf in der BRD liefern.
Linke Jusos bestimmen das Verhältnis von nationalem und internationalem Klassenkampf falsch, wenn ihnen heute der Kampf um Frieden nicht revolutionär genug ist, wenn sie gemeinsam mit den verschiedenen Linkssektierern meinen, diese Politik setze sich von selbst durch. Dem liegt einmal die aus dem traditionellen Antikommunismus geborene Unfähigkeit zugrunde, die Grundtendenzen der Weltpolitik unter dem Aspekt der Systemauseinandersetzung von Sozialismus und Imperialismus zu begreifen. Dabei tun sie so, als sei der Imperialismus vereinbar mit einem nichtimperialistischen, friedlichen Vorgehen in der Politik.
Direkt konterrevolutionär handeln dagegen die Maoisten, die in ihrem grenzenlosen Haß gegen die sozialistischen Länder das imperialistische Gegenkonzept zur Politik der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, nämlich die westeuropäische Integration und Stärkung des imperialistischen Militärblocks unterstützen.

Die Studentenbewegung der 60er Jahre entwickelte sich in fast allen imperialistischen Ländern, aber ihr Schicksal ist unterschiedlich. Wenn die Studentenbewegung heute in den USA, ihrem einstigen Hauptland, kaum noch zu bemerken ist, dann deshalb, weil dort nicht eine organisierte marxistische Kraft wie der MSB Spartakus Einfluß gewinnen konnte. Nur eine marxistische Organisation kann der Studentenbewegung durch die Vermittlung eines positiven Verhältnisses zur nationalen und internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung die Kontinuität auch in Zeiten schwachentwickelter Kämpfe im eigenen Land verleihen, die sie zu einem ernst zu nehmenden Faktor im Klassenkampf werden läßt, die dafür sorgt, daß nicht jede Studentengeneration wieder dieselben Fehler machen muß, die vor ihr schon als solche erkannt wurden.

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Facit-Reihe 7, 204 Seiten, 6,– DM

Ernst Engelberg: Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Rigobert Günther: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike

Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als frühbürgerliche Revolution

Bernhard Töpfer: Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden

Gerhard Heitz: Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa

Gerhard Schilfert: Die englischen Independenten und die deutschen Sekten in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts

Walter Schmidt: Die internationale Stellung der deutschen Revolution von 1848/49 in der Sicht von Marx und Engels

Günter Schmidt: Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918

Hans Schleier: Zur Diskussion des Revolutionsbegriffes in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik

Karl Reißig: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Gerhard Bauß

Studentenbewegung in der BRD

Von Fluchthelfern zu Antinotstandskämpfern und zu organisierten Marxisten

Die Geschichte der westdeutschen und Westberliner Studentenbewegung der zweiten Hälfte der 60er Jahre ist sowohl im Bewußtsein der Öffentlichkeit als auch in ihrer tatsächlichen Entwicklung aufs engste verknüpft mit der Entwicklung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. An den Auseinandersetzungen innerhalb dieses Verbandes, an seinen Aktionen und Widersprüchen und an seinem Masseneinfluß unter der Studentenschaft lassen sich Vorgeschichte, Herausbildung und Transformation der Studentenbewegung nachvollziehen, weil er bis zur Gründung eines konsequent und einheitlich marxistischen Studentenbundes die fortschrittlichste Organisation mit einer gewissen Massenbasis innerhalb der Studentenschaft gewesen ist.

I.

Der SDS, am 2. September 1946 in Hamburg gegründet, war zunächst nach allen Seiten offen; in ihm arbeiteten KPD-, SPD- und auch CDU-Mitglieder. Dieser Zustand war für die rechten (einschließlich der rechtssozialdemokratischen) Kräfte nicht ungefährlich, und daher drängten sie darauf, im SDS nur noch SPD-Mitglieder und Parteilose zu organisieren.

Auf der 2. Delegiertenkonferenz des SDS 1947 in Bielefeld wurde der Grundstein einer längeren Periode stramm antikommunistischer Ausrichtung des Verbandes gelegt: Man beschloß die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im SDS mit der in der KPD oder SED. Von Anfang an war dieser Kurs mit Konflikten verbunden: die Gruppe Hannover zerfiel und zur Gruppe Münster mußte der Bundesvorstand die Kontakte zeitweise abbrechen.

Noch immer aber war der SDS der fortschrittlichere Teil der SPD: nach der Abkehr der Mutterpartei vom antimilitaristischen Kurs, 1958, setzte er diesen Kurs fort und veranstaltete zwei antimilitaristische Kongresse (im Januar 1959 in Westberlin und im Mai 1959 in Frankfurt/Main) unter den damals weitgehenden Losungen: das Tabu „Keine Verhandlungen mit Pankow" muß weg und die BRD soll auf Atomwaffen verzichten.

Interne Auseinandersetzungen führten zunächst zu einem Sieg der rechteren Kräfte, angezeigt dadurch, daß die „konkret"-Gruppe wegen zu „DDR-konformer Ansichten" ausgeschlossen wurde. Trotzdem kommt es ein Jahr später zum Bruch mit der SPD, deren Führung der Kurs des SDS immer noch zu links ist: 1960 ergeht der Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaft in der SPD mit der im SDS, der SHB wird – als linientreuer Verband erhofft – gegründet.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß – insgesamt gesehen – der Kurs des SDS alles andere als prokommunistisch war. Vielmehr war der auch hier virulente Antikommunismus – wie immer – da am stärksten ausgeprägt und am hartnäckigsten, wo er sich gegen den realen Sozialismus richtet. Das Verhältnis

des SDS zum sozialistischen deutschen Staat bestimmte der SDS-Vorsitzende Liebel 1964 folgendermaßen:
„Wenn wir uns freilich darüber hinwegtäuschen würden, daß die Interessen der DDR und unsere auch bei Anerkennung der Bedeutung der friedlichen Koexistenz durchaus verschieden sind, wären wir in der BRD bald endgültig zur Wirkungslosigkeit verurteilt. (. . .) Von hier aus gesehen, meine ich, müßten unsere DDR-Kontakte zunächst der Auseinandersetzung, der Kritik (. . .) dienen."[1]
Und das ist noch eine der weniger aggressiven, mehr schulmeisterlichen Einstellungen zur DDR.
Dieser Kurs des SDS korrespondiert mit der antikommunistischen Grundhaltung der großen Mehrheit der Studentenschaft während der 50er und Anfang der 60er Jahre. Zu dieser Zeit waren die Studenten größtenteils in Illusionen über ihre soziale Zukunft, das soziale System, in dem sie lebten, sowie dessen Stabilität und Garantie für unaufhörlich wachsenden Wohlstand befangen. Vor allem waren sie voller Unverständnis gegenüber den Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR, und noch mehr voller Unkenntnis über deren Ursachen, die nicht zuletzt in der Störungs- und Sabotagepolitik des westdeutschen Monopolkapitals lagen.
So kam es, daß die politischen Aktivitäten der Studenten sich zunächst fugenlos in den kalten Krieg einreihten. Der studentische Konvent der Westberliner „Freien Universität", deren Name allein schon als provokanter Gegensatz zur Berliner Humboldt-Universität gedacht war, beschloß 1950 eine Erklärung zur Haltung gegenüber der DDR, in der es hieß:
„(. . .) die Studentenvertretung der FU hat den bisher von der Bundesregierung eingeschlagenen Weg aufmerksam verfolgt und ist der Meinung, daß sie sich der Haltung der Bundesregierung anschließen kann."[2]
Am 17. Juni 1953 bestätigten sich die Studentenvertreter sogar direkt als Scharfmacher: In einer Presseerklärung brachten sie ihre „Enttäuschung über die Reaktion des Westens" zum Ausdruck[3], konkret heißt das, sie bedauerten, daß der Imperialismus den 17. Juni nicht zum Anlaß eines Überfalls auf die DDR nehmen konnte.
In diesen Rahmen paßten denn auch Fluchthilfeaktionen und Geldsammlungen für „Kommilitonen in der DDR".
Eine gewisse antikommunistische Grundströmung hielt noch an, als bereits dezidiert antiimperialistische Aktionen durchgeführt wurden. Nach einer Demonstration gegen den Besuch des Mörders der kongolesischen Revolution, Moise Tschombé, distanzierte sich der Westberliner SDS 1964 in einem devoten Schreiben an den Regierenden Bürgermeister und den Rektor der FU ausdrücklich von kongolesischen Mitdemonstranten, die Transparente mit der Aufschrift „Mörder Tschombé" und „DDR = Freund Kongo – BRD = Feind Kongo" getragen hatten, und wies gleichzeitig untertänig darauf hin, daß eine Zusammenarbeit zwischen Westberliner SDS und Westberliner FDJ an den politischen Bedingungen gescheitert sei, die der SDS gestellt habe.

1 Manfred Liebel: Zur Ostpolitik des SDS; Referat auf dem DDR-Bundesseminar des SDS Mai 1964
2 Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rakehl. Rebellion der Studenten, Reinbek 1968, S. 12
3 Ebenda, S. 13

Auch als der Protest gegen den barbarischen Krieg der USA in Vietnam bereits weitgehend die studentischen politischen Aktionen bestimmte, wirkte der Antikommunismus manifest nach. Noch im Dezember 1966 verbrannte ein Teil der Teilnehmer einer Vietnamdemonstration in Westberlin Pappköpfe von Johnson und Walter Ulbricht unter dem Motto „Spießer aller Länder vereinigt euch". Gleichwohl gab es – trotz solch strammen Antikommunismus – relevante politische Tendenzen innerhalb der Studentenschaft, die den Herrschenden durchaus nicht gefielen. Nachdem ihnen das Verbot der KPD und die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus gelungen war, mußten ihnen Forderungen nach Verhandlungen mit der DDR, die z. B. der erwähnte Westberliner Studentenkongreß gegen die Atombewaffnung schon 1959 aufstellte (nachdem interessanterweise der gleiche Kongreß die angereisten DDR-Teilnehmer abgewiesen hatte und nur den Rektor der Humbolt-Universität zuließ), gefährlich erscheinen: ein Helmut Schmidt, der immerhin selbst einmal SDS-Vorsitzender gewesen war, verließ denn auch fluchtartig das Plenum und weigerte sich, seine Zusage, auf der Abschlußkundgebung zu sprechen, einzuhalten. Noch hellhöriger wurde die herrschende Klasse, als das bruchlose antikommunistische Einverständnis durch eine Reihe von Faktoren gegen Mitte der 60er Jahre allmählich anfing zu bröckeln.

An der Westberliner FU, wo es früher als in der BRD eine Reihe studentischer politischer Protestaktionen gegeben hatte, zeigte sich immer stärker die Diskrepanz zwischen dem Anspruch des sogenannten „Berliner Modells", Mitsprache der Studenten in den universitären Gremien zu gewähren und die Möglichkeit zu demokratisch-politischen Aktivitäten ausdrücklich zu garantieren, und der nicht vorhandenen Einlösung dieses Anspruchs, sobald die studentische Aktivität nur einmal vom vorgezeichneten politischen Kurs abzuweichen drohte. Universitäts- und politische Führung hielten es schließlich für unumgänglich, den Studenten zunächst an der Juristischen Fakultät das Stimmrecht bei Berufungsverfahren abzuerkennen und sie schließlich aus den Ausschüssen des Akademischen Senats zu verbannen.

So findet die sich herausbildende Studentenbewegung schließlich zu für sie später typischen Aktionsformen: am 22. Juni 1966 beteiligen sich 3000 Studenten am ersten Sit-in, und zwar gegen den Akademischen Senat, der über Zwangsexmatrikulationen beschließen wollte.

Ein weiterer zentraler Faktor, der zur Politisierung der Studenten beitrug, war die verbrecherische Aggression des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Dieser Krieg und vor allem die barbarische Art, in der ihn die USA führten, zeigten den Studenten, daß die vorgetäuschte Harmlosigkeit und Liberalität des modernen Kapitalismus nur Maskerade war, hinter der sich das blutige Gesicht des Imperialismus sofort zeigt, wenn der Freiheitskampf der Völker ihn bedroht. Vor allem auch die Tatsache, daß die BRD-Regierung alles andere tat, als sich von den US-Kriegsverbrechen zu distanzieren, ließ immer stärker den Verdacht aufkommen, nicht nur weitab sei manches nicht zum besten, sondern der angeblich so friedliche BRD-Staat selber sei unter Umständen bereit, die Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker zu billigen oder gar aktiv zu unterstützen.

II.

Die zweite Hälfte der 60er Jahre stellt einen Zeitraum dar, in dem auch auf innerpolitischer Ebene manche studentische Illusion recht drastisch zerstört wurde. Die im Dezember 1966 geschlossene große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU desillusionierte die Studenten hinsichtlich des Parlamentarismus. Sie interpretierten diese Koalition (unter Einschluß des SHB, der sich bei den Protestaktionen gegen die große Koalition sogar besonders hervortat) sofort als Indiz für den Funktionsverlust des bürgerlichen Parlaments, als endgültige Enttäuschung der in der SPD gesetzten Hoffnungen, eine von ihr getragene oder mitgetragene Politik orientiere sich stärker an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung; des weiteren als Ausdruck der forcierten Formierungstendenzen in der BRD, wie sie besonders in der nun zu befürchtenden Verabschiedung der Notstandsgesetze ihren Ausdruck finden sollten.

Vielleicht mehr noch als der Vietnamkrieg offenbarte den westdeutschen und Westberliner Studenten die Ermordung ihres Kommilitonen Ohnesorg am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs in Westberlin die latente Gewalt des gesellschaftlichen Systems, in dem sie lebten. Als der Regierende Bürgermeister in einer Erklärung zu den Vorfällen des 2. Juni mit keinem Wort den Tod Ohnesorges bedauerte, dafür aber um so heftiger, daß „ein Gast der Bundesrepublik Deutschland in der deutschen Hauptstadt beschimpft und beleidigt" werden konnte, wurde nur allzu deutlich, daß die Schüsse vor der Westberliner Oper kein tragischer Zufall waren, sondern aus der bewußt einkalkulierten physischen Liquidation oppositioneller Demokraten resultierte — die dann Platz greift, wenn der integrationistische Weg nicht entsprechende Erfolge zeitigen sollte.

Das Postulat der Gewaltlosigkeit — neben dem Parlamentarismus eine weitere tragende Säule in der Ideologie der „westlichen Freiheit" — demzufolge durch die Garantie der Legalität der politischen Opposition der Einsatz von die „Spielregeln" verletzenden Mitteln seitens dieser Opposition überflüssig und sogar verbrecherisch sei, stürzte im Bewußtsein der Studenten ein. Die Verbindung zwischen der Brutalität der USA in Vietnam und der Brutalität der hiesigen Staatsgewalt als Ausdruck d e s s e l b e n Gesellschaftssystems drängte sich auf. Es setzte eine riesige Solidarisierungswelle mit der studentischen politischen Opposition ein, vor allem mit dem SDS, in dem jene Sozialisten organisiert waren, die ja früher schon auf die nach wie vor vorhandene Aggressivität des Imperialismus — auch des westdeutschen — hingewiesen hatten. Diese Solidarisierung erschien als etwas so Selbstverständliches, daß diejenigen, die ihr nicht folgten, vom liberalen Standpunkt aus als undemokratisch bezeichnet wurden:

„Ein knappes Viertel der Studenten nahm am Trauerzug für Benno Ohnesorg in Marburg teil; ich spreche dem übrigen Dreiviertel, mit Ausnahme der Kranken und Siechen, jegliches demokratisches Bewußtsein ab."[4]

Zugleich wird in dieser Stellungnahme der Begriff des „linken Faschismus" für gerechtfertigt gehalten.

Die Schwerpunkte der Aktivitäten der Studentenbewegung in diesem Zeitraum liegen auf antiimperialistischen Aktionen und auf solchen gegen die verfassungs-

4 marburger blätter, 113

widrigen Notstandsgesetze, die im studentischen Bewußtsein die Vorbereitung auf die Etablierung politischer Zustände waren, die denen des faschistischen Griechenland entsprochen hätten. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Aktionen gegen den sich ausbreitenden Neonazismus sowie die gegen die Verhetzung der Bevölkerung durch die Springer-Presse.

Gerade die Aktionen gegen Springer, mit ihrem Höhepunkt, den Blockaden gegen Springer-Druckereien und -Auslieferungslager Ostern 1968, zeigen die politische Fortentwicklung der Studentenbewegung an. Einerseits in dem Sinne, daß sie sich radikalisierte und zu martialischeren Kampfformen überging, andererseits insofern, als zu dieser Zeit die Auseinandersetzungen um Aktionsformen, um die richtige Strategie und Taktik, um das Verhältnis zur Arbeiterklasse — kurzum: die Auseinandersetzung um die Durchsetzung marxistischer Positionen im SDS — zunahm.

III.

So ist es kein Zufall, daß gerade die 1967 stattfindende 22. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS zu einem Höhepunkt der ideologischen Auseinandersetzungen im Verband wird.

Die Delegiertenkonferenzen waren neben den Seminaren, die der SDS veranstaltete, ein wichtiger Austragungsort politischer Diskussionen und ein Anzeiger der ideologischen Entwicklung im Gesamtverband. Ihre Bedeutung ist deswegen hoch, weil es keine einheitliche politische Linie, die über das u. U. nur verbale Bekenntnis zu Marx und Engels hinausging, gab, sondern die einzelnen örtlichen Gruppen ihre Politik weitgehend selbst festlegten.

Die 22. Delegiertenkonferenz stand ganz im Zeichen der Divergenzen zwischen Antiautoritären und „Traditionalisten". Zwar waren diese Differenzen keineswegs neu, wohl aber waren ihre Aktualität und politische Brisanz mit dem Anwachsen des SDS, dem Zustrom studentischer Massen einerseits und dem verstärkten Aufbruch sozialer Konflikte in der westdeutschen Gesellschaft andererseits gleichsam treibhausmäßig gewachsen.

Als politische Linien mit Masseneinfluß hat es im SDS nur diese beiden Positionen gegeben; allerdings die der Antiautoritäten oft vermischt mit trotzkistischen oder rechtsopportunistischen Elementen. Dies macht eine exakte Beschreibung der antiautoritären Ideologie ebenso schwierig wie die Tatsache, daß eine antiautoritäre Position als konsequente und politisch bewußte Position bei der Mehrzahl ihrer Anhänger durchaus nicht bestand, sondern die antiautoritäre Haltung sich gerade dadurch auszeichnete, aus einer diffusen Unlust am Kapitalismus heraus diesen abzulehnen, also der Politik keine wissenschaftliche Grundlage zu geben, was eine entsprechende Praxis zur Folge haben mußte. Auch ist die antiautoritäre Position von ihren Wortführern nie ganz entfaltet worden. Trotzdem lassen sich natürlich bestimmte stets wiederkehrende Kernpunkte dieser Haltung beschreiben. Auffallend ist vor allem der Widerspruch zwischen dem verbalen Bekenntnis zu Marx und dem tatsächlichen Verhältnis zum revolutionären Kampf in der BRD: ins Auge fällt eine totale Unterschätzung der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt (manchmal theoretisch verbrämt mit allerlei — teils Marcusianischen — Phantasien über die revolutionäre Potenz von Intellektuellen, manchmal auch nicht).

Dies kam besonders kraß im sogenannten „Organisationsreferat" zum Ausdruck, das Dutschke und Krahl auf der 22. Delegiertenkonferenz hielten.[5]
Zentraler Ausgangspunkt dieses Referats war der „integrale Etatismus" (ein von Max Horkheimer 1940 geprägter Terminus der Totalitarismustheorie), der dem Zustand eines Staates bezeichnen soll, der sich in ein gigantisches Macht- und Manipulationszentrum monolithischer Geschlossenheit verwandelt hat und gleichzeitig nicht mehr Instrument der herrschenden Klasse ist, sondern verselbständigte Herrschaft (weshalb denn auch der revolutionäre Kampf sich vor allem gegen seine Institutionen zu richten hat). Diese Grundeinstellung mußte offensichtlich die Ablehnung des politischen Tageskampfes und die „Selbstorganisation" als Quasi-Austritt aus der Gesellschaft sowie die Schaffung von „Freiräumen" zur Konsequenz haben. Das vollkommene Manipulationssystem erklärt die Passivität der Arbeiterklasse; der antiinstitutionelle Kampf nun, der, da er die Stützpfeiler des Systems angreift, die staatliche Zwangsgewalt hervorruft, regt durch diese Demonstration von Gewalt das Bedürfnis der Massen nach kritischer Aufklärung an.

Von den antiautoritären Studenten einzurichtende Preis- und Mietüberwachungskomitees wären durch die „organisierte Weigerung politisierter Hausfrauen, die überdimensionalen Mieten zu zahlen" die „vergesellschaftende Expropriation der Expropriateure". Und dann wäre „auch die Frage der Politisierung der Betriebe leichter vorstellbar. Die Arbeiter hätten vor dem Streik keine Angst mehr (. . .), ständen in ihrem Kampf doch dann nicht mehr in einer fast hoffnungslosen Ausgangslage."[6] Also: den ängstlichen Arbeitern wird der nötige Mut zum Streik durch das kämpferische Vorbild der antiautoritären Studenten und der von ihnen politisierten Hausfrauen eingeflößt!

Ein weiteres zentrales Kennzeichen der antiautoritären Haltung war — nachdem die Kämpfe im eigenen Land vermeintlich recht perspektivlos zu beurteilen waren — die abstrakte Heroisierung des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt. Ihnen schrieb Dutschke die Funktion einer Art Weltproletariat zu, dessen Kampf sich die Bewohner der Industrieländer durch Willensakt anschließen können. Witzigerweise stellt Dutschke selbst in diesem Zusammenhang die Frage: „Liegt hier nun bei mir jener Eskapsimus vor, der die Bewegungen in der Dritten Welt heroisiert, keinen Bezug zur Problematik unseres hiesigen Tuns mehr findet?"[7] Zu diesen Elementen fügte sich zwanglos eine extreme Organisationsfeindlichkeit, kindliche Freude an Disziplinlosigkeit und Chaotismus verbunden mit einem starken Hang zum Voluntarismus.

Dem stellten die „Traditionalisten" — so genannt, weil sie an den Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung festzuhalten und aus ihnen zu lernen gedachten — marxistische Positionen gegenüber. Vor allem in der Frage des revolutionären Subjekts vertraten sie energisch die Leninsche Position, wonach das Proletariat die einzige revolutionäre Klasse ist. „Autonomie" der Hochschulen, abstrakte Befreiungsmodelle und Freiraumtheorien kritisierten sie als unmarxistisch und bürgerlich. Die Interessenidentität zwischen den für Bildungsreform, Mitbestimmung und gegen reaktionäre Lehrinhalte kämpfenden Studenten und der Arbeiterklasse war ihnen objektive Grundlage für das Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten, das sie auch praktisch realisierten. Insofern stand die Politik der von ihnen bestimmten SDS-Gruppen in völligem Gegensatz zu den Aktionen der antiautoritären Gruppen.

5 Den Autoren selbst war es wohl dann auch zu deutlich erschienen, weswegen sie der Zeitschrift „facit" mit einstweiligen Verfügungen gegen den Abdruck drohten und sich die restlichen existierenden Tonbandaufnahmen aus der Schweiz besorgten.
6 R. S.: Zum Verhältnis von Organisation und Emanzipationsbewegung; Oberbaum-Blatt, 5, 1967. Dieser von Rudi Dutschke stammende Artikel ist in den wesentlichen Punkten inhaltsgleich mit dem „Organisationsreferat"
7 Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rakehl: Rebellion der Studenten a. a. O., S. 69

Hierfür ist gerade die Kampagne „Enteignet Springer!" ein drastisches Beispiel. Dort, wo die Osteraktionen politisch koordiniert und angeleitet werden konnten, wie z. B. in Köln und Essen, erschöpften sie sich nicht in Manifestationen ohnmächtiger Wut, die der Mordanschlag auf Rudi Dutschke andernorts teilweise ausgelöst hatte. Das Bündnis zwischen werktätiger Bevölkerung und Studenten hatte in Köln bereits zu ersten gemeinsamen Aktionen geführt: im März 1968 waren Arbeiter und Studenten gemeinsam gegen die Kurzarbeit bei Ford vorgegangen. Jetzt, während der Osteraktionen, richtete der Republikanische Club Köln einen Offenen Brief an den Betriebsrat des Verlagshauses DuMont-Schauberg, dessen Bild-Zeitungs-Auslieferungen blockiert werden sollten, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß der Protest gegen Springer sich keineswegs gegen die bei diesem Konzern beschäftigten Arbeiter und Angestellten richte. Für den zu erwartenden Verdienstausfall der Zeitungsverkäufer sammelten die Demonstranten Geld.
Daher führten die Osteraktionen des Rhein-Ruhr-Gebietes nicht nur nicht zu einer verschärften Isolation der Studentenbewegung — wie andernorts —, sondern sie bewirkten das Gegenteil:
„Es gab keine Prügeleien mit der Polizei, keine Schwerverletzten, keine Differenzen mit den Arbeitern des Druckhauses Alfred Neven DuMont, dafür aber ein ungemein gesteigertes Ansehen der außerparlamentarischen Opposition in breiten Kreisen der Bevölkerung, bei den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Kölner Großbetriebe."[8]

Dagegen mußte der Westberliner SDS — in bezug auf die Osteraktionen als Gegenpol zum Rhein-Ruhr-Gebiet zu betrachten — seine Unfähigkeit nachträglich selbst eingestehen: in dem Protokoll einer Klausurtagung des Westberliner SDS vom 21.—24. Juni 1963 heißt es: „Osterkampagne nicht vom SDS gelenkt. SDS hat sich zur Leitung von Massenaktionen als unfähig erwiesen."

Das nimmt nicht wunder, wenn man den politischen Ausgangspunkt der antiautoritären Westberliner Akteure kennt. Auch hierzu liegen von ihnen selbst sehr aufschlußreiche Einschätzungen vor, die zum einen die grenzenlose Arroganz dieser Leute zeigen, wenn sie schreiben, im Bild-Zeitungs-Leser selbst habe es wegen dessen „Dumpfheit" und „totaler Unterdrückung" für sie „keine Macht gegeben, mit der man sich verbünden konnte."[9] Zum anderen bestätigen sie selbst ihr „besonderes" Verhältnis zur Arbeiterklasse: sie verwandten „eine politische Agitation, die von der Kirche zu stammen scheint. Wie nehmen die Ungläubigen die Botschaft an? Welche Sprache müssen wir sprechen, damit wir verstanden wer-

8 André Müller: Das Kölner Modell; DVZ, 19, 1968.
9 Erfahrungen der Kampagnen gegen Springer, hektographiertes Papier des AK Springer der KU.

den? Wie kommen wir an die Arbeiter ran? Wir waren eine Art Ethnologen, die in den Tropen angekommen sich die Frage stellen, ob (um der Vertraulichkeit der Eingeborenen willen) einen Lendenschurz anzulegen besser sei, als die europäische Kleidung anzubehalten. (...) über die Probleme der Missionare und Forschungsreisenden ist die Agitation nicht hinausgekommen."[10]

Von ihnen selbst ausgesprochen haben wir hier in der antiautoritären Politik bereits einen Grundzug des ultra„linken" Dogmatismus, die Politik der revolutionären Phrase in Gestalt von Verkündigungsagitation. Dieser Zug verbindet sich mit einem Verhältnis zur Arbeiterklasse, das gleichfalls Gemeinsamkeiten aufweist. In einer vom SDS-Bundesvorstand nach der Erschießung Benno Ohnesorgs veröffentlichten Erklärung heißt es: „In anderen sozialen Gruppen, etwa (sic!) bei den Industriearbeitern, werden die Studenten für ihre Probleme nur so weit Verständnis finden, wie sie die der anderen zu ihren eigenen machen und dauernd unterstützen."[11]

Mit anderen Worten: die Probleme „etwa" der Industriearbeiter resultieren also nicht aus den gleichen gesellschaftlichen Widersprüchen wie die der Studenten, sondern letztere machen sie durch einen offenbar reinen Willensakt „zu ihren eigenen" – um dann auch umgekehrt solch einen Willensakt seitens der Arbeiterklasse zu erhoffen. Eine objektive Grundlage in Gestalt objektiv vorhandener gemeinsamer Interessen hat dieser Vorgang nicht. Und davon ist das der Arbeiterklasse (oder gar dem Volke) „Dienen" wollen mancher heutiger Ultra„linker" nur die exakte Kehrseite.

Schließlich ist bei den Antiautoritären – wie oben ausgeführt – auch das Kennzeichen, das alle Opportunismen eint und für die „Linken" so konstitutiv ist wie für die Rechten die Leugnung des Klassengegensatzes und die Umgebung der Machtfrage, der Antikommunismus, bereits vorhanden.

Es gab also im SDS ausgeprägte Formen sowohl der späteren ultra„linken" Politik als auch der marxistischen. Daß sie sich herausbildeten, ist selbst Ergebnis der Klassenkämpfe, sowohl an der Hochschule als auch in der Gesamtgesellschaft. Das verstärkte Auftauchen opportunistischer, vor allem „links"opportunistischer Gruppen deutet ja immer auch auf eine gewachsene Attraktivität marxistischen Gedankenguts verbunden mit noch unüberwundenem Antikommunismus und vor allem Antisowjetismus hin.

Die Bildung einer einheitlich marxistischen Studentenorganisation war zur Koordinierung und als Kampfinstrument der Studentenbewegung von einem bestimmten Entwicklungsniveau ihrer Kämpfe an unvermeidlich. Spartakus ist daher ebenso der legitime Nachfolger des SDS, dessen antiimperialistisch-demokratische Zielstellung er aufgreift und auf politisch und organisatorisch höherem Niveau umsetzt, wie der SDS selbst eine unvermeidliche historische Erscheinung darstellte: solange die Kämpfe an der Universität unentwickelt waren, solange das studentische Bewußtsein von elitären Zügen beherrscht war, solange es vor allem in den Klassenkämpfen der Gesamtgesellschaft keinen für die Studenten sichtbaren Fortschritt gab, keine legale kommunistische Partei, solange war der SDS die Organi-

10 Ebenda.
11 Niederlage oder Erfolg der Protestaktion? Flugblatt des SDS-Bundesvorstandes vom 7. 6. 1967.

sation, die in der Lage war, erstens genügend Autorität (so merkwürdig das für die antiautoritäre Studentenbewegung klingen mag) innerhalb der Studentenschaft aufzubringen, um ihre Kämpfe, sobald eine Studentenbewegung sich herausbildet[12], anzuleiten und zu koordinieren (natürlich mit allen Mängeln einer nicht konsequent marxistischen Organisation). Zweitens war er die Organisation, die die Studenten an kritischen Bewußtsein heranführte, die dafür sorgte, daß ihnen bestimmte Grundsachverhalte der BRD-Gesellschaft nicht mehr so selbstverständlich wie ehedem vorkamen – hernach konnten die besten unter ihnen für den Marxismus gewonnen werden.

Man könnte die historischen Bedingungen der antiautoritären Studentenbewegung und der Herausbildung des Spartakus sicher nicht richtig analysieren, wenn man sich auf den universitären Bereich beschränken wollte.

Die wissenschaftlich-technische Revolution, die die soziale Perspektive großer Teile der Studentenschaft dahin verändert, künftig als lohnabhängige Intelligenz tätig zu sein, hat für die Entwicklung der Studentenbewegung und des studentischen Bewußtseins nachhaltige Bedeutung gehabt. Und ohne das Aufleben der Kämpfe der Arbeiterklasse in der Mitte der 60er Jahre, deren erstes Anzeichen der Warnstreik der Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden war, und die nach der Rezession 1966/67 ihre Fortsetzung in den Abwehrstreiks gegen die Abwälzung der Lasten der Krise auf die Arbeiterklasse fanden, ohne die Neukonstituierung einer legalen kommunistischen Partei, der DKP, die einerseits Ausdruck der gewachsenen Kampfkraft der Arbeiterklasse ist, andererseits die Organisation, die dieser Kampfkraft Perspektive gibt, weil sie den Tageskampf stets mit dem sozialistischen Endziel verbindet – ohne all diese Faktoren wäre die Entwicklung einer sozialistischen Studentenbewegung unvorstellbar gewesen.

Die Bedeutung einer legalen Partei der Arbeiterklasse hatten auch die antiautoritären Studenten stets gefühlt, nicht umsonst begriffen sie häufig ihren SDS als Ersatzpartei. Eine wirklich konsequente Orientierung der studentischen Aktivitäten auf einen Kampf an der Seite der Arbeiterklasse hat zur Voraussetzung, daß diese über eine klassenbewußte einheitliche Organisation, über eine revolutionäre Partei verfügt, weil nur sie den Interessenkampf in allen gesellschaftlichen Bereichen überschauen und gegen das Monopolkapital zusammenführen kann.

Die Geschichte der Studentenbewegung in der BRD und Westberlin zeigt, wie wichtig der Kampf um die Durchsetzung marxistischer Positionen ist, wie schädlich jede Dominanz opportunistischer Auffassungen. Dieser Kampf ist mit der Bildung der Spartakus AMS und dann des MSB nicht abgeschlossen, vielmehr ist der MSB nur ein mächtiges Mittel, ihn voranzutreiben.

Die desorientierende Wirkung der Unzahl maoistischer, trotzkistischer und anderer „kommunistischer" Grüppchen an unseren Universitäten, die Verwirrung, die sie in den Köpfen der Studenten und im studentischen Kampf anrichten, kann nicht ernst genug genommen werden. In diesem Kampf ist der Marxismus als Anleitung zum Handeln die schärfste Waffe.

12 Von Studentenbewegung spreche ich, sobald hochschul- und allgemeinpolitische Probleme zu einem permanenten Handlungsantrieb eine relevanten Zahl immer wieder mobilisierbarer Studenten geworden sind.

Schon zeigen sich erste Resultate dieser Verwirrung im Erstarken rechter Gruppen, ihre Gefährlichkeit, gerade auch die Gefährlichkeit neofaschistischer Studentenorganisationen, die sich zur Zeit reorganisieren, darf nicht deswegen, weil die „linken" Antikommunisten gegenwärtig mehr Lärm machen als die rechten, unterschätzt werden. In einem solchen Kampf, wo es darum geht, die Köpfe und die Herzen der Studenten zu gewinnen, sie von der opportunistischen Verwirrung zu befreien oder freizuhalten, um sie zum Kampf auch gegen rechte Gruppen zu befähigen, zeigt sich der Wert einer marxistischen Studentenorganisation.

facit-Reihe

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), 80 S., 2,50 DM

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

1. Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nahost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, von Walter Oberst

2. Zionismus und Imperialismus (ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus, von Walter Oberst

3. Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD, von Brigitte Klein

4. Das israelische „Modell", von Conrad Schuhler
Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten, 48 S., 2,— DM

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD

T. F. Jarkina: Die bürgerliche pädagogische Gedankenwelt in der BRD.
W. I. Malinin: Einige Strömungen in der bürgerlichen Pädagogik der BRD!
W. M. Chowstow: Die Aufgaben der sozialistischen Pädagogik im Kampf gegen bürgerliche Bildungs- und Erziehungstheorien.

Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u. a. 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Norbert Steinborn:

Die Avantgarde des Faschismus

Zur politischen Rolle der Studenten in der Weimarer Republik

In zahlreichen bürgerlichen Publikationen wird gewöhnlich unvermittelt festgehalten, daß nach der faschistischen Machtübernahme 1933 auch an den deutschen Hochschulen der Prozeß der „Gleichschaltung" einsetzte und damit häufig gezielt der Eindruck erweckt, als sei dieser Akt der Einordnung in das faschistische Herrschaftssystem gegen den Willen der Mehrheit der Hochschulangehörigen erzwungen worden. Diese Form der geschichtlichen Darstellung, auf die hier aber nicht näher kritisch eingegangen werden soll, leitet sich nicht zuletzt ab aus dem Bemühen ihrer Autoren, die Hinwendung breiter Teile des Bürgertums, so auch der sich überwiegend aus dieser Klasse rekrutierenden Studenten zum Faschismus zu bagatellisieren oder jenen Zusammenhang sogar gänzlich aus dem Gedächtnis zu tilgen.

Sieht man einmal von der Übertragung spezifisch faschistischer Organisationsprinzipien und Herrschaftstechniken auf die deutschen Hochschulen nach 1933 ab, d. h. erstreckt sich der Begriff der „Gleichschaltung" im umfassenden Sinne auch auf den politisch-ideologischen Bereich, so hatten sich die Hochschulen schon in der Weimarer Republik kontinuierlich zu Hochburgen des Rassismus, Militarismus und Antikommunismus entwickelt. Die militant antidemokratische Grundhaltung der Masse der Studenten (von der der Professoren ganz zu schweigen) fand spätestens 1930/31 ihren offenkundigsten Ausdruck, als die nationalsozialistischen Studentenverbände an fast allen deutschen Hochschulen überwältigende Stimmenmehrheiten eroberten und endgültig zur führenden politischen Kraft avancierten.

Die nachfolgende Untersuchung über die Rolle der Studenten in der Weimarer Republik kann deshalb vielleicht auch ein Schlüssel sein zum Verständnis der spezifischen Entwicklung der bürgerlichen Klasse in Deutschland, weil sich in den politischen und sozialökonomischen Ordnungsvorstellungen dieser mit dem Bürgertum verwachsenen sozialen Zwischenschicht die seit 1848 vollzogene grundlegende Abkehr der deutschen Bourgeoisie von liberalen und demokratischen Ideen, der Verzicht auf die unmittelbare, ungeteilte politische Machtausübung durch eine mit ökonomischen Konzessionen erkaufte Anpassung an die Herrschaftsformen des preußischen Junkerstaates, insbesondere nach der von Bismarck mit „Blut und Eisen" erzwungenen nationalstaatlichen Einigung und die weitgehende Unterstützung der imperialistischen Großmachtpolitik mit dem Ziel einer Neuaufteilung der Welt exemplarisch ablesen läßt.

Hatten deutsche Studenten noch aktiv am Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft teilgenommen und 1848 mehrheitlich an der Seite von Arbeitern, Bauern, Handwerkern und Bürgern Barrikaden zur Niederwerfung der halbfeudalistischen Ordnung und für den Aufbau eines einheitlichen Nationalstaates bzw. für eine demokratische Republik errichtet, so zogen sie sich nach der Niederlage der bürgerlichen Revolution überwiegend in konservative Korps, in Landsmann-

schaften, Gesangvereine und Turnerschaften zurück, die den politischen Einfluß der im Gegensatz dazu vorläufig weiterhin für demokratische Rechte kämpfenden Burschenschaften zurückdrängten.

Fortschrittliche Ideen wurden in der Epoche des sich herausbildenden Imperialismus zunehmend von den Universitäten und aus den studentischen Verbindungen verbannt, die sich etwa seit 1875 zu Keimzellen eines von den gesellschaftlichen Zusammenhängen ablenkenden Antisemitismus und eines reaktionären Bismarck-Kultes entwickelten und in denen ein wachsender Identifikationsprozeß mit den kaum verhüllten imperialen Zielsetzungen des deutschen Reiches zu beobachten war, ohne daß sich dabei die Masse der Studenten noch durch nennenswerte politische Aktivität auszeichnen konnte.

Mit dem Anstieg der Studentenzahlen (zwischen 1851 und 1905 von 13 000 auf 40 000) wurde auch der Klassencharakter der deutschen Hochschulen immer sichtbarer: Um 1900 entstammten nur 2 Prozent der Studenten aus Kreisen der Arbeiter, Bauern, Gehilfen und Angestellten; mehr als ein Drittel jedoch aus dem Beamtentum und freien Berufen; Schichten also, die ein stabiles und zuverlässiges Rückgrat des preußischen Junkerstaates bildeten.[1] Die Expansionsideologie der bürgerlichen Studenten war in der Übergangsphase vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zur Monopoldiktatur im Innern des Reiches eng gekoppelt mit der Herausbildung einer unversöhnlichen Feindschaft gegenüber der an politischer Kraft gewinnenden Arbeiterklasse und allen demokratischen Bestrebungen. Die sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennenden Studenten — es war stets nur eine verschwindende Minderheit — galten bei ihren Kommilitonen als Staatsfeinde und wurden gesellschaftlich geächtet und politisch verfolgt.[2]

Die Studenten in der Novemberrevolution

Der militärische und politische Zusammenbruch des deutchen Kaiserreiches und die Revolution von 1918/19 vermochten das bürgerlich-elitäre Selbstverständnis der Studenten nicht prinzipiell zu erschüttern. Sie stärkten in ihnen vielmehr nur den Willen, angesichts der Gefährdung des politischen Führungsanspruches durch die Arbeiterklasse den Kampf gegen alle revolutionären Kräfte sowohl mit politischen als auch mit militärischen Mitteln aufzunehmen. In der „Akademischen Turnerzeitung" hieß es dazu in einem Appell an die Studenten: „Die Zeiten politischer Zurückhaltung sind vorbei, es gilt das Bürgertum zu politisieren. Wollen wir aber Führer sein und den Gegner wirksam bekämpfen, dann müssen wir ihn zunächst kennenlernen. Deshalb holt Euch mit Hilfe der Wissenschaft das nötige Rüstzeug zum Kampf und dann scheut Euch nicht, so gerüstet in den häßlichen Parteikampf einzutreten, damit das deutsche Volk doch unter Eurer Führung lerne, seine wahren Interessen in der Welt zu erkennen."[3]

In der Burschenschaft wurde zur Aufrechterhaltung einer brutalen Diktatur über das Volk ganz offen als politische Leitlinie ausgegeben: *„Politisierung der Gebildeten, Entpolitisierung der Massen* — dann wird das allgemeine Wahlrecht wieder Sinn und Verstand haben."[4]

1 F. Schulze/P. Ssymank: „ Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart", München 1932, S. 432
2 Werner Klose: „Freiheit schreibt auf Eure Fahnen — 800 Jahre deutsche Studenten". Oldenburg-Hamburg 1967, S. 191
3 ATZtg., 35. Jg., Heft 15, 1. Januar 1919, S. 226ff.

Den Anordnungen der Arbeiter- und Soldatenräte leisteten die Studenten in mehreren deutschen Universitätsstädten erbitterten Widerstand. So kam es etwa in Leipzig und Greifswald zu heftigen Auseinandersetzungen, als Studenten die vom Revolutionsrat auf dem Universitätsgebäude gehißte rote Fahne gewaltsam herunterholten.[5] War die mehrheitlich monarchistisch orientierte Studentenschaft nach dem Sturz des Kaisers schon gegen die Etablierung einer bürgerlichen Demokratie eingestellt, so erklärte sie die Spartakusgruppe offen zu ihrem Todfeind. In studentischen Organen wurde zielbewußt eine Progromstimmung gegen die revolutionäre Bewegung geschaffen: „Haben wir den Bolschewismus im Lande, ist es mit unserem Studium doch aus."[6]

Nur zu bereitwillig befolgte deshalb die reaktionäre Studentenschaft den Aufruf des preußischen SPD-Kultusministers Haenisch an die akademische Jugend im März 1919, sich zur Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes militärisch zu organisieren, sah sie hier doch eine günstige Gelegenheit, auch noch mit sozialdemokratischer Weihe der Bourgeoisie den ärgsten Feind vom Halse zu schaffen. Haenisch appellierte im skrupellosen Demagogen-Stil an die Studenten: „Schützt das bedrohte Kulturerbe Eurer Väter, rettet Eure eigene Zukunft. Hilf, deutsche Jugend!"[7]

Einen Monat später wiederholte Noske auf einer Tagung der Senate und Studentenschaften deutscher Hochschulen die Bitte der Reichsregierung an die Studenten um militärischen Beistand, denn es „gehe in den nächsten Monaten um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes". In dieser Rede scheute er sich nicht einmal, die erklärten Feinde der Arbeiterklasse vor dem Vorwurf, Träger reaktionärer Auffassung zu sein, in Schutz zu nehmen. „Leider", so Noske, „habe die Arbeiterschaft ein außerordentliches Mißtrauen gegen die Studenten". Er persönlich bedauere dies zutiefst und glaube vielmehr, daß „die Studenten daran mitarbeiten wollten, Deutschland vor Terror und Anarchie zu bewahren."[8]

Beide Appelle, zudem noch verknüpft mit einer politisch-moralischen Absolution, waren für die Studentenschaft gleichbedeutend mit einer enormen Festigung ihrer politischen Position, denn sie konnten sich bei späteren Konflikten mit der Reichsregierung oder dem preußischen Kultusministerium immer wieder darauf berufen, dem Reich in einer höchst kritischen Situation zu Hilfe geeilt zu sein und eine proletarische Diktatur verhindert zu haben. Ein gewaltiger Strom von freiwilligen Studenten ergoß sich nach Haenischs und Noskes Aufrufen in die Reichswehr und Freikorps; in Berlin waren die Freiwilligenmeldungen so zahlreich, daß der Senat der Universität beschloß, Vorlesungen und Übungen bis zum Sieg über Spartakus ausfallen zu lassen.[9] In den militärischen Formationen der Gegenrevolution zeichneten sie sich durch ihren fanatischen Antikommunismus und

4 „Burschenschaftliche Blätter" vom 3. Mai 1919, zit. b. Hans Peter Bleuel/Ernst Klinnert: „Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich", Gütersloh 1967
5 Schulze/Ssymank, a. a. O., S. 468
6 „Wingolfsblätter", 48. Jg., Nr. 15, 2. Mai 1919, S. 39
7 G. Noske: „Von Kiel bis Kapp", Berlin 1920, S. 119
8 Hollenbach/Pinkerneil: „Tagung der Senate und Studentenschaften deutscher Hochschulen", in „Academia" vom 15. 6. 1919
9 Jürgen Schwarz: „Studenten in der Weimarer Republik — Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918—23 und ihre Stellung zur Politik", Westberlin 1971, S. 211

Kampfeseifer derart aus, daß Noske später die deutschen Studenten öffentlich hochleben ließ und ihnen bescheinigte, als „geistige Korsettstangen in dem verseuchten Reichsheer" gewirkt zu haben.[10] Kaum ein Verbrechen geschah in jener Zeit, an dem Studenten nicht führend beteiligt waren. Nationales Aufsehen erregte etwa ein Vorfall in Thüringen, bei dem ein ausschließlich aus Studenten bestehendes Freikorps 15 gefangene revolutionäre Arbeiter kurzerhand erschoß.[11]

Organisatorischer Strukturwandel an den Hochschulen

Die weitere Verschärfung der Klassengegensätze nach der mit studentischer Hilfe blutig erstickten Revolution beschleunigte auch hinsichtlich der Organisationsstruktur einen Zentralisierungsprozeß, da die studentische Reaktion sehr rasch erkannte, daß sie ihre republikfeindliche Propaganda nur noch in dieser sich von „Korporierten-Kleinstaaterei" lösenden Form wirksam zur Geltung bringen konnte. An allen Hochschulen wurde unmittelbar nach Kriegsende damit begonnen, Allgemeine Studentenausschüsse (ASTA) zu wählen. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Studenten, von denen 1919 etwa 60 Prozent einer Korporation, den Brutstätten eines volksfeindlichen „Herrenmenschentums", angehörten, das demokratische Prinzip strikt ablehnten, erfolgte aus den angeführten taktischen Gründen die Übernahme repräsentativer Mechanismen. Der demokratische Abstimmungsmodus wurde auch auf der ersten Tagung der Deutschen Studentenschaft (DSt) im Juli 1919 in Würzburg angewandt, auf der sich die Vertreter fast aller allgemeiner Studentenausschüsse deutscher Hochschulen, Danzigs, Österreichs und des Sudetenlandes trafen. Ganz offen propagierten die Studenten bereits in Würzburg ihre imperialistische Konzeption eines großdeutschen Reiches, in dem sie unter Mißachtung der durch den Vertrag von Versailles festgelegten Selbständigkeit Österreichs die Vertreter der Universitäten Graz und Innsbruck als „Deutsche" ankündigten. Das Bild auf dieser Gründungsversammlung bestimmen eindeutig schon die zahllosen völkischen Gruppierungen, die sich ein Jahr später im „Hochschulring deutscher Art" zusammenschlossen und auf dem 2. DSt-Kongreß 1920 zwei Drittel aller Delegierten stellten. Im „Hochschulring" legte man auch sofort den demokratischen Tarnmantel ab und setzte intern das „Führerprinzip" durch.

Während die großdeutsch-rassisch-völkischen Verbände sich den veränderten Bedingungen geschickt anpaßten und sich rechtzeitig um einen politisch-organisatorischen Zusammenschluß bemühten, vereinigten sich die auf dem Boden der bürgerlichen Republik von Weimar stehenden Studentenorganisationen, d. h. der Reichsbund der Sozialisten (SPD), der Reichsbund Deutscher Demokratischer Studenten (DDP), die Zentrum-Studenten und der Reichsbund der Pazifisten erst nach dem von der völkischen Studentenschaft mit kaum verhüllter Zustimmung registrierten Mordanschlag auf Rathenau im August 1922 zum „Reichskartell Deutscher Republikanischer Studenten."

Das „Reichskartell" lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die allerdings an den Hochschulen nur verschwindend gering vertreten waren (ein Tat-

10 Zit. b. Schulze/Ssymank, a. a. O., S. 469
11 Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 74

bestand, der bei einem Anteil von beispielsweise 1,3 Prozent Arbeiterkindern an den Hochschulen in Preußen nicht sonderlich zu überraschen vermag) und über keine einflußreiche Organisation auch nur im Ansatz verfügten, ab und schwächten dadurch das gegen die völkische Bewegung gerichtete Bündnis noch weiter. Es gelang dem Kartell zu keiner Zeit, und dieser Umstand kennzeichnet das Dilemma aller demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen in Weimar, den Aktionsradius der unaufhaltsam zum Faschismus hindrängenden Studentenverbindungen spürbar zu begrenzen: Mehr als 5 Prozent aller Studenten konnte das bürgerlich-republikanische Bündnis nie auf sich vereinigen.[12]

Die Stellung der völkischen Studentenbewegung zum bürgerlich-demokratischen Herrschaftssystem

Hatten sich die meisten Studentenverbände taktisch motiviert anfangs noch in Vorsicht geübt und scheinbar auf den Boden des Weimarer Staates gestellt, um von der Sozialdemokratie, in der starke Kräfte an der Basis wirkten, denen die reaktionären akademischen Bürgersöhne zu Recht nicht geheuer waren, in die Kampfverbände gegen Spartakus einbezogen zu werden, so ließen sie anschließend alle Zurückhaltung fahren und fochten mit gleicher Schärfe auch gegen die parlamentarische Demokratie, die eben letztlich doch hervorgegangen war aus den von ihnen mit Haß und Abscheu verfolgten Kämpfen der breiten Volksmassen gegen Imperialismus, Krieg und Hunger (die „Dolchstoßlegende, wie sie etwa G. Roethe in die Worte kleidete: „Nur einem von Juden und Sozialisten verhetzten Volke konnte eine derartige Katastrophe zustoßen")[13]), fand unter den Studenten eine rege und positive Aufnahme) und die von ihnen als eine ständige potentielle Bedrohung ihrer vemeintlichen Klassenpositionen angesehen wurde.

In einem Leitsatz, den Professor Troeltsch zu einer auf dem Göttinger Studententag 1920 vorgeschlagenen und für alle Studenten verbindlichen Ehrenordnung formulierte, heißt es dazu: „Die mißliche Lage der Akademiker besteht darin, daß sie bei der deutschen Gesellschaftslage eine besondere, mit dem Beamtentum eng verbundene Klasse bilden und durch die Ordnung der Gesellschaft in einseitigem Interesse des Handarbeiters als Klasse schwer bedroht sind."[13]

Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse hatte bei ihnen nur die Furcht vergrößert, daß die Bourgeoisie auch über das Parlament ihre uneingeschränkte Macht einbüßen könnte und ließ sie zur klaren Bestimmung ihres strategischen Zieles gelangen, das Parlament als eine Institution, in der formal das Majoritätsprinzip verankert war, durch eine ständische Strukturierung und völkische Führerauslese zu ersetzen. Auf dem 3. Studententag der DSt 1920 wurde in einem einleitenden Referat das recht unzweideutige Bekenntnis: „Wir verzehren uns jetzt in der Sehnsucht nach dem großen Führer und Gestalter"[14] schon mit viel Beifall aufgenommen.

Theodor Adamheit, ein führender Demagoge in der DSt, sprach dem Volk grundsätzlich alle politischen Rechte ab und erläuterte dies kurz und bündig wie folgt:

12 Jürgen Schwarz, a. a. O., S. 160
13 Zit. b. Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 82
14 Hans Roeseler: „Die wahren Gründe einer Hochschulreform" in „Die Hochschule", Januar 1921, S. 286

„Es können nicht alle regieren. Immer liegt die Gewalt im Staat bei einer Minderheit, die die Macht hat."[15] Und das tiefe Grauen der Bourgeoisie vor jeglicher Kontrolle durch das Volk artikulierte Wilhelm Stapel gleichfalls im „Charlottenburger Studentenblatt" recht plastisch: „Es ist ein Grundfehler des parlamentarischen Systems, daß es das Majoritätsprinzip auf ein Gebiet ausdehnt, in dem es verwüstend wirken muß. Es zwingt den Führer, und am meisten in den großen kritischen Situationen der Geschichte, in denen alles auf Intuition und Genie ankommt, statt mit seinem Gewissen sich mit seiner Majorität zu beraten."[16]

Zur zentralen Kampfparole der reaktionären Studentenschaft in der Weimarer Republik wurde deshalb auch E. Jungs knappe programmatische These: *„Die Herrschaft der Mehrheit ist die Herrschaft der Minderwertigen."*[17] Lehnte die völkische Studentenbewegung das Parlament als eine Institution ab, in der wie in allen gesellschaftlichen Bereichen die Fiktion einer radikal sozialharmonischen „Volksgemeinschaft" Tag für Tag ad absurdum geführt wurde und die realen Klassengegensätze zwischen den entsandten Wortführern der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse offen zum Austrag kamen, so erschienen ihr lange Zeit alle Weimarer Parteien als Hindernis auf dem Wege zur Durchsetzung eines Staates, der die Klassengegensätze mit Gewalt „überbrücken" und eine „wahre", ständisch gegliederte „Ordnung" (F. Siebert drohte bereits 1921 in den „Akademischen Blättern": *„Nicht klassenbewußte, sondern standesbewußte Arbeiter brauchen wir"*[18]) herstellen solle; im Klartext: Diktatur der Bourgeoisie über eine total entrechtete Arbeiterklasse.

Sämtliche Parteien waren für die Studenten nur Repräsentanten „national" nicht legitimierbarer Teilinteressen und deshalb unfähig, die von der völkischen Bewegung propagierte imperialistische Brachiallösung des Widerspruches von Kapital und Arbeit durchzusetzen. Dieses Mißtrauen gegenüber Parteien übertrug sich, worauf später noch näher eingegangen werden soll, lange Jahre auch auf die NSDAP, bis es ihr 1930/31 endlich gelang, sich als der wahre Vollstrecker des „nationalen Gedankens" und als Wegbereiter einer nicht länger „von sozialen Gegensätzen zerrissenen Volksgemeinschaft" darzustellen und zu behaupten. Die Negation der Existenz von Parlament und Parteien basierte auf der – und hier wird die klassenpolitisch bedingte Hinwendung der Studenten zum Irrationalismus ganz signifikant – rassisch-blutsmäßig begründeten „Theorie" von der vermeintlichen Sonderrolle des „deutschen Wesens" in der Weltgeschichte, dem alle Strömungen fremd seien, die einer „Spaltung des Volkes durch Klassenkampf, Internationalismus und Parteileidenschaft"[19] Vorschub leisten könnten.

F. Brunstäd verstieg sich etwa zu der Behauptung, daß die demokratischen Ideen der Französischen Revolution mit den traditionellen deutschen Lebensformen und dem deutschen Charakter nicht in Einklang zu bringen seien: „Die völkische Bewegung setzt deutschen Gemeinsinn und deutschen Gemeinschaftsbewußtsein

15 „Charlottenburger Studentenblatt", Theodor Adamheit: „Student und Politik", April 1929, Nr. 1
16 W. Stapel: „Verantwortlichkeit des politischen Führers" in: „Charlottenburger Studentenblatt", Juni 1929, Heft 3
17 F. Siebert: „Deutsche Akademische Rundschau" vom 1. Aug. 1927, S. 9ff
18 F. Siebert: „Der Gedanke der Volksgemeinschaft" in: „Akademische Blätter", Nr. 1/2 S. 5
19 Zit. b. Schwarz, a. a. O., S. 341

westlichem Individualismus und Liberalismus, deutsche organische Gliederung westlicher Demokratie, beseeltes Deutschtum erstarrter, kalter Zivilisation gegenüber."[20]

Mit aller Schärfe wurden von der völkischen Studentenbewegung auch Aufklärung, Rationalismus und materialistische Theorien bekämpft, mit denen sich der Deutsche nur einem „fremden jüdischen Hirn" ausliefere und dafür seine „urwüchsigen Kräfte des Körpers und der Seele" verkümmern würden.[21]

J. Resch brachte diese imperialistische Ideologie auf die Kurzformel: *„Der Deutsche fühlt, der Jude denkt."*[22]

Terror und gegenrevolutionäre Bestrebungen der Studentenschaft

Die Niederschlagung der Revolution und das neue nationalistische Leidenschaften mobilisierende Diktat von Versailles waren für die reaktionäre Studentenbewegung das Signal, den Terror gegen Juden, Demokraten, Sozialisten und Kommunisten in den studentischen Verbindungen, an den Hochschulen und in der Reichspolitik verstärkt aufzunehmen.

Als nach 1918 ein heftiger Zustrom von aus Osteuropa vertriebenen Juden nach Deutschland einsetzte, standen die Studenten an der Spitze einer extrem antisemitischen Bewegung. Der ASTA Greifswald hetzte z. B. schon 1919 in einem Stil, der erahnen ließ, daß die Hochschulen sich zu einem Rekrutierungsfeld des Faschismus entwickeln sollten: „Wir sind nicht gewillt, ruhig zuzusehen, wie nihilistische, ostjüdische Elemente mit ihren asiatischen Ideen die deutsche Volksseele verpesten."[23]

Auf fast allen Tagungen studentischer Verbindungen oder gar des Dachverbandes, der DSt wurden rassen-theoretisch legitimierte Resolutionen gegen jüdische Kommilitonen verabschiedet und teilweise bereits in der Gründerphase der Weimarer Republik die weitere Aufnahme von jüdischen Studenten in Korporationen, den einflußreichsten Organisationen der Studentenschaft abgelehnt. In einem Beschluß der Deutschen Burschenschaft, der mit über 10 000 studentischen Mitgliedern und rund 28 000 Alten Herren größten deutschen Korporation, hieß es darüber noch hinausgreifend: „Der Burschentag verpflichtet die einzelnen Burschenschaften, ihre Mitglieder so zu erziehen, daß eine Heirat mit einem jüdischen oder farbigen Weibe ausgeschlossen ist oder daß bei solcher Heirat der Betreffende ausscheidet."[24]

Während in Jena studentische Massendemonstrationen die Zurücknahme der Abberufung Professor Plates erwirkten, der sich für ein „Verbot der Ehen zwischen Juden und Germanen" eingesetzt hatte, organisierten die völkischen Studentenverbände an allen deutschen Hochschulen zahllose Krawalle gegen angesehene jüdische Gelehrte, so etwa gegen Professor Einstein im Februar 1920 in Berlin.[25]

Fortschrittliche bürgerliche Lehrkräfte, die sich nicht an der imperialistischen

20 Zit. b. Schwarz, a. a. O., S. 371–72
21 Zit. b. Schulze/Ssymank, a. a. O., S. 470
22 Zit. b. Schwarz, a. a. O., S. 366
23 Zit. b. Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 155
24 „KC-Blätter", September/Oktober 1920, S. 99
25 In: „Deutsche Zeitung", Berlin vom 17. Februar 1920

Kriegshetze der Studenten beteiligten und statt dessen Frieden und internationaler Entspannung das Wort redeten, waren unaufhörlich übelsten Schmähungen der studentischen Reaktion ausgesetzt, und wer von ihnen es gar wagte, wie der Privatdozent für Philosophie an der TH Hannover, Theodor Lessing, sich in einem Zeitungsartikel während des Reichspräsidentenwahlkampfes 1925 kritisch-ironisch mit der Rolle des von der rechten Studentenschaft vergötterten Repräsentanten des preußisch-deutschen Militarismus, Hindenburg zu befassen, setzte nicht allein seine eigene wissenschaftliche Karriere, sondern die Existenz einer ganzen Hochschule aufs Spiel: 1200 der 1500 an der TH Hannover eingeschriebenen Studenten wechselten – und dieser Vorgang kann wohl als einmalig gelten in der deutschen Hochschulgeschichte – aus Protest gegen den „Vaterlandsverräter" und „undeutschen Geist" Lessings an die TH Braunschweig über.[26]

Die völkische Studentenbewegung begnügte sich jedoch nicht damit, die deutschen Hochschulen als Manöverfeld für die brutalen Herrschaftspraktiken des Faschismus zu benutzen, sondern war auch aktiv an den militärischen Abenteuern der reaktionärsten Teile der deutschen Bourgeoisie beteiligt, die bei Ignoranz des damaligen politischen Kräfteverhältnisses versuchten, im Reich eine entscheidende Wende herbeizuführen und der jungen bürgerlichen Republik schon frühzeitig ein Ende zu bereiten.

So beteiligten sich mehrere tausend Studenten 1920 in Berlin am Kapp-Putsch, der aber schon nach wenigen Tagen am Widerstand der Arbeiterklasse zerbrach. Auch in Hitlers Putsch-Kolonnen, die 1923 zum Marsch nach Berlin aufbrachen und vor der Münchener Feldherrnhalle von der Polizei gewaltsam gestoppt wurden, stellten Studenten, vornehmlich aus dem „Hochschulring deutscher Art" ein bedeutendes Kontingent.

Die Sympathie der breiten Masse der Studenten für die Faschisten war nicht allein auf die „Burschenschaftlichen Blätter" beschränkt, die nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch kommentierten: „Am 9. November sind in München zwanzig deutsche Männer für Volk und Vaterland gefallen. Wir bekennen mit Stolz, daß sich in diesen Verbänden Burschenschaftler befinden."[27]

Soziale Lage der Studenten und die Ideologie des Werkstudententums

Eine der entscheidenden Wurzeln der zunehmenden reaktionären Radikalisierung der Studentenschaft ist nicht zuletzt in ihrer eigenen sozialen Verelendung und der Proletarisierung großer Teile der Kleinbougeoisie, aus der die Studentenschaft immer stärker hervorging, nach der Revolution zu sehen. Dabei ist für ihre soziale Deklassierung auf den Machtzuwachs der Arbeiterklasse bzw. die Schwäche des deutschen Imperialismus und keineswegs auf den anarchischen Charakter des ungebrochen weiterbestehenden Monopolkapitalismus zurückführten.

Der dynamische Anstieg der immatrikulierten Studenten an den Hochschulen des Reiches – von 95 000 im WS 1918/19 über 107 000 im SS 1919 wuchs die Zahl der Studenten im WS 1919/20 auf 117 000 an[28] – war mit Veränderungen in der Struktur der sozialen Herkunft der Studenten verbunden.

26 „Burschenschaftliche Blätter", Juni 1926
27 Zit. b. W. Klose, a. a. O., S. 218
28 Schulze/Ssymank, a. a. O., S. 465

Statistiken über die Sozialstruktur der Studierenden für das gesamte Reich liegen aus jener Zeit zwar noch nicht vor, aber Einzeluntersuchungen von verschiedenen Hochschulen lassen doch den Trend deutlich erkennen, daß sich der Anteil der Studenten aus dem proletarisierten Mittelstand, Schichten also, die sich überwiegend von restaurativen Herrschaftssystemen eine Bereinigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme erhofften, erheblich vergrößerte. A. Multerer hat beispielsweise ermittelt, daß rund 53 Prozent der Studenten an den Münchener Hochschulen im WS 1921/22 aus Familien stammten, deren Väter mittlere Beamte, Mittel- und Kleinlandwirte, selbständige Handwerksmeister oder Kleingewerbetreibende, Gewerbetreibende oder nicht leitende Angestellte waren. Mehr als 20 Prozent gehörten dem gehobenen Mittelstand an, und der Anteil der Studenten aus den unmittelbar herrschenden Klassen des Großbürgertums, des Grundbesitzes und des Adels betrug zwar immerhin noch 24,1 Prozent, war aber gegenüber den Vorkriegsjahren spürbar zurückgegangen. Vermerkt sei am Rande, daß nicht einmal 3 Prozent der Studenten in München aus der Arbeiterklasse stammten[29]; eine Zahl, die wohl beredten Aufschluß gibt über das Scheitern einer sozialen Umwälzung nach dem Sturz der Monarchie und von der Kontinuität des imperialistischen Gesellschaftssystems zeugt. Im Kampf gegen eine Anhebung des Prozentsatzes von Arbeiterkindern an deutschen Hochschulen waren die um ihre beruflichen Führungspositionen fürchtenden studentischen Kleinbürger übrigens auch an vorderster Front zu finden. Als 1925 die Studienstiftung des Deutschen Volkes, eine Einrichtung mit dem Ziel der „Hochbegabtenforderung", geschaffen wurde, witterte der Vorstand der DST dahinter gleich einen Anschlag auf das bürgerliche Bildungsmonopol: „Man will durch eine einseitig geförderte Heranziehung von Studenten aus Arbeiterkreisen den Prozentsatz derjenigen Studenten heben, von denen man sich gewisse politische Wirkungen auf die Hochschulen verspricht."[30]

Für die breite Masse der Studenten hatte die soziale Deklassierung und der durch die permanente Geldentwertung herbeigeführte wirtschaftliche Ruin des Kleinbürgertums tiefgreifende Konsequenzen. Viele von ihnen konnten nicht mehr mit dem üblichen monatlichen Scheck aus dem Elternhaus oder zumindest nicht länger mit einem Finanzierungsbeitrag in alter Höhe rechnen, so daß ihre soziale Lage teilweise für sie katastrophenähnliche Formen annahm.

Über das errechnete Existenzminimum von monatlich ca. 600 Mark verfügten 1920/21 nur noch etwa 30 Prozent aller deutschen Studenten.[31]

Kennzeichnend für ihre zugleich kompromißlose Ablehnung des Weimarer Systems und totale Verinnerlichung der bürgerlichen Privatinitiative um jeden Preis verklärende Ideologie war, daß die Vertreter der Deutschen Studentenschaft das staatliche Angebot als „Almosen" zurückwiesen, die Studenten in das System der Erwerbslosenunterstützung einzubeziehen und sie stattdessen im gesamten Reich ein Netz von Selbsthilfeeinrichtungen schufen, mit deren Unterstützung sich ein rascher Aufschwung des Werkstudententums vollzog. 1923 waren nicht weniger als 60 Prozent der Studenten auf einen Nebenverdienst angewiesen.

29 A. Multerer: „Statistische Tabellen über die soziale und wirtschaftliche Gliederung der Studierenden der Münchener Hochschulen", München 1922
30 Zit. b. Klose, a. a. O., S. 217
31 Schwarz, a. a. O., S. 62/63

Viele von ihnen waren kaum noch in der Lage, dem Studium nachzugehen und mußten ihren Abschluß um Jahre hinauszögern.
Die völkische Studentenbewegung wollte das Werkstudententum als beispielhaft dafür verstanden wissen, daß nur entschlossenes Handeln aus eigener Kraft zum Ziele führe und leitete daraus teilweise recht unverhohlen die Forderung an die Reichsregierung ab, sich nicht länger mit den Siegermächten an einen Tisch zu setzen, endlich zu Kriegshandlungen überzugehen und so die im Versailler Vertrag und in der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen zum Ausdruck gekommene Schwäche des deutschen Imperialismus zu überwinden.
Das Selbstverständnis der Werkstudenten formulierte H. Gehrig überaus typisch: „Werkstudent ist der Student, der weiß, daß die Welt aus dieser Katastrophe nicht durch Worte, sondern durch die entschlossene, selbstlose Tat jedes einzelnen gerettet werden kann. Er weiß sich als dieser Einzelne, auf den es gerade ankommt! Werkstudent ist der Student, der deshalb gegenüber seiner eigenen Not und der verzweifelten Not seines Volkes nicht problematisiert oder politisiert, auch nicht bettelt oder fordert, sondern handelt."[32]

Militarisierung des studentischen Lebens und Reichswehrkontakte

Die Heroisierung eines unreflektierten Aktivismus lief parallel mit einer Negierung aller auf internationale Völkerverständigung und Abrüstung hinzielenden Initiativen und Ideen, einer freiwilligen Militarisierung des studentischen Lebens und einer immer engeren Verbindung der Studentenschaft zur Reichswehr. Es zeichnete sich seit Beginn der zwanziger Jahre klar ab, daß sich die völkische Studentenbewegung auf eine Aggression nach innen und außen selbst wirksam vorbereiten wollte und den Kontakt zu den republikfeindlichen Militärs als wichtigen Bündnispartnern suchte. Der Vorwurf einer Tarnung ihrer friedensfeindlichen Zielsetzungen ist ihnen kaum zu machen, schrieben doch etwa die „Akademischen Blätter" schon 1925: „Die völkische Akademikerschaft muß zu brauchbaren Offizieren für den kommenden seelischen, sittlichen und *vorerst* geistigen Kampf um Großdeutschland ausgebildet werden."[33] Im Organ der Deutschen Studentenschaft wurde es einem Generalmajor v. der Goltz erlaubt, offen faschistische Wehrpropaganda zu verkünden: „Pazifismus ist in jedem Falle schädlich, auch der Pazifismus, der im angeblichen Interesse einer idealen Volksgemeinschaft vor den zersetzenden Elementen das Feld räumt und damit die Zukunft des Volkes opfert. Volksgemeinschaft ist nur mit Volksgenossen, aber nicht mit ihren Feinden möglich ... Sonst werden unsere Enkel von den härteren, anspruchsloseren und kinderreichen Ostvölkern einfach überrannt oder im Innern von Schiebern und Bolschewiken regiert werden. Wer nicht einen wehrhaften Geist und Körper besitzt, wer keine Kämpfernatur ist, wird mitschuldig am Untergange Deutschlands."[34]
In diesem kriegerischen Geiste ließen sich dann auch bereits 1923 bayerische Studenten von der Reichswehr in Abendausbildungen schulen, anläßlich der

32 H. Gehrig: „Wirtschaftsnot und Selbsthilfe der deutschen Studentenschaft", Berlin/Leipzig 1923, S. 83
33 In:„Akademische Blätter", Juli 1925, S. 43
34 In: „Der Student" vom 15. 10. 1929

Tagungen der Deutschen Studentenschaft pflegten die Chefs der Heeres- und Marineleitung Kampfesgrüße an die Studentenschaft zu übermitteln und ganz offenkundig wurde diese Allianz der erbitterten Feinde der Arbeiterbewegung auf dem Würzburger Studententag 1927, als die Reichswehr – ein historisch recht bemerkenswerter Vorgang – vor den Studenten paradierte.[35]

Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen den Korporationen und dem faschistischen Studentenverband

Bei dem von Jahr zu Jahr konkretere Formen annehmenden Prozeß der Auslieferung der deutschen Hochschulen an den Faschismus haben die studentischen Verbindungen, seien es nun die schlagenden oder farbentragenden, die konfessionellen und selbst die jüdischen Korporationen zweifellos beträchtlich mitgewirkt, da sie ideologisch alle prinzipiellen Voraussetzungen für den entscheidenden Durchbruch der Nationalsozialisten schufen und sie sich mehrheitlich schließlich auch selbst freiwillig in die Faschistenbewegung einreihten.

Doktrinen wie ein barbarischer Antikommunismus, ein imperialistischer Großmachtchauvinismus und die Errichtung einer Diktatur über das Volk brauchten von den Nazi-Studenten nicht erst entwickelt und mühsam propagiert werden; sie gehörten dank unermüdlicher Gegenaufklärung und Kampagnetätigkeit der Korporationen zum selbstverständlichen ideologischen Rüstzeug der überwältigenden Mehrheit der deutschen Studenten, als der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund" (NSDStb) – recht spät erst – am 8. Dezember 1925 in München gegründet wurde.

Angesichts der schon 1924 in Korporiertenkreisen verkündeten Zielsetzung: „60 Millionen deutscher Menschen müssen zu Fanatikern völkischer Weltanschauung gemacht werden"[36], war es deshalb nur zu verständlich, daß der NSDStb auf die Gewinnung des gewaltigen völkischen Korporierten-Potentials (im SS 1930 zählte die Verbindungsstudentenschaft rund 79 000 Mitglieder) spekulierte und darauf hinarbeitete, sich als eine Organisation zu legitimieren, die als einzige berufen sei, die „nationale Wende" an den Hochschulen und in enger Verbindung mit der faschistischen Mutterpartei auch im gesamten Reich herbeizuführen.

Dies setzte aber gleichfalls voraus, sich von den Korporationen auch energisch abzugrenzen, ihnen mangelnde Aktivität vorzuwerfen und sie als „Pantoffelrevolutionäre" anzuprangern. Bereits in der ersten Ausgabe ihrer Hochschulzeitung kam diese Taktik der Nazi-Studenten gegenüber den Verbindungen klar zum Vorschein. Hans Glauning, zugleich stellvertretender Reichsleiter des NSDStb und Burschenschafter, schloß seinen Artikel, nachdem er sich ideologisch bei den Korporierten angebiedert und ihre revolutionären Traditionen gewürdigt hatte, mit einem sarkastischen Appell, der die absolute Sonderstellung des NSDStb als mobilisierende Kraft an den Hochschulen begründen sollte: „In den Verbindungen schläft sehr wertvolles Menschenmaterial. Es bedarf mitunter nur eines einzigen,

35 Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 118
36 „Akademische Blätter", 15. Mai 1924, S. 17

der die Schläfer weckt. Die Trommler des neuen Deutschland werden auch hier eine Aufgabe finden."[37]

Die Faschisten setzten in den kommenden Jahren unaufhörlich alle Hebel an, um die Unterstützung ihrer Organisation als folgerichtig und bestimmt durch den Gleichklang der Interessen von Nationalsozialisten und Korporierten erscheinen zu lassen und so den noch weit verbreiteten Vorbehalt der Verbindungen, besonders aus den Reihen der Alten Herren, gegen den Anspruch der führenden Rolle der Nazi-Partei langsam zurückzudrängen. Eindringliche Beschwörungen an die Adresse der Korporierten wie die folgende von Max Bauer fehlten in kaum einer Veröffentlichung des NSDStb: „Der Eintritt in die Korporation bedeutet eine Kampfansage gegen den Individualismus und Liberalismus. Dieser Kampf aber führt folgerichtig zu der Erkenntnis, daß dem Einordnen in die Korporation das Einordnen und Einfügen in den größeren Verband, in die Volksgemeinschaft, Hand in Hand zu gehen hat. Und so ist Korporation kein Hindernis, sondern vielmehr eine Führerin zum Nationalsozialismus."[38]

Die Integration der Korporationen in die faschistische Bewegung wurde nicht allein durch den unbedingten Führungsanspruch der Nationalsozialisten, sondern auch durch die brutalen Schlägermethoden des NSDStb an den Hochschulen anfangs sehr erschwert. Viele Verbindungsstudenten ekelte der blutige Terror des NSDStb an, dessen sich die Faschisten auch noch, wie an der Wiener Hochschule im Noember 1927, im Schlächterstil rühmten: „Mit der äußersten Schärfe nahmen die nationalsozialistischen Studenten den Kampf auf akademischem Boden gegen die Juden und Marxisten auf. Öfters kam es zu schweren blutigen Zusammenstößen ... Das letzte Mal wurden sieben schwerverletzte Juden weggetragen, auf unserer Seite waren nur Leichtverletzte. 100 Deutsche hatten die vierfache Überzahl aus der Universität gepeitscht!"[39]

Auf weniger Ablehnung stieß bei den völkischen Studenten schon die vom NSDStb mit äußerster Radikalität vorgetragene Menschenfeindlichkeit, wie sie etwa in einem Artikel der Zeitschrift „Unsere Revolution" zum Ausdruck kam: „Heute werden alle Daseinskämpfe in so humaner Form geführt, daß es zu einer *Ausmerzung der Minderwertigen* nicht mehr kommt. Dank unserem humanen Anstaltswesen können sogar erblich Taubstumme untereinander heiraten und ihre Minderwertigkeit fortvererben."[40]

Obwohl der NSDStb 1928 noch keineswegs die wählerstärkste Gruppe war, so wurde jedoch immer sichtbarer, daß er sich zur treibenden Kraft an den deutschen Hochschulen entwickelte und die von den Korporierten beherrschten Studentenausschüsse mehr und mehr zu reinen Instrumenten seiner Liquidationspolitik degradierte. Unter dem Druck der faschistischen Studenten forderten die Studentenschaften der Universitäten Berlin, Erlangen und Würzburg in jenem Jahr die Einführung des Numerus clausus für Juden.[41]

37 Zit. b. Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 198
38 In: „Die Bewegung", Heft 5, 1930, S. 5
39 „Der junge Revolutionär", Heft 5, 1927
40 Zit. b. Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 200
41 Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 202

Die faschistische Machtergreifung an den Hochschulen durch den Stimmzettel

Bei den ASTA-Wahlen im WS 1928/29 gelang es dem NSDStb erstmals, beachtliche Teile des Stimmenreservoirs der Verbindungen auf seine Seite zu ziehen: Rund 15 Prozent der abgegebenen Stimmen an den Hochschulen des Reiches entfielen auf den faschistischen Studentenverband, dessen Mitglieder nun auch zugleich verpflichtet wurden, in die SA und SS einzutreten.

Baldur v. Schirach, der von Hitler zum Reichsführer des NSDStb ernannt worden war, forcierte mit Erfolg den Ausbau der studentischen Parteigruppe so, daß die Faschisten ein Jahr später bereits die absolute Mehrheit an zwei deutschen Hochschulen, in Erlangen und Greifswald, zu erringen vermochten, ein Umstand, der aber zu einem nicht geringen Teil auch auf die gewaltige Mobilisierungsarbeit und die mit allen demagogischen Künsten geführte Kampagne der nationalsozialistischen Studenten gegen den Young-Plan zurückzuführen ist.

Der Aufstieg des NSDStb zur politisch führenden Kraft vollzog sich aufgrund des immer schwächer werdenden Widerstandes der Korporationen unaufhaltsam, zumal die Nazis den diversen Verbindungen (mit Ausnahme der jüdischen) pausenlos versicherten, daß sie nach der Machtübernahme nicht daran denken würden, die Unabhängigkeit der Korporationen anzutasten: „In gesellschaftlichen, in Korporationsangelegenheiten hat die Korporation, in politischen Dingen der Nationalsozialismus den Vortritt. Bei einigem guten Willen auf beiden Seiten läßt sich sehr gut beides miteinander vereinbaren."[42]

Die ASTA-Wahlen des WS 1930/31 zeigten einen politischen Erdrutsch und entschieden den Kampf um die Hochschulen endgültig zugunsten der Faschisten. An nicht weniger als 23 Hochschulen, so auch an der TH Berlin, stellten sie seitdem die stärkste Fraktion, konnten im Verlauf des Jahres 1931 sogar die absolute Mehrheit an 15 Hochschulen des Reiches erlangen, wobei auffiel, daß sie an den Technischen Hochschulen die bedeutendsten Stimmengewinne verbuchten.[43]

Auf dem Grazer Studententag der DSt im Juli 1931 ging somit auch die Vorherrschaft der Korporationen ihrem Ende entgegen. Für die versöhnlichere Haltung fast aller Verbindungen war kennzeichnend, daß sie der Wahl des Nationalsozialisten Walter Lienau zum Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft keinerlei Widerstand mehr entgegensetzten und ihn sogar mit ihrer Stimmabgabe unterstützten.

Legal an die Macht gekommen und mit allen Befugnissen ausgestattet, hielt der NSDStb nun die Zeit für gekommen, die bislang formaldemokratisch aufgebaute Deutsche Studentenschaft nach faschistischen Herrschaftsprinzipien neu zu strukturieren. Ihren entscheidenden Vorstoß dazu unternahmen die Faschisten auf dem 15. Deutschen Studententag 1932 in Königsberg. Vertreter des NSDStb legten den Entwurf einer Satzungsänderung vor, dessen Kerninhalt darin bestand, den Vorsitzenden der DSt mit allen diktatorischen Vollmachten auszustatten. Ohne Kontrolle durch die Vertreterversammlung sollte der Vorsitzende zukünftig seinen Nachfolger und die Kreisleiter (die DSt war in zehn Hochschulkreisen eingeteilt) selbst bestimmen können. Wovon die meisten Korporierten jahrelang geträumt

42 „Akademischer Beobachter", 12/1929, S. 228
43 Karl Dietrich Bracher: „Die Auflösung der Weimarer Republik", 3. Auflage 1960, Villingen, S. 148/49

und was sie selbst stets propagiert hatten, nun stand er vor der Vollendung: der „totale Führerstaat" im Hochschulbereich. Obwohl viele Beiträge von ihnen erkennen ließen, daß sie die Absicht des NSDStb durchschauten, mit dieser Regelung seine absoluten Herrschaftsansprüche für immer auch auf Kosten der doch lästigen Verbindungen zu sichern, konnten sie sich, fasziniert von der gewaltigen Kraft der faschistischen Bewegung, nicht mehr dazu aufraffen, die neue Satzung noch unter den Herrschaftsverhältnissen der Weimarer Republik konsequent zu Fall zu bringen. Mit überwältigender Mehrheit wurde der Auftrag an den Vorstand weitergegeben, die Satzungsänderung im Geiste des vorgelegten Entwurfes vorzubereiten.

An den deutschen Hochschulen brach damit das „Tausendjährige Reich" bereits spätestens seit der Königsberger Tagung an. Der äußere Charakter dieser vom NSDStb in Szene gesetzten Veranstaltung, die mehr einer Rekrutenausbildung als einer Tagung von studentischen Repräsentanten deutscher Hochschulen glich, legt dafür schon beredtes Zeugnis ab. Bleuel/Klinnert skizzieren Ablauf und Durchführung des Königsberger Treffens: „Die Teilnehmer zogen in Marschformation vom Bahnhof in die Kaserne, die ihnen als Quartier und Tagungsstätte zugewiesen war. Die Kreisleiter der Deutschen Studentenschaft übten sich in Befehlsausgabe, Vorträge galten als Dienst ... Auf den Sitzungen wurden die nationalsozialistischen Redner konstant mit Stiefelgetrampel begrüßt."[44]

Der Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 krönte den langen Kampf der reaktionären Studentenbewegung für ein „Drittes Reich", von dem es sich nicht zuletzt erhoffte, die Hochschulen als Einrichtungen der bürgerlichen Klasse zu erhalten. Diesen Wunsch teilte mit ihnen durchaus auch die Mehrzahl der deutschen Professoren, die tatsächlich allen Grund hatten, der Studentenschaft für ihren rechtsradikalen Aktivismus Dank und Anerkennung auszusprechen und sie als Vorbild für alle kommenden Studentengenerationen hinzustellen. So war etwa aus dem Munde des „Philosophen" und neugewählten Rektors der Freiburger Universität, Martin Heidegger, in seiner Antrittsrede am 27. Mai 1933 zu vernehmen: „Die deutsche Studentenschaft ist auf dem Marsch ... Aus der Entschlossenheit der deutschen Studentenschaft, dem deutschen Schicksal in seiner äußersten Not standzuhalten, kommt ein Wille zum Wesen der Universität ... Die vielbesungene akademische Freiheit wird aus der deutschen Universität verstoßen; denn diese Freiheit war unecht, weil nur verneinend."[45] Von ihren Professoren in diesem Maße hofiert, umschwärmt und angefeuert, steigerte sich die Studentenschaft bereits in den ersten Monaten des Jahres 1933 in einem wahren Rausch des terroristischen Klassenkampfes gegen alle jüdischen und demokratischen Lehrkräfte bzw. Studenten, dem sich zu diesem Zeitpunkt auch die bisweilen schwankenden katholischen Verbindungen voll anschlossen. Im Verbandsblatt des CV der katholischen Deutschen Studentenverbände (über 9000 studentische Mitglieder) wurde so etwa unverblümt zur „Vernichtung der Volksschädlinge des Marxismus"[46] aufgerufen. Unter dem massiven Druck des NSDStb, der beispielsweise dem Rektor der Universität Kiel kurzerhand mitteilte, daß mit Beginn des Sommersemesters 1933 die deutschen Studenten jüdische Dozenten und Studenten am Betreten der „Deutschen Hochschule" hindern würden, wurden über 1000 Professoren, Dozenten, Assistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter im ersten Jahr der faschistichen Machtergreifung entlassen, inhaftiert und vertrieben.[47]

44 Bleuel/Klinnert, a. a. O., S. 227
45 Martin Heidegger: „Die Selbstbehauptung der deutschen Universität", Breslau 1933. S. 14 ff.
46 „Academia", September 1933, S. 130

In fast allen deutschen Universitätsstädten zogen Horden von Nazi-Studenten und Korporierten gemeinsam durch die Straßen, plünderten Bibliotheken und Buchhandlungen und erreichten öffentliche Scheiterhaufen, denen sie die Werke „weltbürgerlicher-jüdischer-bolschewistischer" Autoren übergaben.

Mit diesem Akt brachte die Studentenschaft symbolisch zum Ausdruck, daß sie sich gewaltsam und endgültig von all ihren progressiven Traditionen eines Kampfes an der Seite des Volkes zu lösen beabsichtigte. Die nach 1848 einsetzende Hinwendung der deutschen Studentenschaft zu restaurativen Herrschaftssystemen kulminierte 1933 in der totalen Identifikation mit den erklärten Todfeinden und Henkern der deutschen Arbeiterbewegung. Dokumentiert wird die tiefe Wissenschafts- und Intellektuellenfeindlichkeit der faschistischen Studentenbewegung – ein typisches Merkmal des in sein absolutes Verfaulungsstadium übergegangenen Kapitalismus – durch einen Aufsatz in der Zeitschrift „Der deutsche Student" aus dem Jahre 1933, in dem grotesk-martialisch der Sieg des Faschismus gefeiert wird: „Politische Soldaten in Uniform rücken auf die Hochschule; der Intellektuelle fürchtet sich vor solchem Barbarentum; die *junge Generation aber freut sich, daß sie zum Urwald zurückfand.*"[48]

47 W. Klose, a. a. O., S. 232
48 Zit. b. Klose, a. a. O., S. 229

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand
Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie
An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl von rote blätter Nr. .....
☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Hans-J. Lüddeke

Die Rolle der Münchner Studenten in der Revolution 1848/49

Schon bald nach dem Umzug der Ludwigs-Maximilians-Universität von Landshut nach München im Jahre 1826 konstituierte sich erstmals in ihrer Geschichte offiziell eine Burschenschaft, anfangs jedoch noch unter landsmannschaftlichen Formen. Das war notwendig, weil die Universitätspolizei auf Geheiß der Regierung jede demokratische Regung unterdrückte. Die Burschenschaft wurde gemäß den Karlsbader Beschlüssen mehrfach verboten und aufgelöst. Allerdings gelang es der Regierung nicht, diesen ersten Keim wieder völlig auszulöschen. Nach der Überwindung verschiedener innerer organisatorischer Schwierigkeiten beschäftigten sich die Studenten mehr und mehr auch mit Fragen der hohen Politik. Im Vordergrund stand dabei die Forderung nach einer Vereinheitlichung Deutschlands und der Bildung eines konstitutionellen Staates.

Die großen Wellen, die die Revolution in Paris mit der Vertreibung König Karls des X. aufgeworfen hatte, führten auch in München zu einer Verschärfung des politischen Klimas. Ludwig I. ließ seine liberale Maske fallen und regierte von nun an diktatorisch mit brutaler Gewalt. Sogar das friedliche Oktoberfest ließ er mit starken militärischen Kräften überwachen. Weihnachten 1830 wurden Studenten von der Stadtpolizei festgenommen, schließlich aber wieder befreit. Diese Provokation war der Funke, der die noch von der Kunde der Revolution und des polnischen Aufstands begeisterten Münchner auf die Straße brachte: Sie demonstrierten auf dem Marienplatz. Der König ließ daß Militär mit gefälltem Bajonett rücksichtslos ein Blutbad anrichten. Da viele der Verhafteten Studenten waren, wurde am 29. 12. 1830 die Schließung der Universität angeordnet. Die gefangenen Studenten wurden mißhandelt, relegiert und aus der Stadt verwiesen.

Weitere zahlreiche Verhaftungen unter den Studenten, Haus- und Bibliotheksdurchsuchungen folgten. Außerdem traten ein neues Pressegesetz und neue Aufenthaltsbestimmungen in Kraft, um jede freie Meinungsäußerung zu unterbinden.

Die Erbitterung unter den Studenten wuchs. Die fortschrittlichen Kräfte wandten sich nunmehr republikanischem Gedankengut zu. Die Burschenschaft unter der Führung des radikalen Republikaners Dr. Körner entfaltete nicht nur in der Münchner Studentenschaft eine rege Aktivität, sondern stellte auch auf dem Burschentag in Frankfurt die Frage nach der Revolution in den Mittelpunkt.

Bald darauf legten die führenden Burschenschaften ihre alten Namen ab und nannten sich von nun an „Gesellschaft liberaler Studenten". In den Pressvereinen arbeiteten sie zusammen mit den Bürgervertretern für die Verbreitung ihrer Ideen. Es gelang ihnen, trotz der Unterdrückungsmaßnahmen des reaktionären bayrischen Innenministers Fürst Ludwig zu Öttingen, ihre Aufklärung auf die gesamte Bürgerschaft und, in besonderen Landaktionen, auch auf die Bauernschaft auszudehnen.

Da griff die Regierung im Mai 1832 zur Knute: Zahlreiche Studenten der liberalen Gesellschaft wurden verhaftet und alle Vereinigungen verboten.

Von diesem Schlag erholte sich die Studentenbewegung erst allmählich wieder. Aber sie setzte ihren Kampf mit neuen Erfahrungen und weiteren wichtigen Erkenntnissen fort. Offensichtlich konnte nur das Bündnis mit dem revolutionären Bürgertum zum Erfolg führen. Deshalb stellte die Münchner Burschenschaft auf dem Burschentag in Stuttgart folgerichtig den Antrag, die besonderen Formen und Eigenarten der Studentenverbindungen abzulegen, um zusammen mit dem Bürgertum revolutionäre Clubs zu gründen.

In Teilen der Studentenschaft und der Bürgerschaft herrschte 1833 die Illusion, daß objektive und subjektive Faktoren bereits die Frage der Revolution auf die Tagesordnung setzten. Man hoffte, durch die Einnahme der Stadt Frankfurt der Revolution den entscheidenden Anstoß geben zu können.

Aber die Polizei erstickte die schlecht vorbereitete Aktion bereits im Keim. Da republikanische Münchner Studenten als Mitwisser bekanntwurden, konnte diese Unternehmung von den Behörden als willkommener Anlaß benutzt werden, am 15. April 1833 alle Münchner Burschenschaftler zu relegieren. Eine große Zahl von Studenten wurde verhaftet und erst nach jehrelanger Haftzeit in zahllosen Hochverratsprozessen zu hohen Festungsstrafen verurteilt.

. . . Die Revolution läßt sich nicht aufhalten

Für eine lange Zeit war damit die Friedhofsruhe an der Münchner Universität wiederhergestellt. Erst 1842 fanden sich in München wieder fortschrittliche Studenten aus anderen Universitäten ein, die kleine Zirkel gründeten. Sie hatten klare politische Vorstellungen, klarere als ihre Vorgänger: Sie traten ein für die demokratische Republik. Ausgerüstet mit den Gedanken Hegels und der Linkshegelianer verstanden sie es, die philosophischen Grundlagen ihrer Politik zu durchdringen. Zum Haupt dieser Zirkel entwickelte sich der Münchner Student Hermann Kriege, der zahlreiche Verbindungen zu den führenden linksbürgerlichen Demokraten dieser Zeit hatte: zu Robert Blum, Arnold Ruge, Georg-Friedrich Herwegh, Bruno Bauer und Ludwig Feuerbach. Aber das Säbelrasseln der bayrischen Polizei brachte auch ihn zum Schweigen: Er konnte sich nach einer Hausdurchsuchung nur durch schnelle Flucht dem Zugriff der bayrischen Behörden entziehen. Später, im Jahre 1846, ging er zu Engels nach Barmen und dann zu Marx nach Brüssel, ehe er in die Vereinigten Staaten übersiedelte, um in der neuen Welt für den Kommunismus zu werben. (Vgl. Franz Mehring, Die Geschichte der dt. Sozialdemokratie, S. 306).

In den folgenden Jahren bemühte sich die Universitätsverwaltung redlich, die Münchner Hochschule von demokratischen Einflüssen frei und rein zu halten (hat es also alles schon gegeben. !). Als z. B. 1845 bekannt wurde, daß Robert Blum mit Studenten der Leipziger Universität zusammenarbeitete, erließ man in München ein Verbot, die Universität Leipzig zu besuchen.

Dennoch entfaltete sich im Stillen eine breite demokratische Bewegung. Bald beachteten die Behörden die neu keimende Bewegung kaum mehr. Etwas Ungeheuerliches richtete ihre Aufmerksamkeit auf sich. Das gerade erst entstandene Proletariat entwickelte Ansätze eines Selbstbewußtseins. In München tauchten Schriften des Schneidergesellen und utopischen Sozialisten Wilhelm Weitling auf, über den Karl Marx 1844 schrieb „Wo hätte die Bourgeoisie – ihre Philosophen

und Schriftgelehrten eingerechnet – ein ähnliches Werk wie Weitlings ‚Garantien der Harmonie und Freiheit' in bezug auf die Emanzipation der Bourgeosie – die politische Emanzipation – aufzuweisen? Vergleicht man die nüchterne, kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen politischen Literatur mit diesem maßlosen brillanten Debut der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese riesenhaften Kinderschuhe der Bourgeoisie, so muß man dem deutschen Aschenbrödel eine Athletengestalt prophezeien." (Marx, Kritische Randglossen . . . von einem Preußen, MEW Bd. 1).
Auch Agitatoren des Bundes der Gerechten und später des Bundes der Kommunisten verbreiteten in München ihre Anschauungen.
Mit der gehörigen Verzögerung hatte sich nämlich auch in Bayern ein wirtschaftlicher Umbruch vollzogen. 1825 wurden die Zunftschranken beseitigt und die Manufaktur entwickelte sich zu herrschenden Produktionsweise. Als jedoch die Zollabmachungen von 1833 getroffen waren, war auch die Manufaktur dem neuen, übermächtigen Gegner nicht mehr gewachsen: der großen Industrie.
Die Konzentration des Kapitals brachte es mit sich, daß wenige Münchner Bürger schon über ein fixes Kapital von ca. 500 000 Gulden verfügten. Gleichzeitig wuchs die relative und abolute Verarmung der Arbeiter und der Handwerksgehilfen. Bezeichnend für dieses Stadium der kapitalistischen Entwicklung war der illusionäre Ausweg vieler Arbeiter in der höchsten Not zum Fusel. Bekannt sind aus dieser Zeit die Münchner Bierkrawalle. (Vgl. hierzu, Engels, Preußischer Schnaps im deutschen Reichstag, MEW Bd. 19).
Mit der Entwicklung der großen Industrie trat auch in München die Arbeiterklasse auf die historische Bühne. Damit gewann der Kampf der Studenten neue Perspektiven, die auf die weitere Entwicklung noch entscheidenden Einfluß nehmen werden. Der wachsende Unwille der unter wirtschaftlicher Not leidenden Münchner Bevölkerung wurde noch mehr angestachelt, als Ludwig I. seine Geliebte Lola Montez mit luxuriösen Prunkgeschenken umwarb.
Reaktionäre katholische Kreise hatten ein gutes Gespür für diesen Unwillen und versuchten deshalb Einfluß auf die Entwicklung zu gewinnen. Ihr Ziel war die Rettung der Monarchie. Um es zu erreichen, sollten die katholischen Studentenverbände Kräfte unter den Studenten sammeln.
Die fortschrittlichen Studenten durchschauten jedoch das Spiel der Ultramontanen, das auf die unbefleckte Erhaltung der Monarchie gerichtet war. Ihnen war klar, daß es nicht um irgendeinen König gehen konnte, sondern nur um die Staatsverfassung überhaupt.
Während die katholische Reaktion die Studenten vor ihren Karren zu spannen suchte, nahm die Regierung Kontakte zu den reaktionären Korporationen auf.
Aber die demokratischen Studenten (sie wurden übrigens schon damals als „Kommunisten" bezeichnet) betrieben um so intensiver die Aufklärungsarbeit unter ihren Kommilitonen. Sie wurden nicht nur nicht das Opfer des Intrigenspiels der Ultramontanen, sondern nutzten ihrerseits die Uneinigkeit der herrschenden feudalklerikalen Klasse aus, um ungehindert einen großen Teil der unzufriedenen Münchner Bevölkerung über die Ursache ihrer Not zu informieren. Am 9. Februar demonstrierten die Studenten in der Stadt. Die Unruhe wuchs noch weiter an, als König Ludwig die Schließung der Universität anordnete. Jetzt gingen auch Bürger und Arbeiter auf die Straße. Einhellig verlangten sie die Aufhebung der Universitätsschließung. Am 11. Februar mußte Ludwig schließlich nachgeben. Es gelang den

Studenten, dem König noch weitere Zugeständnisse abzutrotzen: z. B. die Erlaubnis zur ungehinderten Gründung von Studentenvereinigungen. Dieser Erlaß war auch die Legitimation für die regelmäßigen Studentenvollversammlungen in der Aula.
Die Nachricht vom Sturze König Louis Philipps wirkte auch in München wie Öl, das in die Flamme gegossen wird. Am 2. März zogen abends etwa 1000 Studenten zur Residenz. Die Kürassiere, die zur Bewachung der Residenz abgestellt waren, mußten gegen fremdes Militär ausgetauscht werden, da sie deutliche Sympathien für die Demonstranten hegten. Es dauerte nur zwei Tage bis die meisten neu hinzugezogenen Truppen und Milizsoldaten verstanden, daß die Interessen, für die die Studenten, Bürger und Arbeiter auf den Straßen demonstrierten, auch ihre eigenen waren.
In der Universität beschlossen die Studenten eine Adresse an den Monarchen. Eindeutig war darin das Bekenntnis zur französischen Republik und die Ablehnung des Absolutismus enthalten. Die Abweisung dieser Adresse wurde von den Studenten als Provokation gewertet.
Der König und seine Minister gingen nun zu einer doppelzüngigen Hinhaltetaktik über: Nach außen verkündete Ludwig I. „er habe nun seine alten Bayern wieder und sei ihr alter König." Hinterrücks jedoch ließ er Truppen um München zusammenziehen. Er stattete Fürst Wrede mit unbedingten Vollmachten aus und ließ auf allen Straßen und Plätzen der Stadt Kanonen auffahren. Trotzdem demonstrierten am 4. März die Bürger in der Stadt. Der König wagte nicht, auf sie schießen zu lassen. Niemand wußte, wie zuverlässig die Truppen waren.
Am 6. März zogen riesige Domonstrationszüge durch die Stadt. Die Lage war äußerst zugespitzt. Der König mußte sich den Wünschen der Masse fügen: Zugeständnisse waren z. B. die Einrichtung einer Volksvertretung und die Bewaffnung der Studenten. Dennoch gelang es ihm durch einen geschickten Schachzug, das feudale System zu retten: Er dankte ab.
Die Bevölkerung feierte ihre Erfolge wie einen Triumph. Sie ließ sich mit Versprechungen und Schriftstücken das Maul stopfen. Statt selbst die revolutionäre Macht zu behaupten und im Vertrauen auf die eigene Kraft die eigenen Ziele zu verwirklichen, blieb das Bürgertum auf halber Strecke stehen.
Auch in großen Teilen der Studentenschaft machte man sich Illusionen über die „Märzerrungenschaften". Unmerklich erst, aber doch gründlich, vollzog sich nun – auf dem Höhepunkt der Revolution – eine Spaltung: Der größte Teil; der aus bürgerlichen und feudalen Schichten stammenden Studenten trat nicht mehr für die Verwirklichung der bürgerlichen Revolution ein. Diese Studenten waren es auch, die bei der Volksbewaffnung am Zeughaus die Bewaffnung der Münchner Arbeiter verhindert hatten. Aus Furcht vor der Entschlossenheit der Arbeiter, den Kampf nicht nur bis zur Emanzipation der Borgeoisie, sondern danach noch weiter bis zur Befreiung der Arbeit vom Kapital zu treiben, schreckten sie vor ihren eigenen Erfolgen zurück.
Ein kleinerer Teil der Studenten verfocht auch jetzt noch seine radikaldemokratischen Auffassungen. Gegen diese Studenten setzte der Terror der Regierung voll ein. Einer ihrer Führer, Julius Knorr, mußte fliehen. Diese fortschrittlichen Studenten waren neben anderen im „Münchner Allgemeiner Studentenausschuß" vertreten, ebenfalls eine Errungenschaft der Märzrevolution. Hervorgegangen ist er

1848 aus den Versammlungen in der Aula der Universität. Der AStA bestand als Organ der Studentenschaft bis 1851. Im Univeritätsarchiv liegen noch heute die Protokolle der Gründungsberatungen.
Im Herbst 1848 kam es wieder zu zahlreichen Massenaufständen in München. Das Organ des demokratischen Märzvereins und der fortschrittlichen Studenten war die Zeitung „Gradaus". Die studentischen Redakteure dieser Zeitung, Sensburg und Vecchioni, wurden am 27. September verhaftet.
Es wurde immer offenkundiger, daß das Bürgertum seine eigene Revolution verraten hatte. Die fortschrittlichen Studenten zogen daraus ihre Konsequenzen. Sie brachen ihre Beziehungen zur Bourgeoisie ab und suchten das Bündnis mit der jungen Arbeiterklasse. Am 12. Dezember 1848 rechnete der „Gradaus" mit der Bourgeoisie öffentlich ab:
„Deutschland: Die Bourgeoisie und die Arbeiter!"
„Der alte Bau ist morsch, er zittert und wird zusammenstürzen!" So hört man rufen und frohlocken von einer Parthei. Mit Ungeduld sieht man der neuen Zeit entgegen; die wie ein brausender Orkan sich über die Ruinen des Mittelalters wälzt und hinter sich nur Schutt und Trümmer läßt. Dieses erkennt auch jene Parthei, allein nicht mit Frohlocken, sondern mit Angst und Schrecken um ihren Halbgott.
In unmenschlicher Habgier wirft sie sich verzweifelnd, mit aller Macht dem Strome der Zeit entgegen. Doch sträube sich die Bourgeoisie, mit Allem was ihr zu Gebote steht, sie wird dem Fortschritt und dem Rechte nicht mehr schaden, denn ihre Uhr ist abgelaufen!
Ihre Früchte hat sie längst nicht mehr mit Menschlichkeit geerntet; gebrandmarkt hat sie ihren Nebenmenschen, und mit dem Blut des Arbeiters, das sie erpreßt, sich Paläste gebaut und geschmückt. Die Würde des Menschen um schnöden Mammon willen mit Füßen getreten und mit diabolischem Lächeln den Arbeiter in Armuth, Hunger, Jammer und Verbrechen gestürzt und zum Sklaven aller Sklaven gestempelt!
Aller Sklaven, sag' ich! Ja! Denn der gekaufte Sklave braucht, nach gethaner Arbeit, nicht zu hungern. Trotzdem wird dem Unterdrückten, in seinem Menschenrechte Gekränkten, nur Spott, Hohn und Verachtung zu Theil, da man beim Genuß der Beute den vergißt, der ausgebeutet wurde."
Weitere Marksteine im Zuge der Annäherung der demokratischen Studenten an die Arbeiterklasse waren zwei Feste, die fast gleichzeitig im Frühjahr 1849 gefeiert wurden: das Washington-Fest der revolutionären Studentenverbindung Rhenania und das Arbeiter-Banquett zur Feier des Jahrestags der französischen Februarrevolution. Das Washington-Fest fand statt im Münchner Zweibrückensaal „mit Gästen aus verschiedenen Ständen: Studenten, Arbeitern, jungen Beamten, Bürgern ..." (Gradaus). In der Rede, die ein Studentenvertreter hielt, spiegelt sich die Hinwendung der Studenten zur Arbeiterklasse wider:

„Der Proletarier

Motto Wir borgen und sorgen, Ihr häufet die Gulden,
Wir füllen die Kirchen, und beten und dulden,
Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden,
Und — darum sind wir arm" *Karl Beck*

(Vorgetragen beim Washington-Fest der Verbindung Rhenania.)

Wenn wir von dem Proletarier sprechen, so muß, als hier von einem Stück Leben die Rede ist, unsre Schilderung ganz aus dem Leben gegriffen seyn. — Wie ist nur, möchte von Allem die Frage gehen, das Proletariat entstanden? Um ganz allgemein die Antwort zu geben: der Fabriken wurden immer mehr, aber auch das Elend der arbeitenden Klasse wuchs zu einer riesigen Höhe an. Jedes größere Unternehmen erheischt ein Kapital, der Arbeiter hat keines, also ist er zur Besitzlosigkeit verdammt. Man weist vielleicht den Arbeiter auf seinen Lohn an, um sich ein Kapital nach und nach zu gründen. Zugegeben; wenn nicht die Maschinen den größten Theil der mechanischen Arbeit verrichteten, bei der größer werdenden Vervollkommnung der Maschinen sind natürlich immer weniger Arbeiter nötig, und statt daß die Arbeit dadurch geringer, der Lohn größer würde, wird die Arbeit immer größer, der Lohn stets geringer. Dem besitzlosen Arbeiter ist also auch die letzte Möglichkeit geraubt, sich ein Kapital zu erwerben, ja noch mehr, er lebt in der tiefsten Abhängigkeit des Unternehmers. Von entscheidendem Einflusse ist auch die Theilung der Arbeit, wodurch der Fabrikherr bereichert wird, während des armen Arbeiters Geist und Körper unter dieser furchtbaren Eintönigkeit gänzlich erschlafft. —
Der Proletarier ist also ein Mensch ohne Besitz, dem jedes Mittel, je zum Besitz zu gelangen, genommen ist, der Willkür des Arbeitgebers preisgegeben, durch kärglichen Lohn auf kümmerliche Befriedigung der nur nothwendigsten Bedürfnisse angewiesen, und wenn ein Zufall, oder die Laune seines Herrn ihn aus dem Dienst stößt, der Verzweiflung und dem Hungertode unterliegend. Als abgeschlossener Stand tritt er zum erstenmal in der 89ziger französischen Revolution auf; die Verteidiger der konstituierenden Versammlung gegenüber dem Hofe, die Stürmer der Tuillerien, die Beschützer Robespierres, die Leibgarde Henriots, sie waren die Proletarier. Der Blousenmann kämpfte mit heldenmüthiger Ausdauer in allen Revolutionen Frankreichs, und was ward ihm, der sein Blut willig im Dienste des Volkes und der Freiheit verspritzt? Nichts als Anerkennung, etwa seiner Menschenwürde? bewahre, Anerkennung seiner Tapferkeit, und einfacher kalter Dank für seine Bereitwilligkeit. Von den Früchten des Sieges war keine Rede, die trug die sich breit machende Bourgeoisie davon. — Birgt der so arg Verhöhnte kein Herz unter seiner Blouse? Muß er nicht auf den Gedanken kommen, für etwas Gescheidteres seine Kräfte zu opfern, als für die undankbare Bourgeoisie? —
Das Gesetz der Vernunft erkennt nur einen Stand, den Stand des freien Menschen, des frei und gleich gebornen und zur Glückseligkeit bestimmten Menschen. Ach ja! glückselig muß sich der Arme fühlen, wenn ihm, von zerlumpten Kindern umringt, die wehklagend nach Brod schreien, und in die düstre Zukunft schauend, der Gedanke sich aufdrängt, daß seine Hoffnungen und Wünsche ihm als Frostblumen am gefrorenen Fenster seiner Stube entgegen lächeln. Frei und gleich geboren! — Wißt ihr, was der Proletarier mit dem Reichen gleich hat? die Krankheit und den Tod. Und selbst der Tod tritt bei Beiden verschieden auf: der Reiche stirbt auf sanftem Bette, umgeben von den Seinigen, voll Ruhe in das Jenseits blikkend, während der Proletarier entweder sein Leben beim Straßenkampfe unter den unbarmherzigen Hufen der eindringenden Reiterei aushaucht, oder voll Verzweiflung sein Leben in den Fluthen zu enden sucht, und erreicht ihn der Tod auf dem Lager, so stirbt er, zwar umgeben von den Seinen, die aber ein anderes Antlitz zeigen, als die Verwandten des Reichen, ein Antlitz, aus dem der Hunger und das

Elend mit den lebendigsten Zügen spricht, er stirbt, sage ich, in Verzweiflung über die furchtbare Zukunft der Seinigen, und sein letztes Gebet wird zum Fluch der Reichen. — Dies ist das Mährchen von gleichgebornen Menschen. Die Freiheit aber, ist die Macht, welche der Mensch hat, nach Belieben alle seine Fähigkeiten zu äußern; sie hat die Gerechtigkeit zur Richtschnur, die Nächstenrechte zu Grenzen, die Natur zum Prinzip, und das Gesetz zur Schutzwehr. — Wie kann da von Freiheit die Rede seyn, wo schon im zarten Kinde des Proletariers alle Fähigkeiten durch Arbeiten getötet werden, die der Entwicklung des Geistes, wie des Körpers schädlich sind. Ich will euch ein solches Kind vorführen, seht sein blasses abgefallenes Antlitz, sein mattes Auge, die unterdrückte Natur zeigt euch die ganze Haltung des Leibes, und aus einem solch' armseligen Geschöpfe soll ein freier, kräftiger Mann werden? —

Gerechtigkeit sagt man; ja eine saubere Gerechtigkeit das, die duldet, daß Tausende genießen, und nichts arbeiten, während Millionen Andere Tage lang arbeiten und Nächte durchtrauern, und von den Freuden dieser Erde nichts genießen. Dem Proletarier ist das Leben ein Becher voll Wermuth, je länger es dauert, desto schlimmer. Doch nicht allein zum Elend, auch zur Schande ist der Arme verdammt. Hat die Natur seine Tochter mit Reizen bedacht, so muß sie zum Ableiter fremder Sünden dienen, und der Unglückliche, nachdem er doppelt und dreifach gearbeitet hat, um sein einziges Gut groß zu ziehen, wird zuletzt in seinem Theuersten auf Erden geschändet; Wahnsinn ist jetzt für ihn Wohlthat, denn sterbend müßt' er sein eigen Fleisch und Blut verfluchen. —

Wer aber den menschlichen Körper Alles dessen beraubt, was die Organe bedürfen, wer Seinesgleichen Luft, Nahrung, Kleidung, Bildung, Sittlichkeit entzieht, der ist zugleich Dieb und Mörder; er nimmt ihnen, was ihr Eigenthum ausmachte, er tödtet sie dadurch. Dies ist nun das Loos des Proletariers. Da ist ein finstrer Geist in den Proletarier eingezogen, als Ammenmährchen erzählt man dem jungen Sprößling das Elend seines Standes, man säugt ihn mit Rachegedanken; Fluch dem Besitze und Tod den Reichen, das sind seine Wiegenlieder.

Die rothe Saat ist gelegt, blutig roth wird sie aufgehen!

Darum gebt nach Ihr Besitzenden, Ihr Gelehrte sinnet, trachtet, suchet in dem Buche der Wissenschaft, wie die Frage friedlich zu lösen ist, sonst wird der Tag kommen, an dem der Proletarier sich rächen wird an dem fortgesetzten Morde des Besitzes und Rechenschaft verlangen wird von den Reichen für sein bestohlenes Leben, denn:

Das Dulden ist unser unendlich Verschulden,
Und — darum sind wir arm."

Diese Entwicklung, die Verbindung des Kampfes von Intelligenz und Arbeiterklasse, ließ die Behörden aufhorchen. Schon begann die Solidarisierung von Arbeitern und Soldaten. Als Reaktion darauf begann die konservative Presse Gerüchte auszustreuen, daß ein bewaffneter Putsch vorbereitet werde und daß man plane, König Max II. zu ermorden. Man brauchte Vorwände, um einen unerbittlichen Schlag gegen die Arbeiter und Studenten führen zu können. Anfang Mai 1849 wurden alle führenden Köpfe der Studentenschaft verhaftet wegen „nächsten Versuchs zum Hochverrat". Die Verbindungen wurden entwaffnet und der AStA zerschlagen. Die Totenruhe an der Münchner Universität war wieder hergestellt.

Aber die gesellschaftliche Entwicklung fand ihre Widerspiegelung in einer Idee, die von nun an nicht mehr ausgelöscht werden konnte: das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz, von dem Lenin später sagte, daß ihm „keine noch so finstere Macht" widerstehen könne.

Lit.: Die Einheits- und Freiheitsbewegung in der Münchner Studentenschaft von 1826—51, München, 1930 v. Götz Frhr. v. Pölnitz.

Internationaler Klassenkampf

INHALTSVERZEICHNIS

180 Seiten DM 5,—
facit-Reihe 5

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enarución Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Alle Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Schriften zur Theorie und Praxis

L. Peter
Klassenkämpfe in Frankreich heute
Herausgeber: IMSF
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., Marxismus aktuell 39, 118 S., DM 4,—

H. Koppel
Klassenkämpfe in Italien heute
Herausgeber: IMSF
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., Marxismus aktuell 52, 106 S., DM 4,—

Pickshaus/Raulf
Klassenkämpfe in Großbritannien heute
Herausgeber: IMSF
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., Marxismus aktuell 59, 140 S., brosch. DM 6,—

P. Gindev
Die Diktatur des Proletariats und ihre „Kritiker"
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie", Bd. 24, 122 S., brosch. DM 5,—

Gerhart Neuner
Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, Reihe Bildung und Erziehung, DM 14,80
Aus dem Inhalt: Sozialistische Bildungskonzeption und Schulpolitik / Wesen des pädagogischen Prozesses und sozialistische Allgemeinbildung / Planung von Bildung und Erziehung in Lehrplänen.

Schleifstein/Delilez/Katzenstein
Beiträge zur „Stamokap-Debatte"
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 8, 48 Seiten, DM 3,—

P. N. Fedossejew
Der Marxismus im 20. Jahrhundert
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., 533 S., Ln. DM 12,80
Das Werk fesselt den Leser mit seiner Aktualität und komplexen Darstellung der Probleme.

R. Geffken
Klassenjustiz
Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., Marxismus aktuell 50, 73 S., brosch. DM 3,—

collectiv
literatur

...in allen collectiv-Buchhandlungen

Cordt Schnibben

Das Ende einer Sackgasse in der Studentenbewegung

„Die Auseinandersetzung in der westdeutschen kommunistischen Bewegung tritt in eine neue Phase ein . . ." In dieser „schlichten" Bemerkung spiegelt sich der Taumel einer handvoll lokaler „kommunistischer" Gruppen und Grüppchen wider, denen es gelungen ist, „die allgemeinen Aufgaben der Kommunisten und des Proletariats" wieder ins „Blickfeld" zu rücken (Neues Rotes Forum, 1—2/73, S. 8). Sie sind den beschwerlichen Weg der „Untersuchungs- und Programmdiskussionsarbeit" gegangen, haben in erbitterter Schlacht gegen den „Revisionismus" den Gipfel marxistisch-leninistischer Erkenntnis erreicht und besitzen es nun — „das Programm der westdeutschen Kommunisten".
Der Traum so mancher Veteranen der antiautoritären Studentenbewegung der 60er Jahre ist nun doch in Erfüllung gegangen: er kann sich als „Marxist" und „Kommunist" fühlen — ohne bürgerliche Ideologie und Antikommunismus zu überwinden.
Denn in der Tat: Das „Programm der westdeutschen Kommunisten" muß begriffen werden als theoretische Konsequenz einer Abteilung der Studentenbewegung, eingeordnet werden in die Entwicklung des Teils der Studentenbewegung, der objektiv den Weg zur praktischen Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und zur realen kommunistischen und marxistischen „Bewegung" nicht gefunden hat und sich deshalb subjektiv nach etwas anderem, etwas „eigenem" umsah. Wir wollen daher das „Programm" in enger Verbindung mit der theoretischen Entwicklung des „Kommunistischen Bundes Bremen", einer führenden Gruppe der „Programmfront", kritisieren.
Der „K"BB ist Produkt der Studenten- und Schülerbewegung, er ist direkt und indirekt aus ihr hervorgegangen.

Die Studentenbewegung der sechziger Jahre

Die antiimperialistische Bewegung der Studenten und Schüler in den 60ziger Jahren hat eine progressive Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD gespielt; sie war die Antwort auf die totale Bildungsmisere in Westdeutschland, Widerspiegelung des Widerstandes gegen die sich ausbreitende Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche, auch des Bildungssektors unter die Profitinteressen des Großkapitals, die mit einem massiven Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten verbunden ist (Formierung); sie war gleichzeitig Reaktion auf die weltweite barbarische Strategie des US-Imperialismus und eine Folge der tiefen Krise der bürgerlichen Ideologie (Hinwendung zum Marxismus).
Aber die Bewegung trug schon zum frühen Zeitpunkt Tendenzen in sich, die sich im Lauf der Zeit entfalteten: eine ausgeprägte Geringschätzung der Arbeiterklasse, die extreme Überbewertung der eigenen gesellschaftlichen Rolle im Klassenkampf, die Verabsolutierung des Partisanenkampfes, als der allein akzeptierten Form des revolutionären Kampfes, die Ersetzung der Agitation durch die Provo-

kation. In dem Maße, in dem diese Seiten in den Vordergrund traten und das Handeln der Studentenbewegung bestimmten, nahm ein bis dahin unterschwellig wirkender Antikommunismus militante Formen an. So verbrannten Westberliner Studenten auf dem Kurfürstendamm Ulbricht-Porträts, schloß der SDS kommunistische Studenten aus. Der Antikommunismus, dessen Hauptinhalt die Verleumdung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sowie die verfälschte Darstellung der Politik und der Ziele der kommunistischen Parteien und der marxistischen Lehre war und ist in der BRD Staatsdoktrin, hatte und hat seinen konkreten und harten Kern im Antisowjetismus, in der Feindseligkeit gegen die DDR und gegen die kommunistische Partei.

In der Dulles-Adenauer-Ära (50er Jahre) war der traditionelle extrem militante und gewalttätige Antikommunismus die vorherrschende Norm. Er war so lange wirkungsvoll, so lange der Imperialismus die Illusion hegte und die Massen glauben machen konnte, der Sozialismus sei ein geschichtliches Provisorium und könne durch militärische Stärke im frontalen Angriff zerschlagen werden („Sowjetzone und die Gebiete jenseits der Oder und Neiße für die Freiheit zurückgewinnen" Adenauer, 1954). Ideologischer Stützpfeiler dieser aggressiven Politik war ein durch Schule und Massenmedien massenhaft verbreiteter Antikommunismus, der den Aufbau des Sozialismus in der DDR verleumdete, die „Gefahr aus dem Osten" an die Wand malte und die Liquidierung des Sozialismus als einzige Lösung propagierte.

Mit Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft, mit dem Zerbrechen dieser Illusion der Imperialisten, änderte sich die Form, der Inhalt blieb. Nicht mehr plumpe Hetze hieß die Devise, sondern geschickteres Verdrehen, Verleumden und Entstellen. Konsequenz war ein verfeinerter Antikommunismus, dessen „Grundwerte" Totalitarismus (Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus; keine „Freiheit", „nur Gewalt"), Verleumdung der sozialistischen Staaten als aggressiv und expansiv, Definition der Kommunistischen Partei als „Handlanger Moskaus" in den verschiedensten Varianten propagiert und mit Erfolg verbreitet wurden und werden.

Dieser Antikommunismus wurde so verinnerlicht, daß, bei der durch das — beginnend mit den „Septemberstreiks" 1969 — Aufleben der Kämpfe der Arbeiterklasse beeinflußten Orientierung der fortschrittlichen Studenten auf die Arbeiterklasse, der verbalen Anerkennung ihrer führenden Rolle im Klassenkampf, ein Teil der antiimperialistischen Studenten- und Schülerbewegung die oben beschriebenen „Grundwerte" in „linken" Varianten wiederkäute (so sind die Bürokratisierungsvorwürfe in ihrem Kern dem Totalitarismusvorwurf der Bourgeoisie gleich; die DKP wurde als „Anhängsel" der KPdSU abgetan und mit dem Etikett „Revisionismus" ein für allemal in die Ecke gestellt). Während der bewußteste Teil der antiimperialistischen Schüler- und Studentenbewegung den Weg zur praktischen Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse fand, aus der marxistischen Analyse der Klassenbeziehungen in der BRD eine realistische, wissenschaftlich begründete Konzeption des Wegs zum Sozialismus über den antimonopolistischen, demokratischen Kampf entwickelten, sich als Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Kampfes gegen das westdeutsche Monopolkapital und des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus begriffen, von daher das Bündnis mit der Arbeiterklasse und seiner Partei, der DKP, suchten und ein po-

sitives Verhältnis zu den Ländern entwickelten, in denen die Arbeiterklasse an der Macht ist und die die entscheidende Rolle im antiimperialistischen Kampf spielen, der sozialistischen Staatengemeinschaft, während sich also dieser Teil der Studentenbewegung bundesweit im MSB SPARTAKUS organisierte, hinderte der verinnerlichte Antikommunismus einen anderen Teil der Studenten- und Schülerbewegung, diesen Schritt zu tun.

Es entstand eine groteske Situation: Man war für den Marxismus-Leninismus, aber man weigerte sich, in die marxistisch-leninistische Bewegung einzutreten; man befürwortete die proletarische Partei, aber man wollte nicht ihr Mitglied werden; man sah die führende Rolle der Arbeiterklasse ein, aber man akzeptierte ihre Organisationen nicht; man strebte den Sozialismus an, aber man lehnte den schon bestehenden ab.

Diese Widersprüche konnten nur dadurch eine relative Lösung finden, daß man buchstäblich alles selber machte. Nicht nur, daß fast alle längst widerlegten Abweichungen und Verfälschungen des Marxismus noch einmal rezipiert und erst dann verworfen wurden, man mußte vielmehr auch eigene „marxistisch-leninistische" Theorien entwickeln, eigene Organisationen der „Arbeiterklasse" gründen (z. B. Betriebsprojektgruppen), man brauchte ein eigenes sozialistisches Land (die ferne VR China bot sich an) und — konsequent wie man war — gründete man „kommunistische" Zirkel, Bünde und Parteien. Und das ohne inhaltliche Auseinandersetzung: die Theorien von „neuer Bourgeoisie" und „Sozialimperialismus" wurden direkt aus bürgerlichen Zeitungen abgeschrieben, das Zauberwort Revisionismus ersparte mühsame und sicher erfolglose Auseinandersetzung mit der Strategie der DKP.

Ihr Ausgangspunkt: Antikommunismus.

Musterbeispiel für die spalterische Gründung eines „kommunistischen" Bundes auf der Grundlage des Antikommunismus ist die Gründung des „Kommunistischen Bundes Bremen (KBB)". Seine Entwicklung kann hier exemplarisch für die sog. „Kommuniqué-Organisationen" stehen, die sich um den „Programmentwurf" des NRF scharrten.

An seinem hauptsächlichen „Programm" und der Hauptstoßrichtung seiner Politik hat er nie Zweifel gelassen. So heißt es in der Nr. 1 der damaligen „Kommunistischen Arbeiterkorrespondenz" (KAK): Unsere programmatische Erklärung ist nur vorläufig, Einschätzung von anderen kommunistischen Organisationen haben wir noch nicht, wir wissen eigentlich noch nicht viel, „abgesehen von unserer klaren Abgrenzung zur revisionistischen DKP".[1] Die „klare Abgrenzung" besteht dann aus dem Satz: „An die Stelle des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse wollen sie ein von der Parteileitung ausgehandeltes antimonopolistisches Bündnis setzen, um die „Volksinteressen" parlamentarisch zur Geltung zu bringen."[2]

Daß das mit der Politik der DKP auch nicht das geringste zu tun hat, ist wohl selbst den „K"BB-Führern aufgefallen. 9 (!!) Monate später schreiben sie: „Die DKP wirft dem KBB vor, er habe sich bisher zwar von der DKP distanziert, ohne

1 Kommunistische Arbeiterkorrespondenz (KAK) Nr. 1 S. 1
2 KAK Nr. 1 S. 3

jedoch öffentlich die Gründe dafür zu nennen. Dieser Vorwurf trifft zu ... Seit einiger Zeit jedoch arbeiten wir an einer Kritik der theoretischen Grundlagen dieser Politik."[3]
Also: Zuerst Gründung, Spaltung, dann theoretische Legitimation. Die gesamte theoretische Entwicklung des „K"BB seither ist ein einziger Versuch, mit immer raffinierteren Wendungen und Entstellungen des Marxismus den einmal vollzogenen Schritt „theoretisch" abzusichern und die antikommunistische Grundposition zu verdecken. Und sich natürlich von der „revisionistischen" DKP abzugrenzen. Das führt dann zu solch kläglichen Ergebnissen wie etwa im Bürgerschaftswahlkampf, wo sie die DKP-Parole „Alles für den, der arbeitet", die nichts anderes besagt, als daß die DKP-Politik, Politik im Interesse der Arbeiter ist, kritisierten, weil sie „keine Anleitung im Kampf" sei und die Arbeiter zur Passivität aufruft. Das Gesamtniveau ihrer „theoretischen" Auseinandersetzung mit der DKP ist ungefähr auf dieser Ebene bzw. mit voranschreitender Entwicklung dann wesentlich tiefer. Haben sich die „K"BB-Führer zunächst noch die Mühe gemacht, die Verdrehungen der Strategie und Taktik der DKP „wissenschaftlich" und „marxistisch" zu verbrämen, so bringen sie heute nur noch Beschimpfungen heraus. Nach dem Motto „Haltet den Dieb" ist dabei vor allem der Vorwurf „Spalter" Ausdruck für ihr schlechtes Gewissen: Sie wollen die eigene objektive Funktion als Spalter der demokratischen und sozialistischen Bewegung verdecken. In ihrem gesamten Verhalten gegenüber der DKP sind sie offener, aggressiver geworden. Haben die „K"BB-Führer z. B. noch 1971 zur Wahl der DKP aufgerufen (Bürgerschaftswahl) und sie großzügig als „Bestandteil der kommunistischen Weltbewegung" bezeichnet, so heißt es heute: „DKP ... Anhängsel der bürgerlichen Parteien", oder: „Die DKP ist keine revolutionäre Partei; letzten Endes ist sie nur ein Anhängsel an den bürgerlichen Parteienblock und nicht mehr. Trotz des KPD-Verbots wird sie als Partei offiziell anerkannt und zu den Wahlen zugelassen. Es ist klar weshalb: weil sie mit der KPD gerade noch die Buchstaben gemeinsam hat" (Wahlaufruf S. 3).
Welch geniale „Beweis"führung! Demnach wäre jede legale kommunistische Partei revisionistisch. Wie sagt Steigerwald: „Sachliche Gegnerschaft bei ernstem Bemühen, die gegnerische Position sauber darzustellen, auf dieser Grundlage Diskussionsbereitschaft ist noch kein Antikommunismus. Zum Antikommunismus gehört notwendig Unsachlichkeit, Falschinterpretationen, Verleumdung ..." (R. Steigerwald „Marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen", Ffm 72, S. 86).
Der eben zitierte Wahlaufruf zur Bundestagswahl war schon Gemeinschaftsarbeit der inzwischen gewachsenen „Programmschreiberfront", die mit ihrem offenen, direktem und agressivem Kampf gegen alles, was, kommunistisch und marxistisch ist, neue Maßstäbe setzte und setzt. Und dies auch offen, „theoretisch" begründet. So heißt es in der „Stellungnahme der Programmkommission" (Neues Rotes Forum, Sondernummer, Nov. 72), nachdem man sich gegenseitig versichert hat, schon immer „konsequent" gegen die DKP die SDAJ und den MSB SPARTAKUS gekämpft zu haben: „... das Programm einer revolutionären kommunistischen Organisation in Westdeutschland muß geprägt sein durch die Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus als einer weltweiten Erscheinung" (NRF, S. 15).

3 KAK Nr. 7 S. 5

Geprägt vom Kampf gegen die kommunistische Partei und der Diffamierung der sozialistischen Länder – so muß also das kommunistische Programm aussehen. Und die „Kommunisten" der Programmschreiberfront verraten uns auch warum: „Das größte Hindernis auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats als Voraussetzung der sozialen Revolution ist die Spaltung der Arbeiterklasse durch Reformismus und Revisionismus" (Programmentwurf, NRF 1/2, 73, S. 14).
Für diese „Kommunisten" ist also der Hauptfeind nicht die herrschende Klasse, nicht das Monopolkapital, sondern der „Revisionismus", lies DKP. Konsequenterweise wurde dann auch im gemeinsamen Wahlaufruf propagiert: „Man dürfe der DKP keinen Auftrieb geben", statt dessen Wahlboykott.
Diese ihre objektive und praktische Rolle – Spaltung der demokratischen und sozialistischen Bewegung – macht die Auseinandersetzung mit ihrem „Programm" zur Notwendigkeit, wobei vor allem zwei Dinge herauszuarbeiten sind: daß sie „theoretisch eine Karrikatur auf den Marxismus" sind, praktisch-politisch aber ... die Sache der Revolution an die Bourgeoisie" ausliefern (LW/5/S. 103).

Was man noch beim Abschreiben falsch machen kann ...

Marxisten müssen in der Entwicklung der Strategie und Taktik des Klassenkampfes ausgehen von den konkreten, objektiven Bedingungen eines Landes. „Die Hauptaufgabe der Taktik des Proletariats bestimmte Marx in strenger Übereinstimmung mit allen Leitsätzen seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung. Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen ausnahmslos aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und folglich die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft, wie auch der Wechselbeziehungen zwischen ihr und anderen Gesellschaften, kann als Grundlage für eine Taktik der fortgeschrittenen Klasse dienen" (Lenin, Bd. 21, S. 64).
Für Marxisten reicht es also nicht, den Klassengegensatz von Proletariat und Bourgeoisie festzustellen, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen: „Diktatur des Proletariats muß her" und schon ist die Strategie und Taktik fertig. Für die „Kommunisten" von „K"BB reicht das augenscheinlich. Zwar gehen sie heute nicht mehr so direkt und plump von einem in der Konsequenz vormonopolistischen Stadium des Kapitalismus aus, wie noch in ihrer „Programmatischen Erklärung" (KAK 1), aber letztendlich können auch noch so „wissenschaftliche" Anleitungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sich an einer Analyse der konkreten Entwicklungsstufe des Kapitalismus, der heutigen Klassenkampfbedingungen in der BRD herumdrücken. So formulieren sie etwa in der „Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten" (Neues Rotes Forum, Sondernummer): „Wo die Untersuchung des westdeutschen Imperialismus zur zentralen programmatischen Aufgabe erhoben wird, ist dies unserer Auffassung nach einer schematischen Gleichsetzung mit den Aufgaben der russischen Sozialdemokratie um die Wende des 20. Jahrhunderts entsprungen" (S. 10). Und so fahren sie fort: „Es ist für uns keine Frage, welchen ökonomischen Formationen ein Land wie Westdeutschland angehört, daß wir es zu tun haben mit einem Land, in dem der Kapitalismus zur vollständigen Herrschaft gelangt ist und sich seit über 70 Jahren schon zum Imperialismus fortentwickelt hat" (S. 10). Und da vor 70 Jahren Imperialismus war, heute auch Imperialismus ist, könne man ja einfach Lenins Imperialismusanalyse

übernehmen (nicht anwenden). Dann sucht man sich noch einen Sack voll Marx- und Engels-Zitaten zusammen, fügt noch ein bißchen „klare Abgrenzung vom DKP-Revisionismus" und „Entlarvung des sowjetischen Sozialimperialismus" hinzu, und fertig ist es – das „Programm der westdeutschen Kommunisten".
„Man muß selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden", so hat sich Lenin über solche „Kommunisten" lustig gemacht (Bd. 31, S. 54). Und Marx: „Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darlegung eines Entwicklungsprozesses..." (MEW/Bd. 36 S. 589). Nur die „Kommunisten" der Programmschreiberfront kümmern sich nicht weiter um die Entwicklung des Kapitalismus in der BRD zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie sind generell nicht in der Lage, von den realen Bedingungen in der BRD, der Entwicklungsstufe des Kapitalismus, auszugehen. Da liegt der Hund ihres Programms begraben, das ist der Angelpunkt für alle weiteren theoretischen Bocksprünge, Entstellungen des Marxismus und praktisch-politische Schwachheiten. Mit gutem Grund drücken sie sich um die konkrete wissenschaftliche Einschätzung des Imperialismus in der BRD herum, würde als Resultat doch die „klare Abgrenzung zum DKP-Revisionismus" baden gehen. Da verzichtet man schon lieber auf ein wissenschaftliches abgeleitetes Programm und bleibt bei seinem theoretischen Sammelsurium und Antikommunismus, sozialistischen Phrasen und marxistischen Fragmenten.
Nun, wenn die Programmschreiber, bei der Formulierung ihres Programms nicht ausgehen von den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD, wovon dann? Etwa nur von ihren Vorstellungen und Ideen? Nein, das würde zu wenig hergeben. Also: „Wir werden uns also bei der Erörterung des Aufbaus und der Bestandteile des Programms anlehnen an die russischen Programme von 1903 und 1918..." (NRF/5 S. 15). „„Diese Forderungen, die bis auf wenige Ausnahmen wörtlich aus dem leninschen Vorschlag für das Programm der KP Rußlands von 1917 entnommen sind..." (ebenda S. 38). „... in enger Anlehnung an das Erfurter Programm der SPD, Lenins Programmentwurf von 1962 und das Programm der SDAPR von 1903 formuliert werden kann. Diese Programme geben die Sache richtig wieder und das ist entscheidend. Es ist nicht unsere Aufgabe, originell zu sein!" (ebenda S. 18). Wie bescheiden! Unsere Programmschreiber sind sogar so bescheiden, daß sie in der Tat ganze Passagen ihres Programms (z. B. gerade im Abschnitt der Forderungen) von ihren „Vorbildern" abschreiben. Natürlich ist es richtig, aus der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu lernen und diese Erfahrungen für die Lösung der heutigen Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse zu benutzen. So darf man sich unserer Meinung nach gar nicht einmal nur stützen auf die eben erwähnten Programme. Genauso gilt es, aus solchen wichtigen Dokumenten wie dem Oktoberprogramm der SPARTAKUS-Gruppe (1918), dem Programm der KPD (1918–1919) besonders des III., IV. und VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale, der Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung (1930), den Materialien der Brüsseler Parteikonferenz (1935) und der Berner Konferenz (1939), dem Aufruf des ZK der KPD von 1945, dem Programm der KPdSU (1961), dem Programm der SED (1963) und in der Gegenwart der Grundsatzerklärung und den Thesen des Düsseldorfer Parteitags der DKP, sowie dem Programm der Volkseinheit von FKP und SP zu lernen. Das ist notwendiger Bestandteil des Marxismus. „Die Geschichte des So-

zialismus und der Demokratie in Westeuropa, die Geschichte der russischen revolutionären Bewegung, die Erfahrungen unserer Arbeiterbewegung –, das ist das Material, das wir uns aneignen müssen, um eine zweckmäßige Organisation und Taktik für unsere Partei ausarbeiten zu können" (LW/Bd. 4, S. 211). Aber „die Verarbeitung dieses Materials muß jedoch selbständig erfolgen, denn fertige Vorbilder werden wir nirgends finden..." (ebenda, S. 211).

Genau davon gehen die Verfasser des „Programms der westdeutschen Kommunisten" aber aus. Sie übertragen blind die Analyse und Forderungen der deutschen und russischen Sozialdemokratie auf die heutigen Verhältnisse der BRD, obwohl die Entwicklungsstufe des Kapitalismus eine andere ist und die Konstellation sowie das Kräfteverhältnis der Klassen sich erheblich unterscheidet. Natürlich sind die in dem Programm getroffenen grundlegenden Aussagen über den Charakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heute noch genauso richtig. Aber gerade in den Fragen des politischen Hauptstoßes und der damit zusammenhängenden Forderungen ergeben sich deutliche Unterschiede: Die politischen Forderungen des Programms der SPD von 1891 sind bürgerlich-demokratische Forderungen, die auf die Überwindung „der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung" (MEW/Bd. 22, S. 234) und auf die vollständige Herstellung der „demokratischen Republik" zielt, „wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert" (ebenda S. 234).

Im Rußland der Jahrhundertwende war die kapitalistische Ausbeutung aufs engste mit vielerlei Überresten der Leibeigenschaft verknüpft. Rußland war eine absolute Monarchie, d. h. die Macht im Lande gehörte ganz und gar dem Zaren, der nach seinem Ermessen Gesetze erließ, Minister und Beamte ernannte, und aus dem Volkseinkommen Gelder ohne Kontrolle einzog und verausgabte. „...wir müssen heute unser Programm eben mit Hinsicht auf die Tatsache abfassen, daß der Absolutismus existiert, denn sein Sturz wird unvermeidlich eine große Veränderung der politischen Verhältnisse herbeiführen, daß die Arbeiterpartei genötigt ist, die Formulierung ihrer nächsten politischen Aufgaben wesentlich zu ändern..." (LW/Bd. 4, S. 236). Ziel des Kampfes gegen den Absolutismus sollte „die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung... die vom ganzen Volke frei gewählt ist" (sein) (Programm der SDAPR von 1903, zitiert aus „Unser Programm", Materialien zur Diskussion um das „Programm der westdeutschen Kommunisten", S. 31). Herstellung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse war also das Ziel der SDAPR in dieser Phase der Klassenkämpfe, was seinen Ausdruck fand in politischen und ökonomischen Forderungen, die zum einen die reale Bewegung gegen die brutale Herrschaft des Zarismus zusammenfaßten, die nächsten Schritte angaben, zum anderen gleichzeitig an die weiterführenden Aufgaben, den Kampf um den Sozialismus heranführten: „... die Ernennung einer genügenden Anzahl von Fabrikinspektoren in allen Zweigen der Volkswirtschaft..., die Mitwirkung von den Arbeitern gewählten und vom Staate bezahlter Vertreter bei der Überwachung der Einhaltung der Fabrikgesetze..." (ebenda S. 30); „... die Errichtung von je zur Hälfte mit Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter besetzten Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft" (ebenda S. 30); „... Bildung von Industrie- und Landwirtschaftsgerichten in allen Zweigen der Industrie und Landwirtschaft mit Richtern, die von den Unternehmern und den Arbeitern paritätisch ge-

wählt werden . . ." (LW/Bd. 4, S. 234). Lenin und die SDAPR wären von unseren heutigen „Kommunisten" sicher als Revisionisten gegeißelt worden. So ein „Mitbestimmungsschwindel"! Es ist schade, daß sich diese Leute immer nur das aus solchen Dokumenten picken, was in ihren sektiererischen Kram paßt.

Der leninsche Programmentwurf zum zweiten, neueren Programm der SDAPR wurde von Lenin im Mai/Juni 1917 verfaßt. Es war die Zeit nach der siegreichen bürgerlich-demokratischen Februarrevolution: die Arbeiter waren bewaffnet, in allen Großstädten und in den meisten Kreisstädten waren Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gewählt, in einigen Industriegebieten war die zaristische Polizei verjagt, waren die zaristischen Richter entlassen und neue Richter, Richter aus dem Volke, gewählt.

Aber neben den Sowjets, die die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft verkörperten, entstand die provisorische Regierung als Organ der Herrschaft der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer. Damit hatte sich im Lande eine Doppelherrschaft herausgebildet, die die russische Sozialdemokratie vor die Aufgabe stellte, diese zu überwinden und zur Errichtung der ungeteilten und vollständigen Herrschaft der Sowjets weiterzugehen. Wie „reif" die politischen Verhältnisse waren, zeigt sich in den Ungestaltungen auf ökonomischem Gebiet, die Lenin in den „Aprilthesen" vorschlug: Einführung der Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch die Sowjets, sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer allgemeinen Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch die Sowjets. „Auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Epoche tritt daher, kraft der objektiven Verhältnisse, die allseitige unmittelbare Vorbereitung des Proletatiat für die Eroberung der politischen Macht, um die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchzuführen, die den Inhalt der sozialistischen Revolution bilden" (LW/Bd. 24 S. 471).

Der Leninsche Programmentwurf war ein Programm der unmittelbaren Machtergreifung der russischen Arbeiterklasse. Die Verwirklichung der im Programm formulierten Forderungen war schon Bestandteil der Errichtung der Diktatur des Proletariats. So wurde die „Mitwirkung der Arbeiter bei der Arbeitsinspektion" (Programm von 1903) umformuliert zu: „Einführung einer von den Arbeiterorganisation gewählten Arbeitsinspektion" (LW/Bd. 24, Zum Entwurf der Umarbeitung des Programms S. 478), aus „Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen" (1903) wurde „Errichtung von Gewerbegerichten in allen Zweigen der Volkswirtschaft" (ebenda, S. 479, aus „obligatorische Errichtung von Arbeitsnachweisen (Arbeitsbörsen) für ansässige und zugewanderte Arbeiter in allen Industriezweigen durch die örtlichen Selbstverwaltungsorgane unter Beteiligung von Arbeiter- und Unternehmervertretern an ihrer Verwaltung" (1903) wurde: „Die Arbeitsbörsen müssen proletarische Klassenorganisationen sein (keinesfalls paritätische Organisationen). . ." (ebenda, S. 479).

Die Forderungen geben also jeweils konkret die nächsten Schritte an (1903 andere als 1917), in der Veränderung der Forderungen spiegelt sich exakt die Veränderung des Kräfteverhältnisses der Klassen und die Unterschiedlichkeit der Aufgaben der kämpfenden Arbeiterklasse wider.

Wie weit sind doch unsere Programmschreiber von dieser Dialektik entfernt!

Sie malen die Forderungen des Programmentwurfs von 1917 ab, ohne sich um die Klassenkampfbedingungen der BRD zu scheren.

Damals Imperialismus, heute Imperialismus — das reicht. Forderungen, die die nächsten Schritte des demokratischen Kampfes der Arbeiterklasse in der BRD abstecken sollen, müssen ausgehen von der konkreten Entwicklungsstufe des westdeutschen Imperialismus, von dem heutigen Kräfteverkältnis der Klassen, von dem Bewußtseinsstand und realen Bewegungen der Arbeiterklasse und den anderen Teilen des Volkes. Dazu sind unsere Programmschreiber jedoch unfähig. Unter dem Motto: „Die Forderungen hat Lenin formuliert, also nehmen wir die", drücken sie sich auf diese Weise um die in der Tat mühsame Arbeit.

Mit dem Programm von westdeutschen Kommunisten hat das ganze Unterfangen dann allerdings nicht zu tun.

Statt dessen überlegen sie sich alle möglichen Ausreden, diese Leere zu begründen. So sagen sie: „Das zu beweisen (Entwicklung zum Imperialismus C.S.) ist immer erneut Aufgabe unserer Propaganda, aber nicht einer das Programm stützenden Forschungsarbeit" (NRF 4 S, S. 10). Oder: „ . . . aber von Bedeutung ist sie (Untersuchung des Imperialismus C.S.) gerade im Hinblick auf die Ausarbeitung einer korrekten Taktik, nicht im Hinblick auf das Programm" (ebenda S. 10). Und jetzt meinen sie, wären sie aus dem Schneider. Zwischen Programm und Taktik trennen, sich dabei auf Lenin berufen und alles wäre klar. Nun, was sagt Lenin zur Unterscheidung zwischen Programm und Taktik: „Das Programm muß die Frage der Mittel offenlassen und die Wahl der Mittel den kämpfenden Organisationen und den Parteitagen, die die Taktik der Partei festlegen, überlassen" (LW/Bd. 4, S. 232). Diese Fragen müssen — so Lenin — entschieden werden aufgrund der jeweils aktuellen Klassenkampfsituation. Aber das kann natürlich nicht bedeuten — wie die „Programmschreiber" meinen — bei der Ableitung und Erarbeitung eines Programms könne man auf die Untersuchung des Imperialismus verzichten. Das können nur „Marxisten", „. . . die gewohnt sind, ihre Programme und Arbeitspläne auf abstrakten Ideen aufzubauen, nicht aber aufgrund einer Einschätzung der im Lande wirkenden, durch die Geschichte in ein Wechselverhältnis gestellten realen Klassen. . ." (LW/Bd. 2, S. 341).

Programm
für das gemeinsame Handeln der Studenten
Für die eigenen Interessen kämpfen —
mit der Arbeiterklasse verbünden

Einsenden an: MSB SPARTAKUS 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle ..... Exemplare des Studentenaktionsprogrammes zum Preis von mindestens 50 Pfennig

Hochschule .....
Name .....
Anschrift .....
.....

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

25 Rachdorf: Klassenkämpfe in Spanien / Leisewitz, von Heiseler: Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973 / Wotschak: Ökonomische Gesetze des Sozialismus / Beyer: Wie kommt das Proletariat in die Philosophie?

Mischkowski: Chinesische Außenbeziehungen / Lange: Klassenlage und Bewußtseinsformen wissenschaftlich-technischer Lohnarbeiter im allgemeinen

26 Editorial / Die Klassenstruktur der BRD und Westberlins 1950—1970 / van Treeck: Zur Kritik bürgerlicher Bildungsplanung — am Beispiel der Sozialwissenschaften / Peter: Theoretische Aspekte der Mitbestimmungsproblematik / Schubring: Thesen zu einigen „linken" bildungsökonomischen Auffassungen / Schuchardt: Wissenschaftlich-technische Intelligenz / Wotschak: Grundrisse der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Nerlich: Jetzt stinken sie wieder — oder wie man in Lübeck Heinrich Mann ehrt

27 Salvador Allende: An das chilenische Volk / Peter: Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus / Ziegenrücker: Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR / Sarkander: Internationale Friedenspolitik und Westberlin / Gensinger, Albrecht: Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten „demokratischen" Sozialismus /

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41 Postfach 270 Postscheck 620 10-107

Zweimonatszeitschrift · Herausgegeben in Westberlin

Heiner Blasenbrei

Studentenbewegung und Kampfbedingungen an den Fachhochschulen

Vorbemerkung:

Da mit dem Versuch einer umfassenden Einschätzung der Bedingungen der Fachhochschulstudentenbewegung fast völlig jungfräuliches Neuland betreten wird, muß dieser Versuch eine Reihe von Schwächen aufweisen, auf die im folgenden eingegangen sei.
Die einzig bekannte Vorarbeit, die zu diesem Thema geleistet wurde, ist ein bedingt verwertbarer Aufsatz von Kanzow: „Der zentrale Faktor „Ingenieur- und höhere Fachschulen" in der Reorganisation des tertiären Bildungssektors".[1] Bedingt verwertbar deshalb, weil notwendig sozialökonomische Erklärungen individualpsychologisch gedeutet werden, wie es dem damals in der antiautoritären Studentenbewegung weitverbreiteten Versuch der „Ergänzung" des Marxismus durch die Psychologie entsprach. Kanzow konnte somit den elementaren Interessengegensatz zwischen der Masse der Intelligenz und dem Monopolkapital, den daraus resultierenden notwendigen gewerkschaftlich orientierten Interessenkampf der Studenten und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung im späteren Beruf nicht herausfinden. Ebenso unterschlägt Kanzow weitgehend, daß die Maßstäbe für die qualitativ neue Rolle der Wissenschaften im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht mehr nur allein aus den inneren Entwicklungsbedingungen und -erfordernissen des kapitalistischen Weltsystems gesetzt werden, sondern — und darin kommt das Neue, der Charakter unserer Epoche zum Ausdruck — in immer stärkerem Maße durch den Wettbewerb zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen. Dennoch werde ich mich häufig auf die von Kanzow in großem Umfang aufgearbeiteten Fakten beziehen.
Wenn hier schwerpunktmäßig auf einige Probleme der Fachhochschulstudentenbewegung eingegangen wird, dann heißt das weder, daß diese nur für die Fachhochschulstudenten Gültigkeit hätten, noch daß alle anderen, nichtbehandelten Aspekte der Studentenbewegung für die Fachhochschulstudenten keine Bedeutung hätten. Der SPARTAKUS geht prinzipiell davon aus — und das findet seinen Niederschlag in der Gesamtpolitik des Verbandes —, daß die demokratische Bewegung an den Fachhochschulen Bestandteil der gesamten Studentenbewegung ist.
Die Trennung der westdeutschen Studentenbewegung in die Bewegungen an den Fachhochschulen einerseits und Unis und PH's andererseits, die bis Ende der 60er Jahre noch existierte, kann im wesentlichen als überwunden betrachtet werden.
In den letzten Semestern gab es kaum noch studentische Kämpfe, vorausgesetzt, daß sie sich gegen übergreifende Maßnahmen richteten, die nicht von den Studenten der verschiedenen Bildungseinrichtungen gemeinsam getragen gewesen wären. Vor allem die vom vds zenral koordinierten Kämpfe zur BAFöG-Novellierung, gegen das HRG und die Landeshochschulgesetze zeichneten sich durch ein

1 Roth/Kanzow: „Unwissen als Ohnmacht", Westerlin 1970

hohes Maß an Integration aus, ganz abgesehen von den zentralen politischen Aktivitäten für die Ratifizierung der Verträge, gegen die US-Aggression in Indochina, in der Chile-Solidarität und im Kampf gegen die Berufsverbote. Das hohe Maß an Vereinheitlichung in den jüngsten Kämpfen darf aber nicht dazu veranlassen, real existierende Unterschiede in der Ausbildungssituation zwischen Fachhochschulstudenten und Unistudenten zu vernachlässigen. Diese Unterschiede sind zwar keineswegs prinzipieller Natur, haben aber in der Vergangenheit dazu geführt, daß es den Herrschenden gelang, die Studenten der verschiedenen Bildungseinrichtungen gegeneinander auszuspielen. Es ist in erster Linie das Verdienst des SPARTAKUS, daß die kleinbürgerlich ständischen Widersprüche zwischen FHS- und Unistudenten überwunden wurden, und es wird in Zukunft die Aufgabe des SPARTAKUS sein, unter Berücksichtigung der an den FHS besonders weit fortgeschrittenen Formierung, unter Hervorhebung gemeinsamer Interessen und der Notwendigkeit des einheitlichen Handelns, den Zusammenschluß aller Studenten auf der Grundlage der gewerkschaftlichen Orientierung voranzutreiben. Im folgenden seien nun die spezifischen Bedingungen der Studentenbewegung im FHS-Bereich untersucht und daraus entsprechende Schlußfolgerungen für die zukünftigen Aufgaben der demokratischen Studentenbewegung gezogen.

Von der „Höheren technischen Lehranstalt" zur Ingenieurschule

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts, als die bestehenden Hochschulen den veränderten Anforderungen der stark expandierenden deutschen Industrie nicht mehr in vollem Umfang gerecht wurden, trat der 1856 gegründete Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit einem Programm zur Errichtung von technischen Mittelschulen auf den Plan. Der VDI, seit Existenz dem Monopolkapital verbunden, formulierte damit den Bedarf des Monopolkapitals an mittelqualifizierten, hochspezialisierten, praxisnah ausgebildeten Arbeitskräften, die dem beschleunigten Innovationsprozeß der Produktion gerechter werden sollten als die zwar hochqualifizierten, aber praxisfern ausgebildeten Diplomingenieure. Aus dieser Initiative entstanden die „Höheren technischen Lehranstalten", die im Zusammenhang mit der ungeheuren Expansion der deutschen Rüstungsindustrie und der daraus resultierenden raschen Entwicklung der Ingenieurwissenschaften in den 30er Jahren zu Ingenieurschulen und Bauschulen aufstiegen. Bedingt durch die im Grundgesetz fixierte Kulturhoheit der Länder nahm der Ingenieurschulsektor in den verschiedenen Ländern nach dem Kriege eine unterschiedliche Entwicklung. Eines blieb aber charakteristisch für die Entwicklung: Die unmittelbare, direkte, unverhüllte Abhängigkeit von den Monopolen, deren Einflußnahme in zunehmendem Maße institutionalisiert wurde.

In den Jahren 1956/57 setzt schlagartig ein Boom im Aus- bzw. Neubau von Ingenieurschulen ein. Der VDI, Siemens, die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium des Innern stellen übereinstimmend fest, daß es einen erheblichen Fehlbedarf an technischen Fach- und Führungskräften gäbe, der beschleunigt abzubauen sei. Dabei wurde vor allem an den Ausbau der Ingenieurschulen gedacht. Die Zahl der Ingenieurschulen stieg von 1958 bis 1968 um 62 auf 144, und die Zahlen der Studenten von 24 100 auf mehr als 63 000. Die Ursache dieses Aufschwungs dürfte auf folgende Punkte zurückzuführen sein.[2]

1. Erschöpfung der industriellen Reservearmee
2. die Remilitarisierung ließ den Abzug beträchtlicher Fach- und Nachwuchskräfte erwarten
3. der Flüchtlingsstrom zu erheblichen Teilen aus wissenschaftlich Qualifizierten begann spürbar abzunehmen
4. mangelnde theoretische Ausbildung und mangelnde Praxiserfahrung der 35 bis 40-jährigen Führungskräfte
5. die bis dahin vorwiegend kapitalextensive wirtschaftliche Entwicklung hat einen Wendepunkt erreicht. Der Umschlag zu einer kapital- und forschungsintensiven Expansion der Wirtschaft ist unvermeidbar.[3]
6. die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse, das Scheitern der rollback-Strategie, die Politik der friedlichen Koexistenz, zwang die westdeutsche Reaktion, sich auf den Wettbewerb des Bildungswesens einzulassen.
7. die bereits begonnene Formierung des Bildungswesens in anderen kapitalistischen Ländern, u. a. Frankreich, tat das übrige.

Die Gründungsrede des Vorsitzenden des „Gesprächskreises Wirtschaft und Wissenschaft" (GKWW), verdeutlicht, worauf man hinaus will: Reduzierung des Hochschulstudiums auf einen relativ kleinen studentischen Kern, der „willens und reif" ist, alle für höchste Führungsaufgaben notwendigen Kenntnisse vermittelt zu bekommen; der Rest gehört auf die „höheren Fachschulen", denn „der Urgrund allen Übels" ist „die Belastung durch Studenten, die besser in höheren Fachschulen ausgebildet würden".[4] Der Ausbau der Mittelschulen wird empfohlen, die Aufwertung des Status „Mittlere Reife" und bereits damals der Aufbau von Abiturientenfachschulen, was allerdings erst mit der Errichtung der Fachhochschulen, Ende der 60er Jahre realisiert werden sollte. Die Kulturhoheit der Länder erwies sich als Hemmschuh einer einheitlichen Entwicklung. Die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals erforderte eine Zentralisierung dieses Sektors. Erstes Resultat ist eine 1957 verabschiedete Rahmenprüfungsordnung, die den Leistungsdruck einheitlich normiert.[5] 1961 wird die „Deutsche Kommission für Ingenieurausbildung" (DKI), fast ausschließlich zusammengesetzt von Vertretern der Monopole, mit der Aufgabe, das nichtakademische, technische Bildungswesen zu organisieren.[6] 1964 beschließt die KMK auf Empfehlung der DKI die endgültige Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens. 1965 verabschiedet der Bundestag auf DKI-Initiative das Ingenieurgesetz, das Abschluß und Titel schützt, das 1969 aber – offensichtlich auf Druck der anderen EWG-Staaten – als verfassungswidrig erklärt wurde mit der Begründung: Es fehlen die Tätigkeitsmerkmale und das Berufsbild.[7] Damit war der Versuch, die Durchsetzung der Anerkennung des Ingenieurschulabschlusses in anderen EG-Ländern, ohne die Anhebung der Ingenieurschulen zu akademischen Ausbildungsstätten, endgültig gescheitert. Der jahrelange Widerstand gegen die Anhebung der Ingenieurschulen war von der Angst

2 ebenda S. 219
3 ebenda S. 220
4 ebenda S. 221
5 ebenda S. 228
6 ebenda S. 229
7 ebenda S. 230

geprägt, Praktikanten bzw. Lehrlinge zu verlieren, den direkten Einfluß auf die Ausbildung einzubüßen und höhere Gehälter bezahlen zu müssen und nicht zuletzt Ausbildungsstätten mit „höchsteffektiver Erziehungsfunktion" zu verlieren. „Progressive" Initiativen, zunächst nur von wenigen Großunternehmern und Einzelpersonen aus forschungsintensiven Konzernen, die stärker die langfristigen Verwertungsinteressen der Monopole im Auge hatten, profilierten sich zusehends. Vor allem der Dahrendorf-Plan, der die Integration sämtlicher Ausbildungsarten im Tertiärbereich vorsieht, erhält besonderes Gewicht, insofern, als er von den Studenten aufgegriffen wird, die sich seit längerem mit vergleichbaren Überlegungen befaßt haben.[8]

Im Mai 1968 wird die „Sinn-Kommission" berufen, um eine einheitliche Konzeption zu entwickeln. Diese Kommission wird maßgeblich beeinflußt von verschiedenen Großkonzerne, vor allem von BASF und IBM.[9] Daimler Benz, Messerschmitt, Bölkow u. Blohm und die Dornier-Werke machen ihre Forderungen durch entsprechende Vorlagen geltend, die, wie sich herausstellen sollte, im wesentlichen berücksichtigt wurden. Am 5. 7. 68 einigten sich die Ministerpräsidenten der Länder auf Grundsätze, die zu einer möglichst einheitlichen Regelung in den Ländern führen sollte. Eine Kommission der Länder erarbeitete eine Empfehlung, die zu dem „Abkommen zwischen den Ländern der BRD zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens" von 30./31. 10. 68 geführt hat.[10]

Auf dieser Grundlage wurden dann durch die Verabschiedung von FHS-Gesetzen zwischen Anfang 1969 und Ende 1971 in allen Ländern die Ingenieurschulen und höheren Fachschulen in Fachhochschulen umgewandelt. Abgesehen von unbedeutenden Abweichungen in einzelnen Ländern wurde die einheitliche Konzeption verwirklicht.

1. Die Eingangsvoraussetzungen wurden angehoben. Bisher „Mittlere Reife" oder Fachschulreife; jetzt 12jähriges Abitur bzw. Fachhochschulreife, also Absolvierung der normalen bzw. Fachoberschule, technischer Gymnasien, Kollegs oder Vorkurse. Abgeschlossene Lehre ist nicht mehr, und Vorpraxis nur noch bedingt, erforderlich.

2. Die Bezeichnung des Abschlusses „Ingenieurgrad" wurde beibehalten, allerdings wurde dieser Titel zum „akademischen Grad" erhoben. Der Abschluß berechtigt zum Fachhochschulstudium.

3. Das Studium, bisher 6 Studiensemester mit 2jähriger Vorpraxis bzw. abgeschlossener Lehre, ist nun in der Regel in 8 Semester gegliedert, bzw. 6 Studiensemester und 2 Praxissemester.

4. Die Aufgabe der Fachhochschulen liegt zwar nach wie vor in erster Linie in der „praxisgerechten, auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitende Lehre", soll aber auch „im Rahmen ihres Bildungsauftrags Forschungs- und Entwicklungsaufgaben" wahrnehmen.[11]

8 ebenda S. 234
9 ebenda S. 236
10 Dr. Hahn zur 1. Lesung des FHS-Gesetzes in Bawü; Pressemitteilung Nr 138/1971 des Kumi Bawü
11 ebenda

5. Auf der Grundlage von den Ministerien erlassener Rahmenordnungen für das Studium und die Prüfungen wurden die Fachhochschulen verpflichtet, neue Studien- und Prüfungsordnungen zu erstellen, die vom Ministerium genehmigt werden müssen. Damit soll erreicht werden, daß die Studienplätze von überholtem Stoff gesäubert und dem modernsten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Die Errichtung neuer Fachbereiche wurde forciert, vor allem Mathematik (orientiert auf Versicherungswesen), Wirtschaft, Elektronik, Verfahrenstechnik. Verwaltungsfachschulen wurden erst in den letzten Monaten in großem Umfang ebenfalls in Fachhochschulen umgewandelt. Für die technischen Fachbereiche wurde elektronische Datenverarbeitung als obligatorisches Fach installiert. In den technischen Fachbereichen liegt die Zahl der obligatorischen Fächer immer noch zwischen 20 und 30 und mehr, die Wochenstundenzahl der Vorlesungen zwischen 25 und 30. Für das Selbststudium ist dieselbe Zeit veranschlagt.

In allen Pflicht- bzw. Wahlpflichtfächern müssen Leistungsnachweise und vorwiegend schriftliche Prüfungen erbracht werden. Im allgemeinen besteht nur eine einmalige Wiederholbarkeit der Leistungsnachweise, die Regelstudienzeit kann maximal um 2 Semester überzogen werden, nach BAFöG werden ebenfalls maximal nur 2 Semester mehr gefördert.

6. Die interne Organisation der Fachhochschulen entspricht im wesentlichen der der übrigen Hochschulen: Gliederung in Fachbereiche, Organe sind der Große Senat, der Senat, der Rektor, Organe der Fachbereiche sind die Fachbereichskonferenz und die Fachbereichsleiter. Die Fachaufsicht der Ministerien ist in vollem Umfang durchgesetzt. In allen entscheidenden Fragen muß das Kultusministerium gehört werden bzw. hat das Kultusministerium Veto- und Weisungsrecht.[12] Alle Gruppen sind „verpflichtet", Vertreter in die Gremien zu entsenden, die Beteiligung der Studenten liegt im allgemeinen bei etwas über 20%, die Zusammensetzung der Gremien übererfüllt die Bestimmungen des BVG-Urteils, mit dem die paritätische Mitbestimmung als verfassungswidrig erklärt wurde. Die Vertreter der einzelnen Gremien sind nicht an Weisungen und Aufträge ihrer Gruppen gebunden, statt dessen kann ein Mitglied eines Kollegialorgans bei „Verletzungen seiner Pflichten in einer Weise, in der bei einem Beamten die Durchführung eines förmlichen Disziplinarverfahrens angezeigt wäre", aus dem Germium für die laufende Amtszeit ausgeschlossen werden.[13]

Die Kollegialorgane können den Ausschluß der Öffentlichkeit und Schweigepflicht beschließen.[14]

7. Die Fachhochschulen haben das Recht, Zulassungsbeschränkungen durchzuführen; „bei drohender Überfüllung" kann auch das Kultusministerium Zulassungsbeschränkungen anordnen bzw. Auswahlverfahren festlegen.[15]

8. In Baden-Württemberg, Bayern, Westberlin und Schleswig-Holstein wurde die

12 FHS-Gesetz Bawü § 2
13 ebenda § 12 (7)
14 ebenda
15 ebenda § 15

verfaßte Studentenschaft zerschlagen,[16] in den anderen Ländern durch Einschränkung der Beitragshoheit und des politischen Mandats ausgehöhlt.

9. Die institutionelle Absicherung des ständigen Einflusses der Monopole ist wie bei den Ingenieurschulen nach wie vor gewährleistet.

Direkter Einfluß der Monopole auf die Fachhochschulen

Das durch den hohen Vergesellschaftungsgrad der Produktion unerläßlich gewordene Monopol des Staates über den Wissenschafts- und Bildungssektor fand in der Errichtung der Fachhochschulen seinen konzentrierten Ausdruck. Für die Produktivkraft Wissenschaft, mit ihrem besonders ausgeprägten gesellschaftlichen Charakter, stellt das Monopol des Staates gegenwärtig die unerläßliche Form ihrer gesellschaftlichen Nutzung durch das Kapital dar. Dieser Erkenntnis wurde bei der teilweise gar in Personalunion von Vertretern des Staates und der Konzerne entwickelten Konzeption für die Fachhochschulen Rechnung getragen. Fachaufsicht des Staates und mehr oder weniger direkter Einfluß der Konzerne bedingen sich gegenseitig.

An den Fachhochschulen werden Beiräte gebildet, die die „Zusammenarbeit der Fachhochschulen mit der Praxis fördern" sollen. Den Beirat werden in erster Linie „Sachverständige aus der beruflichen Praxis und den Berufsverbänden" an-

16 Kumi Hahn erklärte während der 1. Lesung des FHS-Gesetzes dazu „Es werden gewerkschaftliche Studentenschaften gefordert. Diese werden von mir bejaht. Aber gerade da zeigt sich wie an vielen anderen Beispielen, daß wir zwar oft die gleichen Worte im Munde führen, aber nicht mehr die gleiche Sprache sprechen. Freiheit ist nicht gleich Freiheit, Friede nicht gleich Friede, Demokratie nicht gleich Demokratie, so ist Gewerkschaft nicht gleich Gewerkschaft. Ich fürchte, daß dies manche Gewerkschaften noch nicht klar sehen, denn sonst wäre es nicht verständlich, daß sie solche Studentendemonstrationen unterstützen. Dabei gehe ich davon aus, daß das Grundmotiv der Gewerkschaften nicht der Klassenkampf ist, sondern eine Interessenwahrung unter dem Gesichtspunkt der Partnerschaft. Und in diesem Bestreben der Interessenwahrung steht ja auch unser bildungspolitisches Konzept. Ich nenne als Stichworte Chancengleichheit, Abbau der Milieusperren, individuelle Förderung. Ein weiterer Grundzug unserer Gewerkschaften ist der freiwillige Beitritt der Mitglieder. Mit Recht wurde von den Gewerkschaften eine Zwangsorganisation, wie z. B. es im Dritten Reich die „Deutsche Arbeitsfront" gegeben hat oder der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" der DDR abgelehnt. Ich würde es daher begrüßen, wenn die Studenten sich entsprechend den Prinzipien unserer Gewerkschaften organisieren würden und unter dem legitimen Anspruch der Interessenwahrung zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit bereit wären. Das bisherige Studentenschaftsrecht ist auf der Zwangsmitgliedschaft aufgebaut. Diese Zwangsmitgliedschaft wurde erst dann fragwürdig, als die Studentenschaften für sich das politische Mandat beanspruchten. Damit sprengte sie aber den Rahmen der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation, als die sie entstanden war. Deshalb forderte auch die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg die Auflösung der Zwangskörperschaft Studentenschaft zugunsten freier Zusammenschlüsse. Würde der Rahmen der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation eingehalten, so hätte auch heute die Zwangsmitgliedschaft noch ihre Berechtigung. Der Gesetzentwurf sagt nichts über die Studentenschaft aus. Er läßt bewußt diesse Frage offen, weil die Landesregierung durch die Entscheidung des Landtages im Hinblick auf § 68a des Hochschulgesetzes, wo als Grundsatz die Aufhebung der Studentenschaften als Gliedkörperschaften der Universitäten ausgesprochen ist, gebunden war. Die bindende Entscheidung wird aber das Hochschulrahmengesetz des Bundes bringen. Die Fachhochschulen können durch Satzungen eine Vertretung der Studenten regeln. Ein Zwangsbeitrag ist allerdings ausgeschlossen.

gehören. Berufen werden diese von der Fachhochschule im Einvernehmen mit dem Kultusministerium.[17]

Fachhochschullehrer müssen eine 5jährige Berufspraxis nachweisen. In den meisten Fällen wird die Lehrtätigkeit nur nebenher ausgeübt, wodurch ein unmittelbarer Einfluß der Betriebe, in denen die Fachhochschullehrer beschäftigt sind, ausgeübt werden kann.

Die Weiterbildung der Lehrer übernehmen die Monopole und der VDI. Konstruktionsunterlagen, Anschauungsmaterial und andere Lehrmittel werden in großem Umfang von der Industrie zur Verfügung gestellt, was selbstverständlich mit entsprechenden Auflagen verbunden ist.

Die öffentliche Ausschreibung von Hochschullehrerstellen, sofern überhaupt praktiziert, ist bestenfalls Feigenblatt für die weitgehende Kontrolle der Konzerne über Berufungen. Die Siemens-AG fordert in einem Rundschreiben zu „Berufungen und Lehraufträgen an Universitäten und Fachhochschulen" dazu auf, ihrer Geschäftsführung „von allen Vorgängen, die Anfragen oder Vorschläge für Berufungen und Dozentenstellen sowie auch die Übernahme oder Beendigung von Lehraufträgen betreffen, Kenntnis zu geben". Zur Begründung heißt es in demselben Rundbrief: „Weiterhin beobachten wir eine Überbewertung der Theorie in der Ausbildung. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sollten in größerer Zahl als in den letzten Jahren qualifizierte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft für Berufungen vorgeschlagen und freigestellt werden."[18]

Die Vergabe von Praktikumsplätzen wird von den FHS-Verwaltungen vorgenommen, die freie Wahl ist meist unmöglich. „Fördervereine", „Vereine der Freunde", Korporationen etc., zusammengesetzt aus Vertretern der ortsansässigen Monopole, gedeckt durch Schulleitungen und Landesbehörde sichern sich ihren Einfluß über gezielte Geld- und Sachspenden.

Nachdem die Fachhochschulen „im Rahmen ihres Bildungsauftrags auch Forschungs- und Entwicklungsaufgaben" wahrnehmen können, vergibt die Industrie in zunehmendem Umfang kleinere Forschungsaufgaben an die Fachhochschulen, womit mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Dabei handelt es sich meist um kurzfristige Projekte, deren Verwertung in der Produktion schon zeitlich geplant ist. Im Rahmen von Ingenieurarbeiten, deren Durchführungsdauer im allgemeinen auf 3 Monate beschränkt ist, nehmen sich die Studenten solcher Aufgaben für ein lächerliches Honorar gerne an. Für die Auftraggeber ist die Einhaltung des zeitlichen Rahmens, die gewissenhafte Durchführung, geringster Einsatz und darüber hinaus die Möglichkeit der stärkeren Einflußnahme gewährleistet. Zugleich versuchen die auftraggebenden Konzerne die beauftragten Studenten mit verlockenden Angeboten anzuwerben. Die Studenten machen sich dann im Rahmen ihres Forschungsauftrags bereits mit spezifischen Produktionsverfahren und Technologien des jeweiligen Betriebs vertraut, daß sie nach dem Studium unmittelbar, ohne Anpassungsverluste in die Produktion, einbezogen werden können.

18 Siemens AG Z-Rundschreiben Nr. 14/73, veröffentlicht in GEW-Information zur Hochschulpolitik, November 73.
17 FHS-Gesetz Bawü § 11

Da bisher nur in Baden-Württemberg geregelt ist, wer Forschungsaufträge aus der Wirtschaft annehmen und verrechnen kann, wird verstärkt die Forderung erhoben, die gewerbliche Nutzung der an den meisten Fachhochschulen zwar vorhandenen, aber für Studienzwecke weitgehend unzureichenden Labors überregional zu institutionalisieren. Prof. Dip.-Ing. E. Reiter, Hochschullehrer für Meß-, Steuerungs- und Regeltechnik an der Fachhochschule Rosenheim, nennt in seinem Artikel „Anwendungsorientierte Forschung an Fachhochschulen"[19] die Ziele und Inhalte dieser „zweckgebundenen" Auftragsforschung: „Auf Landesebene wird eine gemeinnützige Stiftung des privaten Rechts errichtet. Aufgabe dieser Einrichtung soll es sein, die wirtschaftsnahe Forschung zu fördern und die gesamte Wirtschaft des Landes zu unterstützen, indem sie ihr wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklung und Forschung, der Material-, Werkstoff- und Produktprüfung sowie wissenschaftliche und technische Informationen und Dokumentation zur Verfügung stellt." Somit schließt sich die Lücke zwischen den Ergebnissen der Grundlagenforschung und ihrer kapitalistischen Verwertung in der Produktion. Die bisher weitgehend konkurrierend auf Konzernebene betriebene anwendungsorientierte Forschung wird damit den Erfordernissen der staatsmonopolistischen Bedingungen angepaßt.

Zur Zusammensetzung der Trägerorganisation schlägt Reiter, sich auf das Modell in Baden-Württemberg stützend, vor: „Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums oder des Aufsichtsgremiums... sollen in gleicher Zahl vor den Spitzenverbänden der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft des jeweiligen Bundeslandes sowie von den zuständigen Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Landwirtschaft bestellt werden."

Damit ist deutlich genug ausgedrückt, daß sich die „Forschung" an Fachhochschulen jeglicher Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studenten, der Gewerkschaften, ja selbst der Hochschullehrer und Verwaltungen entziehen soll.

Mit großzügigen Exkursionsangeboten, bei denen neben dem Einblick in die Produktion delikate Speisen und Getränke verabreicht werden, mit Stipendien für befürftige, besonders qualifizierte Studenten und attraktiven Vortragsveranstaltungen tun die Konzerne ein letztes, um sich ihren Einfluß auf die Fachhochschulen zu sichern.

Im Zusammenhang mit Stipendien muß vor allem die Bundespost und die Bundesbahn erwähnt werden, die auf diesem Wege ihren Nachwuchs für den gehobenen Dienst (Inspektorenlaufbahn) rekrutiert.[20] Studenten, die sich vor dem Studium verpflichten, für mehrere Jahre bei der Bundespost oder -bahn nach ihrer Ausbildung zu arbeiten, erhalten ein Stipendium. Gekürzt oder gestrichen wird dieses Stipendium, wenn die geforderten Leistungskriterien nicht erfüllt werden. Will der Stipendiat vor Ablauf der Verpflichtungsfrist einen Arbeitsplatz wechseln, so muß das Stipendium zurückbezahlt werden.

19 In „Die Deutsche Universitätszeitung" (DUZ) 2. Oktoberausgabe, Jahrgang 1973, S. 855
20 Kanzow, a. a. O. S. 224

Besondere Auswirkungen der Formierungsmaßnahmen im Fachhochschulbereich

Mit der Umwandlung der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen hat sich für die Studienbedingungen der Studenten keine Verbesserung ergeben. Die aus der Ingenieurschule bekannten Repressionsmechanismen sind im wesentlichen die gleichen geblieben. Wie könnte es anders sein, wenn man davon ausgeht, daß die Ingenieurschulreform der erste Schritt auf dem Weg zur Formierung des gesamten Hochschulbereichs ist.

– Durch mangelnde Finanzierung des Ausbaus und Neubaus sind Zulassungsbeschränkungen an den meisten Fachhochschulen zur Selbstverständlichkeit geworden, abgesehen von der miserablen Ausstattung der bestehenden FHS mit Lehr- und Lernmitteln, Anschauungsmaterial, Labors, Werkstätten, Bibliotheken und Arbeitsräumen. Sofern überhaupt vorhanden, dann nur in bescheidenem Umfang oder hoffnungslos überaltert.

– Die soziale Misere ist an den Fachhochschulen besonders kraß. Durch den höheren Anteil an Arbeiterkindern, die über den zweiten Bildungsweg an die Fachhochschulen kommen, wirkt sich hier die völlig unzureichende Förderung nach dem BAFöG besonders gravierend aus. Hinzu kommt, daß FHS-Studenten aufgrund des besonders hohen Leistungsdrucks nicht in der Lage sind, während des Studiums noch eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen. Selbst die Semesterferien werden häufig benötigt, um den Stoff aufzuarbeiten, um Studien- und Ingenieurarbeiten zu fertigen. Die Mensen befinden sich meist noch in einem schlechteren Zustand als an den Unis, Studentenwohnheime gibt es häufig überhaupt keine, wenn doch, so sind sie zu klein und werden häufig von privaten Trägern betrieben, die utopische Mieten verlangen.

– Wenn auch heute formal kein Vorlesungszwang mehr besteht, so ist das Zeitproblem immer noch so aktuell wie an der Ingenieurschule. Häufig über 30 Stunden Pflichtvorlesungen pro Woche, die letztendlich doch alle besucht werden müssen, will man den obligatorischen Leistungsnachweis erfolgreich hinter sich bringen. Die Aufarbeitung des gehörten Stoffs, die Durchführung von Studienarbeiten (meist Zulassungsvoraussetzung für die Prüfung) und ständige Prüfungsvorbereitungen (fast nach jedem Semester gibt es Prüfungen) bedeuten für den einzelnen einen unvergleichlichen Zeitmangel, der sowohl fachliche als auch außerfachliche Sonderinteressen ausschließt. Der Zeitdruck ist nach wie vor so groß, daß anforderungskonformes Lernverhalten so gut wie unmöglich ist. Freizeit ist auf ein Minimum eingeschränkt.

Hinzu kommt der ständige Leistungsdruck durch rasches Vorlesungstempo, durch die ständige Leistungskontrolle, durch die drohende Exmatrikulation bei zweimalig nichtbestandenem Leistungsnachweis und dem zur Konkurrenz anstachelnden verschulten Studienbetrieb, der kollektives Arbeiten unmöglich macht. Kollektive Leistungen, selbst in dem Umfang wie sie in der Praxis unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen üblich sind, werden nicht akzeptiert. Das Prüfungssystem schließt kollektive Leistungsnachweise aus. Die Folgen sind besonders häufig auftretende physische und neurotische Störungen, besonders hohe Durchfallquoten und damit häufiger Studienabbruch.

Das Studium selbst entspricht den Anforderungen an den „Rezepteanwender"

und besteht dementsprechend aus einem Konglomerat verschiedenster, relativ beziehungslos nebeneinander herlaufender, jeweils an der eng begrenzten Materie der einzelnen Fächer orientierter Vorlesungen. Eine Didaktik, die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Fächern herstellen und die gesellschaftlichen Implikationen berücksichtigen würde, ist nie entwickelt worden. Übergreifende Fächer, wie „Recht und Wirtschaft", Soziologie und Psychologie sind inhaltlich entsprechend der dem Ingenieur zugedachten Rolle als Unteroffizier der Produktion reaktionär zugeschnitten. Inhaltlich geht es um die Anhäufung von Fakten, Formeln und Gesetzen, die im Rahmen vorgegebener Konzeptionen im späteren Beruf unkritisch angewendet werden sollen.

Die Fachhochschulen entsprechen in jeder Hinsicht den veränderten Anforderungen der Produktion unter Beibehaltung der altbewährten autoritären, repressiven Strukturen der Ingenieurschule bzw. gar einer erweiterten Einschränkung der demokratischen Rechte der Studenten. Wenn es auch einigen herrschenden Bildungspolitikern schwergefallen ist, von der „für das deutsche Bildungswesen so charakteristischen Erscheinung", der Ingenieurschule Abschied zu nehmen, so hat sich die Fachhochschule in der Praxis bereits als im Sinne der Interessen des Monopolkapitals gelungene Maßnahme herausgestellt. — Ein Großteil der Abiturienten, die per Numerus clausus von den Unis ferngehalten werden, nehmen ein Fachhochschulstudium auf.

— Die Ausbildung ist kurz und komprimiert, damit billig (der Studienplatz eines FHS-Studenten kostet ungefähr ein Viertel des Studienplatzes seines Kollegen an der TU) und effektiv (die bis ins Detail ausgefeilten Studienpläne und der ständige Leistungsdruck gewährleisten, daß der Absolvent nur die Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt bekommt, die für die ihm zugedachten Funktionen gerade ausreichen).

Durch die Ideologie von der „bewährten praxisnahen Ausbildung", der „bewährten Zweigleisigkeit im deutschen Bildungswesen" und das Zurückgreifen auf das alte verkommene bürgerliche Postulat von den isolierten praktischen und theoretischen Begabungen bis hin zur zynischen Behauptung, Arbeiter seien nun einmal dümmer (Kemp, Arbeitgeberverband)[21] gelang es den Herrschenden, großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung und den Gewerkschaften Sand in die Augen zu streuen. Die Gewerkschaften solidarisierten sich zwar mit dem Kampf der Studenten und legten Alternativvorschläge vor, allerdings zu einem Zeitpunkt, als die Verabschiedung der FHS-Gesetze in ihrer reaktionären Form bereits beschlossene Sache waren.

— Die Absolventen der Fachhochschulen passen sich leichter an die Hierarchie im Betrieb an, werden schlechter bezahlt, haben umfangreichere praktische Kenntnisse und sind eher willens ihre Arbeitskraft weiter zu qualifizieren als Uni-Absolventen.

Formierte Fachhochschule und imperialistischer Erziehungsauftrag

Mit unverhohlener Begeisterung reagierten jene Konzerne — z. B. Bayer und

21 Kanzow, a. a. O. S. 226

Dresdner Bank — auf das Blutbad, in dem die faschistischen Mörderbanden das chilenische Volk ertränken wollen, für die die Reprivatisierung des Volkseigentums in Chile mit der berechtigten Hoffnung verbunden ist, wieder groß ins Geschäft zu kommen. Ebensowenig ließen die politischen Repräsentanten des Großkapitals in den Parteien, vor allem der CDU/CSU an Offenheit über ihre Sympathie für die chilenischen Terrorgenerale zu wünschen übrig. Offiziere der Bundeswehr — wie sollte es anders sein bei rd. 400 NPD-Mitgliedern im Offizierskörper — gaben unmißverständlich zu erkennen, daß sie in einer ähnlichen Situation ähnlich gehandelt hätten.

Strauß-Spezi Dr. F. Zimmermann erläuterte am 26. 11. auf einer wehrpolitischen Beratung der CSU im Münchener Sheraton-Hotel (ITT-Besitz): „Worum es geht, ist, der Nuklearpolitik einen Weg frei zu halten für die europäische Option, für die Bildung einer europäischen Atomstreitmacht, für die die französische und britische ein Kern sein könnten." Als „Verräter und Schlappschwänze" wurden auf dem selben Kongreß jene hingestellt, die es wagten, Abrüstung und Entspannung das Wort zu reden.[22]

Dieter Cycon schreibt in Springers Welt vom 21. 11. 73, daß den Arabern, „die uns so unerhört herausfordern" die Stirn geboten werden müsse durch die „politische und wirtschaftliche Einheit der Westeuropäer; Ausbau aller Fähigkeiten des atlantischen Bündnisses — der wirtschaftlich-technischen, der politischen und der militärischen. Dies letztere mag das Wesentlichste sein.

... Aber damit wir die Chance nutzen können, bedarf es einer Führung, die der Herausforderung gerecht wird. Die westlichen Völker warten. Jeder Tag, der verstreicht, ohne daß sie auf einem der vielen Wege zum Erfolg geführt werden, ist eine Anklage."[23]

Dem ganzen Geschrei nach der Einheit Europas liegt also nichts anderes zugrunde als auf Umwegen an Atomwaffen, eine ökonomisch, politisch, militärische Potenz heranzukommen, die es ermöglicht, neokolonialistische Politik, nicht nur auf ökonomische Macht gestützt, notfalls auch militärisch durchzusetzen.

Daß die politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung der BRD — bedingt durch die Revolutionierung der Produktion und des Militärwesens — maßgeblich von den Wissenschaften abhängt, schlägt sich dann auch nieder in der Wissenschaftspolitik der Herrschenden. Rudolf Schrader, ehemaliger Vertreter der BRD in der Wissenschaftsabteilung in der NATO erklärte dazu: „Von je her war militärische Stärke ein wichtiges Element der Außenpolitik. Durch die moderne Wehrtechnik übt daher die Wissenschaft bei weitem den größten Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten aus."[24] Diese Situation bestimmt auch die Einstellung zur Erziehung: Der vom „Bundesverband der deutschen Industrie" beherrschte Gesprächskreis „Wissenschaft - Wirtschaft" forderte schon 1966: „Ein erzieherisches Vakuum in den Altersklassen zwischen 19 und 24 Jahren ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht zu verantworten. Alle in den Anfängen

22 UZ
23 Die Welt, 21. 11. 73
24 „Wissenschaft im auswärtigen Dienst", Wirtschaft und Wissenschaft, Essen 1964, Heft 5/6, S. 2, zitiert nach Formierte Universität, Berlin 1968, S. 55

erkennbaren wirkungsvollen Erziehungsfaktoren sollen nutzbar gemacht werden und wenn immer möglich einen weiteren Ausbau erfahren."[25]

Daß die Formierung des Wissenschaftsbetriebs und damit notwendig einhergehende Einschränkung demokratischer Rechte nicht widerspruchslos hingenommen werden, findet seinen Niederschlag im Versuch der Herrschenden, die weitgehend verlorengegangene ideologische Initiative wiederzuerlangen. Die „Erziehungsfunktion" der Hochschulen wird wieder stärker betont. Der zunehmenden Infragestellung des „westlichen Freiheitsideals", dem zunehmenden Interesse für den Marxismus und den realen Sozialismus und dem zunehmenden „Wehrunwillen" wird nicht nur mit Berufs- und Berufungsverbot für demokratische Kräfte und den Bundeswehrhochschulen (schon seit mehreren Jahren in Betrieb sind die Fachhochschulen des Heeres in Darmstadt und in München und die Fachhochschule der Luftwaffe in München/Neubieberg, alle staatlich anerkannt), sondern auch mit der Intensivierung aggressiver, entspannungsfeindlicher, antikommunistischer Lehrinhalte an Schulen und Hochschulen. Das tiefe Krisenbewußtsein, das selbst führende Konzernkapitäne angesichts der schnellen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus befiel, brachte der ehemalige faschistische Wehrwirtschaftsführer Reusch, später Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte, bereits 1957 zum Ausdruck, als er resignierend feststellte, daß der Westen den Ideen des Marxismus-Leninismus als „scharf geschliffener, gefährlicher Waffe" nichts annähernd Gleichwertiges entgegenzustellen habe.[26]

In welchem Maße Wissenschaftspolitik heute in der BRD vom Existenzkampf der bürgerlichen Ideologie gegen die Attraktivität vor allem des sozialistischen Bildungswesens geprägt ist, läßt folgendes Zitat von H. Groß erkennen: „Heute spielt sich ein großer Teil des Konkurrenzkampfes zwischen Unternehmungen wie Nationen und zwischen dem demokratischen Westen und kommunistischen Osten im Bildungswesen ab, insbesondere in den Forschungsstätten und Hörsälen der Hoch- und Fachschulen. Über dem Wettrüsten steht das Wettforschen. Was vor 100 Jahren noch eine Frage der kulturellen Ambitionen war, ist heute zu einer Existenzfrage für die Gesellschaft geworden."[27]

Unmißverständlich fordert dann auch der bereits in Zusammenhang mit der praxisorientierten Forschung an Fachhochschulen zitierte E. Reiter, die Hochschullehrer an Fachhochschulen müßten „die Erziehung zur Fähigkeit zu autonomer Kritik" wahrnehmen. Reiter konstatiert, daß „nur noch jene den Willen zu erziehen nachdrücklich zu erkennen geben, die sich offen die Erziehung zur Revolution zum Ziel gesetzt haben." Um bezüglich seiner Vorstellungen von „autonomer Kritik" keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, fügt er hinzu, daß „die Forderung zur Kritik zu erziehen, schon zu oft verantwortungslos erhoben und als Mittel ‚zum Klassenkampf und gegen solidarisches Zusammenleben' (K. Steinbuch) mißbraucht worden ist... Es ist dringend an der Zeit,... auch wieder den Mut zu haben, die studierende Jugend zu kulturellen Normen des sozialen Verhaltens zu erziehen, die – wie der Verhaltensforscher K. Lorenz es befürchtet – durch ein Abreißen der Tradition wie eine Kerzenflamme ausgelöscht werden können."[28] Unter dieser Tradition kann eigentlich nur der bedingungslose Gehorsam vieler deutscher Ingenieure mit dem „Verein deutscher Ingenieure" (VDI) an der Spitze gegenüber dem Großkapital verstanden werden.

An anderer Stelle führt Reiter in kaum zu übertreffender demagogischer Manier weiter aus, was unter dem „Erziehungsauftrag der Fachhochschulen" zu verstehen sei: „Der Versuch, jungen Menschen die Fähigkeit zu autonomer Kritik zu vermitteln, gehört mit zu den besonderen Aufgaben jeder Hochschule. Vor allem in einer Zeit, in der sowohl – wie K. Steinbuch sie treffend nennt – ‚gezielt arbeitende informationelle Vergifter' als auch mit religiös anmutendem Sendungsbewußtsein ausgestattete und oft gutgläubige, aber deshalb nicht weniger gefährliche ‚Programmierer des Klassenkampfes' vom Kindergarten bis hinein in die Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen pseudorationale Vorurteile und Aggressionen indoktrinieren und damit das Feld für die Diktatur aufbereiten."[29] Unter autonomer Kritikfähigkeit versteht Reiter also nicht die Fähigkeit, die realen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, den Kampf für demokratische Lehrinhalte aufzunehmen gegen die zunehmende Militarisierung und Reglementierung des Bildungswesens, sondern er meint Diffamierung, Denunziation und Unterdrückung all jener Kritikfähigkeit, die insofern nicht autonom ist, als sie von den im Widerspruch zum Monopolkapital stehenden Interessen der arbeitenden Bevölkerung bestimmt ist.

Auf die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundene qualitativ neue Funktion der Wissenschaft in der Produktion antwortet das Monopolkapital mit einem umfassenden Mißbrauch der Wissenschaft im Dienste seiner politischen und ökonomischen Ziele. Die offen reaktionäre, militaristische, antidemokratische Spielart in der Politik der Monopolbourgeoisie rückt zwangsläufig gegenüber der integrationistischen wieder in den Vordergrund. Neben administrativen Maßnahmen spielt dabei die Reaktivierung an der Hochschule vorhandener, dem Monopolkapital treu ergebener Kräfte eine wichtige Rolle. Der RCDS und seine U-Boote, der „Bund Freiheit der Wissenschaft" und berufsständische Organisationen wie z. B. der „Philologenverband" oder der VDI und vor allem Korporationen sind in jüngster Zeit wieder offensiver angetreten, um die Hochschulen vom „roten Terror zu befreien." Durch von der CDU und den Konzernen finanzierte Wahlschlachten gelang es dem RCDS und befreundeten rechten Studentengruppen bei einigen SP-Wahlen partielle Erfolge zu erzielen. Der Stimmenzuwachs für die rechten Gruppen bei den SP-Wahlen im WS 73/74 an einigen Unis war für den RCDS Gradmesser für das Maß seiner beabsichtigten offen reaktionären Politik. „Alle Kommunisten raus aus dem öffentlichen Dienst"[30] war dann unverhüllt oberstes Gebot seiner Politik im „Interesse der Studenten", die „Frankonia" wies der „neuen studentischen Politik" den Weg mit dem Slogan „Farben tragen, Mensuren schlagen, warum nicht?"[31]

26 H. Reusch, „Die moderne Industriegesellschaft in ihren Beziehungen zu Forschung und Lehre", Forschung und Wissenschaft 1957, Nr. 4, S. 16, zitiert nach Formierte Universität

27 H. Groß, Internationaler Wettbewerb in Wissenschaft und Bildungswesen zwischen Ost und West, Essen 1960, S. 9. Zitiert nach Formierte Universität

25 Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Entschließungen und Empfehlungen 1958 bis 1964, Essen 1965, zitiert nach Formierte Universität, a. a. O. S. 58

28 DUZ, a. a. O., S. 855

29 ebenda

30 Flugblatt des RCDS NRW, Dezember 73

31 Burschenschaft Frankonia, Uni Bonn, Dezember 73

Gerade im Zusammenhang mit den Fachhochschulen muß auf die verhängnisvolle und weitgehend unterschätzte Rolle der meist im stillen wirkenden Burschenschaften hingewiesen werden. Nach G. Hortleder war gegen Ende der 60er Jahre von den rd. 65 000 Ingenieurschul-Studenten ungefähr jeder dritte korporiert.[32] Den Zuwachs der Studenten und den geschwundenen Einfluß der Burschenschaften in Rechnung gestellt, kann davon ausgegangen werden, daß heute an den Fachhochschulen immer noch ungefähr jeder sechste Fachhochschulstudent, also rd. 20 000 korporiert sind.

Die „alten Herren" erfüllen heute eine kader- und erziehungspolitische Funktion im Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Finke nennt als repräsentative Altherren der Monopolbourgeoisie Dr. Fritz Berg, ehemaliger Präsident des „Bundesverbandes der deutschen Industrie", (während der Septemberstreiks 69: „Ruhig mal einen erschießen, dann herrscht wieder Ruhe!"), Gustav Stein, Hauptgeschäftsführer des gleichen Verbandes, Dr. Hans Paulsen, ehemaliger Präsident der „Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände", um nur wenige zu nennen. Im 4. Bundestag — von 1961 bis 1965 — bestand eine Fraktion von 76 Altherren, unter anderem Adenauer, Höcherl, Jäger, Kiesinger, Lübke, Seebohm und Strauß.[33]

Unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus waren die Korporationen ob ihrer massiven Unterstützung desselben verboten. Mit der Restauration der alten Herrschaftsverhältnisse kam auch das Korporationswesen wieder zu Ehren. Lutz E. Finke charakterisierte diese Anfänge so: „Es handelte sich vor allem um ehemalige ‚Kameradschaftler' des ‚nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes'. Sie kannten sich aus den braunen Verbindungen her und setzten diese nun, verbunden im Haß gegen die Demokratie, einfach fort. So mauserten sich aus den NS-Kameradschaften wieder ‚traditionelle' Korporationen."[34]

1953 entschied der Bundesgerichtshof Karlsruhe in einem Grundsatzurteil über die Zulässigkeit der Mensur. Damit wurde der demokratische Widerstand der Gewerkschaften, vieler Sozialdemokraten, Rektoren, Hochschullehrer und studentischen Organisationen überwunden und das Burschenschaftsunwesen wieder als Multiplikator revanchistischer militaristischer Ideologie unter dem akademischen Nachwuchs rehabilitiert. Während dem vds die Förderung nach dem Bundesjugendplan entzogen wurde und andere demokratische Organisationen seit Jahren auf ihre Förderung warten, erhalten die schlagenden Verbindungen seit 1961 Mittel aus dem Bundesjugendplan.

Freilich hat das Verbindungswesen seit dem Erstarken der demokratischen Studentenbewegung bedeutend an Einfluß eingebüßt, was aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die Korporierten auch heute noch die größte organisierte Fraktion der Studentenschaft darstellen und vor allem im Zuge der Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche ohne weiteres gegen demokratische Bewegungen an den Hochschulen eingesetzt werden können. Corpsstudenten unterstützen aktiv rechte Gruppen bei Wahlkämpfen und treten vermehrt als Denunzianten linker Studenten auf. Zweifelsohne wird die demokratische Studentenbe-

32 Gerd Hortleder, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt 1970
33 L. E. Finke, Gestatte mir Hochachtungsschluck — Bundesdeutschlands korporierte Elite. Hamburg 1963
34 ebenda S. 115

wegung in den kommenden Semestern mit der verstärkten Aktivität der Burschenschaften als Hilfstruppen zur Durchsetzung der staatsmonopolistischen Hochschulformierung rechnen müssen.

Berufsperspektive, Aufstiegsillusion, gewerkschaftliche Interessenvertretung

Von den 44 gegenwärtig an Fachhochschulen existierenden Studiengängen sind 37 ingenieurwissenschaftlich-technisch, lediglich 7 gesellschaftswissenschaftlich oder künstlerisch ausgerichtet.[35] Ganz im Widerspruch zu diesen Größenverhältnissen ist die politische Aktivität unter den Studenten vor allem der Sozialfachbereiche besonders hoch.

Die Ursache dafür liegt sicherlich daran, daß die Studienmotivation vieler Sozialpädagogen herrührt von dem Bedürfnis, den Beruf zu verbinden mit einem „sinnvollen Beitrag zur sozialen Vervollkommnung bzw. zum Ausgleich sozialer Härten der Gesellschaft". Durch die unmittelbare Konfrontation mit jenem gesellschaftlichen Bereich, wo die Brutalität und Ungerechtigkeit der bestehenden Herrschaftsverhältnisse am gravierendsten in Erscheinung tritt, erfährt der Sozialarbeiter meist schnell, daß seine Arbeit lediglich auf die Abschwächung der schlimmsten Auswirkungen des Systems hinausläuft, bzw. auf die Reparatur der Ware Arbeitskraft zur erneuten Unterwerfung derselben unter eben diese Produktionsverhältnisse, die ihre Gebrechen immer wieder verursachen. Damit wird eine Reflexion von psychischen Krankheitssymptomen, ihrer gesellschaftlichen Ursachen und der eigenen Situation beschleunigt. Häufig bleiben Lösungsversuche im Rahmen herrschender Ideologien und führen nicht zum konsequenten Engagement gegen die bestehenden Produktionsverhältnisse. Das Resultat sind individualistische Lösungsversuche, die letzten Endes allesamt auf den idealistischen Ansatz hinauslaufen, das gesellschaftliche Sein über die Veränderung des individuellen Bewußtseins verändern zu können, ohne die Bedingtheit des Bewußtseins durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse zu erkennen. Psychoanalytische Schrullen und Gruppentherapie werden zur gesellschaftsverändernden Praxis erhoben, grundlegende Interessengegensätze werden auf „kommunikative Mißverständnisse" und „Kindheitstraumata" reduziert, ohne zu erkennen, daß diese Methoden zum ideologischen Instrumentarium einer jeden erfahrenen Bourgeoisie zur Vernebelung der gesellschaftlichen Widersprüche gehört.

Demgegenüber muß eine gesellschaftsverändernde Praxis der Sozialarbeiter auf die Erkämpfung demokratischer Studieninhalte, die die Ursachen für Verwahrlosung, Obdachlosigkeit, für Schulversagen und Kriminalität aufdecken und auf die Solidarität mit ihren Adressaten im Kampf gegen Mietwucher, Preistreiberei, für die Verbesserung ihrer sozialen Lage gerichtet sein.[36]

Trotz der verschiedenen ideologischen Faktoren, die dem Politisierungsprozeß der Ingenieurstudenten noch entgegenwirken, hat sich nicht nur die objektive Stellung des Ingenieurs im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß verändert, sondern auch daraus notwendig resultierend das Bewußtsein über die eigene Lage.

35 DUZ, a. a. O., S. 862
36 Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, MSB Spartakus, März 1973, S. 50

Am deutlichsten abzulesen ist dieser Prozeß am Verhältnis der in Gewerkschaften bzw. in berufständischen Organisationen organisierten Technikern und Ingenieuren. Heute sind ungefähr 210 000 Techniker und Ingenieure in berufständischen Organisationen, alleine rd. 65 000 im Vdl gegenüber rd. 370 000 im DGB und über 60 000 in der DAG organisiert.[37] Nach einer Erhebung von 1908 waren damals ca. 150 000 Techniker und Ingenieure in berufständischen gegenüber 28 000 in gewerkschaftsähnlichen Organisationen zusammengefaßt.[38]
Trotz der Zäsur durch den Faschismus, der für die berufständischen Organisationen weiteres Wachstum, für die Gewerkschaften bzw. gewerkschaftsähnlichen Organisationen gewaltsame Zerschlagung bedeutete, kann man davon ausgehen, daß heute verlangsamtes Wachstum der berufständischen Organisationen starkes Wachstum der organisierten Techniker und Angestellten in den Gewerkschaften bedeutet.
Die Ursachen dieser Wandlung stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den sozialökonomischen Veränderungen durch die wissenschaftlich-technische Revolution und die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion, der wachsende Grad der Arbeitsteilung und die ungeheure Konzentration des Kapitals in wenigen Händen hat zur Folge, daß eine immer größere Zahl von Ingenieuren sich in ihren Reproduktionsbedingungen denen des Facharbeiters annähern. Nichtbesitz von Produktionsmitteln, lohnabhängige Arbeit, geistige Arbeit weitgehend beschränkt auf die Anwendung vorliegender wissenschaftlicher Ergebnisse und nur geringe Chancen in höhere Leitungsfunktionen der betrieblichen Hierarchie zu gelangen sind vor allem für die an Fachhochschulen ausgebildete technische Intelligenz spezifische Charakteristika. Christoph Kievenheim schreibt in seinem Aufsatz„ Zur Stellung der Intelligenz in der Klassen- und Sozialstruktur des entwickelten Kapitalismus":[39] „Wird der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital und der Widerspruch gegenüber der Monopolbourgeoisie zur bestimmenden Seite ihres gesellschaftlichen Verhältnisses, vertreten sie in diesem Kampf durchaus noch besondere Interessen, an deren antikapitalistische und fortschrittliche Elemente jedoch die Arbeiterbewegung sowohl in Form der Politik der Aktionseinheit als auch der antimonopolistischen Bündnispolitik anknüpfen kann."[40] Trotz der Partiell vorhandenen Unterschiede zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz wird der gemeinsame Gegensatz zum Monopolkapital zum bestimmenden Faktor.
Der Bewußtwerdung dieses Widerspruchs zwischen der Masse der Intelligenz und der Monopolbourgeoisie wirken viele Momente entgegen. Einerseits erfordert die Nutzung der Wissenschaft durch die Monopole eine möglichst umfassende Ausschöpfung des Bildungspotentials — auch Rekrutierung von Teilen der Intelligenz aus der Arbeiterklasse — andererseits bedingt die Herrschaftssicherung die Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs, vor allem über die Bestimmung der Lehrinhalte. Um also zum einen überhaupt die Motivation für ein Fachhochschulstudium zu wecken, um einen vierjährigen Streß auf sich zu nehmen, der objektiv zu keiner wesentlichen Verbesserung der Lebensbedingungen führt, und zum anderen, um

37 G. Hortleder, a. a. O., S. 177
38 ebenda S. 69
39 In „Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz", Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1973
40 ebenda S. 146

die Infragestellung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu unterdrücken, mußte ein umfassender politisch administrativer und ideologischer Mechanismus entwickelt werden. Hier sei nur noch einmal kurz auf für die technische Intelligenz spezifische bewußtseinshemmende Faktoren eingegangen.

Dem angehenden Ingenieur wird vorgegaukelt, daß sein Studium zu unbegrenztem Aufstieg qualifiziere, wenn er nur willens sei, sich kurzfristig Strapazen aufzuerlegen, denn „Lehrjahre sind ja keine Herrenjahre." Während des Studiums werden bereits vorhandene vulgärwissenschaftliche Vorurteile zum Verhältnis der „präzisen, exakten" Naturwissenschaften gegenüber den ach so „spekulativen" Gesellschaftswissenschaften regelrecht systematisch verhärtet. Über den Dünkel der „Objektivität" und der „Ideologieunabhängigkeit" der Ingenieurwissenschaften wird ein regelrechter Haß gegenüber jedem erzeugt, der es wagen sollte, gesellschaftliche Implikationen bezüglich der Anwendung der Ingenieurwissenschaften als Bestandteil des Studiums zu fordern. Genährt wird dieses irrationale Selbstbewußtsein durch nationalistische Elemente wie der abstrakten Betonung der „Schlüsselstellung" des Ingenieurs in der modernen Produktion und die Berufung auf die traditionelle, international, selbst bei „Feinden" anerkannte Leistungsfähigkeit deutschen Ingenieurwesens. Dieser „Entideologisierungstendenz" ist gleichzeitig die Aufgabe gestellt, gegen den Marxismus/Leninismus zu wirken, der als „Ideologie im Sinne einer Spekulation" abgetan wird. Damit sollen die Naturwissenschaftler und Techniker gegen den Marxismus-Leninismus immunisiert, ja in eine militante Kampfstellung gegen die wissenschaftliche Weltanschauung geführt werden.

Ein bedeutender Träger und Vermittler dieser Ideologie ist der Vdl. Seit Existenz — 1856 gegründet — fungiert dieser Verein als Instrument zur Bindung der Ingerieure an die Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie. Die verheerenden Folgen des kleinbürgerlich ständischen Wirkens dieses Vereins reichen von der Unterstützung der Niederschlagung der Pariser Commune, der Bejahung des 1. Weltkrieges, das bedingungslose Engagement für den Hitlerfaschismus bis zur unumschränkten, kritiklosen Verteidigung heute existierender Produktionsverhältnisse.

Das Verhältnis des Vdl zum „tausendjährigen Reich" wird mit folgendem Zitat veranschaulicht: „Im Zentrum unseres Denkens steht der Mensch. . . . Setzen wir unseren ganzen Menschen ein und tragen wir mit allem, was in uns steckt, zum Siege bei, wie der Führer es von uns erwartet. Heil Hitler!" Hans Benkert, Vorsitzender des Vdl.[41]

Wenn auch hier keineswegs behauptet wird, daß die Masse der im VDI organisierten Ingenieure sich voll hinter die Interessen des Monopolkapitals gestellt habe bzw. stellt, so ergibt sich die verhängnisvolle Rolle dieses Vereins, wie Gert Hortleder nachweist, aus der auch heute noch vorhandenen unmittelbaren Abhängigkeit vom Großkapital. Zu den „fördernden Mitgliedern" des VDI zählen heute nahezu alle namhaften Firmen der Maschinenindustrie, der chemischen und der Autoindustrie einschl. der von ihr abhängigen Zubehörindustrie sowie die wichtigsten Ölkonzerne.[42]

41 VDI-Z, Bd. 88 (1944), S. 2. Zitiert nach Hortleder a. a. O., S. 121
42 Hortleder, a. a. O., S. 186

Hortleder zieht aus seiner Analyse allerdings seltsame Schlußfolgerungen, wenn er die Auffassung vertritt, der „SVI bilde eine für den VdI nicht ungefährliche Basis zur Gründung eines neuen Ingenieurvereins", den er wohl als demokratische Alternative zum VdI betrachtet.[43] Die Geschichte ist insofern bereits über ihn hinweggegangen, als heute bereits hunderttausende von Ingenieuren und Technikern die Konsequenz aus ihrer objektiven Klassenzugehörigkeit gezogen, sich nicht mehr in berufsständischen Organisationen, sondern in den Industriegewerkschaften organisiert haben, um an der Seite ihrer nichtakademischen Kollegen den gemeinsamen Interessenkampf zu führen.

Werdegang und Verlauf der Studentenbewegung an den Ingenieur- bzw. Fachhochschulen

Abgesehen von der nicht unbedeutenden Rolle der Ingenieurstudenten im Kampf gegen die Wiederbewaffnung Anfang der 50er Jahre, setzten die ersten relevanten Aktivitäten Mitte der 60er Jahre ein. An den Universitäten zeichneten sich bereits die ersten Ansätze der antiautoritären Studentenbewegung ab, als die Studentenvertretungen an den Ingenieurschulen noch fest in der Hand von reaktionären Verbindungsleuten oder anderen Karrieristen waren. Es bilden sich vereinzelte oder informelle Gruppen, erste überregionale Initiativen gehen von der ESG aus, die sich im Rahmen einer Projektgruppe systematisch mit den Ingenieurschulproblemen auseinandersetzt. Mit einer 1966 von der ESG veröffentlichten Broschüre („Der Bildungsauftrag der Ingenieurschulen"), mit der erstmals umfassend Demokratisierungsvorschläge gemacht werden, nimmt die Diskussionsbereitschaft in den Studentenverbänden und an der Basis zu. Mit der ersten Forderung nach Akademiegesetzen verbindet sich bei den Studenten die Hoffnung nach Rechtsfähigkeit, mehr Selbstverwaltung, Abbau des Leistungsdrucks, wissenschaftliches Studium, veränderte Eingangsvoraussetzungen und einen akademischen Abschluß.[44]

Als die KMK am 18. 1. 1968 die Ingenieur- und höheren Fachschulen als Akademien zur Spitze des beruflichen Bildungswesens erhebt, also die wesentlichen Forderungen der Studenten völlig unberücksichtigt bleiben, radikalisiert sich die Studentenschaft zusehends. Verstärkt entstehen lokale Arbeits- und Projektgruppen, die teilweise von der antiautoritäten Studentenbewegung beeinflußt sind und beginnen das regionale Geschehen zu bestimmen. Zum ersten Mal einigen sich der SVI, die Landesverbände, die ESG, der VSW, der SVS und der SVDS zu gemeinsamem Vorgehen. Die gemeinsamen Kampfziele werden veröffentlicht, die sich wie ein roter Faden durch alle späteren Aktionen ziehen sollten:

1. Integration der Ingenieur- und höheren Fachschulen in den Hochschulbreich
2. Neuordnung der Vorbildung durch Reform der Sekundarschuloberstufe und Einrichtung von Kollegs, die in 2 Jahren nach dem Realschulabschluß zur allgemeinen Hochschulreife führen
3. Studienreform durch Abbau des Zeit- und Leistungsdrucks

43 ebenda S. 181
44 Kanzow, a. a. O., S. 235

4. Selbstverwaltung und qualifizierte Mitbestimmung in jeder Schule mit dem Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes
5. Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen.[45]

Mit der ersten großen Demonstration in Hamburg im März 1968 beginnt die Protestwelle, die das ganze Bundesgebiet erfaßt. Die Kampfformen der Ingenieurstudenten unterscheiden sich partiell offensichtlich von denen der Uni-Studenten. Charakteristisch ist einerseits die Ablehnung sektiererisch militanter Aktionsformen und andererseits das Bemühen, Sympathie und Solidarität der arbeitenden Bevölkerung und der Gewerkschaften zu gewinnen. Wenn auch der Kampf häufig noch von Illusionen in die Rechtschaffenheit des bürgerlichen Staates geprägt war, oft genug demagogische Anbiederungsversuche bürgerlicher Parteien und anderer reaktionärer Organisationen aufgegriffen wurden, machten die Kampfformen deutlich, daß die Ingenieurstudenten aufgrund ihrer sozialen Herkunft ein realistischeres Verhältnis zur Veränderbarkeit bestehender Verhältnisse hatten.
Dies läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:
— Ablehnung anarchistischer Kampfformen
— weitgehende Vermeidung von Provokationen gegen die arbeitende Bevölkerung und die Polizei, wobei keineswegs legalistisch gehandelt wurde
— die bewußte Suche nach Bündnispartnern
— das bewußte Übernehmen traditioneller Kampfformen der Arbeiterklasse
— das bewußte Hineinwirken in die arbeitende Bevölkerung durch Aufklärungsaktionen in den Straßen und vor den Betrieben
— Warnstreiks, Vorlesungs-, Prüfungs- und Examensverweigerungen, unbegrenzte Streiks und Semesterabbrüche, Vollversammlungen und teach-in's, Gespräche und Verhandlungen auf allen Ebenen, Demonstrationen, eBratungen mit einzelnen Kultusministerien, symbolische Verbrennung von Puppen und Autos, Hungerstreiks und Aufklärungsaktionen in Straßen, vor vor Betrieben und Schulen waren die gängigsten Kampfformen.

Gezielte Provokationen sektiererischer Uni-Studenten, die die Ingenieurstudenten bislang elitär als „Arbeiteraristokraten" und des „Kampfes gegen den bürgerlichen Staat" unfähig eingeschätzt hatten, wurden teilweise unter Anwendung von materieller Gewalt aus Demonstrationen entfernt. Abgeschreckt von den militanten Kampfformen der antiautoritären Studenten war die Masse der spontan aufgebrachten Ingenieurstudenten auch für Aufklärung über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und sozialistische Propaganda kaum zugänglich.
Teile des SDS, damals schon völlig in der Hand der Sektierer, erkannte plötzlich in den Ingenieurstudenten das neue revolutionäre Subjekt und setzte sich zum erklärten Ziel, durch die Konfrontation mit der Staatsmacht, und damit deren Entlarvung, antiimperialistisches Bewußtsein unter den Ingenieurstudenten zu erzeugen. Erst später, als sich die Theorien der „neuen Linken" als falsch und wirkungslos zu erweisen begannen, der SDS sich bereits in der Agonie befand und aus dessen Zerfallsprozeß zwar auch kleinbürgerliche, aber sich wieder auf das Proletariat besinnende Gruppen entstanden, sollten die Sektierer in größerem Umfange Einfluß auf die Ingenieurstudenten gewinnen.
Das Ergebnis dieses ersten bundesweiten Kampfes: Das Akademiegesetz ist

45 Kanzow, a. a. O., S. 239

wenige Tage vor der geplanten Verabschiedung vom Tisch, nachdem in Düsseldorf 11 000 Studenten zu einem Dauermarsch um die Bannmeile angetreten waren. Die Versprechungen der MPK am 5. Juli 1968 klingen für die Studenten verheißungsvoll: Zuordnung der Ingenieurschulen und höheren Fachschulen als „Fachhochschulen" zum Hochschulbereich, weitgehende Selbstverwaltungsrechte und eine 12jährige schulische Vorbildung. Die Streikfront bröckelt auseinander, der SVI empfiehlt den Abbruch des Streiks.[46] Als am 31. 10. 1968 mit dem „Abkommen zwischen den Ländern der BRD zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachschulwesens" alle bisherigen Versprechungen von der MPK zurückgenommen wurden, kommen keine Aktionen mehr zustande. Der Großteil der Studenten resigniert, während vor allem bei den Aktiven ein Lernprozeß einsetzt. Die alte Garde der Studentenfunktionäre verschwindet, die Asten werden zum Großteil von Studenten übernommen, die mit der antiimperialistischen Studentenbewegung liebäugeln. Es entstehen im großen Umfang Arbeitskreise, Projektgruppen etc., die sich über die Hochschulproblematik hinaus mit dem Marxismus zu beschäftigen begannen.

Entscheidender Auslöser einer neuen Welle von Aktivitäten wird das Länderabkommen zum Ordnungsrecht und die Anfang 1969 vorliegenden ersten Fachhochschulgesetze, die in ihrem reaktionären Charakter selbst den Beschluß der Ministerpräsidenten übertreffen. Im April 69 wird in NRW wieder gestreikt, andere Landesverbände ziehen nach. Der SVI ist inzwischen gänzlich in der Hand von linken Studenten, die aus dem Basis- und Projektgruppenwesen hervorgegangen sind und sich noch keiner bestimmten Gruppe oder Organisation zuordnen lassen. Sie verstehen sich antirevisionistisch. Der Delegiertenrat verabschiedet eine Resolution, die den damaligen Bewußtseinsstand der fortschrittlichen Ingenieurstudenten widerspiegelt. Es heißt u. a.: „... Es reicht nicht aus, partielle reformistische Verbesserungen zu verlangen, die die Reproduktion eines brüchigen Gesellschaftssystems nur aufrecht erhalten oder gar effizienter gestalten... deshalb werden wir uns durch den Semesterabbruch dem vorgegebenen Ausbildungsziel entziehen. Wir streiken, um uns dem fremdbestimmten Wirtschaftssystem zu verweigern,..."[47]

Aus dem Semesterabbruch wird ein aktiver Streik, in dem erstmals in Arbeitsgruppen die herrschende Bildungspolitik auch von marxistischen Standpunkten aus diskutiert wird. In dieser Situation gewinnt die eben erst entstandene KSG/ML an Einfluß, den sie später auch im SVI-Vorstand geltend machen konnte.

Die Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat wird schärfer, der bürgerliche Machtapparat geht mit allen Mitteln vor. Androhung des Ausschlusses vom Studium, massivster Polizeieinsatz gegen Streikende, Demonstranten und Streikposten, die Arbeitgeberverbände fordern ihre Mitglieder auf, keine streikenden Ingenieurstudenten einzustellen, Bundeswehr zieht Erstsemester ein, Studierwilligen werden Privilegien angeboten.

Nur in NRW konnten Zugeständnisse abgerungen werden, die allerdings Zug um Zug zurückgenommen wurden. Wie nach dem ersten großen Streik schlägt die spontane Begeisterung bei der Masse der Studenten in tiefe Resignation um, das

46 Kanzow, a. a. O., S. 239
47 Kanzow, a. a. O., S. 243

Fehlen einer marxistischen Organisation, die der Bewegung hätte Ziel und Richtung geben können, wirkt sich aus, wie dies im Sommersemester 71 Baden-Württemberg noch einmal verheerende Folgen haben sollte.

Da Niedersachsen und Baden-Württemberg die letzten Länder waren, in denen die Fachhochschulgesetze verabschiedet wurden (Herbst 71) und die reaktionären Fachhochschulgesetz-Entwürfe erst im Sommersemester 71 vorlagen, kam es in BaWü wieder zu umfangreichen Kampfmaßnahmen. Dieser Kampf zeichnete sich besonders aus durch die hohe Beteiligung der Studenten aller Bildungseinrichtungen. Die Verabschiedung des PH-Statusgesetzes, die in Planung befindliche Hochschulgesetznovelle mit dem Ordnungsrecht begünstigten das gemeinsame Handeln. Die Ingenieurstudenten hatten die Initiative übernommen. An allen Ingenieurschulen des Landes wurde gestreikt, teilweise der Semesterabbruch beschlossen. Die Aktivitäten kulminierten in einem Sternmarsch von 20 000 Ingenieur-, Ph- und Uni-Studenten nach Stuttgart. Organisatorisch und auch inhaltlich wurde der Kampf in erster Linie vom ZAK (Zentrales Aktionskomitee von der KSG/ML initiiert) bestimmt. Den zahlenmäßig noch geringen MSG-Gruppen gelang es nur in geringem Umfang, sich gegen die perspektivlosen Boykott-Parolen der Sektierer durchzusetzen. Dementsprechend war auch der Ausgang des Kampfes. Tiefe Resignation der Studenten über den mageren Erfolg. Das einzige bedeutende Zugeständnis, das dem Ministerium abgetrotzt werden konnte, bestand darin, daß die Kommilitonen, die den Semesterabbruch bis zum bitteren Ende durchgehalten hatten, die Prüfungen als „Härtefälle" wiederholen konnten. An den Schulen, wo die KSG/ML-Studentenfunktionäre den Streik durch krampfhaftes Festhalten am Semesterabbruch regelrecht in die Niederlage führten, reagierten die Studenten mit Mißtrauensanträgen und an den meisten Schulen mit der Reaktivierung antikommunistischer Vorurteile und letzten Endes mit der völligen Resignation. Dies hatte zur Folge, daß heute an einigen Fachhochschulen in Baden-Württemberg faktisch keine Studentenvertretung mehr existiert und daß außer an der Fachhochschule in Mannheim seit dem Sommersemester 71 an keiner Fachhochschule in BaWü nennenswerte, die Masse der Studenten ergreifende Aktivitäten stattgefunden haben.

Offensichtlich ist, daß dort, wo der MSB relativ stark ist, auch die Kontinuität des Kampfes ungebrochen ist. In Hamburg und NRW streikten und demonstrierten im Wintersemester 72/73 Zehntausende von Fachhochschulstudenten gegen die geplanten reaktionären Rahmenprüfungsordnungen. Im Sommersemester 72 war in NRW zwar keine massenhafte Bewegung zustandegekommen, aber der Kampf gegen die jetzt verabschiedete RPO ging weiter.

Mit Gültigkeit für alle Länder nimmt der Grad an Einheitlichkeit des Handelns trotz der desorientierenden, vds-feindlichen Politik des SVI-Vorstandes zu.

An den zentralen Aktionen des vds und des MSB gegen das BAFöG, gegen das HRG, gegen die LHG s und die Berufsverbote beteiligten sich in zunehmendem Maße auch Fachhochschulstudenten.

Aktuelle Kampfaufgaben der Fachhochschulstudenten

Zweifellos hat die Studentenbewegung an den Fachhochschulen ständig Fortschritte gemacht, aber seit den Kämpfen gegen die FHS-Gesetze hat es in diesem

Bereich keine bundesweiten, zentral koordinierten und unterstützten Massenaktionen gegeben, weder bezogen auf hochschulspezifische Forderungen noch im Rahmen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung. Die Ursache dafür liegt einzig und allein in der Handlungsunfähigkeit des Dachverbands, des SVI, ganz und gar nicht in der mangelnden Kampfbereitschaft der Studenten selbst. Diese Tatsache wird schon dadurch unterstrichen, daß sich immer mehr Fachhochschulen an den vom vds getragenen Aktivitäten beteiligen, nachdem der Bundesvorstand des SVI häufig genug nicht einmal mit schriftlichen Erklärungen auf aktuelle Probleme der Studenten einging. Bis zu diesem Zeitpunkt, wo diese Zeilen geschrieben werden, als bereits Tausende von Fachhochschulstudenten an der Seite ihrer Leidensgenossen an den Unis und PH's der Forderung des vds „500 DM BAFöG und Anhebung der Elternfreibeträge auf 1200 DM, sofort!" durch vielfältige Aktionen Nachdruck verliehen, fehlt vom SVI-Bundesvorstand jegliche Stellungnahme zur unerträglichen sozialen Situation der Studenten. Das ist nicht zufällig so, sondern entspringt der sektiererischen Politik der politischen Gruppen, die den SVI-Buvo tragen. So äußerte sich z. B. die „KHG" an der Fachhochschule Köln zum Sozialkampf folgendermaßen: Der vom deutschen Studentenwerk ermittelte BAFöG-Satz von 660 DM sei abzulehnen, weil das Deutsche Studentenwerk eine „bürgerliche Einrichtung" sei. Kostendeckend sind nach den Ermittlungen der KHG bereits 560 DM. Dieser ungeheuerliche Opportunismus hat seine Wurzel in der Angst davor, die ohnedies „privilegierten Studenten" könnten durch ökonomische Forderungen die Arbeiterklasse verprellen; eine Arbeiterklasse, die sich gegenwärtig allerorts Teuerungszulagen erkämpft hat und deren Organisation, der DGB, 600 DM BAFöG für die Studenten fordert. Fakt ist: Überall dort, wo die Studenten den Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung aufgenommen haben, stießen sie auf Verständnis und Unterstützung ihrer Forderung. 500 und 1200 DM sofort ist eine realistische, durchsetzbare Forderung, ein erster Schritt hin zur Kostendeckung. Wie richtig diese Forderung ist, zeigt sich alleine daran, daß es den Herrschenden nicht gelungen ist, nach dem alten Argumentationsmuster „das geht alles zu Lasten des Steuerzahlers" Arbeiter und Studenten gegeneinander auszuspielen.

Nicht weniger opportunistisch und spalterisch wie im Sozialkampf hält es der SVI-Buvo mit der antiimperialistischen Solidarität. Mit der Weigerung, sich an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin/DDR zu beteiligen, zementierte der SVI-Buvo die Isolation des Verbandes. Wollten sich in den letzten Semestern der SVI-Buvo und die ihn tragenden Gruppen zu den Sachwaltern der Sache des palästinensischen und griechischen Volkes machen, so ist gegenwärtig nicht mehr viel übrig geblieben. Der Verband griechischer Studenten (VGS) unterhält positive Beziehungen zum vds-Vorstand, ähnlich entwickelten sich die Beziehungen zwischen vds-Vorstand und den Palästina-Komitees der palästinensischen Studenten in der BRD. Prompt lehnten der immer noch sektiererische Projektbereich Internationalismus im vds, der engstens mit dem Projektbereich Internationalismus des SVI verflochten ist, die Unterstützung des Palästina-Kongresses am 18. 11. in Bonn ab. Der SVI-Buvo hatte einen stillen „Beobachter" entsandt. Überall dort wo der revolutionsromantizistischen Postulierung des bewaffneten Aufstandes, der Parole „Sieg im Volkskrieg" und dem erzantisowjetischen Getrommel nicht Rechnung getragen wird, brechen die Kleinbürger im Marxpelz

eher Brücken hinter sich ab, als die Gefahr eines Lernprozesses einzugehen.
Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes wollen diese Kräfte als Solidarität gegen die Organe des Volkes, die UP verstanden wissen, da die UP dem Volk in den Rücken gefallen sei.

Solidarität mit den arabischen Völkern ist für sie Solidarität gegen die Sowjetunion, die im Nahen Osten „nur ihr sozialimperialistisches Konzept" durchsetzen wolle.

So finden sich diese Gruppen immer wieder, ob gewollt oder ungewollt, in der Umarmung der reaktionärsten Kräfte vom Schlage eines Springer oder Strauß. Für sie ist der Friedenskampf der antiimperialistischen Weltjugend nichts als eine revisionistische Phrase. Der gegenwärtige SVI-Buvo und die ihn tragenden Gruppen leiten somit objektiv Wasser auf die Mühlen derer, denen nichts näher liegt, als die antiimperialistische Weltbewegung, den Friedenskampf der Völker und die Bemühungen um internationale Entspannung zu sabotieren.

Der Grundstein für die Isolierung und Paralysierung eines studentischen Dachverbandes, der rd. 110 000 Fachhochschulstudenten vertreten sollte, wurde schon Ende der 60er Jahre gelegt, nachdem nach und nach die Burschenschaften, karrieristische Individuen und der RCDS die studentischen Interessenvertretungen räumen mußten. In großem Umfang übernahmen nun, beeinflußt von der antiautoritären Studentenbewegung, spontan entstandene Grüppchen die Asten. Der Spartakus als Bundesverband entstand erst im Mai 1971, die „Assoziation marxistischer Studenten, Spartakus" und der SHB hatten damals nur bescheidenen Einfluß auf die Fachhochschulen. Die an den Fachhochschulen entstandenen informellen Zirkel beginnen sich in den aus dem Zerfallsprozeß des SDS hervorgehenden Gruppen zu organisieren, womit die kleinbürgerlich antikommunistische Feindseligkeit der einstigen SDS-Mehrheit gegen die Marxisten im SDS, die nach ihrem Ausschluß die AMS-SPARTAKUS gründeten, an die Fachhochschulen übertragen wurde.

Auf der 25. o. MV des SVI 1971 in Karlsruhe traten die gewerkschaftlich orientierten Asten, vor allem getragen von SHB und MSB, erstmals mit einem eigenen Aktionsprogramm als Alternative zur sektiererischen Politik des bisherigen Vorstandes und den ihn tragenden Gruppen auf, ebenfalls auf der 26. o. MV 1972 in Osnabrück und 1973 auf der 27. o. MV bzw. 3. a, o. MV in Köln. SHB und MSB hatten zwar ihren Einfluß kontinuierlich ausbauen können, die sektiererischen Gruppen aber, deren Zusammenhalt lediglich auf der abgrundtiefen antikommunistischen Feindseligkeit gegenüber dem Spartakus basiert, wußten die entscheidende Einflußnahme durch SHB und MSB über vielerlei taktische Machenschaften noch einmal zu verhindern.

Es ist eine vorrangige Aufgabe der gesamten demokratischen Studentenbewegung, dem sektiererischen Popanz in den Organen des Dachverbandes der FHS-Studenten und in den Landesverbänden ein Ende zu bereiten und die Verbände ihren Aufgaben zuzuführen, sie als Kampfinstrumente für die materiellen und Ausbildungsinteressen der Studenten, zur Herstellung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz zu nutzen, sie zum Bestandteil der gesamten demokratischen Bewegung und zum zuverlässigen Bestandteil der internationalen antiimperialistischen Bewegung zu machen.

Neue Qualität des studentischen Kampfes auch an den Fachhochschulen

Mit dem Sozialkampf hat der studentische Massenkampf eine neue Qualität erreicht, die sich folgendermaßen charakterisieren läßt:
Die Studenten aller Hochschultypen kämpfen koordiniert für die Durchsetzung ihrer materiellen Interessen, was Voraussetzung ist für ein erfolgreiches Studium, bewußt an der Interessenidentität von Arbeitern und Studenten und an den Kampferfahrungen der Arbeiterklasse im Kampf um Teuerungszulagen anknüpfend. Die abstrakte Forderung nach kostendeckender Förderung wurde konkretisiert, es wurden realistische, bei entsprechend hoher Mobilisierung durchaus durchsetzbare Forderungen und Etappen bis zur Kostendeckung entwickelt. Die Finanzierung der geforderten Förderungsmaßnahmen spielt eine zentrale Rolle. Die Studenten zeigen unwiderlegbar auf, daß es ein leichtes wäre, ihre Forderung zu erfüllen bei entsprechender Senkung der ständig steigenden Rüstungslasten und höherer Besteuerung der Konzernprofite. Bewußt wurde das Verständnis der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, gesucht. Vor allem in NRW die Fachhochschulstudenten, aber auch anderenorts haben die Studenten demonstriert, daß es durchaus möglich ist, mehrere Schwerpunkte im Kampf miteinander zu verbinden und den Zusammenhang herzustellen zwischen materiellem Interessenkampf und dem Kampf gegen die zunehmende Studienreglementierung, für eine demokratische Studien- und Prüfungsreform. Auch in der Wahl der Kampfformen läßt sich eine neue Qualität erkennen. Ist für die meisten ultralinken Kräfte heute immer noch in jeder Lebenslage der meist unbefristete Streik die einzig adäquate Kampfform, so wird an den meisten Hochschulen der Streik befristet und nur unter ganz bestimmten Bedingungen angewendet. Paul Schäfer greift in Facit 31 falsche Positionen zum studentischen Streik auf.[48]

Zum einen jene Position, die von einer voluntaristischen Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ausgehend, die Kraft eines Streiks überschätzt und zum zweiten diejenige Position, die allein auf den „demonstrativen Effekt" des Streiks abstellt. Paul Schäfer entwickelt dann weiter, daß der Streik an der Hochschule eine Kombination aus Demonstrations- und Kampfstreik ist, letzteres vorausgesetzt, daß er für die Herrschenden politisch bedrohlich wird. Er führt dann die Bedingungen auf, unter denen die Bedrohlichkeit erst erreicht werden kann.[49]

An dieser Stelle seien einige weitere Gesichtspunkte zum studentischen Streik erörtert.
Der studentische Streik wird für die Herrschenden auch dann politisch bedrohlich,
– wenn große Teil der Hochschullehrer einbezogen werden können
– wenn die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung und der Gewerkschaften praktische Formen annimmt, z. B. gemeinsame Protestveranstaltungen, forcierte Einbeziehung der bildungspolitischen Forderungen der Studenten in den gesellschaftlichen Forderungskatalog der Gewerkschaften und damit ein weiterer Schritt in Richtung der Herstellung des Bündnisses von Arbeiterklasse und Intelligenz getan wird.

48 Paul Schäfer, Probleme und Perspektive der Studentenbewegung . . .,Facit 30
49 ebenda S. 29

– wenn es gelingt, Widersprüche und Risse zwischen den bürgerlichen Parteien zu nutzen (beim Streik der FHS-Studenten in Baden-Württemberg 1971 machte sich die SPD-Fraktion gegen die CDU-Landesregierung für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft stark, obwohl wenige Jahre zuvor im Entwurf einer Landeshochschulgesetzesnovelle von der SPD die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft gefordert wurde). Die Auffassung, der studentische Streik stelle kaum ein ökonomisches Druckmittel dar, ist in dieser allgemeinen Form sicherlich richtig, muß aber m. E. vor allem für den Fachhochschulbereich differenzierter erfaßt werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte unter staatsmonopolistischen Bedingungen ist untrennbar verbunden mit dem steigenden Bedarf an mittelqualifiziert ausgebildeten Arbeitskräften, der im wesentlichen heute nur von den Fachhochschulen abgedeckt wird. Der relativ starke Ausbau der Fachhochschulen – heute gibt es mit den Fachhochschulstudiengängen an den Gesamthochschulen in der BRD rd. 130 000 Fachhochschulstudenten; 1977 sollen es 170 000 sein – verdeutlicht diese Tendenz.[50] Aus dieser Tendenz ergibt sich, daß aufgrund der auch kurzfristigen Abhängigkeit der Monopole vom kontinuierlichen Ausstoß von Absolventen der Fachhochschulen eine Unterbrechung dieser Kontinuität sich nicht unbeträchtlich auf die Produktion auswirken kann. Die ausgesprochen heftige Reaktion der Monopole und ihres Staatsapparates auf die bundesweiten Streiks und Semesterabbrüche der Ingenieurschulstudenten Ende der 60er Jahre scheint dies zu bestätigen. Mit allen Mitteln, z. B. dem Entzug der Ausbildungsförderung und der Erzwingung der Wiederaufnahme des Vorlesungsbetriebes durch Polizeieinsätze und durch koordinierte Aussperrung streikender Ingenieurstudenten, die eine Arbeit aufgenommen hatten, wurde die Fortsetzung des Ausbildungsprozesses erzwungen. Vor allem dann, wenn Arbeitskräftemangel herrscht, kann also ein umfassender, längerfristiger Streik durchaus auch zum ökonomischen Druckmittel werden.
Die Überbewertung dieser Seite des studentischen Streiks, wie sie ihren Niederschlag bei den ultralinken Gruppen, die den SVI-Vorstand tragen, findet, wirkt, wie dies die Praxis immer wieder bestätigt, lähmend und resignierend auf die Studenten. Aber diesen Gruppen kommt es auch garnicht darauf an, den studentischen Kampf zu einem Teilerfolg zu führen, sie lassen sich leiten von der bornierten Auffassung, mit jedem Mißerfolg der Studenten sei ein weiterer Schritt erreicht zur Desillusionierung über den bürgerlichen Staat und damit zur Bereitschaft, die Machtfrage auf die Tagesordnung zu setzen. So wird es auch verständlich, daß der gegenwärtige SVI-Buvo kein Interesse am Sozialkampf der Studenten hat.
Im folgenden seien nur noch einige Aspekte, die mir von besonderer Bedeutung für die FHS-Studentenbewegung erscheinen, angerissen.

Gremienpolitik und verfaßte Studentenschaft

Die Zerschlagung bzw. Aushöhlung der verfaßten Studentenschaft an den Fachhochschulen wurde mit der Begründung betrieben, durch die Beteiligung der Studenten in den Kollegialorganen erübrige sich die eigenständige Vertretung der Studenten. Mit dieser Begründung wurde zwar die intendierte Integration und

50 DUZ, a. a. O., S. 850

Anpassung der Studenten nicht erreicht, aber häufig wurde in einem nicht vertretbaren Maße das Gewicht der Arbeit auf die Gremien konzentriert und dabei die Entfaltung von Massenbewegungen für die Wiedereinführung bzw. Stärkung der verfaßten Studentenschaft vernachlässigt. In den kommenden Semestern müssen alle Aktivitäten auf die Forderungen nach Wiedereinführung bzw. Sicherung des politischen und imperativen Mandats, der Satzungsautonomie und der Beitragshoheit zugespitzt werden.
In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf den Artikel zur Gremienarbeit in „rote Blätter" 12 verwiesen.

Verfaßte Studentenschaft und Gewerkschaften

An den Fachhochschulen ergeben sich auch heute noch trotz Anhebung der Zulassungsvoraussetzungen (Hochschulreife) günstigere Bedingungen, die Studentenbewegung an die real existierende Arbeiterbewegung heranzuführen. Ein nach wie vor hoher Prozentsatz der FH-Studenten kommt über den 2. Bildungsweg zum Studium und hat damit meist eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. mindestens Produktionserfahrung. Einige Studenten sind bereits vor dem Studium gewerkschaftlich organisiert. Durch das obligatorische Berufspraktikum erhalten alle FH-Studenten einen Einblick in die Bedingungen ihres späteren Berufs. Vielfach hat dieser Umstand in der Vergangenheit zu der Auffassung geführt, die verfaßte Studentenschaft könne durch gewerkschaftliche Hochschulgruppen ersetzt werden. Hier liegt eine völlige Mißdeutung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung vor. Gewerkschaftliche Hochschulgruppen können und sollen nicht die verfaßte Studentenschaft ersetzen, im Gegenteil, sie erhalten nur dann eine Existenzberechtigung, wenn sie den Kampf für die Erhaltung und den Ausbau der Rechte der verfaßten Studentenschaft führen und darüber hinaus über die Desillusionierung der Studenten bezüglich der vermeintlichen Aufstiegsmöglichkeiten im späteren Beruf, die Parallelen zwischen dem Kampf in und mit der verfaßten Studentenschaft und dem gewerkschaftlichen Kampf im Betrieb aufzuzeigen.[51]
Gerade an den Fachhochschulen, wo der Kampf der Studenten, abgesehen von den Eskapaden einiger linkssektiererischer Gruppen, bzw. dem SVI-Buvo, nie gewerkschaftsfeindlichen Charakter hatte, im Gegenteil immer um die Solidarität der arbeitenden Bevölkerung gerungen wurde, muß anknüpfend an diese positive Tradition die Orientierung auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse durchgesetzt werden. Vor allem ergeben sich Ansatzpunkte für den gemeinsamen Kampf zwischen Arbeiterjugend und FH-Studenten für die Erhaltung und den Ausbau des 2. Bildungsweges. Als konkreter Hinweis sei hier nur die Möglichkeit der Mitarbeit der Studenten in Orts- bzw. Kreisjugendausschüssen und anderen Organen der Gewerkschaften erwähnt.

Kampf um demokratische Lehrinhalte und Kampf gegen die Berufsverbote

Wie für alle anderen Bildungseinrichtungen gilt auch für die Fachhochschulen, daß der Kampf für demokratische Studieninhalte unmittelbar verbunden ist mit

51 siehe auch 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform.

dem Kampf gegen die verfassungswidrigen Berufsverbote. Wer anders, als eben demokratische und marxistische Wissenschaftler und Hochschullehrer sollten denn die inhaltlichen Forderungen nach demokratischen Studieninhalten umsetzen, wer außer ihnen sollte in der Lage sein, die gesellschaftlichen Implikationen, die Bedingungen unter denen, in wessen Auftrag, für wen Sozialhilfe betrieben, Häuser und Maschinen konstruiert werden, aufzeigen zu können, frei von der Abhängigkeit der Meinung der Konzernherren und den Vorurteilen bürgerlicher Ideologie. Dazu gehört auch selbstverständlich die vorurteilsfreie Information über die Entwicklungsbedingungen und die Herrschaftsverhältnisse in den sozialistischen Ländern.
So selbstverständlich dies klingen mag, so selbstverständlich ist die Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen einen organisierten Gegner, der, um seine Herrschaft zu sichern, bereit ist, selbst seine eigenen Gesetze und Verträge mit Füßen zu treten, bereit ist, jeder demokratischen Regung mit dem Polizeiknüppel, mit Berufsverboten, mit dem Rausschmiß engagierter Arbeiter, mit einer Neuauflage militaristischer, chauvinistischer, volksfeindlicher Hetze zu begegnen.

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....
..... Expl. Facit Nr. 32, 31, 30, 29, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 13/14
..... „Internationaler Klassenkampf" facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto
..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto
..... „Evolution und Revolution" facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto
..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff) 3,50 DM + Porto
..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur", facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto
..... „Futurologie" (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto
..... „SDS in Sofia . . ." facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto
..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS" Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto
..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Confoderation Iranischer Studenten (CISNU)", 80 Seiten, 2,50 DM
..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus", facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM
..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM
..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 Seiten, 6,– DM

Bestellungen an:
Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 144 Seiten, 6,– DM

Antiimperialistischer Kampf im Iran – die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM
Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

facit Nr. 32: Kommentar: Hamburger Parteitag der DKP; Bezirkssekretariat der DKP Ruhr-Westfalen: Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973; Martin Berner: Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung; Josef Schleifstein: Rosa Luxemburg und das Parteiproblem; Bernhard v. Mutius: Wider den Spontaneismus; Hans Hermsen/Klaus Prooft/Hans Dietz: Zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeitstheorie; Gerhard Friedrich: Berufsverbote im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis; Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme?; Dokumentation: L. I. Breshnew: Für einen gerechten, demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit. 118 S., DM 2,50.

facit Nr. 31: KP Chile: Um die Zukunft des Landes – Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles; Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform; Gert Schubring: Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus; Stephan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? – Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien; Christiane Reymann: Erfolg der antiimperialistischen Bewegung; Dokumentation: Forderungen des DGB zur Hochschulreform. 104 S., 2,50 DM.

Fortsetzung auf Seite 104

STEFFEN LEHNDORFF

Die internationalen Kampfbedingungen der Studentenbewegung

Ist der Internationalismus, ist die antiimperialistische Solidarität überhaupt von der Studentenbewegung unseres Landes zu trennen? Die Antwort auf diese Frage fällt nicht schwer. Zu den ersten großen „Studentenprotesten" mit Massencharakter in der zweiten Hälfte der 60er Jahre gehörten die Demonstrationen gegen die US-Aggression in Vietnam. Die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk ist bis zum heutigen Tage aus der ganzen Entwicklung der Studentenbewegung nicht wegzudenken; die immer lauter werdenden bürgerlichen Warnungen vor einem „Antiamerikanismus" signalisierten die politischen Fortschritte der Solidaritätsbewegung. Immer wieder provozierte der Zusammenprall der Völker mit dem Imperialismus die aktive Parteinahme vieler Studenten. Die mit allen Problemen einer noch unerfahrenen Bewegung belasteten Strategiediskussionen wurden lange Zeit hindurch von – teils richtig, teils falsch verstandenen – „Modellen" des lateinamerikanischen Befreiungskampfes beherrscht. Und auch die Solidaritätsaktionen für die Unidad Popular in Chile haben nicht nur die Studentischen Massen in Bewegung gesetzt, sondern auch, jetzt auf einem höheren politischen Niveau, neue Erfahrungen und Probleme in die Studentenbewegung hineingetragen.

Aus der Geschichte des Internationalismus in der Studentenbewegung unseres Landes ist auch die Beteiligung der Studenten an der Massenbewegung für die Ratifizierung der Verträge im Frühjahr 1972 nicht herauszulösen, wenngleich diese Bewegung von der politischen Breite und von ihrem gesamten Gegenstand her eine besondere Stellung in der Tradition des antiimperialistischen Engagements der Studentenbewegung einnimmt.

Alle Erfahrungen sprechen dafür, die relativ eigenständige Bedeutung des Internationalismus für die Mobilisierung weiter Teile der studierenden Jugend, ja der Jugend überhaupt gegen den Imperialismus anzuerkennen. Dies ist nicht etwa eine Besonderheit der Bundesrepublik, sondern eine typische Erscheinung in der ganzen Welt. Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin im Sommer 1973 haben das so nachdrücklich wie noch nie bestätigt. Die menschenfeindlichen Machenschaften des Imperialismus in den verschiedensten Teilen der Welt rufen immer wieder die Empörung, den spontanen Protest nicht zuletzt unter den Studenten hervor. Doch spontan heißt auch: noch ohne Bewußtsein über grundlegende Voraussetzungen und Konsequenzen des eigenen Handelns. Lenin bezeichnete die Spontaneität als die „Keimform der Bewußtheit". Die Bewußtheit über Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes in der Studentenbewegung zu entwikkeln ist eine Aufgabe, die der marxistischen Massenorganisation der Studenten niemand abnehmen kann. Dies setzt eine eingehende Erörterung der prinzipiellen wie der aktuellen Fragen des weltrevolutionären Prozesses in den eigenen Reihen voraus.

„Die internationale revolutionäre Bewegung setzt ihre Offensive fort, trotz Schwierigkeiten und Mißerfolge einzelner ihrer Abteilungen. Der Imperialismus vermochte

nicht, das allgemeine Kräfteverhältnis durch Gegenstöße zu seinen Gunsten zu verändern. (...) Der Imperialismus ist außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die Hauptrichtung der Entwicklung der Menschheit wird vom sozialistischen Weltsystem, von der internationalen Arbeiterklasse, von allen revolutionären Kräften bestimmt."[1]
Diese Feststellung der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 ist von tiefer, historischer Bewußtheit getragen. Sie bestätigt sich in den lebendigen und wechselvollen Klassenauseinandersetzungen unserer Tage. Doch unter marxistischen Studenten wird die Kategorie des Kräfteverhältnisses gelegentlich als eine Sprachschablone verwendet, als eine Art Zauberwort, das alles erklären soll und deshalb nicht erklären kann. Kein Ereignis warf in jüngster Zeit dieses Problem so deutlich auf wie der Putsch in Chile, der doch wahrhaftig nicht zur Bestätigung eines — verkürzt verstandenen! — zum Positiven veränderten Kräfteverhältnisses in der Welt herangezogen werden kann. Nun, das Kräfteverhältnis der kämpfenden Klassen tritt auch in der internationalen Politik in den politischen Ereignissen zutage. Blicken wir also auf die Ereignisse des Jahres 1973, versuchen wir, die Entwicklungsrichtung des internationalen Klassenkampfes aus ihnen herauszufiltern:

Das vietnamesische Volk, gestützt auf die internationale Solidarität und die Hilfe der sozialistischen Länder, erringt einen historischen Sieg über den US-Imperialismus, der im Pariser Waffenstillstandsabkommen dokumentiert ist. Doch die Aggression des Imperialismus und seiner Statthalter gegen die Länder Indochinas, in offener oder versteckter Form ist noch nicht beendet.

Der vierte Nahostkrieg bricht aus, verursacht durch die widerrechtliche Besetzung arabischen Territoriums durch Israel. Doch die zionistische Führung Israels hat militärisch und politisch die Grenzen ihrer Möglichkeiten längst überschritten, sie gerät zusehends in die internationale Isolierung. In Genf beginnen die Verhandlungen über einen künftigen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Die erfolgreiche Politik der Unidad Popular in Chile läßt die Reaktion zum letzten Mittel greifen: die verfassungsmäßige Regierung Allende wird gestürzt, faschistischer Terror soll den Freiheitswillen des chilenischen Volkes in Blut ersticken lassen.
Die USA und die UdSSR unterzeichnen einen Vertrag über die Verhütung eines Atomkrieges. Nixon bekräftigt die Bereitschaft des US-Imperialismus zur Koexistenz mit der Sowjetunion.

Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland wird ratifiziert. Beide deutsche Staaten werden in die UNO aufgenommen. Die DDR ist heute als souveräner und gleichberechtigter Staat international anerkannt. Im Widerspruch dazu unterwirft das Bundesverfassungsgericht jedoch den Grundlagenvertrag einer revanchistischen Interpretation.

Die Vorrunde der europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki wird erfolgreich abgeschlossen. In Genf beginnt die Hauptetappe der Sicherheitskonferenz, in der

1 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Prag 1969, S. 13, 15

die Dokumente über die künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa ausgearbeitet werden.
In Wien beginnen die Verhandlungen über den Abbau der Truppen und Rüstungen in Europa. Zwischen der Bundesrepublik und der CSSR werden diplomatische Beziehungen aufgenommen, die Aufnahme der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sowie Bulgarien wird eingeleitet. Der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, besucht die Bundesrepublik.
Die kapitalistische Welt ist von tiefen wirtschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen geprägt, die alte kapitalistische Währungsordnung ist zerbrochen, eine neue ist noch nicht aufgebaut. Die Streikbewegungen der Arbeiterklasse erreichen neue Höhepunkte.
Der Widerstand gegen die faschistischen Regime in Spanien und Griechenland wächst, er wird mit verschärftem Terror beantwortet.
Die NATO wird von Auseinandersetzungen über eine künftige politisch-militärische Plattform des imperialistischen Weltsystems beherrscht, während der Aufrüstungskurs unvermindert, ja verstärkt fortgesetzt wird. Die westeuropäische „Gemeinschaft" wird um drei Staaten erweitert; der Aufbau einer westeuropäischen Atomstreitmacht wird nunmehr öffentlich diskutiert.
Währenddessen schreitet die planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaften der sozialistischen Länder voran. Das Krimtreffen der Führer der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder dokumentiert die Erweiterung und Vertiefung der Integration und Zusammenarbeit der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.
Die Regierung der Volksrepublik China nutzt die sich entwickelnden Beziehungen mit den USA, um immer unverhüllter den Hauptstoß ihrer internationalen Aktivitäten gegen die Sowjetunion zu richten. Sie unterstützt nunmehr offen alle entspannungsfeindlichen, gegen die Abrüstung gerichteten und sogar faschistischen Bestrebungen in allen Teilen der Welt.
Eine der letzten Bastionen des Kolonialismus wird erobert und befreit, Guinea-Bissau wird von den Volksbefreiungskräften zur Republik erklärt.
Jugendliche aus allen Teilen der Welt treffen sich in Berlin, der Hauptstadt der DDR, zur größten antiimperialistischen Jugendmanifestation aller Zeiten. Wenig später vereinigt der Weltfriedenskongreß in Moskau das bisher breiteste und repräsentativste Forum der Kräfte des Friedens, der Abrüstung und der nationalen Unabhängigkeit zu einer wahren Vollversammlung der Völker.

Das Aktionsprogramm der kommunistischen Weltbewegung ist richtig und erfolgreich.

Diese und weitere Ereignisse des vergangenen Jahres sind einzuordnen, zu gewichtigen, einzuschätzen, um die Entwicklung und die Entwicklungsrichtung des internationalen Klassenkampfes richtig beurteilen und die Konsequenzen daraus für den Kampf der Studentenbewegung in unserem Land ziehen zu können. Als Maßstab der Beurteilung bietet sich das Aktionsprogramm an, das im Hauptdokument der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 enthalten ist. Das Jahr 1969, die Internationale Beratung in Moskau, als Ausgangspunkt für diese Betrachtung zu nehmen, ist durchaus gerechtfertigt. Die historische Bedeutung der internationalen Beratung

ist vor allem darin zu sehen, daß sie „zu einem Wendepunkt in der Wiederherstellung der Einheit der kommunistischen Bewegung wurde."[2] Sie schätzte die in der Welt vor sich gehenden Veränderungen umfassend ein und konzentrierte die Aufmerksamkeit und die Aktivität der kommunistischen Bewegung auf die Brennendsten und aktuellsten internationalen Probleme, „deren Lösung eine völlig neue Situation in der Welt entstehen ließe – eine Situation, in welcher der Imperialismus keine Möglichkeiten mehr hätte, seine volksfeindliche Politik zu betreiben."[3] Das Aktionsprogramm von 1969 ist ein offensives Programm, das auf die Zügelung und schließliche Überwindung des Imperialismus gerichtet ist. Seine Verwirklichung hängt aufs engste mit der Aktivität und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung zusammen, es ist aber ein Programm nicht nur für Kommunisten, sondern ein Programm für alle antiimperialistischen Kräfte, ein allgemeindemokratisches Programm also.

Messen wir also die Ereignisse der vergangenen Jahre, vor allem des Jahres 1973, an den neuen Kampfaufgaben, die die kommunistische Bewegung sich und allen anderen antiimperialistischen Kräften 1969 gestellt hat.

1. „Das vorrangige Ziel der Aktionseinheit ist die allseitige Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes. Der endgültige Sieg der Patrioten Vietnams hat prinzipielle Bedeutung für die Stärkung der Positionen der Völker im Kampf gegen die imperialistische Politik des Diktats und der Willkür."[4] Hier wurden überaus bedeutende Erfolge erreicht. Der Sieg des vietnamesischen Volkes ist zugleich ein Sieg der internationalen antiimperialistischen Solidarität. Zum ersten Male in seiner Geschichte konnte der US-Imperialismus eingestandenermaßen keinen Sieg erringen. Der Vergleich mit der Jahreswende 1972/73, die durch ausgedehnte militärische Operationen der US-Armee in Vietnam und vor allem durch einen wahrhaften Vernichtungsfeldzug der US-Luftwaffe gegen die Bevölkerung, die Zivilisation und die Natur Vietnams geprägt war, offenbart die ungeheure Bedeutung der Tatsache, daß heute der Kampf des vietnamesischen Volkes auf der Basis des Pariser Abkommens geführt werden kann. Heute geht es um die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens, das von der Saigoner Verwaltung, die sich ohne die allseitige Unterstützung durch die USA nicht halten könnte, ständig aufs schärfste verletzt wird. In diesem Kampf brauchen die vietnamesischen Patrioten und mit ihnen ihre indonesischen Brudervölker weiterhin die internationale Solidarität, die bisher so entscheidend dazu beigetragen hat, den Imperialismus in seine heute dort überaus komplizierte und ungünstige Position zu drängen.

2. „Das Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte bleibt auch in Zukunft der Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der die Völker mit der Massenvernichtung bedroht." Dieser zweite Punkt wird uns weiter unten noch ausführlicher beschäftigen. An dieser Stelle kann jedoch bereits festgestellt werden, daß das Ausbleiben eines neuen Weltkrieges in Anbetracht solcher Konflikte

2 B. Ponomarjow, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der XXIV. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1971, S. 100

3 W. W. Sagladin u. a., Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik, Frankfurt am Main 1973, S. 57

4 Diese und die folgenden Passagen aus dem Hauptdokument sind zitiert aus: Internationale Beratung . . ., a. a. O., S. 36 ff.

wie der in Vietnam und im Nahen Osten durchaus nichts Selbstverständliches ist und schon gar nicht auf irgendeinen Automatismus des „Gleichgewichts des Schreckens" zurückgeht. Gerade die Ereignisse im Zusammenhang mit dem jüngsten Nahostkrieg zeigen doch, daß der Weltfrieden sicherer geworden ist, und zwar nicht automatisch, sondern durch aktive Entspannungspolitik. Von hervorragender und weitreichender Bedeutung ist hier das Abkommen zwischen den USA und der UdSSR über die Vermeidung eines Atomkrieges. Nichts als der Friedenswille der Völker und die darauf aufbauende konstruktive Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der jungen Nationalstaaten, die maßgebliche Kräfte des Imperialismus zu einem realistischeren Herangehen an die Fragen der internationalen Politik veranlaßt, garantieren, daß ein derartiges Abkommen nicht Makulatur wird.

3. „Die Verteidigung des Friedens ist untrennbar mit dem Kampf verbunden, die Imperialisten zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu zwingen." Bedeutsame Erfolge sind hier in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR errungen worden. Die 1972 und 1973 geschlossenen Abkommen haben in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, wie Leonid Breshnew mit allem gebotenen Realismus formulierte, „den Übergang von der Konfrontation zur Entspannung, zur Normalisierung und zur gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit angebahnt."[5] Wenn Nixon erklärt, es gebe keine Alternative zur Politik der friedlichen Koexistenz, und Kissinger bekräftigt, man sei zur Koexistenz gezwungen, dann symbolisieren diese Worte die veränderten internationalen Beziehungen. Selbstverständlich ist die Anerkennung der friedlichen Koexistenz in Worten die eine Sache, und die tatsächliche Politik der friedlichen Koexistenz, also eine Respektierung ihrer Prinzipien in der Praxis, eine andere Sache. Doch läßt sich der Zusammenhang zwischen Worten und Taten nicht beliebig dehnen und ewig mißachten. Mehr noch als die Worte werden die Taten nicht freiwillig, sondern durch den Druck der Völker hervorgebracht. Doch dieser Druck kann heute leichter entwickelt werden, in einem neuen politischen Klima, unter weitaus verbesserten Kampfbedingungen.

Am deutlichsten, mit dem größten materiellen Niederschlag zeichnet sich diese Tendenz heute in Europa ab. Die wichtigsten für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Europa zu lösenden Aufgaben wurden 1967 auf dem Treffen der europäischen kommunistischen Parteien in Karlovy Vary gekennzeichnet als: Anerkennung der nach dem 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen, Anerkennung der DDR, Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik, Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik. Diese Punkte sind sämtlich erfüllt worden, und zwar innerhalb der letzten drei Jahre! Heute stehen wir tatsächlich an der Schwelle einer neuen Entwicklung unseres Kontinents.

Betrachten wir, um besser die Dimensionen erkennen zu können, noch einmal das Treffen von Karlovy Vary. Leonid Breshnew spitzte damals die Fragestellung wie folgt zu: „Die wichtigste Voraussetzung für die Sicherheit Europas ist die Anerkennung der realen Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten mit unterschiedlicher

5 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit. Rede auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte 26. Oktober 1973, Moskau 1973, S. 10 f.

Gesellschaftsordnung gibt."[6] Mit dem Grundlagenvertrag und der Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO ist diese wichtigste Voraussetzung im vergangenen Jahr mit völkerrechtlicher Gültigkeit geschaffen worden. Nun erst konnte das eigentliche Ringen um die zukünftige Gestalt unseres Kontinents beginnen. In dieser Auseinandersetzung gibt es selbstverständlich allerlei Gegenzüge, z. T. sogar sehr gefährliche Gegenzüge des Imperialismus. Doch entscheidend ist zunächst die Plattform, auf der sich all dies vollzieht: und die war bis 1969 ausschließlich Programm der kommunistischen Bewegung und der übrigen Friedenskräfte. In wenigen Jahren wurden Tatsachen geschaffen, die aus dem Bewußtsein der Völker nicht so schnell zu tilgen sein werden. Auf diesen Tatsachen baut die europäische Sicherheitskonferenz auf —, dies deutet die Tragweite der europäischen Entwicklung im vergangenen Jahr an.

4. Der vierte Punkt des Dokuments von 1969 orientierte auf die Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen mit dem Ziel des Verbots atomarer Waffen überhaupt. Gleichfalls um der Erhaltung des Friedens willen wurden regionale Schritte zur Abrüstung und kollektiven Friedenssicherung angestrebt, speziell eine Konferenz über die Sicherheit in Europa. Bei allen Problemen, die sich durch die forcierte Aufrüstungspolitik der NATO, durch die Obstruktionspolitik Frankreichs und vor allem der Volksrepublik China gegenüber der nuklearen Abrüstung, und durch die neuerlichen Bestrebungen, eine westeuropäische Atomstreitmacht einzurichten, ergeben, gilt es folgende Fakten festzuhalten: die europäische Sicherheitskonferenz hat ihre Arbeit aufgenommen, ebenso die Konferenz über die Verminderung der Truppen und Rüstungen in Europa. Erste Schritte auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung sind der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Das Verbot der Unterbringung von Kernwaffen im Weltraum und im Ozean, das Verbot der Herstellung und Lagerung von bakteriologischen und biologischen Waffen, die sowjetisch-amerikanischen Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen sowie der Raketenabwehr. Auf UNO-Ebene sind die Vorverhandlungen über eine Weltabrüstungskonferenz auf sowjetische Initiative hin in Gang gekommen. Die Richtung der Entwicklung in Fragen der Abrüstung und Friedenssicherung kristallisiert sich also durchaus klar heraus, die Probleme und Aufgaben, die sich in diesem Bereich stellen, werden weiter unten noch ausführlicher behandelt.

5. Die internationale Beratung rief weiterhin auf zur Solidarität mit „allen Völkern und Ländern, die ständige Objekte aggressiver Anschläge des Imperialismus sind", zu gemeinsamen Aktionen „gegen die Entfesselung lokaler Kriege durch den Imperialismus und gegen andere Formen der Intervention in jedem beliebigen Raum der Welt". Betrachten wir die Ergebnisse der internationalen Solidarität mit den am meisten bedrohten Völkern: das Beispiel Vietnam und das Beispiel DDR sollen hier noch einmal wiederholt werden; auch das Beispiel der Befreiungsbewegung in Bangla Desh zeigt die Kraft der internationalen Solidarität, die dieses Land gerettet hat. Betrachten wir weitere Aufgaben im fünften Punkt des Dokuments von 1969: Das revolutionäre Kuba ist erfolgreich verteidigt worden, im Ver-

6 L. I. Breshnew, Rede auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien, 24. April 1967, in: ders., Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1971, S. 18

hältnis zu immer mehr Staaten auch Lateinamerikas konnte seine Isolierung durchbrochen werden. Die Position des US-Imperialismus und seiner Marionetten in Südkorea hat sich erheblich kompliziert, die konstruktive auf die friedliche Wiedervereinigung Koreas gerichtete Politik der KVDR ist ein bedeutender Faktor der Entspannung und Sicherheit in Asien geworden.

Deutlich werden die Veränderungen auch in der Nahost-Frage. In den Oktobertagen des vergangenen Jahres brachen quasi über Nacht geheiligte Normen und Mythen zusammen, mit denen die zionistischen Machthaber sich und ihren Freunden immer wieder Mut zur Fortsetzung ihres abenteuerlichen Kurses gemacht hatten: die Illusion der unbedingten waffentechnischen Überlegenheit Israels zerbrach an der Realität der Flugzeug-, Raketen- und Panzerabwehrraketen Syriens und Ägyptens; die illusionäre Siegesgewißheit der zionistischen Führer zerbrach an der Realität der mit guter Moral und Organisation für die Befreiung ihrer eigenen Gebiete kämpfenden Araber; der Mythos, unter Arabern könne es keine Solidarität geben, zerbrach an der Kampfgemeinschaft der arabischen Länder einschließlich der palästinensischen Befreiungsbewegung und der gemeinsamen Verwendung des Erdöls als Waffe. In den Oktobertagen wurde nicht nur die Tragfähigkeit der internationalen Entspannung bestätigt, sondern die Anbahnung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz hat neue Wege zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten eröffnet, hat entscheidend zur Isolierung der aggressivsten Teile des Imperialismus in Israel und ihrer Hintermänner in den USA beigetragen. Nicht zufällig wird der Unmut aller reaktionären Kräfte auch in unserem Land durch die Tatsache erregt, daß die neuen Momente in der Nahost-Taktik der USA auf den Besuch Kissingers in Moskau zurückgehen.

6.) Die Internationale Beratung bekräftigte im sechsten Punkt des Dokuments „ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für Unabhängigkeit und nationale Souveränität" und rief dazu auf, „die Überreste des Kolonialismus zu beseitigen und den Neokolonialismus zu bekämpfen." Zu den großartigsten auf diesem Gebiet seit 1969 errungenen Erfolgen gehört zweifellos der Aufschwung der Befreiungsbewegung gegen den portugiesischen Kolonialismus, insbesondere der Sieg in Guinea-Bissau. Selbst der Mord an dem großen Führer der PAIGC, Almilcar Cabral, begangen eine Woche nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er demonstrativ an den Feierlichkeiten zum 50. Gründungstag der UdSSR teilgenommen hatte, konnte den Freiheitskampf gegen den portugiesischen Kolonialismus nicht aufhalten. Heute ist Guinea-Bissau eine unabhängige Republik, die bereits von der Mehrzahl der Staaten dieser Welt anerkannt ist, und das Kampfbündnis der nationalen Befreiungsbewegung mit dem Sozialismus ist enger denn je.

Der Kampf um die Erringung und die Festigung der nationalen Unabhängigkeit in Asien, Lateinamerika und Afrika hat seit 1969 große Fortschritte gemacht, obwohl es gerade hier große Probleme und auch Niederlagen gab. Immer mehr Staaten Afrikas betreiben eine konstruktive Politik der nationalen Unabhängigkeit und der Zusammenarbeit mit dem Sozialismus, die nicht zuletzt auf der Bühne der Vereinten Nationen erheblich zur Sicherung des Weltfriedens beiträgt. Eine Reihe afrikanischer Länder beschreiten erfolgreich einen Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung.

Einen großen Rückschlag dagegen bedeuteten die Ereignisse im Sudan, einen Rückschlag, der jedoch, betrachtet man die Entwicklung seitdem im einzelnen, nicht von Dauer sein muß.
Der Kampf der Völker von Indochina und Bangla Desh, die Initiativen der KVDR, die sich weiterhin festigende Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Indien sind wichtige Merkmale des Fortschritts, den die Sache der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens trotz der chauvinistischen Obstruktionspolitik der Pekinger Führung auf dem asiatischen Kontinent macht.
Auch in Lateinamerika vollziehen sich tiefgreifende Veränderungen. Die Belagerung der Festung Kuba wird immer mehr durchbrochen; solche Länder wie Argentinien, sogar Panama und Costa Rica nehmen, wie widersprüchlich auch immer, Kurs auf die Unabhängigkeit von den USA und auf demokratische innere Reformen; In Peru regiert eine fortschrittliche Militärdiktatur. Doch in einigen Ländern Lateinamerikas hat die Reaktion auf derartige Fortschritte mit verschärften Gegenoffensiven geantwortet. In Bolivien hat eine Militärjunta geputscht; in Uruguay sind seit einigen Monaten die Kommunistische Partei, die anderen Organisationen der „Frente Amplio" und die Gewerkschaften brutalen Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt. Am grausamsten steht das Beispiel Chiles. Der faschistische Militärputsch ist nicht nur ein furchtbarer Schlag gegen die Sache des chilenischen Volkes, sondern auch gegen die antiimperialistischen Kräfte in aller Welt. Doch sogar an den Ereignissen in Chile lassen sich wichtige Veränderungen der internationalen Lage ablesen: die weltweite Welle der Empörung über die Greueltaten der Junta und der Solidarität mit den chilenischen Patrioten konnte bis heute das Ziel der Junta durchkreuzen, internationale Anerkennung zu erreichen, und konnte die Ermordung manch eines Freiheitskämpfers bislang verhindern. Die US-Regierung sah sich von Anfang an gezwungen, jegliche Mitwirkung an dem Putsch energisch abzustreiten, – so etwas hatte sie früher nur bei mißglückten Aktionen wie der Schweinebucht-Invasion auf Kuba für nötig befunden. In der UNO hat ein Ausschuß die Tätigkeit aufgenommen, der sich – nicht zuletzt durch die Initiative Salvador Allendes – mit den Machenschaften und Verbrechen der multinationalen Konzerne beschäftigt. Die Wachsamkeit der Weltöffentlichkeit gegenüber dem Imperialismus, die Empörung der Völker über seine Aggressions- und Unterdrückungsakte, die Breite und Tiefe der Solidarität mit dem Antiimperialistischen Befreiungskampf im Weltmaßstab waren noch nie in der Geschichte so groß wie heute. Wir haben kein Recht zu vergessen, daß auch dies schon eine gewaltige Errungenschaft ist, die entscheidend auf die wachsende Zielstrebigkeit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zurückgeht.
7.) Der siebente Programmpunkt von 1969 orientiert auf den Kampf gegen die faschistische Gefahr. Es ist nicht gelungen, die faschistischen Regime wie in Griechenland, Spanien und Portugal zu beseitigen, und in einem Land wie Italien ist der Faschismus nach wie vor eine reale Gefahr. Mehr noch: dem Faschismus ist durch den Putsch in Chile ein wichtiger Erfolg gelungen. Doch unter der Oberfläche gibt es Entwicklungen und Veränderungen, die man beachten muß. In Griechenland, Spanien und Portugal nimmt der antifaschistische Kampf einen Aufschwung, der Kampf der patriotischen Kräfte in Griechenland wird geschlossener geführt. Auch die internationalen Positionen der faschistischen Regime werden komplizierter; das spanische Regime beginnt in letzter Zeit, wie die Anerkennung

der DDR und die Teilnahme an der europäischen Sicherheitskonferenz zeigen, zu manövrieren, um aus der Isolierung zu geraten. Doch Maßnahmen wie die Anerkennung der DDR, eines Landes also, in dem Kämpfer der Internationalen Brigaden regieren, durch Franco, ist eine schlecht getarnte Niederlage des spanischen Faschismus.
8.) Einen weiteren Schwerpunkt setzte die internationale Beratung im Kampf gegen den Rassismus. Diese Frage ist nach wie vor höchst aktuell: die rassistischen Regime im südlichen Afrika bilden nach wie vor einen wichtigen imperialistischen Brückenkopf auf diesem Kontinent, wenngleich das Regime der Südafrikanischen Republik immer wieder von heftigen Unruhen der afrikanischen Bevölkerung, ins besondere der Arbeiterklasse, erschüttert wird. Die zionistische Führung Israels verwendet den Rassismus als eine der Stützen ihrer Herrschaft, sieht sich jedoch einer wachsenden demokratischen Opposition im eigenen Land gegenüber. Die Politik und Ideologie des Rassismus ist nach wie vor in vielen Teilen der Welt ein wirksames Mittel des Imperialismus zur Spaltung und Niederhaltung der Arbeiterklasse, man denke nur an den Antisemitismus, an die vielfältige Unterdrückung der Afroamerikaner in den USA, oder die militante Schwarzenbach-Bewegung in der Schweiz.
9.) Schließlich hob die Beratung den Kampf um die Verteidigung und die Erweiterung der Demokratie hervor. Die „Demokratisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens" gehört zu den Kampfaufgaben, „deren Verwirklichung die Positionen des Imperialismus insgesamt schwächt, die Herrschaft des Monopolkapitalismus in seinen Grundfesten erschüttert. Damit werden günstige Bedingungen für die Erreichung der Endziele der Arbeiterbewegung geschaffen." Auf diesem Gebiet ist es nur wenig gelungen, praktische Errungenschaften durchzusetzen. In einigen Ländern wie Italien konnten einzelne Fortschritte für die Werktätigen errungen werden. In Chile dagegen wurden die Errungenschaften der Volkseinheit durch den faschistischen Putsch vernichtet. In einer Reihe von Ländern kam es jedoch in den letzten Jahren zu einer bedeutenden Sammlung der demokratischen Kräfte, so – abgesehen von Chile – vor allem in Frankreich, aber auch ansatzweise in Japan, Uruguay und anderen Ländern.

Ungleichmäßigkeit und Einheit der drei revolutionären Hauptströmungen

Stellt man die wichtigsten internationalen Ereignisse von 1973 in den größeren Zusammenhang, der durch das Kampfprogramm der internationalen Beratungen von 1969 gegeben ist, fällt es nicht schwer, aus ihnen die insgesamt erfolgreiche Politik der kommunistischen und antiimperialistischen Weltbewegung herauszukristallisieren. Es bestätigt sich zugleich, daß die marxistisch-leninistische Kategorie des Kräfteverhältnisses und ihre Anwendung im Dokument der Internationalen Beratung (man vergleiche hierzu noch einmal die eingangs zitierte Passage) die ganze Dialektik des internationalen Klassenkampfes beinhaltet. Was heißt das? Das heißt zunächst, daß es für die antiimperialistischen Kräfte zum einen oder anderen Zeitpunkt, in dem einen oder anderen Teil der Welt trotz des allgemeinen Voranschreitens der revolutionären Weltbewegung Rückschläge geben kann. Doch darüber hinaus bedeutet es, daß sich der revolutionäre Prozeß ungleichmäßig vollzieht, daß die verschiedenen Abteilungen der antiimperialistischen Bewegung im

Weltmaßstab ungleichmäßig voranschreiten. So ist es beispielsweise bezeichnend, daß in den Programmpunkten sieben bis neun des Dokumentes der internationalen Beratung, wenn man „unter dem Strich" zusammenzählt, bis heute, wenn überhaupt, vergleichsweise die geringsten Fortschritte gemacht werden konnten. Es handelt sich hier interessanterweise um solche Fragen, die in erster Linie vom Verhältnis der inneren Klassenkräfte der jeweiligen Länder abhängen, auf die also internationale Faktoren und vor allem die Kraft des Sozialismus nur sehr vermittelt einwirken können. Demgegenüber wurden die größten Erfolge entweder dort erzielt, wo der Sozialismus, also die staatlich organisierte Arbeiterklasse ihre gewachsene Stärke unmittelbar gegenüber dem Imperialismus in die Waagschale werfen konnte, oder aber dort, wo sich der Imperialismus außerhalb seiner Kernländer dem mächtigen Ansturm nationaler Befreiungsbewegungen gegenübersieht, deren Stärke sich auf der internationalen Bühne potenziert, sobald sie sich zur Staatsmacht erhoben haben.

Betrachten wir den Sozialismus. Worin besteht seine Stärke? Seine militärische Stärke ließe jede imperialistische Aggression zu einem selbstmörderischen Abenteuer werden. Seine wirtschaftliche Stärke macht ihn zu einem immer interessanteren Handels- und Kooperationspartner des Kapitalismus. Und vor allem, die ständige Vervollkommnung seiner Systemüberlegenheit gegenüber dem Kapitalismus weckt zunehmend die Sympathie der fortschrittlichen Öffentlichkeit in der kapitalistischen Welt, macht ihn immer mehr zu einem gewissen Orientierungspunkt für das Handeln der Arbeiterbewegung im Kapitalismus, unterminiert mithin den Antikommunismus als wichtigste ideologische Stütze der Bourgeoisie. Diese Faktoren sind die Grundlage für die Veränderung des Kräfteverhältnisses, mit ihren Faktoren allein lassen sich die raschen Veränderungen in der internationalen politischen Arena der letzten Jahre nicht erklären. Auf der Grundlage dieser drei Faktoren wurde eine aktive, konstruktive, ideen- und initiativreiche Außenpolitik der friedlichen Koexistenz betrieben: das hat schließlich den Ausschlag gegeben. Hervorzuheben ist hier vor allem der XXIV. Parteitag der KPdSU von 1971, der durch sein glaubwürdiges und attraktives Friedensprogramm innerhalb kürzester Frist zu einem Ereignis von wahrhaft internationaler Bedeutung wurde. Hervorzuheben ist weiterhin die koordinierte Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, an der sich zuletzt die Bundesregierung bei ihrem Versuch, das Westberliner Abkommen anläßlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur CSSR zu durchlöchern, die Zähne ausgebissen hat. Erst die konstruktive Friedenspolitik des Sozialismus vermag alle Systemvorzüge, die wirtschaftliche, politische und militärische Stärke des Sozialismus optimal und mit voller Wirksamkeit in die Waagschale des internationalen Klassenkampfes zu werfen. Gerade die Veränderung der politischen Landschaft Europas in den letzten Jahren müssen deshalb bei realistischer Betrachtungsweise in erster Linie als das Produkt des Drucks der äußeren proletarischen Klassenkräfte auf die kapitalistischen Staaten betrachtet werden.[7] Umso schärfer und größer stellen sich, wie noch zu zeigen sein wird, die zukünftigen Aufgaben der fortschrittlichen Kräfte Westeuropas.

7 Vgl. dazu den Bericht des Parteivorstands an den Hamburger Parteitag der DKP, maschinenschriftliches unkorr. Manuskript, Hamburg 2. 11. 1973, S. 9 f.: „So sehr wir um den Beitrag wissen, der in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Westeuropas zum Abbau des kalten Krieges geleistet wurde, so gewiß ist es für uns: Die Erwärmung des politischen Klimas in Europa, die positiven Veränderungen in den internationalen Beziehungen verdanken wir in erster Linie der Sowjetunion, der KPdSU sowie Genossen L. I. Breshnew persönlich. Wir verdanken sie der koordinierten zielstrebigen Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft zur Verwirklichung des historischen Friedensprogramms, das der XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verkündete. Wir verdanken sie der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und des Friedens."

Die leninsche Friedenspolitik der Sowjetunion übt eine von Jahr zu Jahr wachsende Ausstrahlungskraft auf die Völker der Welt aus. Und dies interessanterweise in dem Maße, in dem die Völker ihren eigenen Kampf um soziale und nationale Befreiung intensivieren. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist darauf gerichtet, den friedlichen und damit möglichst raschen Aufbau des Sozialismus zu ermöglichen, die imperialistische Politik der Aggression und der Eroberung und Annexion fremder Gebiete zu zügeln, den Export der Konterrevolution durch den Imperialismus einzudämmen und schließlich zu unterbinden. Sie steht deshalb nicht im Widerspruch zum Kampf der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte gegen das Großkapital, sondern setzt vielmehr den Klassenkampf voraus. Genausowenig widerspricht sie dem nötigenfalls mit Waffengewalt geführten nationalen Befreiungskampf der Völker und der allseitigen Unterstützung dieses Kampfes durch den Sozialismus, sondern setzt den mit allen erforderlichen Mitteln geführten nationalen Befreiungskampf voraus. Die Politik der friedlichen Koexistenz trägt deshalb wowohl in größtmöglichem Umfang zur Sicherung des Weltfriedens und damit des elementarsten Lebensinteresses der Menschheit bei als auch zur Schaffung solcher politischer Bedingungen, die die weitere Entfaltung des Klassenkampfes im Weltmaßstab begünstigen.

Die überaus große Anerkennung, die die Politik der Sowjetunion unter den Teilnehmern des Weltfriedenskongresses in Moskau vom Oktober vergangenen Jahres gefunden hat, ist also durchaus nicht konjunkturell, sondern wächst gesetzmäßig mit dem Aufschwung des Kampfes der Völker für Frieden und nationale Unabhängigkeit. In der Herstellung einer Kampfgemeinschaft des Sozialismus mit der nationalen Befreiungsbewegung und den jungen Nationalstaaten konnten so in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht werden. Dies bestätigt sich an so unterschiedlichen Beispielen wie der Hilfe für den vietnamesischen Befreiungskampf und der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Indien. Besonderes Gewicht kommt auch dem Zeugnis Yasser Arafats zu: „Die Sowjetunion führt im Nahen Osten eine würdige und objektive Politik durch, indem sie sich für die arabischen Völker, für ihr Recht auf Freiheit und auf einen gerechten Frieden einsetzt. Diese Politik ist die wahrhafte Verkörperung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorsehen und von der Notwendigkeit ausgehen, alle Formen der Ausbeutung, der nationalen Unterjochung und der Bedrängung der Persönlichkeit abzuschaffen."[8]

Wenn wir an dieser Stelle versuchen, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und allgemeine Konsequenzen für die Kampfaufgaben der antiimperialistischen Kräfte in Europa zu formulieren, können drei Feststellungen gemacht werden:

1.) Die erste allgemeine Schlußfolgerung besteht darin, daß auch im kapitalistischen Europa die unbedingte Notwendigkeit, aber auch neue große Möglichkeiten bestehen, daß Schöpfertum der Volksmassen auf die Außenpolitik auszudehnen.

8 Neue Zeit, Nr. 48, Moskau 1973, S. 20

Hierbei ist es wichtig, einen grundsätzlichen Aspekt zu sehen: in der kapitalistischen Gesellschaft ist wie auch in allen vorangegangenen Ausbeutergesellschaften die herrschende Klasse gesetzmäßig daran interessiert, die Volksmassen vom politischen Leben fernzuhalten. Vom Standpunkt der Bourgeoisie aus kann nur dann von einem starken Staat gesprochen werden, wenn, wie Lenin bei der Begründung der ersten außenpolitischen Schritte der jungen Sowjetmacht ausführte, „Der mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen", „wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierungen gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen."[9] Unter diesen Bedingungen kann das Schöpfertum der Volksmassen, das bewußte Einwirken der Völker auf die Außenpolitik der kapitalistischen Staaten prinzipiell nur darin bestehen, Widerstand gegen die Politik der herrschenden Klassen auszuüben.

Eine grundlegende Umwälzung des Verhältnisses der Volksmassen zur Außenpolitik kann erst mit der sozialistischen Revolution erfolgen. Der Sozialismus setzt bewußtes Handeln, aktives Schöpfertum der Massen voraus. Dies gilt auch für die Außenpolitik: „Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun."[10] Deshalb gibt es mit dem Sieg des Sozialismus auf einem Teil der Erde, in der Epoche des allgemeinen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus also, grundlegend neue Möglichkeiten für die Volksmassen, auf die Außenpolitik der kapitalistischen Staaten einzuwirken.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Auftreten einer prinzipiell neuen Außenpolitik und Diplomatie auf der historischen Bühne, nämlich der Außenpolitik und Diplomatie der sozialistischen Länder, an ihrer Spitze die Sowjetunion, „die nicht nur die Interessen und den Willen der breitesten Volksmassen der ganzen Welt vertreten, sondern sich auch bewußt das Ziel stellen, den Einfluß der werktätigen Massen auf die internationalen Beziehungen größtmöglich zu erweitern. (...) Die neue Diplomatie beginnt dort, wo die politischen Hauptziele des Staates, das unmittelbare Wesen der Außenpolitik so beschaffen sind, daß sie nicht vor den Völkern verborgen gehalten werden müssen, daß umgekehrt die Völker, die werktätigen Massen, in Kenntnis dieser Ziele diese nicht nur moralisch, sondern auch mit ihrem eigenen Kampf unterstützen."[11]

Als es um die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ging, ist dieser Zusammenhang bei uns bisher am deutlichsten zutage getreten. Die zugleich prinzipienfeste und elastische Politik der Sowjetunion, auf der Grundlage des Friedensprogramms des XXIV. Parteitags der KPdSU, schuf die Herausforderung und den Raum für die Entfaltung der Selbsttätigkeit großer Teile unseres Volkes für die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, für den Frieden und gegen imperialistische Abenteuerpolitik.

Die außenpolitischen Vorstellungen der DKP, die auf dem Hamburger Parteitag verkündet wurden, wenden diesen Gedanken detailliert an: die Friedensoffensive der sozialistischen Staatengemeinschaft deckt in jeder außenpolitischen Frage, so

9 W. I. Lenin, Schlußwort zur Rede über den Frieden, in: ders., Werke, Bd. 26, Berlin 1970, S. 246
10 ebenda
11 G. A. Arbatow, Ideologischer Klassenkampf und Imperialismus, Berlin 1972, S. 87, 134

sehr sie auch von der Großbourgeoisie als „Expertenfrage" ausgegeben werden mag, die verständliche Alternative zwischen Entspannungspolitik einerseits und imperialistischer Blockpolitik andererseits auf. Dies ermöglicht es der Arbeiterklasse unseres Landes, in die außenpolitischen Tagesauseinandersetzungen mit eigenen außenpolitischen Vorstellungen einzugreifen, die nicht nur langfristige Ziele betreffen, sondern die, abgeleitet aus diesen langfristigen Zielen, konkrete Antworten auf die Tagesfragen enthalten, die den Interessen der Arbeiterklasse und den nationalen Interessen unseres Landes entsprechen. Auf diesem Weg ergeben sich also die größten Chancen, die erhöhte Aktivität der Arbeiterklasse auch für das Gebiet der Außenpolitik wirksam werden zu lassen und im hartnäckigen Tageskampf die Bundesregierung Schritt für Schritt auf dem Kurs der Entspannungspolitik voranzudrängen.

2.) Die Zweite Schlußfolgerung besteht darin, daß die Aktivierung der Volksmassen für den Frieden mehr denn je die Schlüsselfrage für die weitere Entwicklung Europas ist. Aus allem bisher Gesagten geht hervor, daß die von der Internationalen Beratung vorgenommene Kennzeichnung des Kampfes um den Frieden als „das Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktion der antiimperialistischen Kräfte auf vielfältige Weise bestätigt und bekräftigt worden ist:
die Zurückweisung imperialistischer Abenteurerpolitik und die Verhütung eines neuen Weltkrieges entspricht den grundlegenden Lebensinteressen der Menschheit; der Kampf für den Frieden ermöglicht und erfordert die breiteste internationale Zusammenarbeit der Völker sowie das Bündnis aller friedliebend und realistisch eingestellten Kräfte innerhalb jeden Landes.

Die Verteidigung und die Sicherung des Friedens ist eng mit allen grundlegenden Lebensfragen der Völker verknüpft, mit ihrem Streben nach nationaler und sozialer Befreiung. Leonid Breshnew betonte in seiner Rede auf dem Weltfriedenskongreß in Moskau, daß der Kolonialismus gesetzmäßig den Kampf um nationale Befreiung, die Ausbeutung gesetzmäßig den Kampf um die Befreiung der Arbeit hervorbringt und es deshalb auf der Erde keine Kräfte gibt, „die das eherne Gesetz der Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens rückgängig machen könnten."[12] Mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz kämpft die Sowjetunion deshalb „auch um günstige internationale Bedingungen für den sozialen Fortschritt aller Länder und Völker. Es geht darum, daß jedem Volk das Recht zugestanden wird, sich die Gesellschaftsordnung zu wählen, die ihm genehm ist..."[13] Deshalb verfechten die Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht einfach irgendeinen Frieden oder die Abwesenheit von Krieg, sondern einen „Frieden, der auf der Achtung der Rechte und Interessen aller Völker beruht"[14], einen „gerechten demokratischen Frieden"[15] also, wie er bereits in dem Leninschen Dekret über den Frieden aus dem Jahre 1917 charakterisiert wurde. In diesem Sinne konnte Leonid Breshnew darauf hinweisen, „daß der Friede und die Sicherheit in Südostasien nur durch das Respektieren der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität aller Völker dieser Region endgültig durchgesetzt werden

12 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden..., a. a. O., S. 39
13 ebenda, S. 40
14 ebenda, S. 8
15 W. I. Lenin, Rede über den Frieden, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1970, S. 239

können", und „daß der Kampf der arabischen Völker für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression zugleich ein Kampf für die Durchsetzung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten ist".[16]

Aus alldem ergibt sich, wie die Kommunisten stets betonen, daß der bewaffnete antiimperialistische Befreiungskampf in keinerlei Gegensatz zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz steht, da der Imperialismus nach wie vor Millionen von Menschen dazu zwingt, mit der Waffe in der Hand für Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen. Die Politik der friedlichen Koexistenz kann zweifellos den Export der Konterrevolution erschweren und in einer Reihe von Fällen sogar verhindern. Generell muß aber betont werden, daß sie „zur Entwicklung und Stärkung aller Triebkräfte des revolutionären Weltprozesses und zur Entwicklung sowohl der friedlichen als auch der nichtfriedlichen Formen des Kampfes" beiträgt.[17]

Der Kampf für einen gerechten, demokratischen Frieden stellt jedoch nicht nur die wichtigste gemeinsame Plattform aller antiimperialistischen Kräfte der Erde dar, sondern trägt auch zur gegenseitigen Solidarität und Unterstützung der verschiedenen Abteilungen des antiimperialistischen Kampfes bei.[18] Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, deren Motto bereits die Einheit des Kampfes für Frieden mit der antiimperialistischen Solidarität zum Ausdruck brachte, demonstrierten die gewaltige Kraft, die diese beiden Strömungen der antiimperialistischen Weltbewegung gemeinsam ergeben. Das Engagement für antiimperialistische Solidarität unter der Jugend unseres Landes muß deshalb vielmehr als bisher zu einem Faktor des Kampfes gegen den Imperialismus in Europa, also zu einem Faktor des Kampfes für die friedliche Koexistenz auf unserem Kontinent gemacht werden.

„Es ist noch viel zu tun", sagte Breshnew auf dem Weltfriedenskongreß, „um jeden der friedliebenden Ströme zu aktivieren und sie zugleich in einem gemeinsamen Bett zusammenfließen zu lassen."[19] Was die Friedensbewegung unseres Landes betrifft, und das ist die dritte allgemeine Schlußfolgerung aus dem bisher Gesagten, werden wir hierzu nur erfolgreich beitragen können, wenn wir kompromißlos für die Freundschaft mit der Sowjetunion eintreten. Es handelt sich hier nicht um irgendein abstraktes Bekenntnis. Vielmehr ist doch aus den bisherigen

16 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden . . ., a. a. O., S. 15
17 W. N. Jegorow, Friedlich Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin 1972, S. 104
18 Vgl. in diesem Zusammenhang L. I. Breshnew, Rede auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien, a. a. O., S. 11 f.: „Der Kampf für Frieden in Europa lähmt in gewissem Maße bereits heute die aggressiven Kräfte der Imperialisten, hindert sie daran, sich an der Unterdrückung der Befreiungsbewegung in anderen Weltteilen zu beteiligen. Es ist doch eine Tatsache, Genossen, daß es den USA trotz ihrer beharrlichen Anstrengungen nicht gelungen ist, ihre europäischen NATO-Verbündeten in das Vietnamabenteuer zu verwickeln, wie es während des Koreakrieges der Fall war. Das ist ein Ergebnis des Kampfes der kommunistischen Parteien, der Arbeiterklasse der ganzen Welt, aller Friedenskräfte. Den Kräften des Imperialismus in Europa die Hände zu binden, ihre Aggressionspläne zu durchkreuzen, heißt nicht nur, den Aktionsbereich der aggressiven Politik des Imperialismus einzuengen, was an und für sich schon wichtig ist, sondern heißt darüber hinaus, diesen Kräften eine Niederlage beizubringen, die sich überall auswirken würde. Das wäre auch eine reale Hilfe für den Freiheitskampf der Völker aller anderen Kontinente. Ich glaube, Genossen, im Namen aller zu sprechen, wenn ich sage, daß wir durch die Wahrnehmung der Interessen der europäischen Sicherheit auch unsere internationale Pflicht gegenüber den Völkern der ganzen Welt erfüllen!"
19 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden . . ., a. a. O., S. 49

Überlegungen unzweifelhaft abzulesen, daß die Interessen der Jugend und der gesamten werktätigen Bevölkerung unseres Landes an einem Europa der kollektiven Sicherheit sich mit den Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik decken und daß eine Aktivierung der Volksmassen in unserem Land für eine solche Politik nur dann möglich ist, wenn in der tagtäglichen Politik maximal alle Ansätze und Voraussetzungen initiativreich genutzt werden, die uns die sowjetische Friedensoffensive gewissermaßen frei Haus liefert. Das Verhältnis zur Sowjetunion ist deshalb durchaus nicht nur das Kriterium für jeden Kommunisten. Sondern das Verhältnis zur Sowjetunion, das sich heute vor allem in der Haltung gegenüber den bürgerlichen und maoistischen Schauergeschichten über die angebliche Aggressivität des „Sowjetimperialismus" äußert, entwickelt sich immer mehr zu einer Kernfrage, von der es abhängt, ob und wie weit die Bevölkerung unseres Landes für Entspannung und Abrüstung aktiv wird.

Im Jahre 1920, auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale, stellte Lenin fest, daß „das ganze Weltsystem der Staaten bestimmt wird durch den Kampf einer kleinen Gruppe imperialistischer Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetstaaten, an deren Spitze Sowjetrußland steht. Wenn wir das außer Acht lassen, dann werden wir außerstande sein, auch nur eine einzige nationale oder koloniale Frage richtig zu stellen, selbst wenn es sich um den abgelegensten Winkel der Welt handelt. Nur von diesem Standpunkt aus können die kommunistischen Parteien sowohl der zivilisierten als auch der zurückgebliebenen Länder die politischen Fragen richtig stellen und lösen."[20] Heute könnte man fortfahren: für die Studentenbewegung, für alle antiimperialistischen Kräfte der Bundesrepublik wird es unmöglich sein, auch nur eine einzige Frage der Entwicklung unseres Landes richtig zu beantworten, ihrer Verantwortung für Frieden und Abrüstung in Europa gerecht zu werden, wenn sie sich nicht vom Antisowjetismus befreien. Der Antisowjetismus und Antikommunismus wird natürlich am ehesten im praktischen antiimperialistischen Kampf überwunden, das erfordert von den Marxisten aber eine immense Verschärfung ihrer ideologischen Offensive gegen die Positionen der Großbourgeoisie.

Der Imperialismus beantwortet die Herausforderung: Probleme der friedlichen Koexistenz in Europa

Wenn wir von der Veränderung des Kräfteverhältnisses sprechen, dann meinen wir also einen sehr vielseitigen Prozeß, in dem die politische Kunst der Staatsmänner im Sozialismus die Aktivität, die Initiative und das Schöpfertum der Volksmassen und weitere Faktoren eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wer die Dialektik des Kräfteverhältnisses erkennen will, darf nicht vergessen, daß auch der Gegner, die imperialistische Bourgeoisie nicht schläft. Wir sprechen davon, daß der Imperialismus zur Anpassung an das veränderte Kräfteverhältnis gezwungen ist. Wir begreifen aber diese Anpassung keineswegs als einen passiven Vorgang. Der Imperialismus entwickelt Strategien der Anpassung, immer neue Ansätze einer Theorie und Praxis der „Flucht nach vorn"[21] seiner überlebten Gesellschaftsordnung. Weit-

20 W. I. Lenin, Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1970, S. 229
21 L. Maier, Zur Dialektik der Anpassung, in: Einheit, Nr. 4, Berlin 1972, S. 521

blickenden Politikern des Großkapitals geht es dabei durchaus um langfristige Konzeptionen. So formulierte beispielsweise Georg Leber: „Unsere Entscheidungen müssen an unseren großen, unsere politische Existenz berührenden Zielen orientiert sein, nicht an den Tagesereignissen."[22]

Im Grunde befindet sich jeder Ansatz einer Anpassungsstrategie im Widerspruch zu dem historischen Zwang für eine untergehende Gesellschaftsordnung, sich an die sich gegen sie kehrenden Realitäten anzupassen. Deshalb produziert diese Dialektik auch wichtige Differenzierungsprozesse innerhalb der Monopolbourgeoisie im nationalen und internationalen Maßstab.

Zugleich steht den imperialistischen Versuchen, die Entwicklung des Kräfteverhältnisses wieder umzukehren, je nach regionalen Gegebenheiten und weltpolitischen Konstellationen nach wie vor eine breite Palette von Möglichkeiten offen. So ist die offene militärische Aggression, das Beispiel Nahost beweist es aufs Neue, noch längst nicht aus dem Arsenal der politischen Instrumente des Imperialismus verbannt. Ebenso stellt der faschistische Putsch in Chile einen Versuch dar, unter Ausnutzung noch verbliebener Möglichkeiten den demokratischen und sozialen Fortschritt in einem Land mit exemplarischer internationaler Wirkung rückgängig zu machen. Nicht zuletzt spielt auch der wahnsinnige Großmacht-Chauvinismus der maoistischen Führung der VR China im imperialistischen Kalkül eine wichtige Rolle. Man denke nur an den erbitterten Widerstand, den die Maoisten auch nur dem kleinsten praktischen Schritt zur Abrüstung entgegensetzen. Sie geben dabei sogar gelegentlich den USA gewissermaßen „Feuerschutz", so daß die USA in einer Reihe von Fällen auf die Abrüstungsoffensiven der Sowjetunion ausgesprochen flexibel reagieren konnten.[23] So entsteht zuweilen die Paradoxe Situation, daß der natürliche Hauptgegner der Abrüstung, der US-Imperialismus, die Grenzen seiner Bereitschaft zum Entgegenkommen gegenüber den sozialistischen Abrüstungsvorstößen gar nicht erst aufzudecken braucht.

Natürlich ist es an dieser Stelle unmöglich, die vielen Aspekte der Anpassungsstrategie, zu denen die immer engere Verschränkung von Innen- und Außenpolitik und die zunehmende Bedeutung darzustellen und zu analysieren. Um jedoch die oben aus der Einschätzung der internationalen Entwicklung der letzten Jahre gezogenen drei allgemeinen Schlußfolgerungen für die aktuellen Auseinandersetzungen um die Zukunft Europas nutzbar zu machen, soll hier auf ein Grundmuster imperialistischer Anpassungsstrategie für Europa eingegangen werden: die „Standbein-Spielbein"-Konzeption. Diese Konzeption, die von Helmut Schmidt in ihre plastischen Begriffe gekleidet wurde, besagt einfach folgendes: „Standbein" westlicher Außenpolitik bleibt nach wie vor das politische und militärische Bündnis im Rahmen der NATO; die Entspannung der Ost-West-Beziehungen ist ihr „Spielbein".

Diese Konzeption ist zweifellos die Hauptrichtung des strategischen Denkens und Handelns in der NATO. Bereits ihre Formulierung zeigt, wie unrealistisch sie im Kern ist: der Koexistenz und Zusammenarbeit liegen in Wahrheit ja mächtige

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. November 1973

23 Zuletzt in der Abstimmung in der jüngsten UN-Vollversammlung über den sowjetischen Antrag, die Rüstungsbudgets der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 % zu kürzen und die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und die Entwicklungsländer zu verwenden: Die USA enthielten sich der Stimme, China stimmte mit Nein.

objektive Faktoren zugrunde, die die Disposition des Kapitalismus über sein „Spielbein" begrenzen, besser: die ihn zwingen, nur noch auf einem Bein fest zu stehen und ihm zugleich die Plattform für das Spiel mit dem zweiten diktieren. Doch betrachten wir zunächst das „Spielbein", um den, wie ich meine, eigentlichen Pferdefuß, nämlich das „Standbein" besser erkennbar zu machen.

Bekanntlich haben die NATO-Staaten erst nach jahrelangem hartnäckigem Widerstand in die Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz eingewilligt. Seit Beginn der Vorrunde in Helsinki treten sie jedoch mit einer eigenen offensiven Konzeption auf. Sie versuchen, eine Entspannungsinstitution für imperialistische Ziele nutzbar zu machen. Sie sind weniger an der Ausarbeitung von Prinzipien der künftigen Koexistenz und Zusammenarbeit der Staaten in Europa interessiert, die sie gerne als leere Proklamationen abtun, um sich den vom Sozialismus angestrebten praktischen Konsequenzen besser entziehen zu können. Die NATO interessiert sich vor allem für eines: für den dritten Tagesordnungspunkt der Sicherheitskonferenz in Genf, den sog. „Korb drei", der eine Vielzahl von Fragen des kulturellen Austauschs, des Tourismus und so weiter usw. beinhaltet. Sie erhoffen sich als Ergebnis einen in ihrem Sinne verstandenen „freien Austausch von Menschen, Ideen und Informationen". Maßgebliche Repräsentanten der NATO wie der britische Außenminister Douglas Hume gehen so weit, ein Scheitern der Konferenz anzudrohen, falls „Korb drei" leer bleiben sollte. Den Grund zur solcher Skepsis konnte man kürzlich der mit den Problemen der Großbourgeoisie stets aufs enges vertrauten „Neuen Züricher Zeitung" entnehmen, die etwas naiv-offenherzig formulierte: „die angestrebte Auflockerung des kommunistischen Systems war bisher in den Verhandlungen nicht zu erreichen."[24]

Die bürgerliche Propaganda stellt die Dinge nun gerne so dar, als sperrten sich die sozialistischen Länder gegen den Austausch von Menschen und Informationen. Natürlich ist genau das Gegenteil richtig; schließlich sind es die Kommunisten und die sozialistischen Länder, die sich von jeher für die friedliche Zusammenarbeit der Völker einsetzen, die im Unterschied zu den bürgerlichen Kräften dafür eintreten, die friedliche Koexistenz der Staaten durch die Freundschaft der Völker zu untermauern. Die von der Sowjetunion auf der Europäischen Sicherheitskonferenz eingebrachten Dokumente fordern dementsprechend den Informationsaustausch und viele Kontakte zwischen den Menschen Europas zum Zwecke der Friedenssicherung und zur Vertiefung der Freundschaft zwischen den Völkern. Und es sind schließlich sozialistische Länder, nämlich die Sowjetunion und die DDR, die im vergangenen Jahr in ihren Hauptstädten internationale Begegnungen von Menschen verschiedenster nationaler, rassischer und sozialer Herkunft und unterschiedlichster politischer Anschauungen durchgeführt haben, die es in diesem Ausmaß noch nie zuvor gegeben hat: nämlich den Weltkongreß der Friedenskräfte und die Weltfestspiele der Jugend und Studenten. Für derartige Demonstrationen des freien Austauschs von Informationen und Meinungen, die der Völkerfreundschaft und der antiimperialistischen Solidarität dienen, konnten sich allerdings die westlichen Apologeten des „freien Austauschs" bekanntlich nicht so recht erwärmen: der Verlauf der Weltfestspiele wurde nur grob verzerrt und verfälscht in

24 Neue Zürcher Zeitung, 12. Dezember 1973

der bürgerlichen Presse der Bundesrepublik wiedergegeben, der Weltkongreß der Friedenskräfte fast völlig verschwiegen.

Wenn es der Großbourgeoisie wirklich um eine geistige Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis des Sozialismus zu tun wäre, könnten die sozialistischen Länder unbesorgt sein. Der Kapitalismus „ist reich an Waren, aber arm an Geist. Im historischen Vormarsch befindet sich nicht die kapitalistische, sondern unsere sozialistische Ideologie".[25] Die bürgerliche Propaganda spürt dies durchaus; deshalb verlegt sie sich lieber auf das Gebiet des Verschweigens, des Verdrehens, der Lüge. Die Kommunisten, alle fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik und anderer NATO-Staaten wissen davon aus eigener, auch innenpolitischer Erfahrung ein Lied zu singen. Daß die proletarische Staatsmacht dem einen Riegel vorschiebt, ist eine Selbstverständlichkeit, die zu Negieren die Notwendigkeit der Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse überhaupt infrage stellen hieße. Diese Souveränität des sozialistischen Staates ist, wie Breshnew betonte, „keine Schranke für Kontakt und Austausch, sondern eine verläßliche Garantie für die Rechte und Freiheiten, die unserem Volk nicht in den Schoß gefallen sind".[26] Mit anderen Worten: zwischen geistiger Auseinandersetzung, ideologischem Kampf einerseits und „psychologischem Krieg" andererseits „existiert ein prinzipieller Unterschied entsprechend dem Unterschied von friedlicher Koexistenz und „kaltem Krieg".[27] Für eine Fortsetzung des kalten Krieges mit angepaßten Mitteln wird es keine offenen Türen im Sozialismus geben. Aber der ideologische Klassenkampf wird dadurch nicht abflauen: die friedliche Koexistenz setzt ideologischen Klassenkampf voraus, und mit der Entwicklung der friedlichen Koexistenz verschärft sich der Kampf der Ideologien.

Die imperialistischen Staaten, die maßgeblichen Kreise der NATO haben also allen Grund, sich nicht allzu einseitig auf diese Komponente ihrer Strategie zu stützen. Sie brauchen ein sicheres „Standbein" und festen Boden unter den Füßen, und für die historisch zum Untergang verurteilte Ausbeuterordnung heißt das allemal: Rüstung, Militärblockpolitik, Militarismus. Trotz allem Realismus, trotz aller Bestrebungen zur wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit liegt hier nach wie vor das Fundament der Politik der imperialistischen Hauptländer. Die Aufrüstung der NATO-Staaten wird unvermindert fortgesetzt, und die propagandistischen Bemühungen, diesen Kurs vor den Volksmassen zu rechtfertigen, wurden in den letzten Monaten erheblich intensiviert. Georg Leber entsprach dem allgemeinen Stimmungstrend in der NATO, als er forderte, „daß wir uns nicht von den Wunschvorstellungen mancher Bürger beeinflussen lassen, sondern dafür eintreten, daß wir während der Verhandlungen vor Aufweichungsprozessen zu Hause verschont bleiben".[28]

Um dieser Forderung zu entsprechen, wird in jüngster Zeit wieder verstärkt das bereits etwas angestaubte Märchen von der „sowjetischen Bedrohung" aufpoliert. Da ist plötzlich wieder von verstärkten sowjetischen Rüstungsanstrengungen die Rede. NATO-Generalsekretär Luns findet wieder den Mut zu der Äußerung, die

25 B. Ponomarjow, a. a. O., S. 81
26 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden . . ., a. a. O., S. 43
27 G. A. Arbatow, a. a. O., S. 414
28 FAZ, 30. November 1973

Sowjetunion erinnere ihn an Hitler-Deutschland, das ebenfalls Nichtangriffs-Verträge abgeschlossen habe, während es sich auf den Krieg vorbereitete.

Selbstverständlich dürfen die unterschiedlichen Strömungen innerhalb des imperialistischen Lagers nicht über einen Kamm geschoren werden. Doch den gegenwärtig maßgeblichen Kreisen in den imperialistischen Staaten ist eines gemeinsam: Sie bauen auf das „Gleichgewicht des Schreckens". Sie vertreten die Auffassung, daß internationale Sicherheit und dauerhafter Frieden nur durch Aufrüstung und gegenseitige Abschreckung zu gewährleisten seien. Unter Abrüstung verstehen sie, „dieses Gleichgewicht auf ein weniger kostspieliges, aber dennoch gleichgewichtiges Niveau herabzusenken".[29] Unterhalb dieses Niveaus könnten wir „Gegenstand politischer Pressionen sein . . ., die, ohne daß es zu militärischen Interventionen kommen müßte, uns in eine verzweifelte Lage bringen würden".[30] Doch ein solcher Frieden des „Gleichgewichts des Schreckens" würde sich, wie Leonid Breshnew betonte, „kaum vom kalten Krieg unterscheiden. Es wäre ein „kalter Frieden", der leicht wieder in eine das Bewußtsein und das Leben der Völker bedrückende angespannte Konfrontation umschlagen und zu einem weltweiten Konflikt führen könnte. Die Völker wünschen einen zuverlässigen und unwiderruflichen Frieden, einen Frieden, der, wenn man so sagen kann, auf dem Gleichgewicht der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens beruht . . ."[31] Also nicht Zementierung der militärisch-politischen Blöcke in Europa, sondern praktische Schritte der Entspannung und der Abrüstung in Richtung auf die schließliche Überwindung dieser Blöcke — das ist der politische Kurs der sozialistischen Länder.

Angesichts dieser Lage können die sozialistischen Länder natürlich keine einseitigen umfassenden Abrüstungsmaßnahmen einleiten, wenngleich sie gegenwärtig bereits — entgegen aller bürgerlichen Demagogie — ihre Rüstungsausgaben einfrieren bzw. einschränken. Und was soll man von einer NATO-Propaganda halten, die einerseits behauptet, der Frieden in Europa habe bisher beruht und könne nur beruhen auf einem Kräftegleichgewicht, andererseits aber der Sowjetunion und den Warschauer Vertragsstaaten ihre (angebliche und hier nicht nachprüfbare) militärische Überlegenheit vorwerfen? Nun, wenn der Frieden in Europa bisher tatsächlich durch eine militärische Überlegenheit des Warschauer Vertrages gewährleistet wurde, dann würde die Verwirklichung durch das erklärte Ziel der NATO, in den Verhandlungen über Truppen- und Rüstungsreduzierungen in Wien einen „Gleichstand der Landstreitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes"[32] zu erreichen, ein gefährliches Element der Instabilität in die europäischen Beziehungen einbringen. Ähnliches gilt für die neuerlich verstärkten Bestrebungen, eine Neuauflage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit Atomwaffenpool zu errichten, gewissermaßen als westeuropäischen Pfeiler des NATO-Bündnisses, als Block im Block.

Alle diese Zielsetzungen und Tendenzen der gegenwärtigen imperialistischen Europapolitik dürfen nicht als Abkehr von einer nach westlichem Verständnis betriebenen Entspannungspolitik, als einfache Rückkehr zum kalten Krieg verstanden

29 Georg Leber in: Welt der Arbeit, 8. Juni 1973
30 Georg Leber in: FAZ, 30. November 1973
31 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden . . ., a. a. O., S. 45
32 Georg Leber in: FAZ, 30. November 1973

werden. Sie stellen vielmehr insgesamt den Versuch dar, den Entspannungsprozeß im imperialistischen Sinne umzumodeln, die neuen Formen der Koexistenz, der Verhandlungen, der Zusammenarbeit mit dem alten Inhalt des kalten Krieges zu füllen. Insbesondere die neueren imperialistischen Europakonzeptionen spiegeln nicht nur die innerimperialistischen Widersprüche wider, sondern müssen vor allem als gefährliche, langfristig konzipierte Alternativen zu einem Europa der kollektiven Sicherheit und der allmählichen Überwindung der militärisch-politischen Blöcke bewertet werden.

Daß sich der Imperialismus, vor allem der Imperialismus der BRD auf eine neue Offensive unter den für ihn ungünstigen und komplizierten Bedingungen einstellt, ist allein schon daran abzulesen, daß die Brandtsche Entspannungspolitik schon frühzeitig von einer verschärften Unterdrückung der demokratischen Kräfte in unserem Land begleitet wurde. Früher griff die Bourgeoisie die demokratischen Rechte der Werktätigen an, wenn sie sich auf einen Krieg vorbereitete. Heute müssen die herrschenden Kräfte in unserem Land zum Mittel des Abbaus demokratischer Rechte greifen, um nicht von vornherein die Erfolgsaussichten ihrer Strategie der Anpassung in Europa zu gefährden.

Genauso falsch wie eine Überschätzung der Möglichkeiten des Imperialismus, seine Anpassungsstrategie erfolgreich umzusetzen, wäre die Illusion, die Kräfte des Friedens und des Sozialismus seien in Europa auf Fortschritte in der Entspannung abonniert. Gerade die noch relativ große Manövrierfähigkeit des Imperialismus in Westeuropa weist uns doch darauf hin, wie sehr noch der demokratische Druck im Innern der imperialistischen Länder verstärkt werden muß, um dem Imperialismus Schritt für Schritt weiterführende Konsequenzen seiner ersten Entspannungszugeständnisse gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft aufzunötigen. Das Komplizierte an der gegenwärtigen Lage in Europa besteht ja darin, daß sich dieser Kontinent an der Schwelle einer langen Phase der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit befindet, in der sich völlig neue Grundsätze im Denken und Handeln der Völker bewähren müssen. Das tiefsitzende Vorurteil, man müsse sich auf den Krieg vorbereiten, wenn man den Frieden wolle, muß abgetragen werden zugunsten des Prinzips: wer den Frieden will, muß sich auf den Frieden vorbereiten. Die Überwindung der gefährlichen „psychologischen Trägheit", des Schicksalsglaubens an die Unvermeidlichkeit des Wettrüstens trifft jedoch einen Nerv der imperialistischen Herrschaftsordnung: selbst mit zunehmender Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen wird der Imperialismus ein unvermindertes Interesse an der Rüstung behalten, um die revolutionären Kräfte in seinen eigenen Ländern niederhalten zu können. Dennoch sind der Stopp des Wettrüstens und der allmähliche Übergang zur Abrüstung keine utopischen Ziele, und am allerwenigsten werden sie an angeblichen ökonomischen Zwängen der Kapitalverwertung scheitern. Vielmehr gilt, daß das Wettrüsten, und d. h. unter den heutigen wissenschaftlich-technischen Bedingungen die Rüstung überhaupt in immer tieferen Widerspruch zur Realität der internationalen Beziehungen und damit zu dem „Material", aus dem die Rechtfertigungen für das Wettrüsten zurechtgezimmert werden, geraten. Von allergrößter strategischer Bedeutung ist deshalb die Bemerkung Breshnews auf dem Weltfriedenskongreß: „Selbstverständlich sind die fortschreitende Ausdehnung des von den aggressiven Kreisen des Imperialismus angepeitschten

Wettrüstens und die internationale Entspannung, die jetzt eingesetzt hat, zwei gegenläufige Prozesse. Sie können sich sozusagen nicht endlos parallel abwickeln. Wenn wir wollen, daß Entspannung und Frieden von Dauer seien, so muß dem Wettrüsten Einhalt geboten werden."[33]

Nur durch allergrößte koordinierte Anstrengungen des Sozialismus und der antiimperialistischen Kräfte im kapitalistischen Teil der Welt wird es möglich sein, die gegenwärtige politische Entspannung aus ihrer Instabilität zu befreien, sie zu festigen, auf die ganze Welt auszudehnen und durch die militärische Entspannung zu ergänzen. Diese Anstrengungen richten sich vor allem gegen die Kräfte des Militarismus, gegen den militärisch-industriellen Komplex, gegen diejenigen Kräfte also, die auch am aggressivsten gegen die demokratische und Arbeitsbewegung und auch die nationale Befreiungsbewegung vorgehen. Während also die Stärke und Aktivität des Sozialismus ein einfaches Zurück zum kalten Krieg verbietet, befinden wir uns doch zugleich erst am Anfang des langen Weges zu einem dauerhaften und demokratischen Frieden, auf dem die sozialistischen Staaten und die mächtigsten vorwärtstreibenden Faktoren sind, der aber ohne die Aktivität, den Einfallsreichtum und das politische Geschick der demokratischen und Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Welt auf Dauer kaum zu beschreiten sein wird.

Die Alternative: imperialistische Anpassungsstrategie oder konkrete Schritte auf dem Weg zu kollektiver Sicherheit und Abrüstung steht also nicht erst irgendeinen fernen Tages, sondern sie steht heute, ganz aktuell in allen Tagesfragen der Außenpolitik unseres Landes, und reicht tief in die innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik hinein. Die Arbeiterbewegung, alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, also auch die Studentenbewegung, tragen die große Verantwortung, Klarheit über diese Alternative zu verbreiten, in der tagtäglichen Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Landes und Europas Position zu beziehen, Initiativen und Aktivitäten zu entwickeln. Sie müssen sich dabei der mobilisierenden Kraft des lohnenden Ziels der Abrüstung und des dauerhaften Friedens bedienen, und zugleich darauf aufbauen, daß es nicht um Utopien, um ferne Zukunftsträume geht, sondern um die Erkämpfung greifbarer, allgemein verständlicher und begrüßenswerter, heute zu erzielender Erfolge geht. Sie müssen sämtliche Potenzen für diesen Kampf nutzbar machen: die antiimperialistische Solidarität ebenso wie das Streben nach einem Leben in gesichertem Frieden, die Abscheu vor der militaristischen Reaktion ebenso wie das Interesse an Bildung und sozialer Sicherheit auf Kosten der Rüstungsausgaben. Wir bewegen uns unvermeidlich auf allerschärfste Auseinandersetzungen um dle Fragen des Friedens und die Herabsetzung der Rüstung zu: auch die marxistischen Kräfte der Studentenbewegung müssen hier mit Fakten, Argumenten und mit größter ideologischer Festigkeit in die Offensive gehen.

33 L. I. Breshnew, Für einen gerechten, demokratischen Frieden . . ., a. a. O., S. 36

Futurologie — Wer plant denn da? Was? Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A4, 124 S., nur 1,— DM

facit Nr. 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht — Antikommunismus in Aktion: E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"; Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellung; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 25: Steffen Lehndorff: Bildungspolitik aus einem Guß — Stichpunkte zu prinzipiellen und aktuellen Fragen der Bildungspolitik des BRD-Imperialismus; Uli Bange/Jürgen Büscher: Marx an die Hochschule; G. A. Arbatow: Zur ideologischen Strategie des Imperialismus; Raimund Teismann: Der Kampf der lateinamerikanischen Völker gegen den Imperialismus ist unaufhaltsam! S. 64, DM 2,50.

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital; Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen — Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA — Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,— DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. — **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,— DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule — Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,— DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? — Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf — Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu eigenen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung und Demokratisierung? — Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a. **facit Nr. 13/14,** 1,— DM

Wolfgang Adamczak

Konrad Lorenz oder die Entwicklung der Ethologie von der Wissenschaft zur Utopie

„Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik (der Biologie [d. Verf.]) die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt." (Lenin-Werke 14, S. 347)

Einer der diesjährigen Nobel-Preisträger für Medizin und Physiologie ist der nicht nur in der Fachwelt bekannte Begründer der vergleichenden Verhaltensforschung Konrad Lorenz.

Aus diesem aktuellen Anlaß sehen wir uns bemüßigt, die Arbeiten Konrad Lorenz' von einem marxistischen Standpunkt aus zu würdigen. Warum tun wir das?

Zum einen haben Lorenz' Arbeiten in der Wissenschaft großes Gewicht, zum anderen finden die Popularisierungen und Verallgemeinerungen seiner wissenschaftlichen Arbeiten in einer großen Öffentlichkeit zunehmenden Widerhall.

Das große Verdienst Konrad Lorenz' besteht zweifellos darin, die vergleichende Verhaltensforschung zu einer Wissenschaft gemacht zu haben. Zwar gab es auch vor ihm Untersuchungen über das Verhalten von Tieren. Schon 1898 forderte Whitman, daß Instinkte und Organe in gleicher Weise unter dem Gesichtspunkt der phylogenetischen Entwicklung zu betrachten sind. Aber erst Lorenz machte aus dieser Forderung ein Programm.

Wie am Beginn fast jeder Wissenschaft stand auch am Anfang der Ethologie das Problem der Beobachtung, Sammlung und Klassifizierung. Die Arbeit Lorenz' war deshalb für die Entstehung dieser Wissenschaft so wertvoll, weil Lorenz' Fähigkeiten gerade auf dem Gebiet des Beobachtens und Sammelns von Verhaltensformen stark ausgeprägt ist. Aber wie jede andere Wissenschaft hat sich auch die Ethologie weiterentwickelt. „Die Freude an der Entdeckung einer neuen Welt durch die analytische Beobachtung des Verhaltens ist heute einer Ernüchterung gewichen, die auch hier fordert, das ganze Rüstzeug moderner Naturforschung aufzufahren, um dem Ansturm der Probleme gewachsen zu sein und um Antworten zu finden, die auch dem Physiologen, dem Biochemiker, kurz, dem Experimentalforscher von heute etwas sagen können. Moderne Ethologie kann nicht mehr allein mit Notizbuch und Filmgerät betrieben werden; auch hier: nein gerade hier brauchen wir eine exakte Registrierung von Daten, die vielfach erst über einen Computer jene Aussagen machen können, die der Forschung weiterhelfen. In das Verhalten eines Tieres geht eine (höchstens intuitiv zu ahnende) Fülle von Bedingungen ein, die eine eigene Methodik der Forschung erfordert und für die sich Informationstheorie und Kybernetik als das bislang vielleicht am besten angemessene ‚Werkzeug' der Analyse anbieten" (Tembrock 1968). Diese Aussage kennnzeichnet eine der Grenzen der Lorenzschen Methode und die Aussagefähigkeit seiner Arbeiten. Die Ethologie ist heute über das erste Sammeln von Informationen und die Hypothesenbildung hinaus und versucht mit experimentellen Methoden die aufgestellten Hypothesen zu überprüfen und zu einer tieferen Ver-

allgemeinerung des tierischen und des menschlichen Verhaltens zu kommen. Diesen Weg kann und will Lorenz allerdings nicht mitgehen. Anstatt dies nun aber in aller Bescheidenheit festzustellen, macht er aus seiner Methode eine Art „Religion".

Worin besteht diese Methode?

In den Arbeiten „Ganzheit und Teil in der tierischen und menschlichen Gesellschaft" und „Gestaltwahrnehmung als Quelle wissenschaftlicher Erkenntnis" (Lorenz 1965b) wird diese „Systemtheorie" deutlich. Lorenz geht davon aus, worin wir ihm als Marxisten beipflichten, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Das Verhalten eines Organismus ist also nicht erklärbar aus einzelnen Teilen des gesamten Verhaltensgefüges, sondern nur in der Wechselwirkung aller Teile. Als Marxisten erklären wir dies Phänomen so: Je komplexer und vielfältiger ein Organismus wird, desto mehr entstehen qualitativ neue Systemeigenschaften, die nicht allein aus den Eigenschaften niederer (d. h. weniger komplexer) Systeme erklärbar sind.

Bei Lorenz heißt das folgendermaßen: „In einem System, in dem eine universelle Wechselwirkung aller seiner Teile besteht, man denke etwa an das System der innersekretorischen Drüsen des Menschen, ist es grundsätzlich unmöglich, experimentell oder auch nur gedanklich einen einzelnen Teil zu isolieren und gesondert zu betrachten. Sowohl der isolierte Teil als auch der dieses Teiles beraubte Restbestand der früheren Ganzheit ist durch unsere — experimentelle oder gedankliche — Operation zu etwas völlig anderem geworden, als was beide in ihrem bisherigen Zusammenhang waren. Die Rolle, die jedes einzelne Stück im Gefüge des Ganzen spielt, kann grundsätzlich nur gleichzeitig mit derjenigen sämtlicher anderen an dem Ganzen beteiligten Teile verstanden werden (. . .) Die Glieder eines Ganzen lassen sich nur gleichzeitig oder überhaupt nicht verstehen!" (Lorenz 1965 b S. 119 f) Zwar erkennt Lorenz das Übergeordnete eines Systems über seine Teile, er verabsolutiert aber das Ganze. Ihm ist mit Friedrich Engels zu antworten: „Aber diese Anschauung, so richtig sie auch den allgemeinen Charakter des Gesamtbildes der Erscheinungen erfaßt, genügt doch nicht, die Einzelheiten zu erklären, aus denen sich dies Gesamtbild zusammensetzt; und solange wir dies nicht können, sind wir auch über das Gesamtbild nicht klar. Um diese Einzelheiten zu erkennen, müssen wir sie aus ihrem natürlichen oder geschichtlichen Zusammenhang herausnehmen und sie jede für sich, nach ihrer Beschaffenheit, ihren besonderen Ursachen und Wirkungen etc. untersuchen" (Marx-Engels Werke 20, S. 20).

Das soll heißen, daß die vollständige und richtige Erkenntnis des Systemganzen nicht möglich ist ohne die Kenntnis der Systemteile, daß zur Kenntnis des Systemganzen vor allem aber auch die Wechselwirkung der Systemteile bekannt sein muß. Beachtet man diese Wechselwirkung nicht, betrachtet man die Teile nur isoliert und in relativer Ruhe, so kommt man zu einer Anschauungsweise, die Engels als metaphysisch bezeichnet: „und die metaphysische Anschauungsweise stößt doch jedesmal früher oder später auf eine Schranke, jenseits welcher sie einseitig, borniert, abstrakt wird und sich in unlösbare Widersprüche verwirrt, weil sie über einzelnen Dingen deren Zusammenhang, über ihrem Sein ihr Werden

und Vergehen, über ihrer Ruhe ihre Bewegung vergißt, weil sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht" (MEW 20, S. 21).

Lorenz sieht zwar im Gegensatz zu vielen anderen bürgerlichen Wissenschaftlern den Wald, um im Bild zu bleiben, aber er weigert sich die einzelnen Bäume zu erkennen, um daraus zu tieferen und allgemeineren Aussagen über den Typ des Waldes und z. B. seine Ökologie zu kommen.

War diese Methode Lorenz vor 40 Jahren für die ersten Erkenntnisse bahnbrechend, so ist sie heute, wo es auf detailliertere Kenntnisse ankommt, objektiv erkenntnishemmend. Man vergleiche nur einmal ethologische Arbeiten von Lorenz und seinen Schülern mit denen anderer Richtungen, um sich diese Behauptung zu veranschaulichen.

Ein weiteres Verdienst von Lorenz für die Entwicklung der vergleichenden Verhaltenswissenschaft war die Erkenntnis, daß das Verhalten nicht nur etwas dem Individuum eigenes ist, sondern eine Stammesgeschichte hat, sich phylogenetisch entwickelt hat. Mit der Frage der stammesgeschichtlichen Entwicklung hängt eng die Frage der Vererbung von Verhaltensanlagen zusammen. Begriffe wie der angeborene auslösende Mechanismus (AAM) stellen klar, daß Verhalten auch auf angeborenen Fähigkeiten beruht. Nun zweifelt sicher kein ernstzunehmender Wissenschaftler daran, daß es Verhalten gibt, dessen vererbte Anlagen sehr starr ausgeprägt werden. Aber diese Feststellung trifft nicht pauschal auf jedes Verhalten zu. So gibt es Dinge, die ein Individuum erst lernen muß, um ein der Situation entsprechendes Verhalten auszubilden. Je höher (d.h. komplexer) ein Organismus ist, desto mehr ist sein Verhaltensgefüge durch erlernte Bestandteile gekennzeichnet. Dabei gilt für das Verhalten ebenso wie für ein morphologisches Merkmal, daß die Reaktionsnorm vererbt wird, d. h. daß auf bestimmte Umweltbedingungen mit der Ausbildung bestimmter Eigenschaften reagiert wird, die je nach Umweltbedingungen innerhalb dieser Norm variieren.

Wenn Lorenz diesen Tatbestand auch verbal anerkennt und für diese Kombination erlernten und angeborenen Verhaltens den Terminus „Instinkt-Dressurverschränkung" (Lorenz 1965 a, S. 304) setzt, so kommt doch überall die nach Lorenz' Meinung überragende Bedeutung des Vererbten durch. Deutlich wird das schon in frühen Arbeiten; „Ich habe die Vorstellung, daß sehr viele Verhaltensweisen der Säugetiere und des Menschen, die man als reine Verstandeshandlungen zu werten pflegt, solche ursprünglich triebhaften Handlungen darstellen, die sekundär unter die Kontrolle der Einsicht geraten sind. (. . .) Da damit auch das Merkmal der Starrheit einer triebhaften Handlungsweise wegfällt, bleibt uns, zumal wenn der Trieb erst erwacht, wenn der Intellekt voll ausgebildet ist, zum Erkennen der ursprünglichen Triebhaftigheit des Verhaltens nur der Umstand, daß sich alle normalen Individuen der Art darin gleich verhalten" (Lorenz 1965 a S. 111).

Diese Überbetonung der vererbten Teile des Verhaltens, die dem Lernen nicht mehr zugängig sind, wird aber überdeutlich in dem Maße, in dem Lorenz seine wissenschaftlichen Erkenntnisse in unzulässiger Weise verallgemeinert und auf den Menschen überträgt.

Unsere Kritik richtete sich bislang dagegen, daß Lorenz' Methoden historisch zwar sinnvoll, in zunehmenden Maße aber erkenntnishemmend sind. Sie beschrän-

ken sich auf eine Seite der Realität (den ganzen Organismus ohne Kenntnis der Spezifik einzelner Teile) oder überbetonen diese (die vererbten Anteile des Verhaltens). Viel schlimmere Folgen als in der Ethologie hat der falsche und einseitige erkenntnistheoretische Ansatz von Lorenz aber da, wo er über die Einzelwissenschaft hinausgeht und zur Gesellschaftskritik wird.

Diese unwissenschaftlichen und falschen Verallgemeinerungen seiner Wissenschaft kulminieren in 2 Arbeiten („Das sogenannte Böse. Zur Naturgeschichte der Aggression" und „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit").

In seinem Buch „Das sogenannte Böse..." beschäftigt sich Lorenz ausschließlich mit einer der zentralen „Erkenntnisse" seiner wissenschaftlichen Arbeiten, der Aggression. „Das Buch handelt von der Aggression, das heißt von dem auf den Artgenossen gerichteten Kampftrieb von Tier und Mensch" (Lorenz 1963 S. IX). Lorenz versucht darin nachzuweisen, daß die Aggression als „Kampftrieb" zwischen den Menschen angeboren ist und daß für die weitere Entwicklung der Menschheit sehr schädliche Folgen entstehen, wenn dieses Verhalten nicht unter Kontrolle genommen wird.

Nur ist es, wie schon oben angeführt, unzweifelhaft, daß auch beim Menschen Verhaltensweisen zu finden sind, deren genetische Grundlagen wenig variabel sind. Ein Schüler Lorenz', Eibl-Eibesfeldt, hat gerade auf dem Gebiet der motorischen Leistungen viele dieser Verhaltensformen nachgewiesen. „Auf den Menschen angewandt, liegt die Stärke der vergleichenden Verhaltensforschung in der Aufdeckung der entwicklungsmäßigen Kontinuität beschlossen, die uns mit den tierischen Vorfahren verbindet. Die Nichtbeachtung oder Unterspielung der Diskontinuität jedoch, der Spezifik des menschlich-sozialen Entwicklungsprozesses, hatte und hat alle Fehlkonzeptionen eines rein „ethologischen Menschenbildes" zur Folge" (Hollitscher 1972, S. 72).
Zwar erkennt auch Lorenz die Diskontinuität, d.h. die Spezifik des Verhaltens höher organisierter Organismen. So schreibt er: „Bei höheren Wirbeltieren hat sicher die Herausbildung der Verstandestätigkeit parallel mit einer entsprechenden Rückbildung der Instinkthandlung stattgefunden (...)" (Lorenz 1965 a, S. 313) oder „Das Erreichen einer höheren Leistung geht in der Handlungsfolge gleicher Funktion stets mit einer Reduktion der beteiligten Automatismen einher (...)" (Lorenz/Leyhausen 1968, S. 33) und „Diese Systeme intraspezifischen Verhaltens, die nahezu gänzlich aus angeborenen Aktions- und Reaktionsnormen aufgebaut sind, zeigen bei höheren Wirbeltieren häufig ungemein weitgehende funktionelle Analogien zu sozialen Verhaltensweisen des Menschen und verleiten den naiven Beobachter daher häufig zu stark anthropomorphisierenden Werturteilen. Dem vergleichenden Verhaltensforscher liegt es sicherlich besonders fern, analoge und auf völlig verschiedenen psychophysiologischen Ebenen sich abspielende Vorgänge einfach für „dasselbe" zu halten. Er sieht sicherlich klarer als jeder andere den fundamentalen Unterschied zwischen diesen funktionellen Analoga moralischen Verhaltens bei sozialen Tieren und der einzigartigen, stammesgeschichtlich nie dagewesenen Leistung vernunftmäßiger Verantwortung des Menschen". (Lorenz 1965 b, S. 150)
Aber er zieht aus seinen Erkenntnissen keineswegs die Schlußfolgerungen, die er anderen nahelegt. Anstatt der auch von ihm wissenschaftlich belegten Tatsache

zu folgen, daß gerade der Mensch als das am höchsten organisierte Lebewesen auf der Erde durch die Plastizität seines Verhaltens gekennzeichnet ist, d. h. daß die biologische Grundlage für das Verhalten gerade die Fähigkeit ist, auf wechselnde Umweltbedingungen mit Lernen zu reagieren und die Umweltbedingungen zu verändern, (siehe dazu auch Engels MEW 20, S. 451 f) zieht Lorenz Analogieschlüsse aus dem Tierreich, die seinen eigenen Erkenntnissen widersprechen. Für diese Analogien können Lorenz und vor allem Eibl-Eibesfeldt keinerlei empirisches Material vorlegen, das auf angeborene Anlagen für Aggression beim Menschen schließen läßt. Lorenz macht damit einen Fehler, den schon Marx folgendermaßen charakterisierte: „Anatomie des Menschen (dasselbe gilt für das Verhalten; d. Verf.) ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist." (Marx MEW 13, S. 636)

Diesen Analogieschluß von Tieren, bei denen Aggression als angeborene Anlage vorkommt, auf den Menschen kommentieren einige Kritiker so, daß Lorenz, hätte er andere Tiere als Untersuchungsobjekte genommen, wahrscheinlich zu der Auffassung gekommen wäre, der Mensch sei ein sehr friedfertiges Wesen.

In seiner Arbeit „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit" geht Lorenz noch einen Schritt weiter. Beschränkte er sich mit „Das sogenannte Böse..." auf die pseudowissenschaftliche Interpretation eines Phänomens im gesellschaftlichen Verhalten des Menschen, so übt er im oben angeführten Werk eine generelle Zivilisationskritik. Die Methode ist allerdings die gleiche. Bestimmte Phänomene des sozialen Lebens der Menschen werden durch Analogien aus dem Tierreich interpretiert und damit als „wissenschaftliche Erkenntnis" verkauft. Ein Musterbeispiel für diese Verfahrensweise ist die Unterstellung, das „Rechtsgefühl" sei gewissermaßen angeboren. So zitiert Lorenz den Brief eines vergleichenden Rechtswissenschaftlers, den er „in einem merkwürdigen Zusammentreffen (...) an dem Tage, an dem ich das vorliegende Kapitel zu schreiben begann", bekam (Lorenz 1973, S. 53 f): „Nach der Lektüre Ihrer gesammelten Abhandlungen (teils hartes Brot für einen Juristen!) bin ich fest davon überzeugt, daß es sich bei diesem mysteriösen „Rechtsgefühl" (...) weitgehend um typische angeborene Verhaltensweisen handelt", um dem hinzuzufügen: „Ich teile diese Anschauung durchaus, bin mir aber der großen Schwierigkeiten ihres zwingenden Nachweises, auf die Herr Prof. Sand in seinem Brief ebenfalls hinweist, völlig bewußt. Was immer aber uns eine zukünftige Forschung über die phylogenetischen und kulturgeschichtlichen Quellen menschlichen Rechtsgefühls mitteilen wird, als wissenschaftlich feststehend können wir betrachten, daß die Art Homo sapiens über ein hochdifferenziertes System von Verhaltensweisen verfügt, das in durchaus analoger Weise wie das System der Antikörperbildung im Zellenstaat der Ausmerzung gemeinschaftsgefährdender Parasiten dient." (Lorenz 1973, S. 54)

Starker Tobak angesichts der Tatsache, daß immer mehr Menschen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um z. B. das Streikrecht und die Berufsverbote erkennen, daß Recht immer Klassenrecht ist und der Absicherung der Herrschaft von Klassen dient. Mit Hilfe des „angeborenen Rechtsgefühls" werden bei uns deshalb sicher auch „Parasiten" wie Kommunisten und andere Demokraten aus

dem öffentlichen Dienst ausgemerzt. Fragt sich nur, wann das „angeborene Rechtsgefühl" gebietet, diese „Parasiten" ganz auszumerzen.

Schon die Kapitelüberschriften der „acht Todsünden ..." sprechen für sich: Übervölkerung, Verwüstung des Lebensraumes, der Wettlauf mit sich selbst, Wärmetod des Gefühls, genetischer Verfall, Abreißen der Tradition, Indoktrinierbarkeit, die Kernwaffen"!

Überall wird versucht, sozialen Erscheinungen biologische Grundlagen unterzuschieben. Dies geschieht manchmal etwas plump: „Die augenfälligen Analogien zwischen dem Bild des Stadtrandes und dem des Tumors liegen darin, daß bei diesem wie bei jenem im noch gesunden Raume eine Vielzahl sehr verschiedener, aber fein differenzierter und einander ergänzender Baupläne verwirklicht waren, die ihr weises Ebenmaß einer Information verdankten, die in langer historischer Entwicklung gesammelt worden war, während in dem vom Tumor oder von der modernen Technologie verwüsteten nur ganz wenige, aufs äußerste vereinfachte Konstruktionen das Bild beherrschen. Das histologische Bild der völlig uniformen, strukturarmen Tumorzellen hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit einer Luftaufnahme einer modernen Vorstadt mit ihren Einheits-Häusern, die von kulturverarmten Architekten ohne viel Vorbedacht und in eiligem Wettbewerb entworfen wurden." (Lorenz 1973, S. 29) Meistens geschieht das aber sehr viel geschickter als im Kapitel „genetischer Verfall", aus dem der zitierte Abschnitt über das „angeborene Rechtsgefühl" stammt. Der Kernpunkt der Lorenzschen Zivilisationskritik ist: „Alles kulturelle Zusammenleben hat zur Voraussetzung, daß der Mensch seine Triebe zu zügeln lernt, alle Predigten der Askese haben eben diesen Wahrheitsgehalt. Aber die Herrschaft, die Vernunft und Verantwortlichkeit ausüben, ist nicht von unbegrenzter Stärke. Sie reicht beim Gesunden eben aus, um seine Einordnung in die Kultursozietät leisten zu können." (Lorenz 1973, S. 55)

So sehr der Mensch auch Vernunftwesen ist, so reicht die Vernunft allerdings nur soweit, die angeborenen Verhaltensweisen, die durch die Entwicklung der Zivilisation gefährlich werden, unter Kontrolle zu halten. Das geschieht beim „Gesunden". Jeder, der den Lorenzschen Normen zuwiderhandelt, ist demgemäß ein „Kranker". Alle Lösungsvorschläge, die Lorenz für die zweifellos vorhandenen sozialen Probleme bietet, reduzieren sich auf die Abreagierung an Ersatzobjekten, auf Sublimierung oder, was allerdings von ihm selbst verworfen wird, auf gezielte Eugenik. Sie setzen damit nicht an den Ursachen an und bleiben damit für die Lösung der Probleme wirkungslos.

Nun richten wir als Marxisten unsere Kritik, wie schon gesagt, nicht nur gegen die falschen erkenntnistheoretischen Wurzeln und falschen Analogieschlüsse der Lorenzschen Ethologie, sondern fragen auch nach ihren Ursachen und Wirkungen.

Wenn auch Lorenz' Arbeiten in wissenschaftlichen Kreisen zunehmend der Kritik ausgesetzt sind, stoßen doch seine populärwissenschaftlichen Werke auf zunehmende Resonanz.

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über

die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind." (Marx/Engels MEW 3, S. 46)

Lorenz ist in seiner Zivilisationskritik ein hervorragender Vertreter der herrschenden Ideologie. Er greift brennende soziale Probleme auf, versieht sie mit einer „wissenschaftlichen" Erklärung, die ihm als angesehenen Biologen und Kapazität der Verhaltensforschung gerne geglaubt wird und bietet Lösungsmöglichkeiten an. Dabei übersieht er großzügig, daß es sich bei den sozialen Problemen nicht um Probleme der Menschheit und der Zivilisation schlechthin handelt, sondern um Probleme einer besonderen Gesellschaftsformation, unserer kapitalistischen Gesellschaft. In einer anderen Gesellschaftsform, den sozialistischen Ländern, gibt es diese Probleme nicht, oder sie sind mit allen Möglichkeiten der Produktivkräfte in Angriff genommen: Wettlauf mit sich selbst um des Profits willen gehört der Vergangenheit an: Die Jugend hat starke Ideale, nämlich die Herrschaft des Menschen über die Natur als Voraussetzung zur vollen Entfaltung der Persönlichkeit. Die zwischenmenschlichen Beziehungen werden nicht wie im Kapitalismus zur Ware degradiert, um im „Massagesalon" für DM 100,– Entspannung zu finden. Es besteht eine starke Tradition, die Tradition der Arbeiterklasse und ihr Kampf für die Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen.

Eine der wichtigsten Forderungen von Lorenz, eine hohe Bildung, die auf naturwissenschaftliche Erkenntnis entscheidenden Wert legt, ist vollständig erfüllt. Das alles übersieht Lorenz. Stattdessen pflegt er, wenn einmal bei ihm die Sprache auf die sozialistischen Länder kommt, den herrschenden Antikommunismus. Die Machthaber sehen ihr Ziel in der unbegrenzten Konditionierbarkeit der Menschen, dazu dienen „die roten Spruchbänder und Transparente (...), die eben durch ihre Allgegenwart eine suggestive Tiefenwirkung ausüben sollen." (Lorenz 1973, S. 95) Was auf diesen Spruchbändern steht, ist natürlich unwichtig. Sonst aber ist alles grau in Grau. „Nichts, was noch brauchbar ist, wird weggeworfen, Zeitungspapier wird zum Verpacken von Einkaufsgütern verwendet, und uralte Autos werden liebevoll gepflegt." (Lorenz 1973, S. 95)

Wen nützt eine solche als Wissenschaft verpackte Ideologie? Die Auffassung, daß soziale Probleme der biologischen Natur des Menschen entsprängen, die das Grundmotiv der Arbeiten Lorenz' ist, nützt denjenigen, die an der Beseitigung dieser Probleme nicht interessiert sind. Wenn der Mensch von „Natur" aggressiv ist, dann bedarf es eben der Hochrüstung und der Vorschlag des Außenministers der UdSSR vor der UNO-Vollversammlung, den Militärhaushalt aller ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates um 10 Prozent zu senken, ist nur eine bösartige Falle der Kommunisten. Dann kann man eben nur frei nach Lorenz morgens kalt duschen und abends Sport treiben, um seinen „Aggressionstrieb" unschädlich abzureagieren.

Wenn die Vernunft eben ausreicht, um beim „Gesunden" die Triebe so zu zügeln, „ um seine Einordnung in die Kultursozietät leisten zu können" (Lorenz 1973, S. 55), wenn „Rechtsgefühl angeboren" ist, dann heißt das, daß alle die die „Normen" nicht anerkennen, kein „Rechtsgefühl" haben, krank sind und ausgemerzt werden müssen. Die Arbeiter, die in spontanen Streiks gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen kämpfen, diejenigen, die fordern, daß der

gesellschaftlich produzierte Reichtum nicht wenigen gehört, sondern denen, die ihn geschaffen haben, erkennen die Normen einer kapitalistischen Ordnung nicht an. Sind sie krank, haben sie kein „angeborenes Rechtsgefühl"?

Die Behauptung, der Mensch sei ein Triebwesen und seine sozialen Beziehungen seien biologisch, phylogenetisch entstanden und bedingt, geht gerade an den Tatsachen vorbei, die den Menschen auch vom am höchsten entwickelten Tier unterscheiden. Es ist die entscheidende Plastizität seines Verhaltens, die überragende Rolle des Verstandes, die dem Menschen die Möglichkeit gibt, seine Umwelt planmäßig nach seinen Vorstellungen zu gestalten. Zu seiner Umwelt gehören auch die sozialen Beziehungen, und ein kleiner Blick in ein Geschichtsbuch zeigt die Vielfalt der Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, ihr Werden und Vergehen. Wer diese Tatsachen leugnet und die Unveränderlichkeit des menschlichen Wesens und seiner sozialen Verhältnisse behauptet, gehört zu denen, die an einer Veränderung unserer gegenwärtigen Gesellschaft nicht interessiert sind.

Es soll noch ein Abschnitt auf den Vorwurf der „braunen Vergangenheit" Lorenz' verwendet werden, der nach der Bekanntgabe des Nobelpreises für Lorenz lautgeworden ist (siehe z. B. Der Spiegel Nr. 43/1973). Dieser Vorwurf ist nach dem Studium der Arbeiten Lorenz' nicht überraschend. Seine unwissenschaftlichen Analogieschlüsse von einigen Tierarten auf den Menschen, die an diesem nirgendwo empirisch nachgewiesen wurden, unterstellen dem Menschen Eigenschaften, die den Vorstellungen der faschistischen Ideologie von der Natur des Menschen in vielen Teilen entsprechen. Es wäre sicher falsch, Lorenz als Faschisten zu bezeichnen, aber für ihn wie z. B. auch für viele bürgerliche Anthropologen gilt, daß die als wissenschaftliche Erkenntnisse ausgegebenen Lehren von der Natur des Menschen einer Ideologie entsprechen, auf die das Monopolkapital bei sozialen und politischen Krisen zurückzugreifen versucht, um seine Klasseninteressen mit faschistischen Herrschaftsformen abzusichern.

Deshalb ist es kein Zufall, sondern entspricht der inneren Logik der Lorenzschen Arbeiten, daß ihm das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" eine selbst von Genschers „Verfassungsschützern" als neofaschistisch bezeichnete Organisation in diesem Jahr seinen „Schillerpreis" zuerkannt hat (Der Spiegel, 29. 10. 1973). Auch die überschwengliche Rezension seines Werkes in reaktionären und neofaschistischen Studentenzeitungen entsprechen dieser Linie (Student 39, 40, S. 4, Deutscher Studenten-Anzeiger 61, S. 7). Naturwissenschaftliche Erkenntnis hat, wie wir gesehen haben, über den engen Bereich der Einzelwissenschaft hinaus große Bedeutung. Sie hat als Ziel die Beherrschung der Natur durch den Menschen. Dazu muß man die Natur und die Gesetze, nach denen sie sich bewegt und entwickelt, erkennen. Dazu gehört auch die Erkenntnis der biologischen Grundlagen des Menschen. Diese Erkenntnisse werden für bestimmte Interessen verwendet, entweder von ihren Entdeckern selbst, wie bei Lorenz, oder von anderen. Dabei kommt es, wie bei Lorenz, oft zu einer falschen Verallgemeinerung, die dem angestrebten wissenschaftlichen Fortschritt entgegensteht. Das hängt sehr oft damit zusammen, daß für die Verallgemeinerung wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht mehr Skalpell oder Präpariernadel, Notizblock oder Stoppuhr ausreicht, sondern erkenntnistheoretische und weltanschauliche Grundlagen notwendig sind.

Geht man an Verallgemeinerungen allseitig heran, überbetont man bestimmte Seiten, berücksichtigt man die Wechselwirkung der Teile eines Systems, welches sind die bestimmenden Seiten eines Prozesses?

All das sind Fragen, die allgemeingültigen Charakter haben und über den Bereich der „reinen" Naturwissenschaft hinausgehen. In seinem philosophischen Testament wies Lenin 1922 schon auf diese Fragen hin: „Und um solch einer Erscheinung nicht ratlos gegenüberzustehen, müssen wir begreifen, daß sich ohne eine gediegene philosophische Grundlage keine Naturwissenschaft, kein Materialismus im Kampf gegen den Ansturm der bürgerlichen (z. B. der Lorenzschen; d. Verf.) Ideen und gegen die Wiederherstellung der bürgerlichen Weltanschauung behaupten kann. Um diesen Kampf bestehen und mit vollem Erfolg zu Ende führen zu können, muß der Naturforscher moderner Materialist, bewußter Anhänger des von Marx vertretenen Materialismus sein, das heißt er muß dialektischer Materialist sein." (Lenin, LW 33, S. 219)

Auch und gerade als Naturwissenschaftler kann es uns nicht gleichgültig sein, ob unsere Erkenntnisse richtig sind oder richtig verallgemeinert oder verwendet werden. Als Studenten sind wir daran interessiert, daß uns in der Lehre die richtige Erkenntnis der Natur und eine sinnvolle Anwendung dieser Erkenntnis für die Menschen beigebracht wird. Die Ideologie der Wertfreiheit, die gerade unter Naturwissenschaften stark verbreitet ist, übersieht und muß übersehen, „daß Mathematik und Naturwissenschaften sich nicht unabhängig vom gesellschaftlichen System entwickeln" (Studentenaktionsprogramm, S. 62), sondern Erkenntnisgegenstand und Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnis abhängig von der gesellschaftlichen Praxis sind. Unser Ziel ist die Wahrheit. „Vom Standpunkt des modernen Materialismus, d. h. des Marxismus, sind die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an die objektive, absolute Wahrheit geschichtlich bedingt, unbedingt aber ist die Existenz dieser Wahrheit selbst, unbedingt ist, daß wir uns ihr nähern. Geschichtlich bedingt sind die Konturen des Bildes, unbedingt aber ist, daß dieses Bild ein objektiv existierendes Modell wiedergibt. Geschichtlich bedingt ist, wann und unter welchen Umständen wir in unserer Erkenntnis des Wesens der Dinge bis zu der Entdeckung des Alezarins im Kohlenteer oder bis zur Entdeckung der Elektronen im Atom gelangt sind, unbedingt aber ist, daß jede solche Entdeckung ein Schritt vorwärts auf dem Wege der ‚unbedingt objektiven Erkenntnis ist." (Lenin LW 14, S. 130 f)

Lorenz' Verallgemeinerungen sind ein Schritt zurück!

Literatur

Bio-Info extra (1972) „Dokumentation zum Fall Schleggel", Hamburg
Deutscher Studentenanzeiger, Unabhängiges Forum Deutscher Hochschüler, Nr. 61, November 1973, Coburg.
Engels, F.NE W 20 „Anti-Dühring", Berlin/DDR
Engels F. MEW 20, „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen", Berlin/DDR
Hollitscher, W. (1972), „Kain oder Prometheus Zur Kritik des zeitgenössischen Biologismus", Frankfurt/Main
Lenin, W. J., LW 33, „Über die Bedeutung des streitbaren Materialismus", Berlin/DDR
Lenin, W. J. LW 14, „Materialismus und Empiriokritizismus", Berlin/DDR
Lorenz, K. (1965 a, b), „Über tierisches und menschliches Verhalten. Aus dem Werdegang der Verhaltenslehre", München
Lorenz, K. (1963), „Das sogenannte Böse Zur Naturgeschichte der Aggression", Wien

Lorenz, K. und P. Leyhausen (1968), „Antriebe tierischer und menschlichen Verhaltens Gesammelte Abhandlungen", München
Lorenz, K. (1973), „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit", München
Marx/Engels, MEW 3, „Die deutsche Ideologie", Berlin/DDR
Marx, K. MEW 13, „Zur Kritik, der politischen Ökonomie", Berlin/DDR
Student Freiheitliche Zeitschrift für Politik, Kultur und Gesellschaft Nr. 39/40, November/Dezember 1973, Würzburg
xistischer Studentenbund
Studentenaktionsprogramm, Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS, Bonn
Tembrock, G. (1968), „Grundriß der Verhaltenswissenschaften", Stuttgart

Neuerscheinungen im Weltkreis-Verlag

Kleine Rote Reihe 17
Berufsausbildung
— Misere eines Systems
124 Seiten, 3,— DM

Schlag nach bei Lenin!
156 Seiten, 3,80 DM

Ruth Werner
Olga Benario
Roman, 451 Seiten, 8,20 DM

Nikolai Ostrowski
Wie der Stahl gehärtet wurde
Roman, 445 Seiten, 6,— DM

Die eisernen Pferde
Kinderbuch, 92 Seiten, 8,— DM
Lesealter 10 Jahre

Walter Kaufmann
Das verschwundene Hotel
Kinderbuch, 3,20 DM
Lesealter 9 Jahre

Thomas Billhardt
Hanoi am Tage vor dem Frieden
318 Seiten mit Fotos, 19,80 DM

Intersongs
Festival des Politischen Liedes
390 Seiten, 9,50 DM

Eberhard Panitz
Der Weg zum Rio Grande
Ein Biographiebericht
über Thomas Bunke
194 Seiten, 5,40 DM

Georgi Dimitroff
Arbeiterklasse gegen Faschismus
114 Seiten, 3,50 DM

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik
144 Seiten, 6,— DM

Hubert Reichel
Wie macht man Kriege?
Wie macht man Frieden?
ca. 330 Seiten, 12,60 DM

Peter Schütt — Reportage
Vietnam — 30 Tage danach
ca. 180 Seiten, 8,60 DM

Ernst Birnbaum
Ein Dreckspatz aus dem Mezzogiorno
Ein Kinderroman
ca. 150 Seiten, 7,60 DM

Kleine Rote Reihe 18
Christiane Knau und Fredrik Vahle
Die Maultrommel
Kinderlieder-Arbeitsheft
ca. 190 Seiten, 5,— DM

Bitte fordern Sie unseren
Gesamtprospekt an!

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund
Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

Rezensionen

Max Reimann; Entscheidungen 1945—1956, Verlag Marxistische Blätter, Ffm 1973, 9,50

Wer sich für Politik interessiert, oder sie gar an der Uni studiert, weiß gewöhnlich über zeitlich viel entlegenere Fragen besser Bescheid als über die Ereignisse der Jahre von 1945 bis 1956. Damit korrespondiert ein erstaunlicher Mangel an marxistischer Literatur, außer der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" und dem seit Jahren vergriffenen Buch von R. Badstübner (Restauration in Westdeutschland, Berlin) liegen nur thematisch und geographisch spezialisierte Einzeluntersuchungen vor. Es ist also völlig richtig, wenn M. Reimann einleitend bemerkt: „Die reaktionären Kräfte setzen mit ihrer Politik auf Unkenntnis der deutschen Nachkriegsgeschichte, vor allem In der Arbeiterklasse und der Jugend." (S. 7) An drei zentralen Entscheidungen: den Einheitsbestrebungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, den Etappen zur Schaffung eines separaten, kapitalistischen Weststaates und der Remilitarisierung der BRD demonstriert M. R. einerseits die schon kurz nach dem Ende des Krieges einsetzende Orientierung der Westmächte auf Restauration, unterstützt von der sich reorganisierenden deutschen Reaktion und der nur scheinradikalen SPD-Führung unter Schumacher, und andererseits den demokratischen und nationalen Kampf der KPD bis zu ihrem Verbot 1956.
Wer nur die heutige Politik der SPD kennt, kann sich kaum vorstellen, daß nach 1945 bis weit in die Mitgliedschaft der SPD hinein der Wunsch bestand, die politische Spaltung der Arbeiterklasse in der Aktionseinheit und in einer Einheitspartei zu überwinden. Entsprechende Angebote der KPD wurden in 50 Städten aufgegriffen und in gemeinsamen Aktionsausschüssen realisiert. Unzählige Betriebsbelegschaften, Vertrauensleuteversammlungen usw. unterstützten diesen Weg. Die Einheitsbewegung hatte ein solches Ausmaß angenommen, daß heute bürgerliche Historiker Schumacher gerade dafür loben, diese ‚Anbiederungsversuche' erfolgreich abgewehrt zu haben. Die gleiche Bewegung hatte in der SBZ, von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt, zu einem organisatorischen Ergebnis, zur SED, geführt. Wer diesen Vorgang auf sowjetischen Druck zurückführt, muß allerdings die Frage Reimanns beantworten. „... wie dieser Druck zur gleichen Zeit in Hamburg, in München und Dachau, in Frankfurt und Wiesbaden, in Essen und Dortmund wirksam werden konnte." (25) Im Westen allerdings beruhten die Möglichkeiten Schumachers auf der Förderung durch die Westalliierten, deren Politik bereits ab Herbst 45 die im August mit der SU geschlossenen Kompromisse des Potsdamer Abkommens zu sabotieren begannen. Das Ergebnis zwang dann sogar Schumacher 49 zu der Einsicht: „Der Profit ist wieder oberstes Gesetz geworden" (99).
In den hiesigen „wissenschaftlichen" Untersuchungen und in unseren Geschichtsbüchern heißt es über die Gründe der Spaltung stereotyp, daß die SU in „ihrer" Zone Tatsachen setzte, auf die die Westmächte zwangsläufig reagieren mußten. Die Spaltung sei folglich ein Ergebnis einer einseitigen und totalitären Entwicklung in der SBZ. Kaum eine Lüge wird heute bei uns so geglaubt wie diese.
Politischer und völkerrechtlicher Maßstab und Ausgangspunkt jeder Entwicklung in Deutschland nach 45 ist das Potsdamer Abkommen. Reimann sagt darüber: „Die Entscheidung, welcher Art die künftige Demokratie sein würde — eine demokratische Ordnung unter Führung bürgerlicher Kräfte oder eine antifaschistisch-demokratische Ordnung getragen von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten — ließ das Potsdamer Abkommen offen." (33) Es war aber konkret genug, um eine imperialistische Entwicklung zur BRD auszuschließen. Deshalb war es für Adenauer auch „stets ein Alpdruck" (27) und für die Bundesregierung im Verbotsprozeß gegen die KPD nur eine „leere Worthülse" (27).
Die Ursachen für die Umorientierung der Westmächte und damit ihrer Sabotage der wirtschaftlichen und politischen Kernforderungen des Abkommens (Beseitigung von Konzernen, Trusts; Behandlung Deutschlands als Einheit usw.). die Abkehr von der Anti-Hitler-Koalition zum roll-back liegt in der Fehlkalkulation, die in der Spekulation Churchills zum Ausdruck kam, daß die USA und Großbritannien am Ende des Krieges „den schwerstbewaffneten und wirtschaftlich mächtigsten Block darstellen werde, den die Welt je gesehen hat", und „daß es aus einer solchen Position heraus relativ einfach ist, mit den lokalisierten Bestrebungen der Sowjetunion fertig zu werden" (53). Man hatte sich getäuscht, und „so wurde die Politik der Stärke, der atomaren Drohung und Erpressung eingeleitet." (54)
Nach einer Zeit der politischen Quarantäne für demokratische Organisationen (in der franz. Zone wurden die Parteien erst Anfang 46 zugelassen, in der SBZ dagegen schon im Juni 45), so daß die Reaktion eine Atempause zur Rekonsolidierung ihrer Kräfte erhielt, gingen die Amerikaner daran, einen ersten Schritt zum Separatstaat zu machen:

Durch eine Erpressung der Engländer forciert, ihnen ggf. einen versprochenen Milliarden-Kredit zu verweigern (81), wurde die englische Zone mit der amerikanischen zur Bizone vereinigt.
Der Marshallplan verabreichte dem deutschen Kapital die notwendige ökonomische Spritze. Die New York Times charakterisierte diese „Hilfe" sehr realistisch: „Es ist keine altruistische Politik. Das Programm der Europa-Hilfe ist nichts anderes als ein Mittel zur Unterstützung der einzigen Verbündeten, auf die wir rechnen können. Es ist Kapitalanlage zum Zwecke der Ordnung und Stabilisierung" (96). Denn: Es „wurden (zwar) 90 Prozent aller Marshall-Plan-Mittel in Waren geliefert. Aber die dafür erzielten Gegenwerte und Zinsen standen als ‚ERP-Mittel' den Unternehmern zur Verfügung" (99). Die nächste wichtige Etappe war die Währungsreform, ein ungeheurer Betrug auf dem Rücken des „kleinen Mannes".
„Die endgültige Umtauschquote war.. 100 RM = 6,50 DM, also 16:1. Der durchschnittliche Verlust der Sparer betrug 93,5 Prozent" (105). Aber: Unter Anrechnung der Demontage- und Kriegsverluste (!) „betrug das Aktienkapital von 2241 Aktiengesellschaften laut ihren Schlußbilanzen rund 12 030 Millionen RM. In ihren Eröffnungsbilanzen . . . wurde er mit 10 116 Millionen DM angegeben" (106). Der nominelle Verlust war also wesentlich geringer, er konnte überdies nach kurzer Zeit durch horrende Kurssteigerungen mehr als ausgeglichen werden. Die Großkonzerne waren sogar imstande, positiv umzutauschen: Hoesch 1:2,9, Klöckner 1:3,1 usw. Reimann stellt fest, daß mit der Währungsreform „große soziale Umschichtungen zugunsten einer unwahrscheinlichen Besitz- und Machtkonzentration in unserem Land eingeleitet wurden" (107).
Das markanteste Beispiel der Entflechtungs-Farce biete der Flick-Konzern. Aus dem Gefängnis heraus „ordnete Flick seinen Konzern, indem er nach Bedarf die leitenden Herren seines Imperiums empfing" (117). Mit dem Erfolg: Er wurde nicht nur um keine Mark ärmer, sondern konnte seinen Besitz auch noch für zukunftsträchtigere Wachstums- und Rüstungsgeschäfte umstrukturieren.
Nachdem über den Parlamentarischen Rat der Separatstaat verfassungsmäßig sanktioniert war, mußte die staatliche Restauration nur noch um das Machtmittel Militär komplettiert werden.
Dieser Vorgang zog sich einige Jahre hin. Beinahe vergessen sind heute die Widerstandsaktionen, die an politischer Breite und massenhafter Beteiligung beispielhaft waren. Adenauer reagierte darauf mit einem Terror, der zum ersten politischen Mord (an Ph. Müller in Essen 1952), und zu ersten politischen Verboten einer deutschen Regierung nach 45 (Das Zentralorgan der KPD, das „Freie Volk" für einige Monate und nachher die FDJ) und zum Blitzgesetz vom Juli 51 einem historischen Vorgänger des Berufsverbotes führte.
Neben den zahlreichen großen Streiks und Demonstrationen ist besonders die Volksbefragungsaktion hervorzuheben. Adenauer wußte, daß das Projekt der Remilitarisierung keine Resonanz fand und unterließ es, über diese entscheidende Frage die Bevölkerung bestimmen zu lassen. Deshalb initiierten Kommunisten in einem Bündnis, in dem Persönlichkeiten wie das Gründungsmitglied der CDU, Elfes, der General a. D. Hentschel und der ehemalige Reichskanzler Wirth standen, eine Aktion, bei der „über 9 Millionen Willenserklärungen praktisch verwirklicht" (182) wurden. „Vor den Toren der BASF in Ludwigshafen gaben 20 023 Arbeiter und Angestellte ihre Stimme bei den Wahlhelfern der Volksbefragung ab, und 18 893 antworteten mit Ja auf die Frage: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland noch im Jahre 1951?" (186). In anderen Betrieben, an anderen Orten kam es zu ähnlichen Ergebnissen. Dennoch: Der einschüchternde und lähmende Terror, der remobilisierte Antikommunismus, die Abwiegelung der SPD-Führung schafften es schließlich, daß Hitlergenerale wie Speidel und Heusinger wieder Gewalt über Waffen erhielten. Und der Oberkommandierende der NATO, Eisenhower, durfte ungeniert sagen: „Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps in der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht", und der Verbindungsoffizier der US-Besatzungskommission Thayer: „Aus einer Verschwörerbande waren sie zu einer höchst ehrenwerten Gesellschaft geworden" (205). Und das 6 Jahre nach Auschwitz.
Um die endgültige Spaltung zu verhindern, stellten die Kommunisten, die sowjetische Regierung und die KPD, Forderungen auf, die die Behauptung der gewaltsamen Trennung der SBZ von den Westzonen durch die SU am deutlichsten Lügen strafen. Auf der Basis eines sowjetischen Vorschlages vom März 1952 (!) legte die KPD-Fraktion im Bundestag eine Entschließung mit 3 Punkten vor: Beendigung der Verhandlungen über einen Generalvertrag durch die BRD-Regierung (dabei ging es um Vorklärungen über die Aufstellung einer westlichen Militärstreitmacht, in der die BRD ein eigenes Kontingent stellen sollte), Initiative zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag, Bestimmung von Vertretern für Beratungen über freie, demokratische Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung (200).

Diese Vorschläge wurden damals von allen Parteien abgelehnt. Heute schwätzt die Reaktion darüber, daß die Sowjets eine gesamtdeutsche Wahl aus Angst verhindert hätten und eine endgültige Festlegung der Grenzen erst in einem Friedensvertrag möglich sei. Bis 1952 hatten sie Möglichkeiten dazu, und sie lehnten ab, weil ihnen die „Westintegration" lieber war als ein einheitliches Deutschland.
Zu kurz gekommen sind in dieser gestrafften Wiedergabe die bedeutenden Auseinandersetzungen um die Enteignung der Kriegsverbrecher in NRW, die Kontroversen um das Grundgesetz, die Kämpfe um das Betriebsverfassungsgesetz, usw.
Es empfiehlt sich, es selber nachzulesen, denn das Max-Reimann-Buch bietet viele neue, nützliche Argumentationen und „Geschichten", und es vermittelt einen historischen Zusammenhang, der selbst fortschrittlichen Menschen unbekannt sein dürfte. Für 9,50 DM sehr viel.

Gerd Fisch

Ludwig Elm, Hochschule und Neofaschismus,

Zeitgeschichtliche Studien zur Hochschulpolitik in der BRD, Akademie-Verlag Berlin (DDR) 1972

„Die Hochschule ist eines der hauptsächlichen Rekrutierungsfelder des Faschismus", schrieben die kommunistischen Studenten Feuchtwanger, van Dyck und Degenhart 1930 in einem offenen Brief an ihr Organ, die Zeitung der Roten Studentengruppen. Ein Jahr später, 1931, hatten die Faschisten sämtliche Studentenausschüsse im Reich besetzt und Walter Lienau, ein Führer des NSDStB, wurde Vorsitzender der deutschen Studentenschaft. Die Hochschulen waren Zentren der faschistischen Demagogie. Es wirft sich die Frage auf, warum der Faschismus in Wissenschaft und Lehre so leicht und umfassend Platz greifen konnte.
Grundlage dafür war die soziologische Stellung der Hochschulen in der monopolkapitalistischen Gesellschaft denn, wie Lenin sagte, spiegelt die Intelligenz die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten und am genauesten wider. Ideologiegeschichtlich leistete die Theorie der „Reinen Wissenschaft" einen wichtigen Beitrag zur hochschulpolitischen Durchsetzung des Faschismus. Die Wissenschaftsinhalte waren geprägt durch die Identifikation mit dem wiedererstärkten Imperialismus und durch aggressivsten Antikommunismus. Hinzu trat noch die reaktionäre Wissenschaftsorganisation z. B. mit uneingeschränkter Ordinarienhierarchie.
Nach 1945 bestand die Chance zu einer antifaschistisch-demokratischen Umorientierung im Wissenschaftsbetrieb. Doch im Zuge der Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse in der BRD kam es nur zu einer Anpassung der alten hochschulpolitischen Ideologien und Strukturen an neue Bedingungen monopolkapitalistischer Herrschaftssicherung.
Es ist das Verdienst von Ludwig Elm, zum ersten Mal in dieser Breite in sechs zeitgeschichtlichen Studien den Entwicklungsweg der Hochschulen in der Bundesrepublik nachzuzeichnen und die möglichen Perspektiven und Alternativen aufzuzeichnen.
Es wird gezeigt die Kontinuität der Forderung der 131er Naziprofessoren nach „Freiheit der (Nazi-)Wissenschaft" bis hin zum „Bund Freiheit der Wissenschaft". Die Affären Grabert („. . . Zeitpunkt höchster Lebensgefahr für die weiße Rasse und den europäischen Kontinent"), Richthofen, Mohler, Predöhl, Schwinge, Spranger, Maunz, Schmitt, Hofstätter, v. d. Heydte u. v. a. m., die in den Studien ausführlich dokumentiert und analysiert werden, zeigen plastisch die hochschulpolitische Rechtsentwicklung und Refaschisierung in der BRD. Das Blickfeld des Verfassers bleibt dabei nicht auf die Hochschulen beschränkt, sondern erfaßt auch das komplexe Zusammenspiel von rechtsextremen Professorenbünden, bürgerlichen Parteien, Regierungsmitgliedern, rechten Studentenverbänden und Hochschulverwaltungen. Natürlich ist es im Rahmen dieses Buches nicht möglich, die Problemstellung bis in die Auseinandersetzung in einzelnen Fachdisziplinen zu vertiefen, dennoch zeigt es Ansatzpunkte für eine Kritik der Lehrinhalte auf, die wir als marxistische Studenten leisten müssen. Historikern und Sozialwissenschaftlern vermitteln diese Arbeiten aber auch schon direkte Grundlagen einer solchen Kritik.
Die Konsequenz dieses sachlichen, flüssig lesbaren Buches: Wesentliche Grundbedingung für die Durchsetzung einer demokratischen Bildungs- und Hochschulreform ist ein konsequenter antifaschistischer Kampf.

Hans J. Lüddeke

K. H. Heinemann, Arbeit und Technik in der Erziehung

Studien zum polytechnischen Unterricht in der DDR, Pahl-Rusenstein-Verlag, Köln 1973

Die Geschichte der polytechnischen Bildung und Erziehung (PBE) ist die Geschichte einer der ständigen ideologischen Niederlagen des Imperialismus und eines theoretischen und praktischen Sieges des Sozialismus.
Wurde die PBE von den herrschenden Kreisen der BRD ursprünglich noch als „Kinderarbeit" diffamiert, so sah man sich in der Phase der „technologischen Lücke" und des „Sputnik-Schocks" ab 1960 gezwungen, mit der „Technischen Elementarerziehung" eine didaktische und ideologische „Alternative des Westens" gegenüber der PBE aufzubauen, die im Verlauf der Diskussion sogar als die von Marx eigentlich angestrebte technische Bildung ausgegeben wurde (Th. Dietrich, Sozialistische Erziehung, 1966, S. 307). Freilich ist die ganze Alternative inzwischen völlig baden gegangen.
Ging der Ostpädagoge und Leiter der unternehmernahen und staatlich geförderten Bad Harzburger „Wirtschaftsakademie für Lehrer", Willi Voelmy, noch 1969 an die DDR-Dokumente zur PBE mit der Methode der systematischen Inhaltsanalyse nach dem ausdrücklich zitierten Vorbild der US-Militär-Analyse gegnerischer Propaganda heran (W. Voelmy, Polytechnischer Unterricht in der DDR, 1969, Einleitung), schwenkten schon einige Pädagogen und Bildungspolitiker zur Einschätzung der PBE als „ernstzunehmendes pädagogisches Experiment" ein.
Während kleinbürgerliche Linksopportunisten inzwischen die PBE der „revisionistischen Länder" mit Hilfe von „Bildungsbegriff und Erziehungspraxis z. B. in China und Jugoslawien(!) zu kritisieren suchen (Polytechnik in der BRD? Beiträge zur Kritik der Arbeitslehre, Frankfurt 1972, ed. Suhrkamp 573, S. 138), können sich die Arbeitslehre-Theoretiker nur mit Hilfe einer scharfen Trennung von Ideologie und Pädagogik retten: Sieht man die PBE „ohne Vorurteile an und löst sie von dem ideologischen Aspekt, der bei einem überzeugten Marxisten immer zugleich mitgedacht wird, so läßt sich kein Punkt finden, der nicht zumindest in ähnlicher Formulierung als Forderung für eine vorberufliche Erziehung in jeder Industriegesellschaft erhoben werden könnte". (F. J. Kaiser, Arbeitslehre, 1971, S. 88/9).
Hier liegt die Notwendigkeit und verstärkte Möglichkeit, gerade die Unablösbarkeit der PBE vom „ideologischen Aspekt", also vom dialektischen und historischen Materialismus wie vom Sozialismus und den jeweiligen Bedingungen seines Aufbaus nachzuweisen. Ausgehend von der 3. These über Feuerbach entwickelt Heinemann die zentrale Kategorie der Arbeit als menschliches Verhältnis zu Natur und Gesellschaft. „Arbeit als die jeweils historisch bestimmte Form der Aneignung der Natur und des gesellschaftlichen Wesens des Menschen ist die Ursache für die jeweilige Stellung des Menschen im Produktionsprozeß" (14). Nur auf der Basis des historischen Materialismus ist eine realistische und positive Bestimmung der Technik zu gewinnen, die sich den pessimistischen Technik-Auffassungen der imperialistischen Ideologie (bestenfalls „Technik bringt zwar Vorteile, aber sie birgt auch viele Gefahren") entgegenstellen kann. Wird im Technik-Pessimismus die Kritik gesellschaftlicher Zustände entsubjektiviert und pervertiert, so kann der historische Materialismus die Rolle der Arbeitsmittel im Arbeitsprozeß klarlegen: Die Technik ist das Medium des Stoffwechsels mit der Natur und des Entwicklungs- und Aneignungsprozesses des menschlichen Wesens. Von daher ergibt sich die grundsätzlich positive Einschätzung der Technik durch den historischen Materialismus: Ihr Entwicklungsstand ist ursächlich mit der Möglichkeit der allseitigen Entwicklung des Individuums verbunden. Allerdings kann sie nur dann erreicht werden, wenn gesellschaftlich die Identität von Produzent und Eigentümer der Produktionsmittel hergestellt ist.

In den anschließenden Kapiteln werden Arbeitsteilung, Entfremdung im Kapitalismus und die Voraussetzungen der allseitigen Entwicklung analysiert. Die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise schafft die materiellen Grundlagen sowohl des Sozialismus als auch der allseitig entwickelten Individuen, aber erst die Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzenten im Sozialismus, also auch die freie Verfügung über die Technik sowie das wissenschaftliche Betreiben des Produktionsprozesses durch die Produzenten selbst heben die Entfremdung auf, lassen Technik und Wissenschaft sich frei entwickeln.

Im Kommunistischen Manifest, in der Kritik des Gothaer Programms, im Anti-Dühring, in den Instruktionen für die Delegierten des provisorischen Zentralrats und an einigen anderen Stellen entwickeln Marx und Engels die Forderungen der Arbeiterklasse nach der polytechnischen Erziehung mit dem Kernstück der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit. Wenn, wie Marx in der Deutschen Ideologie ausführt, die Einheit von Mensch und Natur in ihrer jeweils historisch-konkreten Form durch die Industrie vermittelt wird (43), dann ist es eine Kampfaufgabe der Arbeiterbewegung, sich

die wissenschaftlichen Grundlagen der Industrie so weit wie möglich anzueignen; dies ist nur möglich durch die Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit; auf diesen entscheidenden Unterschied zur Arbeitslehre der BRD oder früheren Arbeitsschulkonzeptionen Kerschensteiners, Gaudigs usw., auch wenn sie sich inzwischen, wie in Hessen, versuchsweise „Polytechnik" nennen, ist immer wieder mit aller Schärfe hinzuweisen. Schon im Kapitalismus ist der Kampf um wissenschaftliche und technische Bildung und um die enge Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit Teil des Kampfes um die Ablösung der Kapitalistenklasse von der Staatsmacht – auf dem Weg zur Umwälzung der Eigentumsverhältnisse wie für die Zeit danach ist die Arbeiterklasse um so besser gerüstet, je größer ihre Einsichten in die Bedingungen der Produktion sind. Marx und Engels hielten eine polytechnische Bildung schon im Kapitalismus für möglich (42), wobei zu präzisieren bleibt, um welche Vorformen es sich jeweils handeln kann und welche Beziehung zur entscheidenden Erziehung durch die revolutionäre Praxis besteht.

Leider beschränkt sich Heinemann in der Darstellung der Entwicklung der PBE in der DDR auf die Analyse von Parteidokumenten und Veröffentlichungen seit ungefähr 1958; das Gliederungsprinzip geben die Parteitage seit dem 5. Parteitag des gleichen Jahres ab. Damit fällt die Weiterentwicklung der Marxschen Forderungen in der Schulpolitik der Arbeiterbewegung weg, obwohl sie für die PBE der DDR wichtig wurde (Monumente Paedagogica Bd. IV, 1968, S. 11); es fällt auch weg die Rolle der Sowjetpädagogik (Zur Geschichte der Arbeitserziehung in Deutschland, Teil 2, 1971, S. 234) und der KPdSU, die auf ihrem 19. Parteitag 1952 die Einführung der PBE in den sowjetischen Schulen beschloß, sowie die Diskussion innerhalb der DDR-Pädagogik seit ihrem Beginn, als zuerst bürgerliche Arbeitsschul- und reformpädagogische Vorstellungen überwunden werden mußten und zu jahrelangen Verzögerungen beitrugen – nicht unähnlich wie in der Sowjetunion selbst. Indem sich Heinemann zusätzlich auf die allgemeinbildende Polytechnische Oberschule (APO) beschränkt, bleibt die Berufsbildung außer acht, obwohl in ihr die PBE zentral ist; zudem haben Betriebsberufsschulen schon ab etwa 1950 den entscheidenden Anstoß zur Diskussion und Durchsetzung der PBE gegeben (Zur Geschichte . . ., S. 299). Wenn man sich vergegenwärtigt, daß es Betriebsberufsschulen volkseigener Betriebe und von sowjetischen Aktiengesellschaften (= nicht demontierte ehemalige Rüstungsbetriebe, die von der UdSSR in Sowjeteigentum genommen und bis 1954 an die DDR zurückgegeben wurden) waren, wird die Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung auch wichtig für die Bedingungen der PBE – wie sie auch nur als ideologische Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Arbeitserziehung der Nachkriegsjahre zu verstehen ist. Nicht zuletzt für die Diskussion in der BRD ist die Kenntnis dieser Voraussetzungen notwendig für die Entwicklung geeigneter Forderungen – im Unterschied zu den Linksopportunisten, die aus ihrer neuerlichen fanatischen Besessenheit für irgendein chemisch reines Modell der PBE zu den abenteuerlichsten Einschätzungen kommen. Unter diesen Einschränkungen erbringt die Analyse der Parteidokumente und der zahlreichen Zeitschriftenartikel wichtiges und wertvolles Material, das für das Verständnis der PBE der DDR unerläßlich ist. War 1952 der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der DDR erklärt worden, so stand auch eine sozialistische Schule und die PBE auf der Tagesordnung. Nach dem 5. Parteitag der SED 1958 wurde nach vorheriger intensiver ideologischer Auseinandersetzung um den sozialistischen Kurs 1959 das „Schulgesetz" verabschiedet, dessen Bestandteil die APO in der Form von Unterrichtstag in der Produktion (UTP) und Einführung in die sozialistische Produktion in Industrie und Landwirtschaft (ESP) waren. Das entscheidende Ereignis in der Entwicklung des sozialistischen Bildungssystems war die Neudefinition der Produktivkräfte in Rückgriff auf Marx und in Kritik an Stalin: Stalin hatte sie auf zwei Elemente beschränkt, nämlich die menschliche Arbeitskraft und die Produktionsinstrumente. „Das schloß einerseits alle nicht schon technologisierte wissenschaftliche Erkenntnis, die in menschliche Arbeit eingeht, aus dem Produktivkraftbegriff aus, und andererseits konnte nicht die neue Qualität der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeiterklasse im Sozialismus, die aus ihrer unmittelbaren Vergesellschaftung erwächst, dargestellt werden. Die Rückwirkung von Persönlichkeitsentwicklung, ‚Allseitiger Entwicklung' auf die produktive Tätigkeit konnte nur unzureichend erfaßt werden." (63/4)
Während der Imperialismus die Steigerung der Produktivität mit Hilfe einer nur teilweise realisierten wissenschaftlich-technischen Revolution sowie durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft im allgemeinen, durch zusätzliche Ausbeutung von Kindern, Frauen und ausländischen Arbeitern und durch die Ausplünderung fremder Volkswirtschaften (Welthandel, Rohstoffmarkt, Währungsspekulation, Kapitaltransfer) vorantreibt, ist der Sozialismus auf die wissenschaftlich-technische Revolution und die Möglichkeiten eines höheren Grades gesell-

schaftlicher Produktion verwiesen. Das Eingehen der Wissenschaft in die Produktion und der subjektive Faktor mußten deshalb in der Definition des Systems der Produktivkräfte berücksichtigt werden. Für die PBE bedeutete dies eine stärkere theoretische Durchdringung, eine Orientierung am „Welthöchststand" der wissenschaftlich-technischen Revolution (66). Indem damit auch eine Neudefinition der Allgemeinbildung vollzogen wurde, faßte der 6. Parteitag 1963 die Diskussionen zusammen und gab den Impuls für das Gesetz über ein einheitliches sozialistisches Bildungssystem (1965).
Der 7. und der 8. Parteitag (1967 und 1971) bringen keine Neuerungen grundsätzlicher Art, sondern befassen sich in bezug auf die PBE mit Fragen der realistischen Einschätzung einiger Tendenzen und der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung.
Im Anschluß daran folgt eine Analyse der Ziele des polytechnischen Unterrichts nach dem Lehrplan von 1968 und der Einzellehrpläne für die ESP und schließlich der verschiedenen Formen und Methoden der Erziehung in und mittels produktiver Arbeit. Es werden dabei auch die keineswegs endgültig gelösten Probleme skizziert, die z. B. durch die enge Orientierung an den Anforderungen einzelner Betriebe und vorzeitigen Spezialisierungen (149) sowie durch „die Gefahr einer Verpädagogisierung der produktiven Arbeit" entstehen (151).

Positiv hervorzuheben ist noch die sehr umfangreiche Bibliographie der DDR-Literatur und der politischen Dokumente zur PBE, wobei auch zahlreiche Zeitschriftenartikel zu Einzelproblemen erfaßt sind; allerdings ist nur die Literatur bis einschließlich 1969 systematisch erfaßt.

Im sehr kurzen Schlußkapitel „Polytechnische Bildung – nur im Sozialismus möglich?" wird zwar „eine gewisse Skepsis" gegenüber der Arbeitslehre in der BRD geäußert (156) und auf das Bestehen von Widersprüchen in dieser Konzeption hingewiesen, die es zu nutzen gelte (157); im übrigen bleibt es aber beim Hinweis auf die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution (157). Zur Entwicklung von Forderungen reicht dies nicht aus. Eine Analyse von Arbeit und Technik in der Erziehung der BRD muß hier folgen. Es müßte entwickelt werden, was die auf der Jugendkonferenz der DKP 1973 verabschiedete Forderung nach „schrittweiser Verwirklichung der polytechnischen Bildung" (DKP-INFORMATIONEN über die Jugendkonferenz vom 13. 10. 1973, S. 45) im einzelnen bedeutet; denn, wie schon ausgeführt, Marx und Engels haben die Forderung nach PBE auch als Programmpunkt für die im Kapitalismus kämpfende Arbeiterbewegung entwickelt (45).

Werner Rügener

Ernst Busch

singt auf AURORA-Schallplatten

Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Interessant bei dieser Serie: Das als Heft aufgemachte Schallplattencover enthält viele Informationen: Liedtexte, Plakate, Noten, Dokumente.

Als NEUAUFLAGE stellen wir vor:

Rote Reihe:

Nr. 3 Trotz alledem! Sozialistenmarsch, Lied der Zuversicht.
Nr. 4 Kantate vom Krieg, Frieden, Inflation; Walter Mehring
Nr. 5 Kurt Tucholsky
Nr. 6 Erich Weinert – Lieder

Preis: DM 8,– je Heft (1 EP)

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (02 31) 57 20 10

Diskussion

Zu: Paul Schäfer, Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform, in: Facit Nr. 31

Liebe Genossen!

In der Fußnote auf Seite 14 wird die organische Zusammensetzung des Kapitals als durch die wertmäßige Zusammensetzung des Kapitals bestimmte Größe definiert. „Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist durch das Verhältnis zwischen der Größe des Wertes des konstanten und der des variablen Kapitals bestimmt." Das ist einfach falsch und würde den Begriff „organische Zusammensetzung" überflüssig machen. Mit organischer Zusammensetzung des Kapitals meint Marx die Einheit von wertmäßiger und technischer Zusammensetzung des Kapitals, wobei er ein eindeutiges Kausalitätsverhältnis erkennt.
„Die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und diese widerspiegelt, nennen wir die organische Zusammensetzung des Kapitals." (K. Marx: Das Kapital Bd. III, in: MEW Bd. 25, S. 155)

Schäfer stellt die meiner Ansicht nach nicht nachvollziehbare These auf, daß das Kapital eine Interesse daran hat, den moralischen Verschleiß der Arbeitskraft – d. h. der Qualifikation der Arbeitskraft – zu beschleunigen (vgl. S. 24). Dieses Interesse leitet sich nach Schäfer aus dem Bestreben des Kapitals nach Wertminderung der Ware Arbeitskraft ab, da der Wert der Ware Arbeitskraft die Lohnhöhe bestimmt.

Hier liegt doch wohl ein mechanistischer deduktiver Fehlschluß vor. Moralischer Verschleiß der Ware Arbeitskraft heißt doch, daß die gegebene Qualifikation für die Entwicklung und Anwendung neuer Technik nicht ausreicht. Die neu erforderliche Qualifikation muß erst erworben werden. Damit erhöhen sich aber zwangsläufig die Ausbildungskosten, woran das Kapital sicher nicht interessiert sein kann, wie auch Schäfer richtig sieht (vgl. S. 24).

Daß im Kapitalismus sich die Ausbildung nicht an den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte ausrichtet, die heute vorherrschende Form der Qualifikation einem zunehmenden moralischen Verschleiß ausgesetzt ist, liegt nicht daran, daß das Kapital ein Interesse am moralischem Verschleiß der Qualifikation hat, sondern an der Irrationalität des kapitalistischen Systems, dessen bestimmendes Ziel die Mehrwertproduktion und Realisierung, also die Ausbeutung ist und nicht die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit, ja nicht einmal die Herstellung einer objektiv technisch erforderlichen Qualifikation.

mit freundlichen Grüßen
Rolf-D. Tamm

Slavisten und Osteuropa-Historiker!

Kleine Auswahl russischer Literatur:

a) Puschkinianer
b) Einzelausgabe, Sammelbände und Literaturzeitschriften aus der Zeit des Symbolismus
c) Archive (Woronzow und kleinere)
in Privatbibliothek.

Genossen, die auf einem dieser Gebiete Themen suchen und die Absicht haben, die Literatur einzusehen, werden gebeten, sich mit

Heiseler
5419 Dierdorf, Neuwieder Straße 2, in Verbindung zu setzen.

nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

INFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION

in rote blätter 16:

- Sternmarsch des vds
- 3. Bundeskongreß und Theoretische Konferenz des MSB Spartakus
- Rund-Tisch-Gesprächen zu den Wahlen in diesem Jahr
- Appell der KP Chiles
- 1 Jahr nach dem Pariser Abkommen
- Solidarität mit dem Kambodschanischen Volk
- Solchenyzin — Erzfeind des Sozialismus
- Geier-Oper von Floh de Cologne

Bestellungen an:

MSB SPARTAKUS
Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS